

Taiwans politische und strategische Kultur

Barbara Farkas

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie



UNSER HEER



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Barbara Farkas

Taiwans politische und strategische Kultur

Die Bedeutung der politischen und strategischen Kultur für die nationale Strategie Taiwans

Strategische Kulturen Ostasiens 2

8/2023

Wien, August 2023

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Alle Rechte vorbehalten

August 2023
ISBN 978-3-903359-67-3

Druck:

ReproZ W 23-xxxx
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
Einleitung	13
Aufbau und Struktur der Studie	16
TEIL 1	
GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN UND STRATEGISCHEN KULTUR.....	19
1) POLITISCHE KULTUR.....	21
Definition von politischer Kultur	21
Politisches System Taiwans.....	23
Demokratisches System.....	25
Parteiensystem	25
Politische Kultur Taiwans	30
Historische äußere Einflüsse	31
Chinas Einfluss	31
Japans Einfluss.....	32
Einfluss der chinesischen Nationalisten	35
Politische Ideologie.....	36
Politischer Wandel	39
Partei- und Identitätspolitik	40
Organisationskultur & Bürokratie	43
Beziehungsdynamik zwischen Staat und Gesellschaft.....	44
Legitimierung der taiwanesischen Regierung	45
Informelle Politik	47
2) STRATEGISCHE KULTUR.....	49
Definition der strategischen Kultur.....	49

Strategie	51
Strategisches Denken	53
Nationale Kultur	54
Nationale Kultur Taiwans	57
Dynamik der strategischen Kultur	58
Träger der strategischen Kultur	59
Kontext der strategischen Kultur	60
Analyseziel der strategischen Kultur	60
Forschung zur strategischen Kultur	63
TEIL 2	
QUELLEN UND WIRKRÄFTE DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS.....	67
3) QUELLEN DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS.....	69
3.1 GESCHICHTE	69
Geopolitischer Kontext	70
3.2 GEOGRAPHIE	71
3.3 PHILOSOPHIE	73
Konfuzianismus	73
Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie	75
Wiederbelebung des Konfuzianismus	77

4) WIRKKRÄFTE UND IHRE WECHSELWIRKUNG MIT DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS.....	77
4.1 WELTORDNUNG.....	78
Strategischer Wert Taiwans.....	78
Internationale Beziehungen	80
4.2 BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG.....	80
Strategische Umgebung.....	81
Sicherheitsbedrohung durch China	85
4.3 INTERNATIONALE POSITIONIERUNG TAIWANS.....	87
Positionierung im internationalen System	87
Außenpolitischer Entscheidungsfindungsprozess.....	89
Taiwan: Land ohne politische Souveränität.....	91
Taiwans limitierter internationaler Raum.....	94
4.4 IDENTITÄT.....	95
Grundlage der taiwanesischen Identität.....	97
Identitätswandel.....	98
Politische Veränderungen als Wirkfaktoren für den Identitätswandel	99
Zuwanderung als Wirkfaktor für den Identitätswandel.....	100
4.5 TAIWANISIERUNG & NATIONALISMUS.....	102
Taiwanisierung.....	102
Nationalismus	104
Sonnenblumen-Bewegung	106

4.6 DEMOKRATISIERUNG.....	106
Wirkfaktoren	107
Politische Kultur	108
Art der Regierung	109
Anpassungsprozess der Regierung.....	109
Legitimationskrisen	112
Externe Faktoren.....	113
Zivilgesellschaft.....	113
Charakteristiken der Demokratisierung.....	115
Herausforderungen der Demokratisierung.....	116
Einstellung zur Demokratie	118
Zusammenspiel von Macht und Ethnie.....	119
Wandel der Einstellung zu Autorität	122
4.7 TAIWANS BEZIEHUNG ZU CHINA.....	123
Politische Führungspersönlichkeiten	125
Chinas Haltung zu Taiwan	126
Wirtschaftsintegration trotz politischer Divergenz	128
4.8 TAIWANS BEZIEHUNG ZU DEN USA	131
USA zwischen Taiwan und China.....	131
Sicherheitspolitik.....	133
Taiwan Relations Act (1979).....	134
Strategische Ambiguität	135
Wirtschaftskooperation.....	136

TEIL 3	
OPERATIONALISIERUNG DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS	
ANALYSE UND BEWERTUNG	139
5) NATIONALE STRATEGIE TAIWANS.....	141
6) DIE RELEVANZ DER STRATEGISCHEN KULTUR FÜR DIE KERNINTERESSEN TAIWANS	142
6.1 SICHERHEIT & STABILITÄT	142
Sicherheitsdilemma	142
Politischer Charakter des Sicherheitsdilemmas.....	144
Institutionelle Strukturen	144
Historische Entwicklung der Sicherheitspolitik Taiwans	146
Innenpolitische Wirkfaktoren Taiwans	147
6.2 SOUVERÄNITÄT & TERRITORIALE INTEGRITÄT	148
Dimensionen der Souveränität.....	148
Taiwans Streben nach rechtlicher Unabhängigkeit	150
Chinas Haltung zur Wiedervereinigung mit Taiwan	151
Chinas Konzept „Ein Land, zwei Systeme“	152
Taiwans Positionierung zur Wiedervereinigung	155
Peking Konsens 1992 (Lee Teng-hui)	156
„Vier Nein“ (Chen Shui-bian)	157
„Drei Nein“ (Ma Ying-jeou)	158
„Vier Muss“ (Tsai Ing-wen).....	159
6.3 MODERNITÄT & WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG	160
Taiwans Modell des Entwicklungsstaates	163
Eingebettete Autonomie	163
Strategisches Wirtschaftswachstum	164

Entstehen der Zivilgesellschaft.....	166
Produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus.....	168
Wendepunkte	169
Geoökonomie	170
7) WIRKBEREICHE DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS.....	172
7.1 KOOPERATION & PARTNERSCHAFTEN	172
8) LANDESVERTEIDIGUNG TAIWANS.....	174
Zielsetzungen der taiwanesischen Landesverteidigung.....	178
Verteidigungsfähigkeit Taiwans.....	179
Nationale Verteidigungsfähigkeit	179
Autonome Verteidigungsfähigkeit Taiwans.....	181
Verteidigungspartnerschaften	182
Historische Entwicklung der Verteidigungspolitik Taiwans	183
Entpolitisierung der Streitkräfte	185
Herausforderungen der Landesverteidigung Taiwans.....	187
TEIL 4	
MUSTER DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS	
RESÜMEE	189
Zusammenfassung.....	191
Muster der strategischen Kultur Taiwans	197
ANHANG: Chronologie des Taiwan-Konflikts.....	199
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	219
Abbildungsverzeichnis	267

Vorwort

Die globale geopolitische Lage stellt sich derzeit als konfrontativ dar. Der liberal-demokratische Westen steht dabei einem illiberal autoritären Block in einer asymmetrischen Bipolarität gegenüber. Zentrale geopolitische Konflikte finden dabei in Ostasien statt. Die Zeichen deuten darauf, dass zumindest ein Kalter Krieg 2.0. droht. Aber auch die Wahrscheinlichkeit eines direkten bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Blöcken hat massiv zugenommen. Dies führt unter anderem dazu, dass auch der europäische Westen in die ostasiatischen Konflikte involviert wird. Dies wiederum zwingt die verantwortlichen sicherheitspolitischen und strategischen Akteure Europas, Wissen und Verständnis für das Handeln der zentralen ostasiatischen Akteure zu gewinnen. Dazu dient ein nunmehr abgeschlossenes Forschungsprojekt an der österreichischen Landesverteidigungsakademie über die politische und strategische Kultur Ostasiens. Die wesentlichen Erkenntnisse dieses Forschungsprojektes über Taiwan publizieren wir in dieser Studie. Überdies fließen sie in die laufende Lehre an der Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften, insbesondere am Masterstudiengang Militärische Führung aber auch an anderen Lehrgängen der Landesverteidigungsakademie sowie an Ausbildungen der Theresianischen Militärakademie ein.

Eine potenziell eigenständige sicherheitspolitische Rolle Europas bzw. der westeuropäischen Staaten in diesen globalen Konflikten bedingt für Forschungs- und Lehrinrichtungen die Rahmenbedingungen dafür bereitzuhalten. Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) und die Landesverteidigungsakademie (LVAK), als zentrale Institutionen sicherheitspolitisch geprägten strategischen Denkens in Österreich, versuchen daher Beiträge für die Grundlagen eines qualifizierten strategischen Denkens zu schaffen. Sicherheitspolitisches und strategisches Handeln Europas ernsthaft zu betreiben, bedeutet Expertise über die Räume aufzubauen, in denen sicherheitspolitisch und strategisch gehandelt werden soll.

Politische Kultur als Gemenge der in einem politischen System vorhandenen typischen Einstellungen und Haltungen spiegelt oft langfristige kollektive

tive Erfahrungen, Geschichte und nationale Traditionen wider. In der Sozial- und Politikwissenschaft hat sich als Subcharakteristikum der Begriff der strategischen Kultur etabliert. Die Spezifizierung der politischen auf die strategische Kultur verengt den Bereich dabei bewusst sowohl vertikal als auch horizontal. Vertikal fokussiert sich strategische Kultur auf sicherheitspolitische Fragestellungen, horizontal auf die oberste staatliche Führungsebene. Der Forschungsansatz der strategischen Kultur erlaubt jedenfalls die hinter den konkreten Handlungen staatlicher Akteure stehende Grundeinstellungen besser zu verstehen. Die Erforschung bzw. Analyse dieses politisch-sozialen Prozesses ermöglicht eine empathische Annäherung an die komplexe politische Realität.

Genau in diesem Sinne hat unsere assoziierte, freischaffende Mitarbeiterin Mag.^a Barbara Farkas, strategisch denkende Sinologin und Asien-Expertin, die fünf relevantesten ostasiatischen Akteure analysiert und deren politische, vor allem aber strategische Kultur herausgearbeitet. Ihre Arbeiten über China, Taiwan, Japan sowie Nord- und Südkorea veröffentlichen wir im Rahmen einer Studienreihe. Sie sollen den in sicherheitspolitischer bzw. strategischer Verantwortung stehenden Dienern unseres Staates, aber auch den an strategischen Fragen interessierten Freunden unseres Hauses zum Studium dienen.

Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik, MBA
Studienleiter

Einleitung

Der Taiwan-Konflikt ist seit dem Kalten Krieg einer der besorgniserregendsten Brennpunkte der Welt.¹ Insbesondere für Taiwan, China und die USA ist er von höchster politischer Sensibilität.² Er prägt die nationale Sicherheit und die Politik Taiwans auf allen Ebenen,³ Taiwans historisch belastete und komplexe Beziehung zu China sowie die globale Politik der USA, dem Hauptsicherheitsgaranten Taiwans.

Der (geo-) strategische Wert Taiwans und der geopolitische Kontext sind die wesentlichen Wirkfaktoren. Denn sowohl China, als auch die USA sehen Taiwan als entscheidendes Element in ihrem strategischen Wettbewerb um die Vorherrschaft im Rahmen der globalen Systemkonkurrenz zwischen zwei konträren Gesellschaftsordnungen. Als konsolidierte, pluralistische Demokratie stellt Taiwan ein politisches Gegenmodell zum autoritären System der Volksrepublik China dar.

Die USA wollen ihre ordnungspolitische Dominanz weltweit und insbesondere im indopazifischen Raum aufrechterhalten, in erster Linie durch eine Bündnispolitik und eine Strategie der Verweigerung. Deren Kernziel liegt zum Schutz der Sicherheit und des Wohlstandes der USA darin, anderen Ländern die Vorherrschaft über globale Schlüsselregionen zu verweigern.

Chinas Grand Strategy stellt im Rahmen einer Re-Balancing Strategy das Streben nach einem Machtübergang zur Beendigung der Unipolarität der USA in den Mittelpunkt.⁴ Zudem begründet China seinen Anspruch auf Taiwan mit historischen, nationalen und kulturellen Argumenten. Daraus entsteht die Dynamik der regionalen und globalen Machtstrukturen. Als Tor zum Pazifik stellt Taiwan für das nur 160 km entfernte China ein starkes geostrategisches Motiv dar. Chinas Ziel ist die Wiederherstellung der traditionellen Kontrolle des Raumes durch strategische Handlungsfreiheit und Tiefe im maritimen Vorfeld des Festlandes. Die Wiedervereinigung mit

¹ Siehe bspw. Jiang 2017, 19; Chen 2012, 1; Tsang 2004a, 4; Chu/Chang 2018, 84.

² Siehe bspw. DOD 2020, 112-114; U.S. State Department 2020.

³ Siehe bspw. Lee/Han 2018, 205; Zielinski 2002.

⁴ Wang J. 2011.

Taiwan würde China die maritime Machtprojektion in das Südchinesische Meer, das Ostchinesische Meer und das Gelbe Meer erleichtern. Das Südchinesische Meer steht nicht nur im Zentrum der Entwicklung einer modernen chinesischen Marine- und Weltraumstrategie, sondern auch eines Territorialkonflikts mit zahlreichen Ost- und Südostasiatischen Ländern. Die strategische Lage Ostasiens umfasst zudem den Antagonismus zwischen China, Japan und Südkorea, die Instabilität auf der koreanischen Halbinsel sowie die Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen und im Ostchinesischen Meer.

Das Sicherheitsdilemma ist jedoch in Folge der spezifischen institutionellen Strukturen in Taiwan und China anders als üblich beschaffen. China stellt für Taiwan in erster Linie durch seine multisektorielle Einflusszunahme und die militärische Machtprojektion eine Gefahr dar. Bisher lehnte China einen offiziellen Verzicht auf die Anwendung von Militärgewalt ab.⁵ Eine mögliche militärische Auseinandersetzung Taiwans mit China könnte auf der Basis des Taiwan Relations Act von 1979 die USA oder auch Japan als engen regionalen Verbündeten der USA mit eigennützigem Erwägungen involvieren. Die USA agieren dabei mit strategischer Ambiguität, indem sie eine mögliche Intervention zugunsten Taiwans andeuten, jedoch zugleich erkennen lassen, dass sie eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Taiwans nicht unterstützen.

Die von Taiwan für China ausgehende Bedrohung ist jedoch nicht militärischer, sondern politischer Natur - das Streben nach rechtlicher Unabhängigkeit. Der Konflikt ist eng mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Taiwans verbunden. Dabei spielte die Wirtschaftsintegration mit China und der Welt, weiters Taiwans Demokratisierungsprozess mit der Herausbildung einer spezifischen nationalen Identität sowie das eigennützige Einwirken durch China und die USA eine wichtige Rolle. Einen großen Einfluss übten zudem, teils in wechselseitiger Verstärkung, strukturelle Faktoren und die jeweiligen Innenpolitiken aus. Die Inkohärenz der taiwanesischen Innenpolitik zeigt sich an der gegensätzlichen Positionierung der zwei Großparteien im Taiwan-Konflikt und in der generellen China-Politik.

⁵ DOD 2020, 112-114.

Die Entstehung Taiwans ist das Ergebnis zahlreicher einzigartiger Aspekte, ad-hoc Entscheidungen und Zufälle. Dazu zählt neben den geostrategischen Interessen der Weltmächte vor allem der chinesische Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten unter Mao Zedong und den Nationalisten unter Chiang Kai-shek sowie die internen Streitigkeiten innerhalb des nationalistischen Lagers. Sein bisheriges Überleben als autonome Einheit ohne de jure Souveränität verdankt Taiwan drei Entwicklungen, die sich zum Teil überlappen. Erstens dem wirtschaftlichen Fortschritt, der ein gewisses Maß an internationalem Engagement und Schutz vor der von China betriebenen politischen Isolierung ermöglicht. Die nationale Sicherheit Taiwans stützt sich daher auf die wirtschaftlich-technologische Weltmarktführerschaft in strategischen Bereichen, darunter der zivil-militärische Bereich und die Entwicklung von Mikrochips. Zweitens interagiert der Aufstieg Taiwans zu einem bedeutenden globalen Wirtschaftsakteur mit politischen Reformen und internationalen Rückschlägen. Dies setzte einen positiven Kreislauf in Gang, der Mitte der 1990er Jahre ein demokratisches Taiwan hervorbrachte. Und drittens intensiviert Taiwan seine Beziehung zu den USA, deren kontinuierliches Engagement direkte und symbolische Vorteile mit sich bringt.

Ob Taiwan ein untrennbarer Teil Chinas oder aber eine eigene unabhängige Nation sein soll, ist eine politische Frage, die auch in Taiwan umstritten ist. Abgesehen vom rechtlichen Status betrifft die Taiwan-Frage die politische Realität, die Machtpolitik und die nationalistischen Kräfte in China und Taiwan. Die Volksrepublik China bestreitet die de facto Souveränität Taiwans, besteht auf die internationale Einhaltung der Ein-China-Politik und strebt nach einer konsensbasierten Wiedervereinigung mit Taiwan. Aus historischen, geopolitischen und situationsbezogenen Gründen sowie zur bewussten Risikovermeidung fanden sich sowohl China, als auch Taiwan Jahrzehnte lang mit der bestehenden Pattsituation ab. Mögliche Zukunftsszenarien umfassen den weiteren Beibehalt des Status quo, die politische Annäherung Taiwans an China, die Unabhängigkeit Taiwans sowie eine Invasion durch China zwecks Eroberung oder um Taiwan abzuschrecken. Möglich wäre auch eine „Finnlandisierung“, bei der China als stärkere Macht die politische Flexibilität Taiwans einschränkt, insbesondere durch

die wirtschaftliche Vernetzung, Taiwan jedoch seine politische Autonomie beibehält.⁶

Trotz des politischen Dissens entwickelte sich aus strukturellen Gründen, insbesondere der informellen Wirtschaftsstruktur, in einem organischen Prozess eine enge, asymmetrische Wirtschaftsintegration. Heute stellt China den größten Export- und Importmarkt Taiwans dar. 2021 erreichten die taiwanesischen Exporte nach China mit einer Steigerung zum Vorjahr von 23 % einen Wert von 126 Mrd. US-Dollar, die Importe mit einer Steigerung von 30 % 83 Mrd. US-Dollar. Der Wert der Importe aus China entspricht dem gesamten Handelsvolumen Taiwans mit den USA 2020. Taiwans Exporte in die USA betragen 53 Mrd. US-Dollar. Die USA sind der zweitwichtigste Handelspartner und Exportmarkt Taiwans sowie der dritt-wichtigste Importmarkt und Geldgeber. Die Investitionen der USA in Taiwan beliefen sich 2020 auf 25 Mrd. US-Dollar. Taiwan investierte 22 Mrd. US-Dollar in den USA, dem zweitgrößten Investitionsziel Taiwans. Die kumulierten taiwanesischen Investitionen in China betragen 2021 198 Mrd. US-Dollar. Die wichtigsten Investitionsziele waren der Groß- und Einzelhandel sowie die Herstellung von elektronischen Komponenten bzw. Produkten und von optischen Instrumenten. Bedeutende Wirtschaftspartner sind zudem die Länder Südostasiens.⁷

Aufbau und Struktur der Studie

Im **ersten Teil** befasst sich die Studie zunächst mit den relevanten Grundlagen. Taiwans politische Kultur prägt mit ihren spezifischen Eigenschaften, insbesondere dem Parteiensystem, der politischen Ideologie und der Identitätspolitik, die ihr untergeordnete strategische Kultur, die sich auf sicherheitspolitische Fragen konzentriert.

Der **zweite Teil** der Publikation widmet sich der strategischen Kultur Taiwans, ihren Quellen, den Wirkkräften und den Wechselwirkungen. Von besonderer Bedeutung sind die historischen äußeren Einflüsse und Ereignisse. Zur Einschätzung des sicherheitspolitischen staatlichen Handelns ist es zudem wichtig, die taiwanesische Perspektive und ihre Fundamente zu

⁶ Metzler 2017; Jiang 2017.

⁷ MOEA 2022.

kennen. Dies umfasst etwa Taiwans angestrebte und die tatsächliche internationale Positionierung sowie die Wahrnehmung von Zielen, Chancen und Risiken.

Der **dritte Teil** stellt den Zusammenhang mit dem aktuellen Handeln Taiwans her. Zum Ersten wird die Relevanz der strategischen Kultur für die Definition der heutigen nationalen Kerninteressen Taiwans untersucht. Dabei wird der Bogen zur gegenwärtigen nationalen (Verteidigungs-) Strategie gespannt, die sowohl die strategische Kultur, als auch die Kerninteressen Sicherheit, ein gewisses Maß an Souveränität sowie Modernität und Wirtschaftsentwicklung einbezieht.

Zum Zweiten stellt sich die Frage der bereichsspezifischen Operationalisierung der strategischen Kultur in der heutigen Zeit. Auf welche Weise bzw. in welchen Kategorien macht sich die strategische Kultur aktuell bemerkbar? Beispielhaft sind die Bereiche der internationalen Kooperation, der Handhabung der Taiwan-Krise und die Entwicklung der Streitkräfte Taiwans.

TEIL 1

GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN UND STRATEGISCHEN KULTUR

1) POLITISCHE KULTUR

Politische Kultur prägt die Handhabung der Innen- und Außenpolitik. Dies erfolgt zumeist subtil, etwa über die Weltanschauungen, die bürokratischen Strukturen und die staatliche Positionierung zu den internationalen Beziehungen oder zu politischen Konflikten. Sie spiegelt oft langfristige kollektive Erfahrungen, die Geschichte und die nationalen Traditionen wider.

Definition von politischer Kultur

Politische Kultur umfasst die spezifische **Denkweise** in einem politischen System.⁸ Sie gibt den Rahmen für die Beurteilung einer Situation, die Entscheidungsfindung und das Handeln vor. Die letztlich gewählte Handlungsweise wird von relevanten Institutionen, der politischen Führung und Annahmen beeinflusst. Die Politik liefert das Instrument und die Mittel für eine ergebnisorientierte Mobilisierung der Bevölkerung. Die Grundlage für die kollektive Einheit und deren Mobilisierung beruht auf der Identität. Die Kultur bestimmt über die sozialen und institutionellen Strukturen sowie die Ideen das politische Umfeld. Dabei geht die Kultur über Werte und Ziele hinaus und betrifft etwa auch die Wahrnehmung der Welt oder die Logik. Die politische Kultur ist komplementär und permissiv.

Sie wirkt stets im **Zusammenspiel** mit kulturellen, strukturellen und institutionellen Faktoren. Zu den strukturellen Faktoren zählen etwa die Demographie, das Einkommensniveau oder die Urbanisierung. Die institutionellen Faktoren betreffen etwa das (Nicht-) Vorhandensein von politischen, aber nicht notwendigerweise militärischen Institutionen. Sie sind, ebenso wie die kulturellen Faktoren, kollektive Charakteristiken und daher schwierig zu messen. Die politische Kultur schränkt die Aufmerksamkeit auf mögliche alternative Verhaltensweisen, auf relevante Probleme und akzeptable Lösungen ein. Zudem kann sie auch instrumentalisiert werden, um alternative Institutionen, Ideologien oder Verhaltensweisen aus dem politischen Raum zu entfernen.

⁸ Kim 2009; Zhang 2006; Elkins/Simeon 1979; Moody 1994; Johnston 1995, 45.

Die politische Kultur **entstammt** langfristigen kollektiven Erfahrungen, etwa historischen Entwicklungen, sozialen Lernprozessen und Traditionen. Spezifische Quellen der politischen Kultur sind etwa das strategische Umfeld und die relative Verwundbarkeit. Als historisches Produkt ist die politische Kultur dynamisch und veränderbar.⁹

Die politische Kultur zeigt sich in standardisierten, kollektiven **Interpretationsmustern**, die sich auf das konkrete politische Handeln und die politische Symbolik auswirken. Ein bedeutendes Element der politischen Kultur ist die Position zu Fortschritt und Modernisierung.¹⁰ Damit umfasst die politische Kultur Werte, Überzeugungen, Annahmen, Erwartungen, Einstellungen und Praktiken.¹¹ Annahmen wirken im Rahmen der politischen Kultur permissiv, jedoch nicht bestimmend. Folgenreiche Annahmen gelten etwa der Vertrauenswürdigkeit der Anderen oder der Einschätzung der Politik als Nullsummenspiel.

Ein wichtiger Faktor ist die Präferenz für die Maximierung der Gewinne gegenüber der Minimierung der Verluste. Die chinesische Philosophie, der Konfuzianismus und insbesondere der Daoismus spielen eine wichtige Rolle, weil sie einige der Analysekatoren bezüglich Annahmen betreffen, etwa die Kausalität, die Unausweichlichkeit von Ereignissen oder die Planmäßigkeit des Universums. In den Bereich der Annahmen fällt auch die Beurteilung über die Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft oder die Beschaffenheit von Ereignissen, Institutionen oder Aktivitäten, um als politisch gesehen zu werden. Politisch wirksam werden Annahmen etwa auf der Basis von Loyalität zum politischen Entscheidungsträger oder der weitreichenden Übereinstimmung innerhalb einer Gemeinschaft.¹²

Zwei wesentliche Elemente der politischen Kultur sind das politische System und die strategische Kultur.¹³ Dabei kommt den Symbolen eine wesentliche Bedeutung zu. Die systematische wissenschaftliche Analyse der Schlüsselsymbole fördert das Verständnis für die politische Kultur. Denn

⁹ Pye 1985, viii.

¹⁰ Kim 2009; Moody 1994.

¹¹ Johnston 1995, 45.

¹² Levy 2003; Elkins/Simeon 1979.

¹³ Kim 2009.

als kognitive Mittel, auf die sich soziale Gruppierungen stützen, ermöglichen Symbole die zwischenmenschliche Übertragung von Bedeutungen über weite Entfernungen und lange Zeiträume.¹⁴

Das **politische System** bezieht sich auf die Organisation der politischen Macht, insbesondere die Erlangung, Nutzung und Übergabe der Macht. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Identifizierung von Machtgrundlagen sowie auf dem Verständnis für die Grundlagen der Macht, der Machtverteilung und der Machthierarchie. Die Akteure und Institutionen verfügen über unterschiedliche Zugänge zu materiellen und ideellen Ressourcen, etwa finanzielle Mittel, Einfluss oder Moral. Der Staat übernimmt als Machtstruktur essenzielle Funktionen, etwa die Sicherheit, die Regierungsführung, die Konfliktlösung und Dienstleistungen. Dazu benötigt der Staat eine legitimierte Überzeugungsfähigkeit und/oder Zwangsmittel.

Die **Politikgestaltung** umfasst den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess sowie den politischen Inhalt. Sie betrifft die Rolle des Staates, die Interaktionsweise der Entscheidungsträger, die legitimen Verhaltensweisen und die Anwendbarkeit von Kriterien auf die Politik, etwa wissenschaftliche oder religiöse Kriterien. Zudem umfasst sie die Wahrnehmung des politischen Umfelds sowie die Präferenz für die Entscheidungsfindung auf kollektiver oder individueller Ebene. Aufgrund ihres Einflusses auf die Bestimmung von Machtzentren, deren Verbindungen und Aktivitäten spielen beispielsweise die Geschichte, die soziale Klasse, die Religion, die ethnische Zugehörigkeit, die Geographie, die Demographie und Machtverwerfungen eine wichtige Rolle.¹⁵

Politisches System Taiwans

Taiwan ist eine **semipräsidentiale Republik** mit Elementen sowohl eines präsidentialen als auch eines parlamentarischen Systems. Es hat eine Zentralregierung und weist Charakteristiken eines föderalen Systems auf.¹⁶ Die Lokalregierungen unterteilen sich in 13 Landkreise, drei Städte und sechs

¹⁴ Haglund 2009, 26; Alexander 2011.

¹⁵ Dittmer 1977; Elkins/Simeon 1979; Haglund 2009, 26; Kim 2009.

¹⁶ Bush/Hass 2021; Copper 2009.

Sondergemeinden. Das politische System Taiwans basiert auf einem weitgehend repräsentativen Modell. Zudem treffen gewählte und ernannte Beamte wichtige Entscheidungen.

Die **Regierung** Taiwans besteht gemäß der Verfassung aus fünf Staatsräten (Yuan). Der **Legislativ-Yuan** entspricht dem Parlament. Er ist das gesetzgebende Organ mit einem Einkammersystem. Von den insgesamt 113 Abgeordneten werden 73 Abgeordnete in Einpersonenwahlkreisen durch einfache Mehrheit direkt gewählt und 34 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht. Die restlichen 6 Sitze werden nach dem Verhältniswahlrecht in den Wahlkreisen der indigenen Bevölkerung vergeben. Die Parlamentswahlen erfolgen alle vier Jahre gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen. Der **Exekutiv-Yuan** dient als Kabinett. Der **Judikativ-Yuan** verwaltet das Gerichtssystem. Dieses umfasst neben den Bezirksgerichten und Höchstgerichten einen obersten Gerichtshof, dessen Richter mit parlamentarischer Zustimmung vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannt werden. Der **Kontroll-Yuan** überwacht den öffentlichen Dienst und untersucht Fälle von Amtsmissbrauch oder Korruption. Seine Mitglieder werden vom Präsidenten ernannt und vom Parlament für eine Amtszeit von sechs Jahren bestätigt. Der **Prüfungs-Yuan** ist ein Erbe des Prüfungssystems im kaiserlichen China. Das Gremium besteht aus dem Prüfungsministerium und dem Personalministerium. Das Prüfungsministerium rekrutiert auf der Basis von Tests Beamte für den öffentlichen Dienst. Das Personalministerium überwacht das Funktionieren des öffentlichen Dienstes.

Der Präsident und der Vizepräsident werden vom Volk mit einfacher Mehrheit für maximal zwei vierjährige Amtszeiten gewählt. Der Präsident ernennt als Staatsoberhaupt einen Premierminister zum Regierungschef, der den Vorsitz im Kabinett führt. Der Präsident kann den Premierminister absetzen und das Kabinett, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Premierministers ernannt wurden, nach eigenem Ermessen umbesetzen. Mit Kabinettsumbildungen reagierten die taiwanesischen Präsidenten in der Vergangenheit etwa auf Skandale oder politische Rückschläge. Gemäß Verfassung liegt die Zuständigkeit für die Politik in den Bereichen der Landesverteidigung, der Außenpolitik und der China-Beziehungen beim Präsidenten. Von der Möglichkeit, ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister einzu-

bringen, machte das Parlament bisher aufgrund der hohen Kosten und der Ungewissheit des Ausgangs noch keinen Gebrauch.

Verfassungsänderungen sind außerordentlich schwierig durchzuführen und erfordern im Wesentlichen die Zustimmung der beiden Großparteien. Die Durchführung von Volksabstimmungen stieß früher auf große Schwierigkeiten. Das Kabinett der Demokratischen Fortschrittspartei erleichterte die Volksabstimmungen, wobei die Themen der ersten angenommenen Referenden interessanterweise in Widerspruch zur Politik der Demokratischen Fortschrittspartei standen, etwa die Energiepolitik.¹⁷

Demokratisches System

Taiwan gilt als konsolidierte neue Demokratie.¹⁸ Es durchlief inzwischen mehrere friedliche Machtwechsel durch Direktwahlen und übertraf damit gemäß Huntington den Test der demokratischen Konsolidierung mit zwei Machtübergängen.¹⁹ Im Gegensatz zu anderen Demokratien der dritten Welle in Asien, etwa Thailand, Kambodscha oder die Philippinen, gab es in Taiwan keinen demokratischen Rückschritt oder eine militärische Machtübernahme. Stattdessen bildeten sich wichtige Selbstkorrekturmechanismen demokratischer Gesellschaften heraus, etwa eine unabhängige Justiz, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine aktive freie Presse. Die Zivilgesellschaft entwickelte sich aus einem leninistischen korporatistischen Staat.²⁰ In der Folge gibt es ein hohes Maß an Transparenz und Kontrolle und die teils vorherrschende politische Korruption ging zurück.²¹

Parteiensystem

Mit der Demokratisierung entwickelte Taiwan ein wettbewerbsfähiges Parteiensystem, das über die personalistischen oder patrimonialen Modelle der Vergangenheit hinausgeht.²² Der Nationalismus prägt jedoch weiterhin das

¹⁷ Bush/Hass 2021.

¹⁸ Hsiao 2019.

¹⁹ Huntington 1991, 267.

²⁰ Tien 1988, 61ff; Gold 2018; Fell 2018.

²¹ Fell 2018; Diamond/Shin 2014.

²² Stockton 2002; Zhang 2003; Rigger 2005; Bush/Hass 2021,11; Derichs/Heberer 2013.

politische Verhalten.²³ Die politische Trennlinie der zwei alternierend regierenden Großparteien entspricht der jeweiligen nationalen Identität als chinesisch oder taiwanesisch.²⁴ Die Kuomintang/Guomindang (Nationale Volkspartei, KMT) favorisiert eine noch engere Wirtschaftsverflechtung mit China, die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP) strebt grundsätzlich nach der Unabhängigkeit Taiwans.²⁵ Die politischen Hauptthemen konzentrieren sich auf die Wirtschaftsentwicklung und die komplexe Beziehung zu China. Dieses intensivierte in den letzten Jahren seinen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Druck und speziell die diplomatische Isolation Taiwans.

Das Wesen der **Parteistruktur** ist wesentlich, um zu verstehen, wie die politische Macht in Taiwan ausgeübt wird. Dies umfasst die Funktionen und die Rollen der politischen Parteien, ihre Organisation, ihre Führungsstruktur, die wesentlichen Veränderungen und die Art des entstandenen Systems. Im Mittelpunkt stehen die zwei Großparteien, das sind die Kuomintang und die Demokratischen Fortschrittspartei. Bis 1986 war die Gründung neuer politischer Parteien in Taiwan nicht zulässig. Neben der Kuomintang gab es nur zwei unbedeutende, großteils von ihr finanzierte und kontrollierte Parteien, die Young China Party und die China Democratic Socialist Party. Faktisch hatte Taiwan ein Einparteiensystem.²⁶

Die **Kuomintang** (Nationale Volkspartei, KMT) führt ihren Ursprung auf einige von Sun Yat-sen gegründete politische Organisationen zurück. Dazu zählt die 1894 in Hawaii (USA) gegründete Gesellschaft zur Regenerierung Chinas²⁷ oder die 1905 in Japan etablierte Revolutionäre Allianz²⁸. Nach dem Zusammenschluss der einzelnen Organisationen 1912 gewann die Kuomintang die ersten Parlamentswahlen in China. Die Kuomintang behielt Merkmale leninistischer Parteien, insbesondere die soziale Kontrolle.²⁹ Sie weist jedoch auch bedeutende Unterschiede zu leninistischen Parteien auf und ähnelt den politischen Parteien des Westens. Sie ist eine Massen-

²³ Rigger 2014a.

²⁴ Fell 2005.

²⁵ Hughes 1997.

²⁶ Copper 2009.

²⁷ Hsing Chung Hui.

²⁸ Tung Meng Hui.

²⁹ Tien 1988, 249-253.

partei und keine Elitepartei. Sie erstellte keine zentrale Planwirtschaft und unternahm keine Versuche der kompletten Mobilisierung oder Kontrolle der Bevölkerung. Ideologie spielt eine untergeordnete Rolle. Die Kuomintang passte ihre Organisationsstruktur und den Entscheidungsfindungsprozess an, um mit der politischen Modernisierung des Landes Schritt zu halten. Sie demokratisierte sich erfolgreich.

Finanziell war die Kuomintang sehr gut aufgestellt und wurde mit einem geschätzten Vermögen von zwei Milliarden US-Dollar als die wohlhabendste politische Partei der Welt bezeichnet. Die Finanzkraft erleichterte die Durchführung von Wahlveranstaltungen, gab jedoch der Opposition auch Anlass zur Sorge vor dem Kauf von Wahlergebnissen oder der Untergrabung der guten Regierungsführung. In der Vergangenheit unterhielt die Kuomintang zahlreiche gewinnbringende Wirtschaftsunternehmen, darunter auch mehrere im Medien- und Kulturbereich. Aus diesem Grund warfen Kritiker der Kuomintang die Monopolisierung vieler Wirtschaftsbereiche und die Kontrolle der Medien vor. Der starke Einfluss auf die Nachrichten-, Verlags- und Filmindustrie nahm mit dem Demokratisierungsprozess und dem zunehmenden Pluralismus in der Gesellschaft ab. Die Kuomintang verkaufte etwa einige Unternehmen oder kappte ihre Verbindungen zu bestimmten Medienorganisationen.

Die wichtigen politischen Entscheidungen wurden in den ersten Jahrzehnten von und innerhalb der Kuomintang getroffen. Dadurch kontrollierte und manipulierte die Kuomintang die Regierung weitgehend.³⁰ Ab den 1960er Jahren veränderte die Kuomintang ihre Einstellung zur Notwendigkeit eines Parteienwettbewerbs. In der Folge traten einige Oppositionspolitiker als Unabhängige zu den Wahlen an. In den 1970er Jahren bildete sich eine lose politische Organisation namens „Außerhalb der Partei“ (**Tangwai**/Dangwai),³¹ womit die praktisch als einzige existierende Kuomintang gemeint war. Diese Tangwai förderte Kandidaten bei verschiedenen Kommunalwahlen. Zu Beginn der 1980-er Jahre erlebte Taiwan ein schnelles Wachstum der Oppositionspolitik. Anlässlich der nationalen Wahlen 1983 entwickelte die Tangwai Parteiziele und führte einen Wahlkampf als politi-

³⁰ Copper 2009.

³¹ Tangwai 黨外.

sche Organisation.³² Die kleineren Parteien entstanden zumeist durch Abspaltung von einer der beiden Großparteien und betonten marginalisierte Themen. Die alternativen Parteien der sozialen Bewegung kämpften um Relevanz bei den Wahlen.³³

Die neu gegründete **Demokratische Fortschrittspartei** (Democratic Progressive Party, DPP)³⁴ orientierte sich mit ihrem Parteiprogramm stark an der Tangwai und mit ihrer Parteiorganisation deutlich an der Kuomintang. Ähnlich der Kuomintang und anderer leninistischer Parteien hält die Demokratische Fortschrittspartei Parteitage ab. Ihre Delegierten wählen ein Zentralkomitee, das in der Folge eine zentrale Führung wählt. Insbesondere in den ersten Jahren unmittelbar nach ihrer Gründung war die politische Führung der Demokratischen Fortschrittspartei wenig stabil. Der Aufbau einer Unterstützungsbasis stellte sich für die DPP als problematisch heraus. Denn in den ländlichen Gebieten, wo die Mehrheit der Taiwanesen lebt, war die Kuomintang gut organisiert und verfügte über einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Dies resultierte aus den erfolgreichen Bemühungen der Kuomintang um eine Landreform.

Ebenso wie die Tangwai litt auch die Demokratische Fortschrittspartei unter Fraktionalismus und grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in einigen wichtigen politischen Fragen. Das Thema, das am meisten spaltete, war die Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans. Zahlreiche DPP-Mitglieder befürworteten die Unabhängigkeit oder die dauerhafte Trennung von China, während viele andere sie als verfrüht und/oder als gefährlich ansahen. Ein zweites kontroverses Thema war die Beziehung der DPP zur Kuomintang. Einige sahen die zumindest zeitweise Kooperation mit der KMT als Grundvoraussetzung für einen wenigstens minimalen politischen Erfolg. Für andere galt die KMT als Gegner und jeder Kompromiss als verwerflich. Eine dritte Frage betraf die nicht in Taiwan lebende Chinesen, etwa ob sie wählen oder für politische Ämter kandidieren durften oder zur Rückkehr nach Taiwan eingeladen werden sollten.³⁵

³² Copper 2009.

³³ Chung/Fell 2020; Rubinstein 2015; Davison 2003.

³⁴ 民主進步黨.

³⁵ Copper 2009.

1992 kam es zu einer tiefen Spaltung der Kuomintang. Die allgemeinen Fraktionen unterstützten Lee Teng-hui. Er war Vorsitzender der Kuomintang und von 1988 bis 2000 Präsident Taiwans. Lee Teng-hui war der erste auf Taiwan geborene Politiker, der diese Ämter innehatte. Die Nicht-Mainstream-Fraktionen, hauptsächlich Festlandchinesen, unterstützten den von 1990 bis 1993 amtierenden Premierminister Hau Pei-tsun. Einige Mitglieder der Nicht-Mainstream-Fraktion verließen 1993 die Kuomintang und gründeten die Neue China-Partei, die später in **Neue Partei** umbenannt wurde. Die Neue Partei warf der Demokratischen Fortschrittspartei vor, nur aus ethnischen Taiwanesen und Separatisten bzw. Befürwortern der Unabhängigkeit Taiwans zu bestehen. Der Kuomintang lastete die Neue Partei einen Linksruck und eine Annäherung an die Demokratische Fortschrittspartei an. Bei zwei Wahlen schnitt die Neue Partei gut ab, erlebte 2001 jedoch eine herbe Niederlage.

	Konservativ (KMT)	Progressiv (DPP)
1988 - 2000	Lee Teng-hui	
2000 - 2008		Chen Shui-bian
2008 - 2016	Ma Ying-jeou	
2016		Tsai Ing-wen

Abbildung 1: Machtwechsel zwischen konservativen und progressiven Regierungen

Nach den Wahlen 2001 herrschte in Taiwan das „**Zwei-Block-Parteiensystem**“. Die Kuomintang, die Neue Partei und die Volksnahe Partei (People First Party, PFP)³⁶ stellten sich gemeinsam gegen die Regierung von Chen Shui-bian. Chen Shui-bian war von 2000 bis 2008 Präsident Taiwans und gehörte der Demokratischen Fortschrittspartei an. Das Oppositionsbündnis blockierte durch ihre Kontrolle über das Parlament (Legislativ-Yuan) die Politik von Chen Shui-bian und führten ihre eigene

³⁶ 親民黨.

Agenda fort. Das Bündnis wird „blaues Team“ oder „pan-blau“ genannt. Unterstützung erfuhr Chen Shui-bian durch die Taiwanische Solidaritätsunion (Taiwan Solidarity Union, TSU) und die Demokratische Fortschrittspartei, bekannt als das „grüne Team“ bzw. „pan-grün“.³⁷ Bei der Präsidentenwahl 2016 verzeichnete die Kuomintang ein extrem schlechtes Ergebnis und verlor erstmals in der Geschichte Taiwans die Mehrheit im Parlament.³⁸

Politische Kultur Taiwans

Die **politische Identität** Taiwans ist im Gegensatz zur kulturellen Identität unumstritten.³⁹ Sie basiert auf dem raschen Demokratisierungsprozess ab 1986 sowie auf der Entwicklung der (Export-) Wirtschaft. Taiwan gilt als Beweis für die Theorie, dass der ökonomische Fortschritt auch Pluralismus mit sich bringen kann. Zwei Hauptfaktoren begünstigten die grundlegende Veränderung der ursprünglichen chinesischen politischen Kultur: erstens der Mangel der KMT an einer modernen politischen Nachfolgegeneration und zweitens die starke soziale Durchmischung der ethnischen Chinesen mit den Taiwanesen.⁴⁰ Als trennende Faktoren zwischen Taiwan und China gelten die divergierende Geschichte und die unterschiedlichen Entwicklungsprozesse.⁴¹ Trotz der kulturellen Ähnlichkeiten mit China weist Taiwan eine unterschiedliche politische und soziale Kultur auf.⁴² Als Konsequenz der mehrmals wechselnden Herrschaft über Taiwan ist die politische Geschichte Taiwans komplex. Die politische Kultur entstammt vielfältigen Einflüssen mit wechselnder Gewichtung. Dazu zählt die lokale Familienherrschaft, der westliche Kolonialismus, das bürokratische System Chinas, der japanische Feudalismus und der Demokratisierungsprozess.⁴³

³⁷ Garrett/Adams/Kramer 2006; Copper 2009.

³⁸ Fell 2018.

³⁹ Siehe bspw. Stockton 2002; Lin 2021.

⁴⁰ Pye 1985, 232ff.

⁴¹ Stockton 2002.

⁴² Metzler 2017, 138.

⁴³ Huang/Wu 2018; Copper 2009.

Historische äußere Einflüsse

Chinas Einfluss

Die grundlegende politische Kultur entwickelte sich in **China** über Jahrhunderte. Frühe Einwanderer und ab dem 17. Jahrhundert chinesische Verwaltungsbeamte brachten sie nach Taiwan. Sie war elitär und begünstigte keine politische Teilhabe. Zugleich war sie egalitär. Denn im Gegensatz zum Großteil der restlichen damaligen Welt stellte die Klassenzugehörigkeit kein Hindernis zum Erreichen einer hohen Regierungsposition dar. Voraussetzung war allerdings Bildung, die Zeit und Geld erforderte. Die chinesische politische Tradition war autoritär, auch wenn der Individualismus Teil der Kultur war. Sie war humanistisch und moralisch, denn politische Entscheidungen galten als ethische Entscheidungen.⁴⁴

Die Qing-Dynastie inkludierte Taiwan 1683 in die Verwaltung der südchinesischen Provinz Fujian. Die Wahrnehmung von Taiwan als Region der landwirtschaftlichen Saisonarbeit für Männer spiegelte sich in drei Prinzipien wider. Für die Migration nach Taiwan war eine Bewilligung erforderlich, die zur Konfliktvermeidung bestimmten Hakka-Sprachgruppen nicht erteilt wurde. Zudem war die Begleitung durch Familie oder Freunde untersagt. Die Ureinwohner erhielten Entschädigungen für ihre Gebietsverluste oder konnten selbst die chinesischen Agrarpraktiken übernehmen. Sie unterlagen einem Pro-Kopf-Besteuerungssystem in Form von Naturalien sowie Fronarbeit. Auf diese Weise sicherte China Einnahmen, senkte die Verwaltungskosten und regelte den Umgang mit den zugewanderten Han-Festlandchinesen. In der Praxis war das System jedoch sehr missbrauchsanfällig und die Migrationsbeschränkungen aufgrund des Bevölkerungswachstums in Südchina praktisch nicht durchführbar. Bis zur Etablierung einer formellen Administration nahm die Bürokratie in allen Bereichen stets zu. Erst nach der Erhebung zur Provinz wurde Taiwan 1887 vollständig in die chinesische Verwaltung eingegliedert. Das war in erster Linie eine Reaktion auf die imperialistischen Absichten Japans gegenüber Taiwan sowie das Resultat intensiver Debatten über die Verantwortlichkeiten und Kosten.⁴⁵

⁴⁴ Copper 2009, 108.

⁴⁵ Davison 2003.

Theoretisch war das damalige China der Qing-Dynastie ein Einheitsstaat, tatsächlich war die politische Macht jedoch dezentralisiert. Die lokalen Beamten unterstanden nominell dem Kaiser, agierten jedoch weitgehend autonom und mit erheblicher Unterstützung lokaler Honoratioren. Zu ihrer Beratung und Kontrolle entsandte die Zentralregierung Regierungsbeamte. Deren Einfluss blieb jedoch limitiert, da sie im Rahmen eines Rotationsprinzips ihre lokale Zuständigkeit regelmäßig wechselten und zumeist auch nicht die lokale Sprache verstanden. In Kombination mit den großen Entfernungen, den mangelnden Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie anderen Grenzen der zentralisierten politischen Kontrolle resultierte daraus ein Kräftegleichgewicht zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen. Eingeschränkt wurden zentrifugale Tendenzen durch die kohäsive Kraft der chinesischen Kultur.⁴⁶

Japans Einfluss

Die **japanische Kolonialherrschaft** von 1895 bis 1945 prägte die politische Kultur Taiwans ebenso auf nachhaltige Weise.⁴⁷ Sie erfuhr immer wieder eine Neubewertung. Die positive Perspektive hebt die Errungenschaften hervor, die negative die Brutalität der Kolonialregierung.⁴⁸ Zu Beginn der Kuomintang-Herrschaft beispielsweise war die allgemeine Ansicht, dass die Kuomintang die ganze Härte der japanischen Verwaltung mit sich brachte, jedoch ohne deren Effizienz, Berechenbarkeit und Ordnung.⁴⁹

In der politischen Tradition Japans waren Waffen und Geld, jedoch weniger die Bürokratie entscheidende Elemente der politischen Macht. Somit verstärkte die japanische Herrschaft den feudalen Charakter der politischen Kultur Taiwans und seines politischen Systems. Die japanische Kontrolle über Taiwan stützte sich auf den Legalismus, denn die Schaffung eines Rechtsrahmens erleichterte die Kolonialherrschaft. Im politischen Denken Japans wurden Gehorsam und Loyalität hoch geschätzt, Individualismus

⁴⁶ Copper 2009, 108.

⁴⁷ Siehe bspw. Liao/Wang 2006; Metzler 2017; Manthorpe 2005; Lamley 2015; Fell 2018; Davison 2003.

⁴⁸ Lamley 2015, 202.

⁴⁹ Phillips 2015; Davison 2003; Derichs/Heberer 2013.

hingegen nicht. Japan verwaltete Taiwan effizient und in vielerlei Hinsicht gerecht. Die Verbesserung der sozialen Stabilität, der landwirtschaftlichen Produktivität, der Infrastruktur und der Gesundheit trug zu einem steten Bevölkerungswachstum bei. Die Politik der Ausgrenzung und ethnischen Diskriminierung führte, trotz wirtschaftlicher und sozialer Vorteile, zur Schaffung einer eigenen, auf einem Gemeinschaftsgefühl basierenden Identität unter den Chinesen in Taiwan. Zum Ende der Kolonialherrschaft stellte Japan, jedoch unaufrichtig und im Bestreben die Niederlage im zweiten Weltkrieg zu verhindern, die Selbstverwaltung zahlreicher von Japan kontrollierter Gebiete in Aussicht, darunter Taiwan.⁵⁰

Bis 1897 konnten die Taiwanesen auf Wunsch die Insel noch verlassen, statt sich der japanischen Herrschaft zu unterwerfen. 23 % der Bevölkerung, insbesondere die Oberschicht, kehrten in ihre Heimatdörfer auf dem Festland zurück. Den freiwillig verbliebenen unteren und mittleren Adel versuchte Japan zu kooptieren. Der Generalgouverneur von Taiwan erhielt mit dem rasch nach der Machtübernahme verabschiedeten Gesetz 63 außergewöhnliche Befugnisse zum Erlass von Dekreten, solange diese mit den allgemeinen politischen Richtlinien Japans übereinstimmten. In den ersten drei Jahren war die **Kolonialverwaltung** unstet, die Unterdrückung des lokalen Widerstands hatte Vorrang. Ab 1898 begann der Aufbau eines soliden Regierungssystems und die wirtschaftliche Gewinnmaximierung. Die Maßnahmen umfassten eine Bankgründung, die Standardisierung von Maßen und geologische Untersuchungen im Hinblick auf Bodenressourcen. Erfasst wurden detaillierte Daten zur Demographie, Anbaufläche, Besteuerung und Steuervermeidung. Die Kolonialregierung legte Verbrauchersteuern fest und Monopole, etwa auf die Salzproduktion und den Opiumhandel. Die Infrastruktur wurde ausgebaut und modernisiert, etwa der Hafen von Jilong. Zur strengen Bevölkerungskontrolle und zum Aufbau von lokalen Milizen nutzte Japan weiterhin das in China praktizierte Baojia-System (Familienverantwortlichkeitssystem). Dieses basiert auf der gegenseitigen Verantwortung bis auf die Ebene der einzelnen Haushalte. Sorgfältig ausgewählte lokale Honoratioren wurden für die Zwecke der Kolonialregierung mit Geld und Prestige vereinnahmt. Sie führten die Lokaladministration, verwalteten Regierungsinitiativen, sicherten die politische

⁵⁰ Davison 2003.

Unterstützung der Bevölkerung oder rekrutierten Arbeitskräfte für Bauprojekte.

Die Befriedung ab 1915 führte zu einer liberaleren Haltung gegenüber der politischen Teilnahme der Taiwanesen an höheren Regierungs- und Bildungseinrichtungen. Der Rückgang der Autokratie resultierte aus internen Faktoren sowie aus der engeren formellen Bindung der Kolonialregierung an die japanischen Regierungsinstitutionen mit dem Gesetz 3. Die 1920er Jahre brachten eine **begrenzte Selbstverwaltung**, insbesondere durch einen beratenden Rat, dem sowohl Taiwanesen, als auch Japaner angehörten. Er verfügte über wenig Macht, bot jedoch ein gewisses Ventil für die taiwanesischen Meinungen. Den zunehmenden Forderungen nach mehr politischer Teilhabe und Selbstbestimmung gab die Kolonialregierung allmählich nach.

Die japanische Kolonialregierung schuf in Taiwan eine effiziente Verwaltungs- und **Wirtschaftsstruktur** sowie ein attraktives Investitionsklima für japanische Unternehmer. Die Steuerreform und die Landregistrierung erhöhten die Steuereinnahmen erheblich. Von 1897 bis 1905 verdoppelte sich die steuerpflichtige Landfläche und vervierfachten sich die Steuereinnahmen. Der Schwerpunkt der Wirtschaftsentwicklung lag in der Reis- und Zuckerproduktion für den japanischen Markt und den profitablen Exportmarkt. Die rasche Industrialisierung und Urbanisierung in Japan erhöhten die Nachfrage. Diese konnte jedoch vom ebenfalls unter japanischer Kolonialherrschaft stehenden Korea nicht alleine erfüllt werden. Die hohen Wachstumsraten in der Reis- und Zuckerproduktion stimulierten den allgemeinen Industrialisierungsprozess. Vorteilhaft war der strategische Ausbau der Infrastruktur, insbesondere von Häfen, Verkehrswegen, Bewässerungs- und Stromerzeugungsanlagen, sowie die Gründung einer landwirtschaftlichen Vereinigung.

In den 1920er Jahren entstand eine neue taiwanesischen Elite. Veränderungen in der **Bildungspolitik** verbesserte ab 1919 unter Beibehaltung des segregierten Bildungssystems die Bildungsrate der Taiwanesen. Im Mittelpunkt stand die Kultur, die Geschichte und die Weltanschauung Japans. Ab 1922 bestimmte nicht mehr die ethnische Zugehörigkeit über den Zugang zu höherer Bildung, sondern ein Wettbewerb in der japanischen Sprache. Im Rahmen eines Kriegsnationalismus setzte die Kolonialregierung in allen

Schulen einen zunehmend japanisierten Lehrplan ein und förderte immer stärker den Shintoismus.

In den letzten Jahren seiner Kolonialherrschaft nutzte Japan Taiwan zunehmend als Aufmarschgebiet für Vorstöße in Gebiete im Pazifik und in Südostasien, die erobert werden sollten. Von Taiwan aus übernahm Japan beispielsweise erfolgreich die Kontrolle über die chinesische Provinz Guangzhou (Ende 1938), die Insel Hainan (Februar 1939) und die Taiwan-Straße.⁵¹ Die japanische Kolonialherrschaft, 1951 mit dem Verzicht auf die Souveränität über Taiwan offiziell beendet,⁵² hatte nachhaltige Konsequenzen. Die Taiwanesen mussten der nachfolgenden Kuomintang-Regierung ihre politische Tätigkeit legitimieren und ihre Loyalität beweisen.⁵³

Einfluss der chinesischen Nationalisten

Als die **chinesischen Nationalisten** unter Chiang Kai-shek (Jiang Jieshi) 1945 auf Basis des Vertrags von Kairo⁵⁴ die politische Herrschaft über Taiwan übernahmen, waren ihre politischen Ideen der Mehrheit der Taiwanesen bereits geläufig. Die politischen Ideale der Kuomintang gehen auf Sun Yat-Sen (auch Sun Zhongshan, 1866 bis 1925) zurück. Er war der erste Präsident der Republik China und Gründer der nationalen Volkspartei Chinas.⁵⁵ Auch heute noch prägt Sun Yat-sens politische Philosophie der „Drei Prinzipien des Volkes“ Taiwan. Für das historische Verständnis der Kuomintang ist bedeutend, dass sie ein breites Spektrum an politischen Meinungen vertrat. Sie war zu Beginn die einzige Partei. Daher musste jeder, der sich politisch engagieren wollte, der Kuomintang beitreten. Später existierte in China als einzige Alternative die Kommunistische Partei Chinas. Während Sun Yat-sen ein Bündnis zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei unterstützte, lehnte dies sein Nachfolger in der Parteiführung, Chiang Kai-shek, ab.

⁵¹ Lamley 2015; Davison 2003.

⁵² Taiwan Documents Project 2002b, Art. 2(b).

⁵³ Phillips 2015, 276.

⁵⁴ Taiwan Documents Project 2002e.

⁵⁵ 中國國民黨.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs kam es in Taiwan zu einer Wiederbelebung der chinesischen politischen Kultur. Doch die in den 1950er Jahren implementierten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien und demokratischen Reformen verwässerte ihren elitären Charakter. Nun ermöglichten Bildung und Wirtschaftserfolg auch Neueinsteigern eine politische Karriere. Der Autoritarismus blieb bestehen. Die herrschende Elite verlangte ihn, die Bevölkerung akzeptierte ihn. Allmählich wurde dieses Element der chinesischen politischen Kultur durch die Demokratisierung und das Aufkommen der Parteipolitik geschwächt.⁵⁶ Taiwan befand sich in einem Konflikt mit der Volksrepublik China und daher in steter Kriegsberedtschaft. Die Fortdauer der konfuzianischen Ethik spiegelt das starke Interesse an einem korrekten politischen Verhalten wider. Später verstärkte in mancher Hinsicht auch der Demokratisierungsprozess die Sorge um eine gute Regierung.⁵⁷

Ab den 1960er Jahren durchdrangen westliche politische Ideen Taiwan. Die im Westen praktizierten politischen Rechte wurden, insbesondere von jüngeren Taiwanern, idealisiert. Mit der Expansion des freien Marktes und der Zunahme des Außenhandels wurde die Demokratie als Notwendigkeit betrachtet. Vor allem der freie Informationsfluss galt als wesentlich für den Erwerb von Technologie und die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums. In der Folge übernahm die politische Kultur Taiwans neue demokratische Komponenten.⁵⁸

Politische Ideologie

Die ideologischen und philosophischen Grundlagen sowie ihre Entwicklung sind wichtig für das Verständnis der taiwanesischen Politik. Prägend war die konfliktbehaftete Suche nach einer nationalen Identität. Das grundlegende Prinzip aller politischen Parteien ist der Pragmatismus.

Als die Nationalisten nach Taiwan kamen gab es praktisch keine systematische taiwanesischen politische Philosophie, abgesehen von Elementen alter chinesischer Lehren, etwa von Konfuzius und Menzius, sowie Elementen

⁵⁶ Cheng/Chu 2018; Rigger 2011; Winckler 1984; Cheng 1989.

⁵⁷ Pye 1985, 228-236; Copper 2009.

⁵⁸ Copper 2009.

der japanischen politischen Philosophie. Aus diesem Grund konnte das Konzept der **Drei Volksprinzipien von Sun Yat-sen** – Nationalismus (*Volksgemeinschaft*), Demokratie (*Volksrechte*) und der Lebensunterhalt des Volkes (*Volkswohlfahrt*) – leicht nach Taiwan verpflanzt werden. Erleichtert wurde dieser Prozess durch Sun Yat-sens frühere Besuche in Taiwan und den hohen Bekanntheitsgrad seiner Schriften. In mancher Hinsicht waren Sun Yat-sens Ideen zwar antitraditionell. Sie standen jedoch nicht generell im Widerspruch zu den traditionellen Lehren, stießen aber zum Teil auf eine gewisse Abneigung der Taiwaner gegen Ideologien vom chinesischen Festland.⁵⁹

Die Drei Volksprinzipien betonten den Aufbau einer Nation, denn China war traditionell eher eine Kultur als eine Nation. Das zweite Prinzip galt der Massenbeteiligung an der Politik, das dritte der Wirtschaftsentwicklung, um die Nation reich und mächtig und das Volk wohlhabend zu machen. Zugleich lehrte Sun Yat-sen, dass sich die Demokratie nur schrittweise entwickeln könne, da die Chinesen noch nicht zur Übernahme der Verantwortung als Bürger bereit seien. Bis zur Verwirklichung einer vollständigen Demokratie wäre daher eine Zeit der politischen Vormundschaft erforderlich. Mangels parlamentarischer Institutionen berücksichtigte Sun Yat-sen als Kompromiss mit der chinesischen Realität jede reale Macht, schob allerdings die Restrukturierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft auf unbestimmte Zeit auf. In der Folge war die Kuomintang als moderne Partei erfolgreich, jedoch noch nicht als demokratische. Die politischen Ideale Sun Yat-sens gaben der Kuomintang die Ideologie sowie einen Regierungsentwurf und prägten die politische Grundeinstellung der taiwanesischen Bevölkerung. Die Frage galt weniger der Demokratisierung an sich, sondern vielmehr dem Zeitpunkt und der Geschwindigkeit der Demokratisierung.⁶⁰

Die **Umsetzung** von Sun Yat-sens politischen Ideen in Taiwan erfolgte über die Landreformen der Kuomintang in den 1950er Jahren. Diese förderten zudem die lokale Demokratie, weil die Loslösung aus der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern den Bauern ein Interesse an den Lokalverwaltungen gab. Die bedeutenden Kommunalwahlen 1950 leiteten den

⁵⁹ Copper 2009.

⁶⁰ Wei/Myers/Gillin 1994; Tien 1988, 249-253; Womack 1991; Ho/Broadbent 2011.

Demokratisierungsprozess auf der lokalen Ebene und drei Jahrzehnte später schließlich auf der nationalen Ebene ein. Die politischen Oppositionsgruppen Taiwans boten keine alternativen Ideologien an und machten sich ebenfalls die Lehren Sun Yat-sens zu eigen. Dies trifft beispielsweise auch auf die Demokratische Fortschrittspartei nach ihrer Machtübernahme 2000 zu. Die Tangwai etwa förderte auf dieser Basis ein höheres Wohlfahrtsbudget oder bemängelte die fehlende Anstrengung der Kuomintang zur Realisierung einer demokratischen Regierung.

Das **politische Denken von Sun Yat-sen** kombinierte in einer mutigen und einzigartigen Synthese östliche und westliche Ideen. Es vereint in gewisser Weise die Grundzüge des politischen Denkens in Taiwan, insbesondere von Chiang Kai-shek, in Festlandchina, etwa von Mao Zedong oder Zhou Enlai, und Hongkong. Zudem inspirierte es die Entwicklungsländer. Es war jedoch nicht in allen Ideen praktikabel. Trotz des revolutionären Charakters legte Sun Yat-sen großen Wert auf die Kontinuität auf Basis der chinesischen Vergangenheit. Dies war umso wichtiger, weil die ethnische Identität untrennbar mit dem konfuzianischen Erbe verbunden ist und individualistisches Denken nicht übermäßig geschätzt wird. Sun Yat-sens Verständnis des Konfuzianismus und auch des Christentums war unkonventionell. Seine Theorie des Sozialismus war von der konfuzianischen Tugend der Harmonie beeinflusst. Dies führte zu einer weniger zerstörerischen Theorie als die marxistische Betonung des Klassenantagonismus.⁶¹ Sun Yat-sen vertrat zudem die Idee einer engen Beziehung zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung. Er glaubte, dass das Wirtschaftswachstum den sozialen Wandel und die politische Modernisierung vorantreiben und so zur Demokratie führen würde. Die meisten Taiwanesen akzeptierten, dass dabei der wirtschaftliche Fortschritt vorrangig war.

In den Anfängen propagierte die **Kuomintang** den Antikommunismus als eine ihrer ideologischen Kernaussagen. Damit verbunden war das Ziel, auf das Festland zurückzukehren. Das Festland sollte vom Kommunismus befreit und unter einer nationalistischen Herrschaft, basierend auf den Lehren von Sun Yat-sen, ein republikanisches Regierungssystem etabliert werden. Im Allgemeinen waren die Taiwanesen weder vom Kommunismus,

⁶¹ Wells 2001, 153-170.

noch von der antikommunistischen Regierungspropaganda begeistern. Insbesondere die jungen Taiwanese identifizierten sich mit dem Westen. In den 1960er und 1970er Jahren schien die Kuomintang die Hoffnung auf die Befreiung Chinas aufzugeben, auch wenn die Rückkehr aufs Festland bis in die 1990er Jahre ihre offizielle Politik blieb. Die Kuomintang vertrat zudem, in den Anfangsjahren jedoch von untergeordneter Bedeutung, den Kapitalismus der freien Marktwirtschaft und den Freihandel als wichtige ideologische Grundsätze und stellte sie in einen Konnex mit der Demokratie. Bis in die späten 1950er Jahre und der Bedeutungszunahme des Privatsektors herrschte in Taiwan eine sozialistische bzw. öffentlich-rechtliche Wirtschaft vor.

Die **ideologischen Unterschiede** zwischen der Kuomintang und der politischen Opposition betrafen in erster Linie die nationale Identität und den künftigen politischen Status Taiwans. Sie nahmen in den 1970er Jahren zu, wurden jedoch im Allgemeinen pragmatisch gehandhabt. Sie zeigten sich in den Wahlkämpfen und insbesondere in der Ausgestaltung der China-Beziehung und der Frage, ob Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Kuomintang trat für eine engere Beziehung zu China und die Idee von „Greater China“ ein. Beide Großparteien sahen in der Frage der Unabhängigkeit oder Vereinigung mit China eher ein zukünftiges als ein sofort zu lösendes Problem. Weitere Differenzen bezogen sich auf die Außenpolitik, das Konzept der asiatischen Demokratie versus die westliche Demokratie, die Steuern oder die Wohlfahrt.⁶² Generell mäßigten sich die Demokratische Fortschrittspartei und die Tangwai im Laufe der Zeit. Die Demokratische Fortschrittspartei konzentrierte sich auf die rasche Demokratisierung und andere politische Reformen sowie das Bewusstsein für eine spezifische taiwanesischen Identität. Sie befürwortete die Lokalisierung bzw. Taiwanisierung.

Politischer Wandel

Nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten unter Mao Zedong floh die Kuomintang-Regierung unter Chiang Kai-shek mit den nationalistischen Streitkräften 1949 von Festlandchina nach Taiwan. Seitdem beanspruchen sowohl die Volksrepublik China, als auch Taiwan die Souveränität über das gesamte Territorium von China und Taiwan.

⁶² Lin 2020, 144; Copper 2009.

Durch diese faktische politische Teilung bleibt die Vorstellung aufrecht, dass der chinesische Bürgerkrieg weiterhin andauert. Unter dieser Prämisse behielt Taiwan eine Regierungsstruktur bei, die seinem Anspruch auf Hoheitsgewalt über das von der Volksrepublik China kontrollierte Festland entspricht. Folglich war die Legitimität Taiwans eng mit dem Anspruch verbunden, die Regierung Gesamtchinas zu sein.⁶³

In den 1950er und 1960er Jahren wurde Taiwan international weitgehend als einziger Nachfolgestaat der ehemaligen Republik China, die zwischen 1911 und 1949 bestanden hatte, anerkannt. Doch mit der Resolution 2758 der UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 25.10.1971 musste Taiwan diese Position an die Volksrepublik China abtreten.⁶⁴ In der Folge verlor Taiwan in praktisch allen internationalen Regierungsorganisationen seine Stimme. Die meisten Staaten anerkannten nun China statt Taiwan als souveräne Regierung Chinas. Zur Aufrechterhaltung seines internationalen Ansehens und zur zumindest teilweisen Abschwächung seiner diplomatischen Isolation strebte Taiwan nach dem Ausbau von substantziellen Beziehungen, etwa durch Handel, Militärkooperationen, Kulturaustausch oder Sportwettkämpfen. Als neue Legitimationsquelle nutzte Taiwan die Wirtschaftsleistung und eine moderate politische Demokratisierung. Ab den 1980er Jahren versuchte China mit gut koordinierten, jedoch erfolglosen Kampagnen Taiwan zu Verhandlungen über die Vereinigung mit dem Festland zu bewegen. Der Ansatz „Ein Land, zwei Systeme“ würde Taiwan die Beibehaltung einer gewissen Autonomie als Provinz Chinas erlauben. Taiwans Position entspräche einer Provinz innerhalb einer einheitlichen Staatsstruktur, die der Verfassung der Volksrepublik China widerspricht und von der Kommunistischen Partei Chinas kontrolliert würde. Als Verhandlungsalternative drohte China mit Zwang.⁶⁵

Partei- und Identitätspolitik

In den späten 1980er Jahren hatten die Taiwanesen die Wahl zwischen der autoritär orientierten und vom Festland dominierten Kuomintang sowie der pro-demokratischen und von Taiwanesen dominierten Demokratischen

⁶³ Phillips 2015; Davison 2003.

⁶⁴ UN 1971.

⁶⁵ Tien 1988, 249-253.

Fortschrittspartei. Trotz des überraschenden Erfolgs bei den Parlamentswahlen erkannte die Kuomintang, insbesondere ihr Führer Lee Teng-hui, ihr mangelndes Zukunftspotential. In der Folge veränderte sich die Kuomintang in eine demokratischere, wenn auch konservative Partei und betonte die Identifizierung mit Taiwan stärker. Im Zuge dessen nahm sie mit der Demokratisierung eines der grundlegenden Themen des Parteiensystems von der Tagesordnung. Zur Bewahrung ihrer Eigenständigkeit setzte die Demokratische Fortschrittspartei mit dem Motto „Taiwan für die Taiwanesen“ auf ein eng verwandtes Thema.⁶⁶

Diese frühen Interaktionen legten die Identität der beiden Parteien fest und spalteten die Wählerschaft. Die Kuomintang zog jene Taiwanesen an, denen Stabilität und wirtschaftlicher Fortschritt vorrangig war. Die Demokratische Fortschrittspartei sprach die Veränderungswilligen an, die bereit waren, eine taiwanesische Identität und eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Trotz der Inklusion anderer Themen, etwa wirtschaftliche, soziale oder außenpolitische Initiativen, blieb die Positionierung Taiwans gegenüber der Volksrepublik China das dominante Thema und das deutliche Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Parteien. In den 1990er Jahren wurde die Thematik in Begriffen wie Unabhängigkeit und Vereinigung formuliert. Zwei Jahrzehnte später wurde sie zu einer Debatte zwischen Befürwortern und Skeptikern von Engagement und Integration mit dem chinesischen Festland. Die zugrunde liegende Spaltung, die das Thema auslöst, bestand trotz der veränderten konkreten politischen Fragen fort. Damit stützt Taiwan das Argument Zielinskis, dass eine Spaltung, die zu Beginn der Demokratisierung aktiviert und politisiert wurde, den darauffolgenden politischen Wettbewerb definiert.⁶⁷

In dieser **Struktur der Spaltung** war wenig Platz für kleinere Parteien. Die Neue Partei appellierte an die konservativen Festlandbewohner (waishengren), die jedoch größtenteils weiterhin die Kuomintang unterstützten. Die Taiwanische Unabhängigkeitspartei (Taiwan Independence Party, TAIP)⁶⁸ und die Taiwanische Solidaritätsunion (Taiwan Solidarity Union, TSU) versuchten beide die Mobilisierung des harten Kerns der Unabhängigkeitsbe-

⁶⁶ Rigger 2014a; Fell 2018.

⁶⁷ Lee/Han 2018, 205; Chu/Chang 2018; Zielinski 2002; Garrett/Adams/Kramer 2006.

⁶⁸ 建國黨.

fürwörter. Doch dieser erwies sich als zu unbedeutend für eine nennenswerte Präsenz. Die erfolgreichste Kleinpartei, die Volksnahe Partei (People First Party, PFP)⁶⁹ bildete sich um eine Persönlichkeit und nicht um eine soziale Spaltung. Sie fand schließlich wieder in die Kuomintang zurück, als die politische Kapazität ihres Führers James Soong schwand. Die Einführung eines Mehrheitswahlsystems für die Parlamentswahl schränkte die Möglichkeiten für kleine Parteien mehr denn je ein.

Die Art und Weise, wie die nationale Identität die Parteinahme in Taiwan strukturierte, hatte bedeutende politische Konsequenzen. Sie erschwerte Taiwan eine effektive Handhabung von innenpolitischen Problemen, weil sie politische Debatten stets auf die Taiwanstraße projizierte. Beispielsweise nimmt Taiwan eine wichtige Position in der Weltwirtschaft ein und spielt eine entscheidende Rolle in einigen der profitabelsten Lieferketten der Welt, insbesondere bei Computerchips. Doch wegen der kleinen Größe des Inlandsmarktes hängt die Fortführung der wirtschaftlichen Bedeutung von einer ständigen Modernisierung ab. Die Aufrechterhaltung der Spitzenposition bei der technischen Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit stellt daher eine große Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger dar. Dennoch konzentrieren sich die meisten wirtschaftspolitischen Debatten auf die Volksrepublik China und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Durch die Verlagerung der politischen Debatten auf die Taiwan-Frage werden pragmatische politische Entscheidungen als ideologische Kämpfe um die taiwanesischen Identität konstruiert. Zudem setzen sie die China-Beziehung weiterhin unter Druck.⁷⁰ Die völlig gegensätzlichen außenpolitischen Positionen der beiden Großparteien in Bezug auf China und die USA zeigte sich beispielsweise im Nominierungsprozess vor der Präsidentschaftswahl im Jänner 2020. China unterstützt weiterhin die Kuomintang und bestraft offen die Demokratische Fortschrittspartei und ihre Unterstützer.⁷¹

⁶⁹ 親民黨.

⁷⁰ Diamond/Shin 2014; Rigger 2014a.

⁷¹ Lin 2020, 134.

Organisationskultur & Bürokratie

Die Organisationskultur ist die Gesamtheit von institutionellen, erklärten und operativen Werten, Überzeugungen und Annahmen, die miteinander in Einklang stehen sollten. Je größer die Differenzen, desto stärker ist das Misstrauen zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung. Dies mindert die Effektivität der Organisation. Bürokraten fassen im Allgemeinen eher vorsichtig Entscheidungen.⁷²

China verfügte über ein hochentwickeltes **Verwaltungssystem**. Charakteristisch ist die Kombination der formellen Struktur mit der Kultur, die dabei als eine von zahlreichen Einflussfaktoren wirkt. Die Kultur prägt die Organisationen auf der kognitiven und der materiellen Ebene. Die institutionellen Quellen für nationale Prädispositionen werden in den zentralen Regierungsorganen für die Formulierung und Durchführung der Politik vermutet.⁷³ Innerhalb der Verwaltung beeinflusst die spezifische Organisationskultur einerseits die bürokratische Ausrichtung, andererseits formen bürokratische Prioritäten nationale Präferenzen und die Politik. Denn die Verwaltungen beeinflussen mit ihrer Organisationskultur, den Werten und Gewohnheiten die Wahrnehmungsperspektive, die Reaktionsoptionen, die Zielsetzungen, die Prioritäten, die Kapazitäten und die Ergebnisse auf der internationalen Ebene. Die Bürokratien können die Politik formen, indem organisatorische Prozesse und Standardarbeitsanweisungen die Informationsarten, auf die sich Entscheidungsträger stützen, einschränken.⁷⁴ Bestimmend für das Ausmaß des Einflusses von Bürokratien auf die nationale Politik sind die organisatorischen Besonderheiten, insbesondere ein funktionelles Informationsmonopol. Ebenso spielen die Komplexität der Angelegenheit, etwa der Bedarf an Spezialwissen, und der verfügbare Zeitraum eine wichtige Rolle. Ist der Zeitraum für die Entscheidungsfindung kurz, erfolgt zumeist ein Rückgriff auf vorgefertigte Handlungsweisen.

Die Organisationskultur wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, etwa den innen- und außenpolitischen Bedingungen oder der Technologie. Häufig passt sie sich funktionell nicht an, weil die Kultur äußeren Einwir-

⁷² Magee 1998, 25; Heuser 2009.

⁷³ Zhang 2006; Lantis 2006; Lantis 2014; Legro 1996, 134; Putnam 1988.

⁷⁴ Lantis 2006, 42; Legro 1996, 135.

kungen widersteht, auch wenn etwa Kosten oder Vorteile dafürsprechen würden. Im Gegensatz dazu steht das Modell der Rational-Choice-Analysen für die internationalen Beziehungen, das auf der Basis der rationalen Wahl weder die Kultur, noch die Ausformung von staatlichen Präferenzen und ihren Effekt berücksichtigt. Die strukturelle Organisationstheorie besagt, dass ähnliche Einheiten in einer vergleichbaren Struktur ähnlich handeln. Die funktionelle Perspektive entspricht dem Realismus und meint, dass Organisationen einen bestimmten funktionellen, situationsspezifischen Zweck verfolgen.⁷⁵

Chinas politisches System und die politische Kultur wurden von einem starken Kontrollbedürfnis in Bezug auf die Infrastruktur geprägt, insbesondere Wasser und die Straßenerhaltung. Die nach Taiwan übertragene bürokratische Tradition Chinas entsprach in vielerlei Hinsicht nicht den spezifischen Anforderungen in Taiwan. Taiwan war geographisch viel stärker zersplittert und die Landwirtschaft spielte eine geringere Rolle als in China. Sie war wegen der guten Bodenqualität, des gemäßigten Klimas und den regelmäßigen und vorhersehbaren Regenfällen weniger riskant und bedurfte in einem geringeren Ausmaß öffentlicher Infrastruktur, wie etwa Bewässerungssystemen. Die Agrarwirtschaft wurde als Lebensgrundlage von der Jagd, dem Fischfang und später dem Handel übertroffen. Zudem prägten der frühe Kosmopolitismus Taiwans und die ausländischen Einflüsse die politische Kultur. Dies führte dazu, dass die chinesische politische Tradition und insbesondere die Organisationskultur nur teilweise nach Taiwan gebracht bzw. verwurzelt wurde.⁷⁶

Beziehungsdynamik zwischen Staat und Gesellschaft

Auch wenn das Modell des Entwicklungsstaates als vorherrschender Gesellschaftsvertrag deutlich geschwächt wurde, zeichnet sich Taiwan nach wie vor durch eine Machtzentralisierung aus, bei der die Regierungen und die staatlichen Bürokratien Richtlinien erlassen, die dann auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Die Verflechtung und der Konflikt zwischen zivilgesellschaftlichem Handeln und staatlicher Kontrolle betreffen in Taiwan vorrangig die Identitätspolitik, die Demokratie bzw. die soziale Einbindung

⁷⁵ Sears/Huddy/Jervis 2003; Legro 1996.

⁷⁶ Copper 2009, 108f.

und Umweltfragen. Die Dynamik in diesen Bereichen spiegelt die gesellschaftspolitischen Entwicklungen wider.

Betrachtet man die Rolle und Interessen der wichtigsten Akteure bei der Umgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft und das immer komplexere Zusammenspiel verschiedener Interessengruppen und gesellschaftlicher Organisationen auf der lokalen und nationalen Ebene, so zeigt sich erstens eine sinkende Wirkkraft des Entwicklungsstaates und ein Bedeutungsgewinn der Zivilgesellschaft als treibende Innovationskraft. Zum zweiten gewinnen die zivilen Bewegungen trotz begrenzter Ressourcen proaktiv an Organisationsfähigkeit und Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung. Sie sind untereinander, mit politischen Entscheidungsträgern und politischen Parteien, mit akademischen und juristischen Fachleuten sowie mit internationalen Akteuren vernetzt. Auf diese Weise sammeln sie Fachwissen und Erfahrung in der Politikgestaltung und stärken ihre Hebelwirkung.⁷⁷ Zum dritten nehmen neue konservative Bewegungen zu. Sie sind zumeist mit dem zuvor dominanten konservativen Establishment verbunden und werden von diesem gefördert. Dies steht im Gegensatz zu den westlichen Populisten.⁷⁸

Legitimierung der taiwanesischen Regierung

Die Legitimität als innere Rechtfertigung einer Herrschaft beruht gemäß Max Weber auf der traditionellen, der charismatischen oder der rational-legalen Autorität.⁷⁹ Der **verfassungsrechtliche Legitimationsanspruch** der Kuomintang begrenzte die Art der Verwaltung, die in Taiwan entwickelt wurde. Die Rechtmäßigkeit der Kuomintang-Regierung hing von einer taiwanesischen Verfassung ab, die für den Geltungsbereich in ganz China konzipiert wurde. Hinzu kamen zahlreiche Notstandsmaßnahmen, die mit der chinesischen nationalistischen Revolution begründet wurden. Dies waren die rechtlichen Instrumente zur Aufrechterhaltung der Parteidiktatur, die bei der ersten Sitzung der Nationalversammlung der Republik China im April 1948 – noch auf dem Festland – in Kraft gesetzt worden waren. Der zweite Legitimitätsfaktor war die Haltung der rund zwei Millio-

⁷⁷ Chiavacci/Grano 2020.

⁷⁸ Wong 2019.

⁷⁹ Weber 2008, 157.

nen Festlandbewohner, die mit der Kuomintang nach Taiwan migrierten. Sie erhofften sich Schutz, Arbeit und Unterkunft.

Der Souveränitätsanspruch der Kuomintang auf ganz China wurde zum Teil durch den Kalten Krieg und die US-amerikanische Doktrin des Zurückdrängens des Kommunismus gestützt. Die USA schlossen Taiwan mit Militär- und Wirtschaftshilfe in ihre in Ostasien neu gesteckte Verteidigungslinie ein. Sie unterstützten zu Beginn Taiwan als Vertreter Chinas in internationalen Organisationen, insbesondere bei den Vereinten Nationen. Dies förderte nicht nur die Hoffnung auf eine Rückkehr auf das Festland, sondern auch die Legitimität der Kuomintang-Regierung und das Sicherheitsgefühl gegen kommunistische Angriffe. Die zunehmende strategische Ambiguität der USA senkte ihre sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit und in der Folge die internationale Legitimität der Kuomintang.

Die Beseitigung der **Anomalien der ersten Verfassung** führte zu einer schrittweisen Demokratisierung. Dies betraf beispielsweise das Verhältnis zwischen der nationalen Regierung und den Provinzbehörden. Sun Yat-sen maß der lokalen Autonomie zur Förderung der politischen Beteiligung große Bedeutung bei. Das Parlament (Legislativ-Yuan) verfügte auch über eine Rechtsgrundlage für die Selbstverwaltung der ehemals 36 Provinzen der Republik China auf dem Festland. Mit dem Rückzug der Kuomintang nach Taiwan 1949 bestanden in Taiwan sowohl eine zentrale, als auch eine lokale Regierung, die sich dieselbe Zuständigkeit teilten. Eine Verfassungsänderung hätte die der Kuomintang zugrunde liegende Ideologie in Frage gestellt. Als vorläufige Alternativlösung wurden die Grundsätze für die operative lokale Selbstverwaltung durch ein einseitiges Dokument ersetzt. Dies ermöglichte eine der Zentralregierung untergeordnete nominelle Provinzregierung. Die Hauptstadt Taipeh und die zweitgrößte Stadt Kaohsiung wurden direkt der Zentralregierung unterstellt. Die Lokalwahlen wurden aufgrund des komplexen Parteiensystems von der Kuomintang gelenkt, boten jedoch insbesondere in Taiwan geborenen Politikern ein Forum. Als Antwort auf die natürliche Fluktuation unter den alternden Kuomintang-Abgeordneten wurde ab 1969 ein Ergänzungswahlsystem für das Parlament und die Nationalversammlung eingeführt. Doch die Abgeordnetensitze wurden dauerhaft vergeben, um eine Politisierung der Bevölkerung zu vermeiden. Erst 1972 konnten einige wenige Sitze frei gewählt werden.

Mit Chiang Kai-sheks Tod am 06.04.1975 verlor die Kuomintang eine starke Symbolfigur. Sein für die Nachfolge vorgesehener Sohn Chiang Ching-kuo leitete seit Beginn der 1970er Jahre die Verwaltung. Er genoss jedoch wegen seiner Verantwortung bei der Etablierung der umfassenden Polizei- und Kontrollmaßnahmen kein großes Vertrauen.⁸⁰ Unerwarteterweise vertrat er einen vergleichsweise moderaten und flexiblen Ansatz. Zu Beginn jedoch hemmte die Instrumentalisierung der chinesischen Kultur den Aufbau einer taiwanesischen Nation. 1967 war die *Bewegung zur Wiederbelebung der chinesischen Kultur* als Reaktion auf die Kulturrevolution auf dem Festland initiiert worden. Diese formalistische Interpretation der chinesischen Tradition konzentrierte sich auf die moralische Legitimität der taiwanesischen politischen Führung.⁸¹

Informelle Politik

Die **informelle Politik** ist nach wie vor ein wichtiges und allgegenwärtiges Merkmal des politischen Lebens in Ostasien.⁸² Konzeptuell befindet sich die informelle Politik zwischen der formellen Politik und der Korruption. Die formelle Politik nutzt legitime Mittel zur Erreichung legitimer öffentlicher Ziele. Diese Präzisierung des politischen Verhaltens entspricht Eastons Definition der autoritativen Zuweisung von Werten.⁸³ Die Korruption nutzt unrechtmäßige, inoffizielle, unmoralische und teils gesetzwidrige Mittel, um private Ziele zu verfolgen und verstößt damit gegen das öffentliche Interesse. Die informelle Politik stützt sich zum Teil auf illegitime Mittel, verfolgt jedoch legitime öffentliche Interessen.

Die **konfuzianische Kultur** gibt der informellen Politik reichlich Spielraum, um das zu erreichen, was sich nicht nach der Norm oder dem Prinzip richten lässt. Der Konfuzianismus betont die Kultivierung eines persönlichen moralischen Vorbildes und einer auf Gegenseitigkeit beruhenden öffentlichen Moral. Auf der Grundlage einer hierarchischen politischen Tradition erhält der politische Führer symbolische Ressourcen zur erheblichen Erweiterung seiner formellen Befugnisse. Mehr als im Westen, wo die

⁸⁰ Hughes 1997.

⁸¹ Bloom 1993, 143.

⁸² Park/Chu 2014; Dittmer/Fukui/Lee 2000; Weller 2001.

⁸³ Easton 1965.

informelle Politik eher ein Deckmantel für Absprachen ist, führt sie in Asien jedoch zu Konflikten und Spaltungen.

Die Beziehung zwischen der formellen und der informellen Politik ist eine funktionale Komplementarität und Interdependenz. Die formelle Politik dient der informellen Politik sowohl ideell, als auch weltlich. Die formelle Hierarchie liefert die Ämter, den Status und die Macht, die die politischen Akteure anstreben. Durch die Nutzung dieser formellen Hierarchie verleihen die informellen Gruppierungen ihrer Politik für sich, für die Wähler und möglicherweise generell für die Öffentlichkeit Legitimität. Die ausgefeilte Struktur der formellen Politik verleiht den informellen Akteuren ihre Form. Allerdings ist die informelle Struktur im Wesentlichen vertikal, die formelle Struktur hingegen vertikal und horizontal.⁸⁴

In der informellen Politik sticht der **Fraktionszwang** als besonders auffälliges Phänomen hervor.⁸⁵ Die Fraktionen, Gruppierungen und Parteien sind in Bezug auf ihre internen Organisationsprinzipien asymmetrisch. Zumeist orientieren sich Fraktionen an einzelnen Führungspersonen, ungeschriebenen Regeln und Klientelnetzwerken. Damit sind sie informell, intransparent und persönlich. Im Gegensatz dazu stützen sich Parteien auf formale Regeln und ideologisch gefärbte Plattformen.

Fraktionen sind ideologiefrei, interessenorientiert und machtmotiviert. Sie beruhen auf gemeinsamen Attributen. Die Mitglieder werden nicht selbst ausgewählt, sondern im Voraus bestimmt, beispielhaft ist der Frauenausschuss. Organisatorisch beruht eine Fraktion typischerweise auf dyadischen Beziehungen zwischen einem Schirmherrn und mehreren Klienten, die wiederum kleinere Schirmherren mit eigenen Klienten sein können. Im Gegenzug zur Loyalität gegenüber ihrem Schirmherrn erhalten die Klienten Schutz oder Belohnungen. Dies entspricht dem klientelistischen Modell. Diese Zweierbeziehungen sind diffus und semipermanent. Damit gehen sie über spezifische politische Fragen und über eine offizielle Verbindung innerhalb einer Institution hinaus. In Taiwan sind die Fraktionen weniger

⁸⁴ Dittmer/Fukui/Lee 2000.

⁸⁵ Cheng/Chou 2000.

institutionalisiert als etwa in Japan, jedoch stärker als etwa in der Volksrepublik China. Ihre strukturelle Einbindung ist zum Teil sehr eng.⁸⁶

Für das Wachstum und die Entwicklung von Fraktionen sorgt das Auftraggeber-Agent-Modell. Wenn eine Gruppe von Akteuren, etwa Parlamentarier oder Parteidelegierte, einen politischen Kandidaten in einem Wahlkampf unterstützt, erscheint die Akteursgruppe als Anhänger des Kandidaten. Tatsächlich ist der Kandidat der Agent, an den die Akteursgruppe Macht delegiert. Implizite Aufgabe des Kandidaten ist es, die Fraktionsinteressen zu schützen und zu erweitern. Die Übertragung von Befugnissen muss nicht explizit erfolgen. Entscheidend ist, dass die Akteursgruppe den Kandidaten absetzen und durch einen anderen Auftraggeber ersetzen kann, wenn die Kosten zu hoch oder die Ergebnisse ungenügend sind.⁸⁷

2) STRATEGISCHE KULTUR

Definition der strategischen Kultur

Die strategische Kultur ist das Gemenge der in der Identität eines Staates verwurzelten Normen, Ideen und Verhaltensweisen, das vor allem über die sicherheitspolitischen Eliten das sicherheitspolitische Handeln eines Staates prägt. Die realpolitischen Handlungsmöglichkeiten werden dabei durch den von der Bevölkerungsmasse akzeptierten Werterahmen begrenzt. Das diesbezügliche staatliche Handeln umfasst insbesondere Maßnahmen zur Vorbereitung und zum Einsatz staatlicher Machtmittel zum Zwecke der Realisierung nationalstaatlicher Sicherheitsziele.⁸⁸ Strategische Kulturen bestimmen daher Optionen und nationale Präferenzen, wie, mit welcher Begründung, unter welchen Voraussetzungen und zur Erreichung welcher Ziele Militär eingesetzt werden soll. Diese nationalen Präferenzen beruhen auf den Erfahrungen der Gesellschaften im Umgang mit militärischer Gewalt und sind nur sehr langsam änderbar.⁸⁹

⁸⁶ Dittmer/Fukui/Lee 2000.

⁸⁷ Cheng/Chou 2000.

⁸⁸ Jedlaucnik 2019, 123.

⁸⁹ Jedlaucnik/Schmidl 2015, 19.

Damit ist die strategische Kultur Ausdruck der **komparativen Vorteile**.⁹⁰ Sie ist die Schnittmenge von Politik, Strategie und Kultur. Sie ist kontextbezogen, kulturraumspezifisch und umfasst mehrere Dimensionen. Dazu zählt das strategische Denken, die politische Kultur und die nationale Kultur als Rahmen für die Identität, die Werte und die Wahrnehmungsperspektiven. Ihre drei Ebenen betreffen den strukturellen Rahmen, die Überzeugungen und die operative Ebene.⁹¹ Die strategische Kultur bezieht sich in erster Linie auf die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik.⁹²

Die strategische Kultur berücksichtigt die Einwirkung von **kulturellen Faktoren** auf das strategische Handeln. Als Ausdruck eines kollektiven Wertesystems erhält und erneuert sie Werte.⁹³ Damit wurzelt die strategische Kultur im Kulturalismus⁹⁴ und im Konstruktivismus. Die konstruktivistische Grundannahme ist, dass Interessen und Identitäten von Akteuren erst aus dem Zusammenspiel von materiellen und ideellen Faktoren entstehen. Die Moral als ideeller Faktor dient einerseits der gesellschaftlichen Mobilisierung und ist andererseits ein Angriffsziel des Gegners. Die strategische Kultur repräsentiert eine kollektive Perspektive, gemeinsame historische Erfahrungen und akzeptierte Narrative, welche die kollektive Identität und die Beziehung zu anderen formen.⁹⁵ Sie ist ein integriertes System von Symbolen, beispielsweise Argumentationsstrukturen, Sprachen, Analogien und Metaphern.⁹⁶

Die strategische Kultur formt die **Handlungsoptionen** auf charakteristische Weise. Je kürzer die verfügbare Zeitspanne für den Entscheidungsprozess und das Handeln ist, desto stärker wirkt sich die strategische Kultur durch den Rückgriff auf Bewährtes aus.⁹⁷ Als komplementäre Variable kann die strategische Kultur strategische Entscheidungen, Prioritäten oder Präferenzen ermöglichen oder einschränken. Dies betrifft etwa die Risikobereitschaft, die Kosten-Nutzen-Rechnung, die Prädisposition hinsichtlich

⁹⁰ Gray 2006a, 164f; Gray 2009, 232.

⁹¹ Kim 2009; Lantis 2006, 42; Howlett 2006, 191; Kang 2004; Johnson J. 2009.

⁹² Jervis 2017; Johnson/Kartchner/Larsen 2009; Jervis 1997.

⁹³ Pye 1985, 20.

⁹⁴ Desch 2005.

⁹⁵ Gray 2009; Haglund 2009; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 9; Howlett 2006, 191.

⁹⁶ Johnston 1995, 45f.

⁹⁷ Gray 2006a.

einer globalpolitischen Rolle, die Moralvorstellungen oder die institutionelle Ordnung.⁹⁸ Die dadurch definierte Bandbreite der akzeptablen Entscheidungsmöglichkeiten betrifft die grundlegende sicherheitspolitische Orientierung eines Staates, jedoch nicht einzelne politische Entscheidungen. Zahlreiche Analysten der strategischen Kultur konzentrieren sich auf die militärischen Sicherheitsziele,⁹⁹ andere beziehen alle politischen und wirtschaftlichen nationalen Ziele mit ein.¹⁰⁰

Die **Einflussparameter** auf die außen- und sicherheitspolitische Politikausrichtung sind, als Zielebene der Politik, das Streben nach Sicherheit und Anerkennung sowie die Erhaltung bzw. Ausdehnung der eigenen Macht. Der Ausprägungsgrad einer Herrschaftsform und die Einsatzbereitschaft von Gewalt spiegeln die Mittelebene wider, mit der die Politik umgesetzt werden soll. Begünstigende oder hemmende Faktoren sind das Streben nach Zugehörigkeit und der Wert, der dem Individuum beigemessen wird. Die unterschiedlichen, teils jedoch eher zu eng gefassten Definitionen,¹⁰¹ beinhalten zahlreiche Kategorien wie die Rahmenbedingungen, die Operationalisierung, die Geltungsbereiche oder die Veränderungsmuster und -dynamiken. Eine wesentliche Rolle spielen die spezifischen Quellen der strategischen Kultur, insbesondere die Geschichte, die Geographie und die Philosophie, sowie die Träger der strategischen Kultur.

Strategie

Strategie und Politik werden von klar identifizierten **Zielen** angetrieben, die von Interessen geleitet werden. Interessen ergeben sich aus dem gemeinsamen Ziel und den Grundwerten, die wiederum der Identität entstammen. Die Identität ist die Grundlage für die kollektive Mobilisierung, die über die politische Kultur für politische Zwecke eingespannt werden kann. Die Resilienz der Kultur, basierend auf der Identität, dem gemeinsamen Ziel und den Werten, ist ausschlaggebend, ob äußeren Kräften, die das gemeinsame Ziel oder die Werte herausfordern, Widerstand geleistet wird, nach-

⁹⁸ Kim 2009, 22f; Pye 1985, 20; Johnston 1995, 45f; Moody 1994.

⁹⁹ Howlett 2006, 191; Lantis 2006, 105.

¹⁰⁰ Johnston 1995.

¹⁰¹ Heuser 2009.

gegeben wird oder eine Anpassung erfolgt.¹⁰² Die wichtigsten Faktoren sind die Maximierung des komparativen Vorteils, eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Rechnung, die Risikobewertung und im Falle von inakzeptablen Kosten die Prüfung alternativer Strategien.¹⁰³

Strategie dient grundsätzlich den nationalen **Interessen**, insbesondere dem Erhalt von Strukturen, Institutionen und Wertvorstellungen. Politik steht als bestimmender Faktor über der Strategie.¹⁰⁴ Strategie sucht eine rationale Verbindung zwischen den (politischen) Absichten und den Kapazitäten, dem Zweck und den Mitteln sowie den regionalen, nationalen und/oder multinationalen Zielen und den Ressourcen. Konkret soll Strategie als extrinsischer Wert ein Gleichgewicht zwischen den vorhandenen Mitteln und den äußeren Anforderungen und Gelegenheiten herstellen. Als intrinsischer Wert soll Strategie die verfügbaren Mittel zur ökonomischen Anwendung beim Verfolgen der politischen Ziele koordinieren.¹⁰⁵ Die Umsetzung erfolgt in integrierter Weise, kontextbezogen und innerhalb akzeptabler Risikogrenzen. Die Koordinierung umfasst alle nationalen Kapazitäten. Die Planungsperspektive ist langfristig. Die konzeptionelle Struktur, das Wesen und der Zweck von Strategie sind auch bei relevanten Änderungen dauerhaft, doch ihr spezifischer Charakter verändert sich analog zu den technologischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Damit ist Strategie unweigerlich kulturell.

Unterschiedliche **Faktoren und Dimensionen** beeinflussen einander wechselseitig. Faktoren sind beispielsweise physische, geographische, mathematische und statistische Bedingungen. Zu den Dimensionen zählen etwa die politische Führung oder die Unpopularität eines Krieges. Gemäß Gray gibt es bei bewaffneten Konflikten eines Staates die drei strategischen Kategorien Politik und Gesellschaft, Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. Die erste Kategorie bezieht sich auf die Gesellschaft, die Kultur und die Ethik. Die zweite umfasst etwa die Logistik, die Organisation, die Information, die Doktrin und die Technologie. Die dritte Kategorie bezieht sich auf die Militäroperationen, das Kommando, die Geographie, den Geg-

¹⁰² Kim 2009, 26f.

¹⁰³ Lee/Walling 2003.

¹⁰⁴ Strachan 2008, 422.

¹⁰⁵ Gray 1999, 16-47.

ner und die Zeit. Daraus ergeben sich mögliche Konflikte zwischen Befehlshabern und Politikern, Planern bzw. Theoretikern.¹⁰⁶

Die **Institutionalisierung eines komparativen Vorteils**, so dass er sich in Konsens und Verfahren niederschlägt, ist die höchste Errungenschaft der Strategie. In diesem Sinne ist Strategie die Kunst, Macht zu schaffen. Gemäß Morgenthau ist Macht unmittelbar mit politischen Prozessen verbunden.¹⁰⁷ In modernen, komplexen Strukturen ist die Macht institutionalisiert. Je größer die Kohärenz innerhalb einer politischen Gemeinschaft, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Macht durch Autorität und nicht durch Gewalt ausgeübt wird. Neben physischer Macht spielt auch die psychologische Macht eine wesentliche Rolle. Beispielhaft ist die Abschreckungstheorie. Das ist die Überzeugung des Gegners, dass die Kosten und/oder Risiken einer bestimmten potentiellen Handlungsweise deren Vorteile überwiegen.

Ein wesentlicher Aspekt von Strategie ist die **Interdependenz der Entscheidungsfindung**. Die Ziele und Fähigkeiten der Gegner müssen berücksichtigt und die eigenen Kräfte motiviert werden, etwa durch das Appellieren an allgemeine Werte oder persönliche Ziele, beispielsweise das Wohlbefinden oder die Ehre. Zudem ist es nötig, Verbündete zur Unterstützung zu bewegen. Die Interdependenz der Entscheidungsfindung bedeutet somit, dass eine wirksame Strategie auf einer soliden Einschätzung der involvierten Beziehungsstrukturen und den Möglichkeiten, die sie den verschiedenen Akteuren bietet, basiert. Dazu ist es nötig, die Entscheidungen der anderen zu antizipieren und die Art und Weise, wie das eigene Handeln diese Entscheidungen beeinflusst.¹⁰⁸

Strategisches Denken

Das strategische Denken eines Staates wird überwiegend von oben nach unten geprägt, unterliegt jedoch einem zunehmend emotionalen Einfluss

¹⁰⁶ Strachan 2008; Brodie 2008, 9; Yarger 2006; Gray 2006b, 86; Gray 2006a, 157; Gray 2008, 394f; Haglund 2009, 17; DOD 2021, 204; Johnson/Kartchner/Larsen 2009; Mott/Kim 2006, 4; Lee/Walling 2003; Gray 1999, 16-47.

¹⁰⁷ Morgenthau 1948, 13-25.

¹⁰⁸ Lau 2003; Winter 2003; Freedman 2008, 29-32.

von Seiten der Bevölkerung. Die wichtigsten Wirkfaktoren sind die politische Führung und die Ideologie, die relative staatliche Macht und ihre Veränderung, die staatliche Beziehung zur führenden Großmacht sowie das Ausmaß der Bereitschaft der anderen Länder zur Unterstützung für oder zum Machtausgleich gegen den Staat.¹⁰⁹

Die Grand Strategy beispielsweise gründet sich auf den zentralen nationalen Werten. Die auf den Werten aufbauenden nationalen Interessen definieren die nationalen Ziele und sind Hauptbestandteil der strategischen Bewertung. Es folgt die Bestimmung der Bedrohungen der Interessen, etwa durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure im internationalen System oder durch Entwicklungstrends innerhalb des Systems, beispielsweise die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung. Danach wird die Angemessenheit der aktuellen Politik geprüft bzw. unter Berücksichtigung anderer Komponenten, etwa der Militärstrategie im Rahmen der nationalen Sicherheitsstrategie, eine neue Grand Strategy entwickelt. Unabdingbar ist eine Risikobewertung. Da die Ressourcen limitiert sind, müssen Prioritäten abgewogen und die akzeptable Risikohöhe für die unterschiedlichen Bereiche festgelegt werden.¹¹⁰

Nationale Kultur

Als entscheidender Faktor des strategischen Denkens wird zunehmend das Verständnis für die Rolle der Kultur und ihrer potentiellen Auswirkung auf die Politik und Strategie angesehen. Denn sie beeinflusst als komplementärer Faktor die Formulierung, die Implementierung und das Resultat von Politik und Strategie.¹¹¹ Trotz der überwiegenden Bedeutung von materiellen und institutionellen Kapazitäten sowie strategischem Handeln, etwa in bewaffneten Konflikten, ist die zu Grunde liegende Kultur essenziell.¹¹² Die Kulturalisten betrachten die Kultur zumeist als unabhängige Kausalvariable, die Realisten hingegen als intervenierende oder abhängige Variable.¹¹³ Durch die Wahrnehmung, Interpretation und Reaktion auf politische und

¹⁰⁹ Rozman 2010.

¹¹⁰ Dorff 2001a, 14f.

¹¹¹ Kim 2009; Gray 1999, 129; Gray 2006a, 153; Johnson/Kartchner/Larsen 2009.

¹¹² Li 1997; Legro 1996, 135; Snyder 2002.

¹¹³ Desch 2005.

strategische Stimuli in der Umwelt, beispielsweise Bedrohungen oder Gelegenheiten, beeinflusst die Kultur die Auswahl der strategischen Interessen, das Handeln und das Verhalten.

Zwischen der Kultur und dem Verhalten bzw. den grundlegenden Denkmustern, welche die individuelle Wahrnehmung beeinflussen, bestehen Zusammenhänge. Doch kulturelle Muster und Verhaltensmuster sind nicht dasselbe. Die Kultur beeinflusst das Verhalten durch die Einschränkung von Optionen und durch die Beeinflussung des Lernverhaltens, auf welche Weise Mitglieder einer bestimmten Kultur aus der Interaktion mit der Umwelt lernen. Sie entsteht durch einen Prozess der bewussten und unbewussten Vergesellschaftung und Akkulturation. Auch wenn innerhalb einer sozialen Einheit unterschiedliche Kulturen existieren, so ist im Allgemeinen eine Kultur dominant. Kulturen sind erlernt und können sich daher verändern. Es gibt vier Kulturtypen: den Individualismus, den Fatalismus, den Egalitarismus und den Hierarchismus.¹¹⁴

Die Kultur umfasst dabei zahlreiche miteinander verknüpfte **Parameter**. Kultur besteht aus gemeinsamen Annahmen und Entscheidungsregeln, die den Vorstellungen von Individuen und Gruppen über ihre Beziehung zu ihrem sozialen, organisatorischen oder politischen Umfeld eine gewisse Ordnung verleihen. Daher kann die Kultur als Katalog von Kontrollmechanismen zur Regulierung der Verhaltensweisen verstanden werden, etwa durch Regeln und Instruktionen. Über die Identität ist die Kultur Teil der Formulierung von Werten und Interessen. Über die politische Kultur ist die Kultur Teil der Entscheidungsstrukturen zur Durchsetzung der Interessen. Die Einordnung und Interpretation der verschiedenen Stimuli aus dem strategischen Umfeld in Bezug auf die Interessen auf Basis der Kultur zeigt sich in der Identität und der Resilienz. Die Identität, die politische Kultur und die Resilienz bieten sich daher als drei wesentliche analytisch-kulturelle Dimensionen für das politische und strategische Handeln und Verhalten an. Die vier wichtigsten Variablen sind die Identität, die Werte, die Normen und die Wahrnehmungsperspektive. Sie können die Rationalität einschränken und als sicherheitsrelevante Ergebnisse der nationalen Kultur betrachtet werden.¹¹⁵

¹¹⁴ Sheperd 2012; Shin 2012; Johnston 1995, 45; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 9.

¹¹⁵ Alexander 2011; Sheperd 2012; Johnson J. 2009; Jones 2012; Kim 2009.

Die nationale **kollektive Identität** drückt das Selbstverständnis eines Nationalstaates, die nationalen Charaktermerkmale, die angestrebte regionale und globale Rolle und die Vorstellungen von seinem möglichen Schicksal aus. Moderne Formen der nationalen Identität können als Grundlage für wirkmächtige kollektive Aktionen dienen, insbesondere in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Strategie. Die Quellen der nationalen Identität moderner Nationalstaaten beruhen häufig auf einer wechselnden Verschmelzung von Traditionellem, etwa die Abstammung, mit Neuem, etwa der jüngeren Geschichte. Der politische, durch den Nationalstaat repräsentierte Nationalismus ist die stärkste kollektive Identität der Neuzeit. Zur transnationalen kollektiven Identität zählt beispielsweise der Regionalismus.

Die materiellen und ideellen **Werte** werden üblicherweise als gut oder böse, als angemessenes oder unangemessenes Verhalten definiert. In der Kategorie der **Normen** gelten die Werte speziell den Verhaltensweisen, die innerhalb einer Gesellschaft akzeptiert und erwartet werden, beispielsweise die Moralvorstellungen einer Gesellschaft. Wesentlich sind die Ermittlung und die Robustheit des Wertes, der einem Objekt zugestanden wird. Der Wertebogen reicht von nichtverhandelbar bis zu niedriger Priorität.

Die Kultur leitet die Wahrnehmung, die Annahmen und das Verhalten an. Daher führen kulturelle Unterschiede zu spezifischen **Perspektiven** auf die Sicherheitsherausforderungen. In eine spezifische Bedrohungsanalyse sollte der kulturelle Kontext für den Konflikt oder für Verhandlungen miteinbezogen werden.¹¹⁶ Die Fehleinschätzung der Absichten oder Werte anderer Akteure ist oft eine Spiegelung der eigenen Perspektive.¹¹⁷ Zuweilen wird die kulturspezifische Wahrnehmung von nationalen Mythen beeinflusst, etwa über Krisen, Siege und Niederlagen. Mythen können stabilisieren, destabilisieren und zudem auch der Rechtfertigung dienen.¹¹⁸

¹¹⁶ Crider 1999; Howlett 2006.

¹¹⁷ Wan 2016; Kim 2009; Scobell 2002; Scobell 2005; Heuser 2009; Howlett 2006; Moody 1994; Kang 2003a; Johnson K. 2009.

¹¹⁸ Johnson J. 2009, 254; Lantis 2006; Lantis 2014.

Nationale Kultur Taiwans

Für **kollektive Kulturen** wie die chinesische Kultur steht das Wohlergehen des Kollektivs im Vordergrund, dem sich das Individuum unterzuordnen hat. Gemeinsame (konfuzianische) Normen und Werte sind die Grundlage für das Handeln und Sein. Kollektivismus ist ein soziales Muster, das die Normen und Pflichten des Kollektivs als vorrangig betrachtet. Die Interessen der Gruppe haben vor denjenigen der Individuen Priorität. Konfrontationen und Konflikte werden, wenn möglich, vermieden.¹¹⁹ In Taiwan sind zudem unterschiedliche ethnische Subkulturen vertreten.

Unterschiede der konfuzianischen, kollektiven Kultur im Vergleich mit der liberal-demokratischen Theorie bestehen etwa erstens in den Mitteln zur Förderung des Gemeinwohls, insbesondere in der Beamtenauswahl. Zweitens in der Funktion der politischen Partizipation der Bevölkerung. Die politische Teilhabe ist kein Grundrecht und beschränkt sich auf das Herantragen von Anliegen an politische Entscheidungsträger. Und drittens in differierenden Bewertungsmaßstäben für die staatliche Legitimität. Im Konfuzianismus beruht die Legitimität auf Inhalt und Ergebnis der Politik und weniger auf der Art und Weise, wie die Regierung zustande kam.¹²⁰

Die **allozentrische Definition des Eigeninteresses** formte die politische Kultur, und zwar unabhängig von der sozialen Struktur und von politischen Institutionen. Sie senkt die politische Aktivität der Bevölkerung, die traditionelle hierarchische Autoritätsorientierung erhöht sie hingegen. Sowohl die hierarchische Autoritätsorientierung, als auch die allozentrische Definition des Eigeninteresses fördern das öffentliche Vertrauen in die politische Führung. Das Zusammenspiel der unterschiedlichen kulturellen Normen ist jedoch komplex. Die kulturellen Normen, insbesondere die politische Partizipation und die Handlungsziele, prägen die Vorstellungen der Menschen über das richtige Verhältnis zwischen Individuum und Staat. Daher unterscheiden sich die normenbasierten Handlungsziele der hierarchischen von der reziproken Autoritätsorientierung. Damit erhalten die

¹¹⁹ Pye 1985, 194; Oyserman/Coon/Kemmelmeier 2002, 5; Hofstede 1991, 53; Hofstede 2001; Broadbent 2011.

¹²⁰ Shi/Lu 2010, 125f.

partizipativen Handlungen eine andere Bedeutung. Denn im hierarchischen politischen System beschränkt sich die politische Teilnahme darauf, die Regierung an ihre Verantwortung zu erinnern bzw. sie über Situationen zu informieren, die ihrer Aufmerksamkeit bedürfen. Dies erfolgt durch Einwendungen und nur im Ausnahmefall als Widerspruch.¹²¹

Seit den 1990er Jahren standen die Existenz und Relevanz von spezifischen **(ost-) asiatischen Werten** im Mittelpunkt wissenschaftlicher Debatten. Der Schwerpunkt lag auf dem Konfuzianismus und dem Kollektivismus im Hinblick auf den Modernisierungsprozess und für die heutige Politik.¹²² Die traditionellen Werte sehen in der Freizügigkeit eine Gefahr. Erstrebenswert sind hingegen Leistungsbereitschaft und soziale Stabilität. Die Familie wird als grundlegende soziale Institution angesehen und älteren Menschen Respekt gezollt.¹²³ Die Struktur der normativen Orientierungen blieb in Taiwan und China bemerkenswert ähnlich und langfristig stabil, und zwar trotz der langen Trennung zwischen Taiwan und China, des raschen sozialen und politischen Wandels in beiden Ländern und der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus.¹²⁴

Dynamik der strategischen Kultur

Trotz gewisser Grundkonstanten ist die strategische Kultur, ebenso wie die Kultur und die Strategie, dynamisch und stets kontextbezogen zum Akteur zu verstehen. Zugleich ist sie wegen der langfristig gültigen kollektiven Werte relativ konstant und wegen der Widerstandsfähigkeit gegen Veränderungen relativ stabil. Die Weltsicht von Einzelpersonen entsteht durch ihre spezifische historische Erfahrung. Eine dominante strategische Kultur wird von jeder Generation gemäß ihrer eigenen Erfahrung reintegriert.¹²⁵

Die Gründe für die Kontinuität liegen beispielsweise in der weiten Verbreitung oder der Institutionalisierung der strategischen Kultur. Veränderungen der strategischen Kultur, die zu Anpassungen der Sicherheitspolitik führen,

¹²¹ Shi 2015; Shi/Lu 2010, 125f.

¹²² Blondel/Inoguchi 2006.

¹²³ Copper 2009.

¹²⁴ Shi 2015, 75.

¹²⁵ Gray 1999, 129-151; Pye 1985, viii.

resultieren aus externen Schocks, weil sie die Legitimität der bestehenden Normen untergraben oder die Machtverhältnisse verschieben. Veränderungen entstehen auch durch den Widerspruch zwischen Hauptgrundsätzen der strategischen Kultur oder durch das spezifische Wirken von Eliten. Sowohl gemäß dem Kulturalismus, als auch dem Konstruktivismus verfügen die Eliten dazu über die Möglichkeit, etwa durch die Steuerung des Diskurses.¹²⁶

Träger der strategischen Kultur

Die Träger der strategischen Kultur sind die politischen Eliten und Institutionen sowie die Bevölkerung. Eliten fungieren im Sinne kleiner strategischer Gemeinschaften. Sie können formell und informell sein und möglicherweise Eigeninteressen verfolgen. Die spezifischen Grundhaltungen, Annahmen und Erwartungen der strategischen Akteure prägen das Denken und Handeln in strategischen Fragen (mit). Die Grundüberzeugungen entstammen eher einem Glaubenscluster, als einem richtigen Glaubenssystem.¹²⁷ Eliten sind maßgeblich an der Definition der sicherheitspolitischen Ziele, an Umfang und Richtung von politischen Umstrukturierungen angesichts neuer Herausforderungen sowie an der Schaffung eines gemeinsamen historischen Narrativs beteiligt. Die politischen Führer berücksichtigen tief verwurzelte Überzeugungen, etwa zu Multilateralismus oder zu einer historischen Verantwortung, überschreiten jedoch zum Teil bewusst akzeptierte Werterahmen. Damit sind sie strategische „Nutzer von Kultur“, die in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Diskursen die Grenzen des Möglichen neu definieren. Wesentlich ist die generelle kognitive Prädisposition der Eliten zum Erhalt des Status quo. Daher kann die strategische Kultur als unter Eliten „verhandelte Realität“ charakterisiert werden.¹²⁸ In Asien ist die Gruppe der Träger der strategischen Kultur relativ klein. Die Relevanz strategischer Subkulturen ist in Asien zum Teil größer als im Westen, insbesondere angesichts der Komplexität der modernen Herausforderungen.¹²⁹ In Taiwan führte das Vorhandensein unterschiedlicher eth-

¹²⁶ Lantis 2014; Lantis 2006; Farrell 2001, 82f.

¹²⁷ Heuser 2009; Haglund 2009.

¹²⁸ Lantis 2006, 42; Lantis 2014.

¹²⁹ Blondel/Inoguchi 2006; Trondman 2011, 152; Johnston 1995, 44; Lantis 2014; Heuser 2009; Bloomfield 2012.

nischer Subkulturen zu Identitätswandel, Taiwanisierung, Demokratisierung und politischem Unabhängigkeitsstreben. Zudem sollten Strategen das Meinungsbild der Bevölkerung, etwa zu internationalem Engagement oder militärischer Gewalt, als Gradmesser für die öffentliche Akzeptanz einer Strategie berücksichtigen.¹³⁰

Kontext der strategischen Kultur

Die strategische Kultur bietet einen Kontext, keine belastbare Kausalität.¹³¹ Je spezifischer der Kontext und je entscheidender die Situation sind, desto deutlicher treten die Charakteristiken der strategischen Kultur auf. Die Grundüberzeugungen üben in manchen Entscheidungssituationen eine besonders starke Auswirkung auf den Entscheidungsprozess aus, insbesondere in unsicheren oder mehrdeutigen Situationen, die unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten eröffnen oder einer Reaktion außerhalb der Routine bedürfen. Im Staatsverhalten spielt die strategische Kultur beispielsweise bei ernststen Bedrohungen der Existenz, der Identität oder der Ressourcen eine wesentliche Rolle.¹³² Die Dimension der strategischen Kultur drückt sich im Handeln von Menschen und Institutionen aus, welche die strategische Kultur verinnerlicht haben, während sie gleichzeitig diese Kultur bilden, interpretieren und ändern.¹³³

Die Analyse der strategischen Kultur erfolgt daher optimalerweise im Kontext. Erstens hinsichtlich der Ereignisse und des strategischen Handelns und zweitens hinsichtlich der Entscheidungsträger in Zusammenhang mit ihrem eigenen strategischen Kontext, der die Sozialisierung und die äußere Welt verbindet.

Analyseziel der strategischen Kultur

Das Wissen über die strategische Kultur Taiwans hat das Potential, die Positionierungen Taiwans verständlicher zu machen. Denn als methodisch-

¹³⁰ Yarger 2006; Magee 1998, 13.

¹³¹ Gray 2006a, 162.

¹³² Desch 2005; Lantis 2006, 43f.

¹³³ Gray 1999, 129f.

wissenschaftliches Konzept und alternatives Analyseinstrument mit interdisziplinärem Ansatz kann die strategische Kultur die realistische Theorie des staatlichen Verhaltens ergänzen. Damit ermöglicht sie einen Mehrwert für das Verständnis von sicherheitspolitischen Verhaltensweisen, indem die formellen Prozesse mit den Einstellungen zur Politik in einen Zusammenhang gestellt werden. Das Ziel ist das Erkennen von Tendenzen, nicht von starren Determinanten, und in der Folge eine reichhaltigere Theorie und eine effektivere Praxis. Die Operationalisierung der Erkenntnisse ist jedoch noch schwieriger als das Verständnis, insbesondere weil Politik und Strategie verhandelte Resultate sind. Die Grenzen für die operative Umsetzung liegen häufig in der eigenen strategischen Kultur, im unterschiedlichen kulturellen Verständnis von Rationalität, in materiellen Einschränkungen oder konkurrierenden organisatorischen Interessen.¹³⁴

Die strukturellen Erwartungen und die kulturellen Prädispositionen differieren häufig ebenso wie die materiellen und die ideellen Erklärungen. Die Analyse der strategischen Kultur kann beispielsweise die Genauigkeit der Interpretation von Informationen aus dem Ausland sowie die Effektivität der strategischen Kommunikation oder von Gegennarrativen erhöhen. Der **Kulturalismus** konzentriert sich auf die organisatorischen, politischen, strategischen und globalen Stränge der Kulturtheorie. Er sucht nach einer Erklärung für spezifische strategische Entscheidungen, insbesondere der mangelnden Einfügung in das internationale System oder der Verzögerungen zwischen strukturellem Wandel und Änderungen im staatlichen Verhalten.¹³⁵ Die Kulturalisten anerkennen die Entwicklung von strukturellen Parametern, unterstreichen jedoch, dass die Resultate von anderen Faktoren (mit-) bestimmt werden.¹³⁶ Johnston etwa ist überzeugt, dass die strategische Kultur stärker als internationale systemische Imperative die Grand Strategy eines Staates prägt.¹³⁷ Finnemore argumentiert, dass globale kulturelle Normen mehr als nationale Staatsinteressen die Muster der Großmachtintervention bestimmen.¹³⁸ Für Barnett erklärt die gemeinsame Iden-

¹³⁴ Howlett 2006; Gray 2009, 224; Haglund 2009, 27; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 6.

¹³⁵ Desch 2005.

¹³⁶ Katzenstein 1996.

¹³⁷ Johnston 1995.

¹³⁸ Finnemore 1996.

tität und weniger die geteilten Bedrohungen am besten Allianzmuster¹³⁹ Eyre/Suchman und auch Johnston führen den Erwerb von hochtechnologischen konventionellen Waffen nicht auf den Bedarf zurück, sondern weil sie als Symbol für Staatlichkeit stehen.¹⁴⁰

Bei der Abschreckung durch Massenvernichtungswaffen beispielsweise stellt sich nicht nur die Frage der Abschreckungsfähigkeit. Von Bedeutung sind der Kontext und die jeweiligen Annahmen über die zwischenstaatliche Beziehung, die strategischer Stabilität oder die Glaubwürdigkeit und die effektive Kommunikation der Bedrohung. Ausschlaggebend ist das jeweilige Verständnis von **Rationalität**, etwa der materiellen, der verfahrensrechtlichen, der adaptiven oder der instrumentellen Rationalität.¹⁴¹ Grundsätzlich schränkt die strategische Kultur die Rationalität durch Vereinfachung ein. Die verfahrensrechtliche Rationalität bezieht sich etwa auf Präferenzen und Optionen. Die adaptive Rationalität leitet sich von historischen Entscheidungen, Präzedenzfällen, Analogien und Metaphern ab.

Der **politische Realismus** sieht die Struktur als bestimmend an. Das neo-realistische Paradigma geht davon aus, dass Staaten funktional undifferenzierte Einheiten sind, die versuchen, ihren Nutzen zu optimieren.¹⁴² Der politische Realist Waltz etwa verneint zwar, dass die internationale Struktur den Staaten ein bestimmtes Verhaltensmuster aufzwingt. Allerdings wird von den Staaten in annähernd ähnlichen strukturellen Positionen zum eigenen Vorteil eine ähnliche Handlungsweise erwartet.¹⁴³

Die **Spieltheorie** ist nach Ansicht einiger Analysten mit der strategischen Kultur inkompatibel. Denn die Spieltheorie besteht aus einem einfachen Satz an komparativen Analyseinstrumenten mit geringen und deutlichen Annahmen. Im Unterschied zur klassischen Entscheidungstheorie modelliert sie Situationen, in denen der Erfolg des Einzelnen nicht nur vom eigenen Handeln, sondern auch von jenem anderer abhängt. Damit handelt es sich um eine interdependente Entscheidungssituation. Die strategische

¹³⁹ Barnett 1996.

¹⁴⁰ Eyre/Suchman 1996; Johnston 1995, 34.

¹⁴¹ Zhang 2006; Howlett 2006; Johnston 1995, 34; Valle 2000; Durham 1997; Rosenau 1997.

¹⁴² Schweller 1994.

¹⁴³ Waltz 1979, 78.

Kultur ermöglicht jedoch keine „optimale“ Entscheidung, weil sie Optionen ausblendet.¹⁴⁴

Forschung zur strategischen Kultur

Bisher befassten sich drei Forschungsgenerationen mit der strategischen Kultur.

Die **erste Forschungsgeneration** entstand in den 1980er Jahren. Sie führte unterschiedliche Strategien auf verschiedene Wahrnehmungen zurück. Snyder prägte den Begriff der strategischen Kultur. Er interpretierte, von Militärstudien beeinflusst, die Nuklearstrategie der Sowjetunion und forderte damit das vorherrschende Modell der Realisten heraus.¹⁴⁵ Gray argumentierte für einen nationalen Stil, wobei die strategische Kultur den Kontext und nicht die Ursache darstellt. Ein weiterer Repräsentant ist David Jones. Die Unzulänglichkeiten der ersten Forschungsgeneration liegen in methodischen Schwächen, insbesondere in der mangelnden Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung sowie in der Annahme, dass die strategische Kultur langfristig homogen ist. Die Zusammenfassung von Verhaltensmustern in einer Definition von strategischer Kultur implizierte, dass strategisches Denken konsequent zu einer bestimmten Art von Verhalten führt.¹⁴⁶

Die **zweite Forschungsgeneration** wurde Mitte der 1980er Jahre durch den aufkommenden Konstruktivismus beflügelt. Klein entkoppelte den Zusammenhang zwischen der strategischen Kultur und dem Verhalten, etwa zur Rechtfertigung für sicherheitspolitische Maßnahmen. Die strategische Kultur wird als Instrument und Legitimierung von politischer Hegemonie gesehen.¹⁴⁷ Bedeutende Vertreter der zweiten Forschungsgeneration sind Alexander Wendt,¹⁴⁸ Peter Katzenstein,¹⁴⁹ Robert Keohane¹⁵⁰ oder

¹⁴⁴ Johnston 1995, 34; Elkins/Simeon 1979, 141.

¹⁴⁵ Snyder 1977.

¹⁴⁶ Stone 2006; Haglund 2009; Johnston 1995, 36-39.

¹⁴⁷ Klein 1988.

¹⁴⁸ Siehe bspw. Wendt 2006.

¹⁴⁹ Siehe bspw. Katzenstein 1996.

¹⁵⁰ Siehe bspw. Keohane 1984.

Stephen Krasner.¹⁵¹ Die Unzulänglichkeiten der zweiten Forschungsgeneration betreffen die Frage, ob die strategischen Unterschiede länderübergreifend sind, sowie die Verbindung zwischen der strategischen Kultur und dem Verhalten.¹⁵²

Die **dritte Forschungsgeneration** versuchte in den 1990er Jahren auf der theoretischen Ebene, das Kulturkonzept in eine politische, eine strategische und eine militärisch-organisatorische Kultur zu differenzieren. Johnston, der Begründer der dritten Forschungsgeneration und des „kulturellen Realismus“, wählte teils unkonventionelle methodische Studienzugänge, etwa die Fokussierung auf die chinesische Ming-Dynastie. Er schloss die Verhaltenskomponente aus der Definition der strategischen Kultur aus und trennte die kulturelle Ausrichtung als unabhängige Variable von der Militärstrategie als abhängige Variable. Konkret untersuchte er das Vorhandensein und den Charakter der strategischen Kultur Chinas sowie die kausalen Zusammenhänge hinsichtlich des militärischen Gewalteinsatzes gegen externe Bedrohungen. Johnston definierte die strategische Kultur als ideelles Milieu, das Verhaltensentscheidungen einschränkt und aus dem spezifische Vorhersagen über strategische Entscheidungen abgeleitet werden können.¹⁵³

Scobell unterstreicht die Bedeutung sowohl der Eigenwahrnehmung als auch der Fremdwahrnehmung einer strategischen Kultur, etwa betreffend Stereotype. Er betont, dass die Kultur einen entscheidenden Einfluss auf das strategische Denken und Handeln ausübt. Ein wesentliches Wahrnehmungsproblem ist die Spiegelung, bei der Analysten das Verständnis der strategischen Kultur eines Landes auf der Grundlage dessen konstruieren, was sie als strategische Kultur anderer Großmächte wahrnehmen. Dies führt zu einer verzerrten Sichtweise, die, wenn sie durch nationale Mythen verstärkt wird, eher zu Konflikten führen kann. Scobell kommt zu dem Schluss, dass diese Dynamik künftige Spannungen schüren könnte.¹⁵⁴ Legro sieht die Kultur in der jüngsten und nicht in der historischen Erfahrung verwurzelt. Er akzeptiert daher, im Gegensatz zur ersten Forschungsgene-

¹⁵¹ Siehe bspw. Krasner 1999.

¹⁵² Lantis 2006; Johnston 1995; Stone 2006.

¹⁵³ Johnston 1995, 41-43; Johnston 1998; Johnston 1996.

¹⁵⁴ Scobell 2002; Scobell 2005; Scobell/Wortzel 2005.

ration, bei den kulturellen und den nichtkulturellen Variablen Variationen.¹⁵⁵ Kim Jiyul entwickelte ein systematisches Analyseinstrument für die kulturellen Faktoren im Bereich der Politik und der Strategie.¹⁵⁶ Johnson wirbt im Rahmen der strategischen Kultur um Verständnis für das staatliche Handeln anderer.¹⁵⁷ Lantis untersucht die entscheidende Rolle der Eliten, die als Verwalter der Normen die staatlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gegenüber internationalen Standards festlegen.¹⁵⁸ Kang beschäftigt sich etwa mit den militärischen Organisationskulturen der Eliten in Südkorea und Vietnam oder mit der Hierarchie und der Stabilität in Asien.¹⁵⁹ Twomey untersucht, wie Militärdoktrinen die Wahrnehmung militärischer Bedrohungen und die Bewertung des militärischen Gleichgewichts beeinflussen, etwa in den Konflikten zwischen China und den USA sowie zwischen Israel und den USA.¹⁶⁰ Weitere Repräsentanten der dritten Forschungsgeneration sind Ken Booth und Jeffrey Larsen.¹⁶¹

Der Schwerpunkt der dritten Forschungsgeneration liegt auf besonderen strategischen Entscheidungen und einer enger gefassten Konzeptualisierung. Zu den Stärken zählen die konkurrierenden Theorieprüfungen. Die Unzulänglichkeiten betreffen den Fokus auf die Schwächen des Realismus und die Betrachtung der Organisationskultur als unabhängige Schlüsselvariable. Eine Differenzierung der strategischen Entscheidungen nach neo-realistischen, kulturellen oder ideellen Prioritäten fällt schwer. Weil die neo-realistischen Präferenzen vom Überleben bis zur Machtmaximierung reichen, variiert die Bandbreite der optimalen Strategien stark. Die strategische Kultur wird entweder als begrenzte Auswahl an Optionen oder als veränderte Wahrnehmung der Optionen definiert.¹⁶²

Spezifische Überblicksliteratur zur strategischen Kultur Taiwans ist kaum existent. Analysen der politischen und strategischen Kultur erfolgen, teils implizit, in Bezug auf die politische Transformation, den geopolitischen

¹⁵⁵ Legro 1996.

¹⁵⁶ Kim 2009.

¹⁵⁷ Johnson K. 2009.

¹⁵⁸ Lantis 2006; Lantis 2014.

¹⁵⁹ Kang 2004; Kang 2003b; Kang 2003a.

¹⁶⁰ Twomey 2006.

¹⁶¹ Johnson/Kartchner/Larsen 2009.

¹⁶² Stone 2006; Johnston 1995, 42f; Lantis 2006.

Kontext, den Identitätswandel und die Taiwanisierung. Ein Kernthema ist die bi- und trilaterale Beziehung zu China und den USA.

TEIL 2

QUELLEN UND WIRKRÄFTE DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

3) QUELLEN DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

3.1 GESCHICHTE

Taiwan entwickelte sich mit minimalen sozialen Kosten aus einem Land, das von agrarischem Feudalismus und autoritärem Konfuzianismus geprägt war, in eine moderne demokratische Wirtschaftsmacht.¹⁶³ Die Geschichte übt generell zwei Funktionen aus. Erstens als Prozess, der materielle und ideelle kulturelle Formen bestimmt, und zweitens als kulturelles Instrument, das zumeist gezielt für zeitgenössische oder politische Zwecke adaptiert wird. Im gesamten ostasiatischen Raum gibt es zur Unterstützung des Staates bewusst verfälschte und politisierte Geschichtsbilder.¹⁶⁴

Denn die **Geschichtsschreibung** ändert sich in bedeutendem Maß, wenn sich die Erwartungen an die Zukunft als Folge der Ereignisse in der Gegenwart ändern.¹⁶⁵ Beispiellhaft sind das Verständnis und die Bewertung der japanischen Kolonialherrschaft, insbesondere in Bezug auf die Modernisierung Taiwans. Die anfängliche taiwanesischen Geschichtsschreibung stützte sich stark auf den dominanten Diskurs über die chinesische Geschichtsschreibung. Taiwanesischen Historiker konzentrieren sich auf ideologische Auseinandersetzungen zur nationalen Identität, also zu Unabhängigkeit versus Vereinigung. Eine einheimische wissenschaftliche Perspektive und ein kritischer methodischer Ansatz fehlen. Die Periodisierung ist dabei ein wichtiger Aspekt der historischen Interpretation. Unterschiede in der Periodisierung spiegeln nicht nur unterschiedliche Sichtweisen auf den historischen Prozess und die Merkmale der Entwicklung wider, sondern auch die zugrunde liegenden Forschungsannahmen und Interpretationsparadigmen.¹⁶⁶

¹⁶³ Siehe bspw. Lin 2016; Zhang 2003; Copper 2009; Leng/Lin 1993; Davison/Reed 1998, 7-29; Metzler 2017; Tsang 2004a; Huang/Wu 2018; Fell 2018.

¹⁶⁴ Kim 2009.

¹⁶⁵ Weigelin-Schwiedrzik 2014, 1.

¹⁶⁶ Chang 2014.

Schlüsselereignisse sind nicht nur bedeutend, wenn sie erlebt wurden, sondern auch, wenn sie verpasst wurden. Dies trifft insbesondere auf jene Ereignisse zu, die das nationale Bewusstsein der Festlandchinesen geprägt haben. Denn der chinesische Nationalismus vom Festland war nicht auf Taiwan übertragbar.¹⁶⁷ Wichtige Wendepunkte, insbesondere für die Sicherheitspolitik, die Innenpolitik und die bilaterale Beziehung mit China, waren etwa die diplomatische Isolierung 1979¹⁶⁸ und die Aufhebung des Kriegsrechts 1987.¹⁶⁹

Geopolitischer Kontext

Der geopolitische Kontext spielte für die Geschichte Taiwans stets eine überragende Rolle. Eine nachhaltige Prägung erfuhr die Geschichte Ostasiens und Taiwans durch den **chinesisch-japanischen Krieg** als Konsequenz von Fraktionsstreitigkeiten in Korea. Wegen der strategischen Lage Koreas östlich der Mandschurei wetteiferten China und Japan lange Zeit um Einfluss. China hatte über Jahrtausende die kulturelle Vorherrschaft inne, jedoch Schwierigkeiten, seine traditionelle Denkweise an die Realitäten einer europäisch geprägten Moderne anzupassen. Japan befand sich inmitten der Meiji-Restauration, einer der bemerkenswertesten und schnellsten politisch-wirtschaftlichen Modernisierungen der Geschichte. Der Sieg Japans kam teilweise für Japan selbst, für China sowie für einen Großteil der internationalen Gemeinschaft überraschend. Der Friedensvertrag von Shimonoseki 1895 sicherte Japan neben beträchtlichen Entschädigungszahlungen Gebietsgewinne, darunter Taiwan.¹⁷⁰

Während des **Kalten Krieges** standen sich in Ostasien zwei hierarchisch strukturierte Bündnissysteme gegenüber. Einerseits das kontinentale System, bestehend aus der Sowjetunion, China, Nordkorea und Nordvietnam. Andererseits das auf die USA ausgerichtete maritime Bündnissystem mit hegemonialer Stabilität. Chinas Aufstieg forderte die Vormachtstellung der Sowjetunion heraus und zerrütteten den chinesisch-sowjetischen Pakt. Die USA nahmen diese Machtverschiebung im kontinentalen System als Gele-

¹⁶⁷ Phillips 2005.

¹⁶⁸ Copper 2009.

¹⁶⁹ Tien 1999; Stockton 2002.

¹⁷⁰ Taiwan Documents Project 2002a, Art. 2(b).

genheit wahr und näherten sich politisch China an. Die dabei entstandenen Spannungen führten im maritimen System zu einer systemübergreifenden kollektiven Absicherung gegenüber China, die mit der Einbindung Chinas kombiniert wurde (Hedging). Taiwan verfolgte aus innenpolitischen Gründen, insbesondere dem gegenseitigen Souveränitätsanspruch, eine einzigartige Beziehung zu China.

Nach Ende des Kalten Krieges führte die US-Vorherrschaft zu einer Wiederbelebung der Beziehungen zwischen China, Russland und den USA. Gemeinsame Interessen zeigten sich etwa im Kampf gegen den Terrorismus nach den Anschlägen am 11.09.2001. Der erhebliche Einfluss auf das Machtgleichgewicht durch den raschen Machtzuwachs Chinas führte schließlich zu einer geopolitischen Bruchlinie.¹⁷¹

Die **internationale Ökonomie** und ihr Zusammenspiel und die Übereinstimmung mit der innenpolitischen Transformation war für die Modernisierung Taiwans grundlegend. Die rasche Wirtschaftsentwicklung unterstützte zu Beginn die autoritäre Regierung, führte jedoch schließlich zu jenen gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Aufrechterhaltung des Autoritarismus zunehmend erschwerten. Denn die Globalisierung beeinflusst nicht nur die Beziehung zwischen dem Staat und den transnationalen Akteuren, sondern insbesondere zwischen dem Staat und den einheimischen Akteuren.¹⁷²

3.2 GEOGRAPHIE

Die Geographie begrenzt oder ermöglicht staatliche Macht. Daher sind die physische und die politische Geographie Teil des Bezugsrahmens für nationale Entscheidungen, insbesondere für die Grand Strategy.¹⁷³ Geographische Überlegungen gestalten jeden Konflikt mit. Jede der vier geophysikalischen Umgebungen - Land, Meer, Luft und Raum - ist als Konfliktschauplatz unverwechselbar. Denn die potentiellen Ziele und die Gefechtsformen sind für jedes Umfeld einzigartig. Die Geographie prägt,

¹⁷¹ Vranken Hickey 2007; Wu 2017.

¹⁷² Hsiao 2019; Chiavacci/Grano 2020, 12; Tien 1988, 42; Shan/Zheng 2018.

¹⁷³ Gray 1991, 137; Gray 2006a; Gray 2007, 78-81.

als materielle strategische Ressource, ein hauptsächlich maritimes oder kontinentales strategisches Weltbild. Unterschiedliche geopolitische Theorien sehen die Beherrschung der Meere oder aber Eurasiens als Grundlage für eine weltweite ökonomische und militärische Überlegenheit.¹⁷⁴ US-Admiral Alfred Thayer Mahan¹⁷⁵ (1840 bis 1914) betonte die Notwendigkeit der maritimen Dominanz, Halford Mackinder¹⁷⁶ (1861 bis 1947) hingegen jene über die eurasische Landmasse als Kernland, die potentiell auch auf die Meere projiziert wird. Ein unangefochtener Meereszugang war jedoch für Nicholas Spykman (1893 bis 1943) unabdingbar. Er verwies darauf, dass sich die größte wirtschaftliche und demographische Macht Eurasiens nicht im Kernland Mackinders konzentriert, sondern in der Peripherie, das heißt in Westeuropa, Süd- und Ostasien.

Die Geographie und die Hydrographie sind für Taiwan nicht vorteilhaft. Die Insel ist 394 km lang und 144 km breit. Die Distanz zu China beträgt 160 km. Die Taiwanstraße charakterisieren ein starker Seegang, ein Gezeitenhub von 15 Metern, eine geringe Tiefe von 70 Metern, komplexe Strömungen und ganzjährig häufige Taifune. Beide Küsten Taiwans verfügen über nur sehr wenige geeignete Landungsstrände. Die östliche Küste ist durch hohe Klippen und ein steiles Gefälle des Meeresbodens gekennzeichnet, die westliche durch weite Wattflächen. Die Hydrographie der Meerenge ist für Operationen zur U-Boot-Bekämpfung nicht förderlich. Der hohe Geräuschpegel behindert den Sonarantrieb, die Sicht ist häufig eingeschränkt und der Schiffsverkehr ist dicht. Hinzu kommen unangenehme Wetterbedingungen.¹⁷⁷

¹⁷⁴ Tarapore 2018; Luft 2017.

¹⁷⁵ Mahan 1965.

¹⁷⁶ Mackinder 1904.

¹⁷⁷ Cole 2006.

3.3 PHILOSOPHIE

Konfuzianismus

Der Konfuzianismus¹⁷⁸ übte den weitaus größten Einfluss auf das chinesische Denken aus. Sein Fokus ist die zivile Regierungsführung. Er stellt als fortwährende **Moraldoktrin** auch heute noch die grundlegenden Normen für das zwischenmenschliche Verhalten im chinesischen Kulturraum dar.¹⁷⁹

Der Lösungsansatz von Konfuzius konzentriert sich im Rahmen der Selbstkultivierung auf die Reform des Individuums und der Gesellschaft. Die vorgegebene hierarchische Ordnung muss demgemäß mit Pflichtbewusstsein und Disziplin eingehalten werden, die Gemeinschaft steht über der Individualität. Die grundlegenden sozialen und psychologischen Muster der chinesischen Kultur bevorzugen Stabilität gegenüber dem Handeln oder der Zielerreichung.¹⁸⁰ Der Konfuzianismus diente der Bildung von allgemeinem Wohlstand und nicht spezifischen Interessensgruppen in der Bevölkerung oder Regierung.¹⁸¹

Zu den fünf Tugenden zählen die Menschlichkeit und Nächstenliebe, die Rechtschaffenheit, der rituelle Anstand, die Aufrichtigkeit und die Weisheit. Die wichtigsten Werte sind die Harmonie, das Wohlwollen des Herrschers und hohe moralische Standards, repräsentiert in den strengen Riten. Sie führen zu familiärer Harmonie, staatlicher Stabilität und globalem Frieden. Beispielsweise setzten sich konfuzianische Gelehrte¹⁸² unter der westlichen Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert für moralische Reformen ein. Trotz der Unterdrückung wollten sie das chinesische Wohlwollen zur Konfliktvermeidung auf die Kolonialmächte ausdehnen. Das offizielle Wertesystem des chinesischen Kaiserreichs privilegierte die Zivilbeamten gegenüber den Militärangehörigen. Die Offiziere mussten sich, analog zu den Beamten-

¹⁷⁸ Konfuzius (Kong Fuzi) lebte von ca. 551 bis 479 v.Chr.

¹⁷⁹ Huang/Wu 2018.

¹⁸⁰ Zhang F. 2015; Davison/Reed 1998, 34-37; Li 2020, 97-116; Pye 1985, 61; Rainey 2010.

¹⁸¹ Zhang 2003.

¹⁸² Insbesondere Kang Youwei und Liang Qichao.

prüfungen, auf der Grundlage der Kenntnisse über die klassischen konfuzianischen Werke über die Kriegskunst bewähren.¹⁸³

Die **Anziehungskraft** des Konfuzianismus resultierte für die Elite aus dem hierarchischen Herrschaftsmodell und für die Bevölkerung aus dem allgemeinen Streben nach Frieden. Der Konfuzianismus war innenpolitisch orientiert. Die historische chinesische Expansion erfolgte daher eher mit kulturellen als mit militärischen Mitteln, wobei das Ziel nicht die territoriale oder politische Kontrolle war. Die strategische Präferenz lag bei der Abwehr von Invasoren, ohne weitere Verfolgung. Danach folgten Friedensverhandlungen, etwa durch Geschenke und Heiratspolitik. Erst an letzter Stelle standen die Kriegsführung und das Eindringen in feindliches Territorium.¹⁸⁴

Das Mandat des Himmels war im kaiserlichen China ein starkes Element der politischen Kultur und manifestierte sich durch die Akzeptanz des Herrschers durch das Volk. Aufstände resultierten demnach aus der Überzeugung der Bevölkerung, dass der Kaiser sein Mandat verloren habe. Zur Wiederherstellung des Mandats war der Kaiser zur Gewaltausübung berechtigt. Im Rahmen eines politischen Konfuzianismus entstammt die Legitimität der politischen Führung der Akzeptanz der Bevölkerung sowie der Kultur und Geschichte.¹⁸⁵

Der Konfuzianismus wurde insbesondere von **Menzius**¹⁸⁶ weiterentwickelt. Die utilitaristischen Kernelemente umfassen die Ordnung als Abwesenheit von Konflikten sowie den materiellen Wohlstand. Menzius akzeptierte die Verteidigung, wandte sich jedoch gegen eine offensive Kriegsführung.

Im **Legalismus** herrschte die Qin-Dynastie mit absoluter Kontrolle und mittels Angst auf der Basis von bürokratischer Kohärenz und materiellen Ressourcen. Es dominierten, im Gegensatz zur konfuzianischen Selbstkultivierung, strikte Gesetze und grausame Bestrafungen. Die nachfolgende

¹⁸³ Rainey 2010; Niquet 2008.

¹⁸⁴ Creel 1953; Feng 2007; Fan 2011.

¹⁸⁵ Wan 2016; Qing 2013.

¹⁸⁶ Menzius (Mengzi) lebte von ca. 372 bis 289 v.Chr.

Han-Dynastie übernahm wieder den Konfuzianismus. Sie unternahm institutionelle Anpassungen in der Verwaltung und beim Militär.

Die Planmäßigkeit des Universums hat seinen Ursprung im **Daoismus**.¹⁸⁷ Er misst der Unabhängigkeit einen besonderen Wert zu, der Konfuzianismus hingegen der Stufenordnung. Jeder daoistische Begriff enthält teils eine konkrete Bedeutung und teils eine Unbestimmtheit, damit bleibt ein gewisser Spielraum gewahrt. Das daoistische Ideal ist das gute Einvernehmen der Menschen untereinander und mit der Natur, denn der Kosmos ist ein einheitliches Ganzes. Dieses Einvernehmen entspricht einer wechselseitigen elastischen Abhängigkeit und könnte niemals auf unbedingten Vorschriften begründet sein. Vorschriften sind im Daoismus nur Vorbilder. Es existieren keine Gegensätze, sondern nur gegensätzliche Aspekte, die das Ergebnis unterschiedlicher Situationen sind. Der chinesische Philosoph Xunzi¹⁸⁸ fasste dies folgendermaßen zusammen: „*Man kann sich eines Staates bemächtigen, aber man kann nicht alles unter dem Himmel an sich reißen.*“¹⁸⁹

Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie

Die Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie ist seit langem Gegenstand zahlreicher politiktheoretischer Debatten.¹⁹⁰ Dabei stehen vier konkurrierende Modelle im Mittelpunkt. Das Konfliktmodell sah, insbesondere während der ersten Demokratisierungswelle in Ostasien, den Konfuzianismus als Hindernis für die Demokratisierung an.¹⁹¹ Die Unvereinbarkeitsthese begründet sich auf der Qualifizierung der Herrschenden und der fehlenden Partizipation der Bevölkerung im politischen Prozess. Denn im Konfuzianismus ist nur die moralische Elite zum Regieren befähigt. Die gute Regierungsführung basiert auf einer hierarchischen, paternalistischen Meritokratie.¹⁹² Das kritische Modell betrachtete den Konfuzianismus als politische Norm und die Demokratie aus konfuzianischer Sicht als mangelhaft. Das Kompatibilitätsmodell argumentiert mit der Konvergenz von

¹⁸⁷ Siehe bspw. Feng 2007; Granet 1985, 227-256.

¹⁸⁸ Xunzi lebte ca. von 313 bis 238 v. Chr.

¹⁸⁹ Yan 2019, 155.

¹⁹⁰ Siehe bspw. Rainey 2010.

¹⁹¹ Siehe bspw. Shin 2018, 336; Huntington 1991, 300-303.

¹⁹² Shin 2018, 327f.

Konfuzianismus und Demokratie.¹⁹³ Beispiele sind etwa Japan, Taiwan oder Südkorea. Das Hybridmodell stuft die Demokratie bzw. den Demokratisierungsprozess als Mischung aus westlicher und konfuzianischer Kultur ein. Entscheidend ist, aufgrund der subtilen Spannungen das optimale Verhältnis zwischen den konfuzianischen und den demokratischen Elementen zu finden.¹⁹⁴ Der ehemalige Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, verneinte beispielsweise ebenso wie der ehemalige Premierminister Malaysias, Mahathir Mohamad, dass die konfuzianischen Werte mit einer aktiven Demokratie kompatibel seien. Der ehemalige Präsident Südkoreas, Kim Dae Jung, war hingegen der Überzeugung, dass die konfuzianische Tradition die demokratischen Werte sogar unterstützt.¹⁹⁵

Der Konfuzianismus ist heute in Taiwan kein führendes Prinzip. Die Aushöhlung des Konfuzianismus ist darauf zurückzuführen, dass die Politik von Status und Prestige den utilitaristischen Werten materialistischer Natur weichen musste.¹⁹⁶ Taiwan wandte sich in einem größeren Ausmaß als etwa China, Südkorea oder Vietnam von der konfuzianischen Haltung zu Autorität ab. Daraus folgte eine zunehmende Trennung von Politik und Wirtschaft.¹⁹⁷ Aufgrund des langen institutionellen Missbrauchs in der hierarchischen Bürokratie, der Verfälschung, Instrumentalisierung und Zweckentfremdung des Konfuzianismus, insbesondere durch Nepotismus, besteht heute in Taiwan gegenüber dem Konfuzianismus Skepsis. Interne politische Konflikte wurden zumeist durch die Berufung auf allgemein akzeptierte, ethische oder ideologische Normen, Überzeugungen und Vorgangsweisen hintangehalten, die zur Rechtfertigung der staatlichen Autorität und zur konfliktfreien Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft formuliert wurden.¹⁹⁸ Sein Bedeutungsschwund hinterließ jedoch auch ein gewisses ideologisches Vakuum.¹⁹⁹

¹⁹³ Siehe bspw. Huang/Wu 2018; Shi 2015; Pye 1985; Fell 2018; Rigger 2014b.

¹⁹⁴ Li 2020, 133ff; Shi 2015, 218

¹⁹⁵ Shin 2018, 336; Broadbent 2011, 8.

¹⁹⁶ Pye 1985, 244-247.

¹⁹⁷ Pye 1985, 228-236.

¹⁹⁸ Li 2020.

¹⁹⁹ Huang/Wu 2018.

Wiederbelebung des Konfuzianismus

Bis Anfang der 1990er Jahre waren der Konfuzianismus und die kulturelle Identität in Taiwan eng miteinander verbunden. Taiwan galt im Gegensatz zu Festlandchina, insbesondere aufgrund der chinesischen Kulturrevolution (1966 bis 1976), als Bollwerk für viele traditionelle chinesische kulturelle Praktiken und Werte.²⁰⁰ Seitdem wird immer wieder debattiert, ob der Konfuzianismus untrennbar mit der taiwanesischen Identität verbunden ist. Die Befürworter konfuzianischer Werte teilen grundsätzlich die Überzeugung, dass die Kultur und nicht die ethnische Zugehörigkeit die Hauptquelle des Gruppenidentitätsbewusstseins ist.²⁰¹ Die Neukonfuzianisten und die Bewegung zur Wiederbelebung des Konfuzianismus sind überzeugt, dass die kulturelle Identität über die politische Identität hinausgeht. Dieser zentrale Grundsatz hielt sich im gesamten 20. Jahrhundert unter kulturkonservativen und neotraditionalistischen chinesischen Intellektuellen, obwohl zu Beginn des 20. Jahrhunderts die chinesischen Intellektuellen im Allgemeinen von der Idee der Kultur als Identität (Kulturalismus) zu jener des Nationalstaats als Identität (Nationalismus) übergingen.²⁰²

4) WIRKKRÄFTE UND IHRE WECHSELWIRKUNG MIT DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

Die regionale und internationale Positionierung Taiwans resultiert vor allem aus seinem strategischen Wert, der politischen Realität und der internationalen Machtpolitik sowie seinem Rechtsstatus und der Legitimität.²⁰³ Die drei Hauptkräfte waren der Militarismus, die Industrialisierung und die Demokratisierung.²⁰⁴

²⁰⁰ Brown 2004, 243.

²⁰¹ Makeham 2005; Pye 1985.

²⁰² Duara 1995, 56f.

²⁰³ Tsang 2004a, 4.

²⁰⁴ Ho 2010.

4.1 WELTORDNUNG

Strategischer Wert Taiwans

Der (geo-) strategische Wert Taiwans liegt in der Bedeutung Taiwans für die regionale Stabilität, insbesondere in der Taiwanstraße, und die internationalen Sicherheitsnormen hinsichtlich traditioneller und moderner Sicherheitsbedrohungen. Taiwan stärkt die gemeinsamen Kapazitäten für die Informationssicherheit, etwa in Bezug auf den partnerschaftlichen Informationsaustausch, die Halbleiterindustrie oder die Cyberabwehr. In seiner umfassenden Politik setzt Taiwan die Informationssicherheit mit der nationalen Sicherheit gleich.²⁰⁵

Taiwan befindet sich an einem strategisch wichtigen Knotenpunkt der ersten Inselkette. Es verbindet die essenziellen Seekommunikationslinien zwischen dem westlichen Pazifik, dem Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean. Der Bashi-Kanal im Süden Taiwans und die Meerenge von Miyako im Norden, zwischen den japanischen Inseln Miyako und Okinawa, stellen für China wichtige Wasserstraßen dar, um Zugang zu den Inselketten zu erhalten. Die Taiwanstraße ist für Chinas maritime strategische Tiefe im Vorfeld des Festlandes essenziell. Jede Veränderung der Situation in der Taiwanstraße wirkt sich auf die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung der Region aus.²⁰⁶

Die erste Inselkette erstreckt sich entlang der Linie Japan – Taiwan – Diaoyu/Senkaku-Inseln – Philippinen. Für die USA stellt diese Inselkette ein wichtiges Mittel zur Eindämmung einer möglichen chinesischen Expansion dar. Bereits 1950 nannte US-General Douglas MacArthur in diesem Zusammenhang Taiwan einen „unsinkbaren Flugzeugträger“. Die Nähe von etwa 160 Kilometern zur chinesischen Südküste ermöglicht den USA, ihre Macht an die gesamte chinesische Südküste zu projizieren.²⁰⁷ Die zweite Inselkette verbindet die japanischen Ogasawara-Inseln mit Guam und Indonesien.

²⁰⁵ MOD 2021a.

²⁰⁶ Li 2013; Tang 2010; Wachman 2007, 126; Wang V. 2011; Cole 2006; Colby 2021.

²⁰⁷ Tsang 2017.

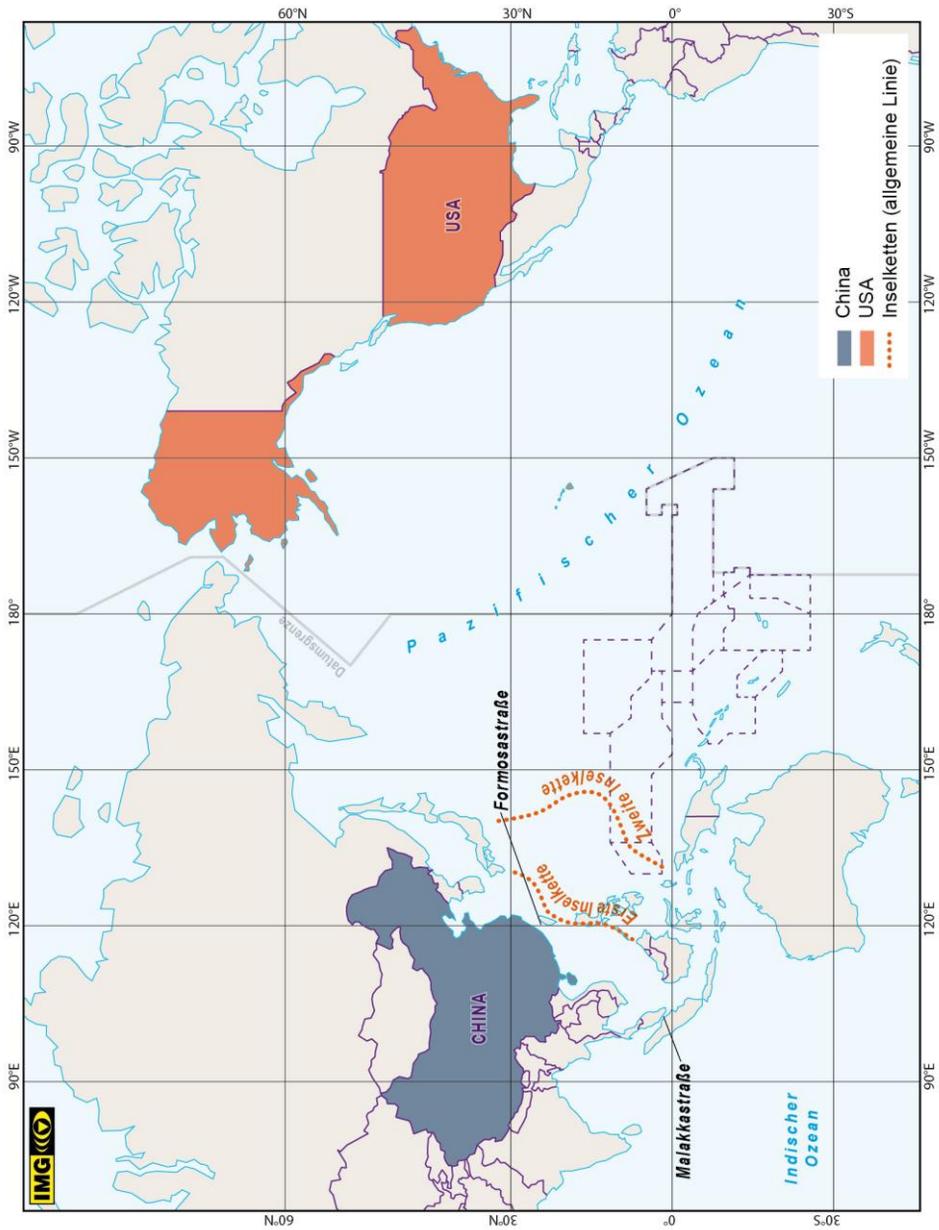


Abbildung 2: Inselketten

Internationale Beziehungen

Die politischen Handlungsmuster und die internationalen Beziehungen können auf der Ebene des internationalen Systems, des Nationalstaats und des Individuums analysiert werden.²⁰⁸ Das internationale System bewirkt durch Sachzwänge gewisse vorhersehbare, rationale Handlungsmuster. Es ist durch die Abwesenheit einer übergeordneten Ordnungsmacht und das Machtstreben der einzelnen Staaten geprägt. Die Ordnungskonzepte können global, regional und ebenso parallel zueinander bestehen. Die zweite Ebene schreibt der Interaktion der unabhängig agierenden Nationalstaaten, ihrem politischen System sowie den kulturellen und sozialen Faktoren den größten Einfluss auf die internationale Ordnung zu. Die dritte Ebene betont die spezifische Rolle der einzelnen Führungspersonen und des Entscheidungsfindungsprozesses. Sie inkludiert die Charaktereigenschaften, die Institutionen und die Wahrnehmung von der Welt sowie von den Motiven und Zielen anderer Akteure.

4.2 BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG

Für Taiwan nehmen die äußeren Bedrohungen stetig zu, wurden jedoch lange Zeit nicht wahrgenommen.²⁰⁹ Die **regionale Sicherheitslage** wird durch den anhaltenden strategischen Wettbewerb zwischen der Volksrepublik China und den USA geprägt. Zudem nutzt China seine umfassende nationale Macht zur Ausweitung seines geopolitischen Einflusses, in der Region etwa durch militärische oder Grauzonenaktivitäten. Grundsätzlich nimmt die Anzahl an Akteuren, Aktivitäten und Problemfeldern im indopazifischen Raum zu. Die strategischen Potentiale und Ressourcen werden von den unterschiedlichen Akteuren laufend bewertet und Konfliktursachen komplex gedeutet. Die multilaterale Ordnungsstruktur des indopazifischen Raumes begünstigt alternative Beziehungsgeflechte und neue Kooperationsdimensionen. Die physischen und ideellen Netzwerke erleichtern durch die Einflussnahme und die gegenseitige Abhängigkeit die Machtprojektion. Die regionalen Akteure stärken ihre Militärkapazitäten und Kooperationen. Immer häufiger erstellen externe Akteure eigene for-

²⁰⁸ Waltz 1979; Waltz 2006; Walt 2006; Dorff 2001b; Hanagan 2012; Stolberg 2012.

²⁰⁹ Bush 2014.

melle oder informelle Indopazifik-Strategien. Das vorrangige Ziel ist zu-
meist die Eindämmung Chinas. Für Chiang Kai-shek beispielsweise lag die
zweifache Bedrohung im kosmopolitischen Liberalismus und in der lokalen
Volkskultur. Daher propagierten staatlich kontrollierte Kommunikations-
und Bildungskanäle den chinesischen Nationalismus, die politische Loyali-
tät und den Personenkult um Chiang Kai-shek.²¹⁰

Strategische Umgebung

Die heutige strategische Lage in Ostasien ist von der historischen Entwick-
lung geprägt. Sie umfasst insbesondere den Konflikt um den Status Tai-
wans, den Antagonismus zwischen China, Japan und Südkorea, die Instabi-
lität auf der koreanischen Halbinsel sowie die Territorialstreitigkeiten im
Südchinesischen und im Ostchinesischen Meer.²¹¹ Die USA sind insbeson-
dere durch den Taiwan Act und ihre Haltung der strategischen Ambiguität
involviert. Für Taiwan zählen vor allem die Innenpolitik, China und die
internationalen Beziehungen als Wirkfaktor. Die Bedeutung der Innenpoli-
tik nahm mit der Demokratisierung an Gewicht und Komplexität zu und
ist mit dem Streben nach internationaler Teilhabe und einem kontinuierli-
chen Wirtschaftswachstum verbunden.²¹²

Das **sicherheitspolitische Umfeld** entwickelte sich im indopazifischen
Raum zu einer komplexen und komplizierten strategischen Lage. Es beein-
flusst die gesamte Region und insbesondere die Beziehung zwischen Tai-
wan und China.²¹³ Die USA verstärkten aktiv die Zusammenarbeit mit
Verbündeten und Partnern zur Aufrechterhaltung ihrer ordnungspoliti-
schen Dominanz, in erster Linie durch die Stärkung der Militärkapazitäten.
Taiwan sieht sich als einer der Hauptakteure der Indopazifikstrategie der
USA. China versucht, mit seiner politischen, wirtschaftlichen und militäri-
schen Schlagkraft die regionale Entwicklung zu formen. Weitere Wirkfak-
toren sind die bisher erfolglosen Bemühungen um eine Denuklearisierung
Nordkoreas und die anhaltenden Souveränitätskonflikte im Südchinesi-

²¹⁰ Winckler 2018.

²¹¹ Cole 2006.

²¹² Su 2004.

²¹³ Gohain Baruah 2020; Panda 2020; Kang 2009; Ayson/Ball 2006; Ball 2021, 33-70;
Armstrong 2006.

schen Meer. Hinzu kommen moderne Sicherheitsbedrohungen, der Rüstungswettbewerb und insbesondere Bedenken über die Veränderung der Formen der Kriegsführung, basierend auf den technologischen Fortschritten wie etwa die künstliche Intelligenz, die Quantum-Technologie, Big Data oder unbemannte Luftfahrzeuge (unmanned aerial vehicles, UAVs). Die USA etwa nutzen im Rahmen der Third Offset Strategy innovative Konzepte zur Entwicklung disruptiver Technologien, darunter beispielsweise die künstliche Intelligenz für Schwarmoperationen oder koordinierte UAV-Operationen. China gab 2017 ein dreistufiges strategisches Konzept zur Entwicklung einer neuen Generation der künstlichen Intelligenz vor.²¹⁴

Die verschiedenen regionalen und extraregionalen Akteure verfolgen im indopazifischen Raum und insbesondere im Hinblick auf Taiwan spezifische **Sicherheitspolitiken**.

Die **USA** konzentrieren sich im Rahmen ihrer Verteidigungspolitik im indopazifischen Raum vorrangig auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Zu diesem Zweck richteten sie ihren Militäreinsatz proaktiv neu aus, etwa durch den Abzug aus Afghanistan. Im indopazifischen Raum stärken sie ihre Verteidigungs- und Abschreckungsposition mit dem Ziel, die operative Effizienz der Streitkräfte zu verbessern und die Zusammenarbeit mit regionalen Verbündeten und Partnern zu vertiefen. Bei seinem Amtsantritt zu Jahresbeginn 2021 veranlasste US-Präsident Joe Biden die Einrichtung einer China-Task-Force, die Stärkung der regionalen Netzwerke und die beschleunigte Entwicklung neuer operativer Konzepte zur Konfrontation mit China. Die USA richteten im Hinblick auf ein künftiges komplexes operatives Umfeld ein Weltraumkommando ein. Dies dient der Integration der Fähigkeiten in den Bereichen Weltraum, Cyberspace, Abschreckung, Transport, elektromagnetisches Spektrum und Raketenabwehr für All-Domain-Operationen. Das US-Marineministerium (Department of the Navy) publizierte im Dezember 2020 die Strategie „Advantage at Sea: Prevailing with Integrated All-Domain Naval Power“ zur Integration der Marine, Marineinfanterie und der Küstenwache zur Bekämpfung der maritimen Expansion Chinas.

²¹⁴ MOD 2021a; Tsang 2004b; Tsang 2004a, 11ff.

Japan, Allianzpartner der USA, warnt regelmäßig vor der Bedrohung durch China, insbesondere durch die Infragestellung der liberalen Weltordnung und die Grauzonenaktivitäten als langfristiges Phänomen. In seinem Verteidigungsbericht *Defense of Japan 2021* sprach Japan erstmals konkret die Sicherheitslage in der Umgebung von Taiwan an.²¹⁵ Dabei betonte Japan die Gefährdung der japanischen Sicherheit und der internationalen Stabilität durch die routinemäßigen Militärpatrouillen Chinas in der Region. Auf der Grundlage seiner nationalen verteidigungspolitischen Leitlinien baut Japan aktiv eine multidisziplinäre Verteidigungsstreitmacht auf. Diese soll die Fähigkeiten bereichs- und regionenübergreifend nachhaltig integrieren. Prioritäten liegen in den Bereichen Weltraum, Cyberspace und elektromagnetische Impulse. Der geographische Schwerpunkt liegt auf den Ryukyu-Inseln (Nansei) im Ostchinesischen Meer, zu denen auch die Diaoyu/Senkaku Inseln gehören. Letztere werden auch von China und Taiwan beansprucht.

Südkorea setzt die 2018 in Gang gesetzte Verteidigungsreform 2.0 weiterhin um. Die drei Hauptziele gelten den allseitigen Reaktionen auf Sicherheitsbedrohungen, dem Einsatz von fortschrittlichen Technologien zur Stärkung der militärischen Macht und der Entwicklung der Streitkräfte auf das Niveau eines Industrielandes. Die Militärreform umfasst etwa die Einführung eines dreiachsigen operativen Systems, den allgemeinen Truppenabbau, die Neuausrichtung der Streitkräfte und die Budgetaufstockung. Südkorea führte unbemannte Aufklärungsdrohnen (RQ-4 Global Hawks) ein. Zudem plante es den Einsatz von Aufklärungssatelliten, um seine Fähigkeiten im Bereich Information, Überwachung und Aufklärung (ISR) zu verbessern. Zur Realisierung einer autonomen Verteidigung initiierte Südkorea Programme zum Bau eines leichten Flugzeugträgers und eines U-Boots der 4.000-Tonnen-Klasse. Laut seinem mittelfristigen Verteidigungsplan von 2021 bis 2025 plante Südkorea für den Zeitraum von fünf Jahren ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Verteidigungshaushalts von 6,1 %. Nordkorea gilt mit seinen Massenvernichtungswaffen als Bedrohung der Stabilität und des Friedens, wurde jedoch im Verteidigungsweißbuch 2020 ebenso wie 2018 nicht als Feind charakterisiert. Seine Beziehung zu Japan konnte Südkorea aufgrund von historischen Faktoren und Handelskonflikten nicht verbessern.

²¹⁵ MOD Japan 2021.

Indien treibt die Modernisierung seiner See- und Luftstreitkräfte stetig voran und wurde zum weltweit zweitgrößten Waffenimporteur. Indiens Zielsetzung ist die Aufrechterhaltung einer autonomen Verteidigung. Der erste einheimische Flugzeugträger INS Vikrant wurde im August 2021 auf See erprobt. Im Rahmen seiner Blockfreiheit will Indien grundsätzlich die bilateralen und multilateralen Beziehungen stärken, insbesondere zu den USA, zu Russland und zu den europäischen Ländern. Eine der Prioritäten lag dabei auf der maritimen Sicherheit, insbesondere durch die Vertiefung von Kooperationen. Die Interoperabilität stärkt Indien regelmäßig durch gemeinsame Militärübungen, beispielsweise Malabar mit den USA, Japan und Australien. Die indische Beziehung zu den USA wurde 2020 zu einer umfassenden globalen strategischen Partnerschaft aufgewertet, nicht zuletzt als Konsequenz einer Grenzkonfrontation mit China. Das im Oktober 2020 unterzeichnete Basic Exchange and Cooperation Agreement for Geospatial Cooperation (BECA) ebnete den Weg für den Austausch von Bilddaten von US-Satelliten.

Australien verkündete 2020 die Aktualisierung seiner Verteidigungsstrategie und des Streitkräftestrukturplans. Ziel ist die Schaffung einer glaubwürdigen Kampfkraft und die Festigung der Kooperation mit den USA. Dem Plan zufolge wird das Verteidigungsbudget Australiens bis 2030 bis zu 186 Mrd. US-Dollar erreichen. Wegen der zunehmenden Machtprojektion Chinas im Südpazifik rüstete Australien den südlich von Darwin gelegenen Luftstreitkräfte-Stützpunkt Tindal auf. Er zählt zu den wichtigsten Verteidigungseinrichtungen Australiens. Zur Ausdehnung seiner strategischen Reichweite auf den östlichen Indischen Ozean und den Pazifik erwarb Australien 200 Langstrecken-Anti-Schiffsraketen von den USA. Gemeinsam werden Australien und die USA Hyperschallraketen entwickeln. Im September 2021 unterzeichnete Australien mit den USA und Großbritannien die trilaterale Sicherheitspartnerschaft Aukus, in deren Rahmen Australien technische Unterstützung beim Bau von Atom-U-Booten erhält. Mit Indien etablierte Australien eine umfassende strategische Partnerschaft und zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit ein Abkommen zur gegenseitigen logistischen Unterstützung. Mit Japan schloss Australien ein Abkommen über den gegenseitigen Zugang. Es ermöglicht den Streitkräften beider Seiten den gegenseitigen Besuch zur Durchführung gemeinsamer Übungen und Operationen. Zudem drängt Australien Südostasien zu einer

Verbesserung der Kommunikation und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Die Länder **Südostasiens** streben angesichts des geostrategischen Wettbewerbs zwischen China und den USA nach strategischer Äquidistanz und versuchen, ihre strategischen Initiativen zum Schutz ihrer nationalen Interessen zu verbessern.²¹⁶

Sicherheitsbedrohung durch China

China stellt für Taiwan auf allen Ebenen eine Bedrohung dar – regional und global, politisch-militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch. Taiwan ist für China hingegen eine politische, jedoch keine militärische Bedrohung. Insbesondere drei Elemente der Sicherheitspolitik Chinas sorgen in Taiwan für Bedenken: die militärische Modernisierung, die steigende Wahrscheinlichkeit für einen Gewalteinsatz und der vermutete Strategiewechsel von der Abschreckung zu Zwangsmaßnahmen und Blockaden. Letzteres fokussiert nicht auf das Territorium und die Kriegsführung, sondern auf die militärischen Befehls- und Kontrollmöglichkeiten sowie den Widerstandswillen der Bevölkerung.²¹⁷

Seine **Absichten** legte China seit Jahrzehnten klar und eindeutig dar, indem es die Umstände für einen Gewalteinsatz definierte, darunter insbesondere die Unabhängigkeitserklärung Taiwans und der Atomwaffenerwerb. Neben diesen Handlungen zählen jedoch in unklarem Maß auch Nichthandlungen, etwa im Rahmen der Konfliktlösung.²¹⁸ Chinas Vorgehen gegenüber Taiwan entsprach der Norm der begrenzten Ziele und der Risikovermeidung, solange die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung bestand. Chinas Streben nach der Beendigung der de facto Unabhängigkeit Taiwans weist einen revisionistischen Charakter auf.²¹⁹ Wenn China zur Schlussfolgerung kam, dass seine Interessen grundsätzlich in Frage gestellt werden, nahm es ein größeres Risiko in Kauf, etwa bei einer hohen Gewinnwahr-

²¹⁶ MOD 2021a.

²¹⁷ Harrell/Rosenberg/Saravalle 2018; Raska 2018; Bush R. 2005, 114; Bush 2014.

²¹⁸ Bush R. 2005.

²¹⁹ Bush 2014, 344.

scheinlichkeit für die Demokratische Fortschrittspartei vor taiwanesischen Wahlen. Ebenso 2004, weil Taiwan eine Verfassungsänderung anstrebte.²²⁰

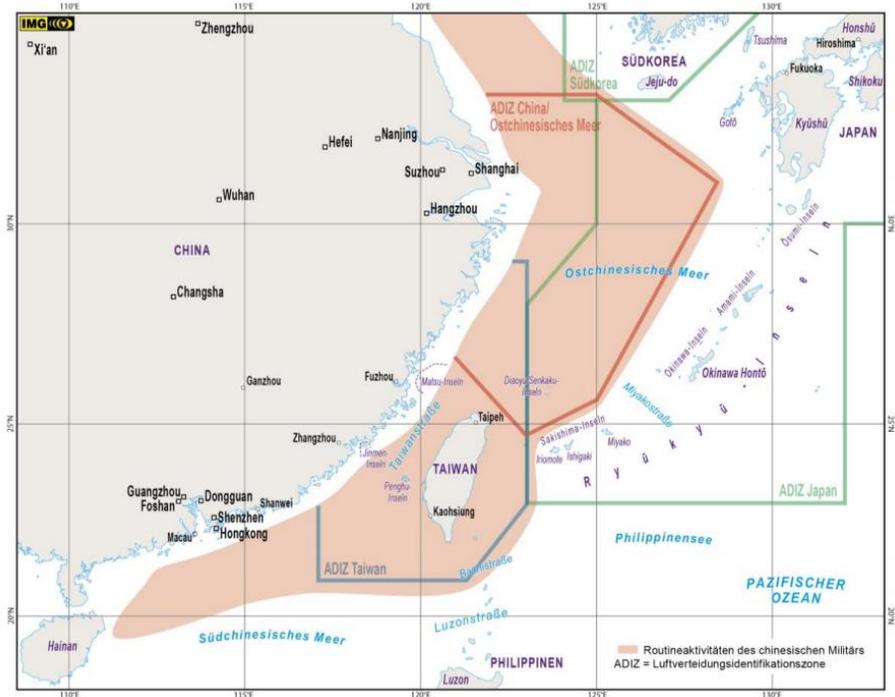


Abbildung 3: Taiwans Luftverteidigungsidentifikationszone (ADIZ) als Projektionsfläche des chinesisch-taiwanesischen Konflikts

Im Rahmen des Konzeptes „Ein Land, zwei Systeme“ erhebt China Anspruch auf Taiwan als integralen Bestandteil Chinas und besteht weiterhin auf die Möglichkeit der Gewaltanwendung.²²¹ Die konkrete Gefährdung entstammt den wachsenden militärischen Kapazitäten Chinas. Lag der traditionelle Fokus auf der regionalen Verteidigung, so entwickelte China sein Militär durch Aufrüstung, Organisationsreform und Modernisierung zu einer alldimensionalen Streitmacht. Es verfügt über strategische Unterstützungskapazitäten, zunehmende Bereitschaft, umfassende Abriegelungsfä-

²²⁰ Mott/Kim 2006; Feng 2007.

²²¹ Ye 2011, 229; DOD 2020, 112-114; Tsang 2004a, 13; Teufel Dreyer 2004; Yang 2004.

higkeiten sowie die Strategie und Fähigkeit für Präventivschläge. Vorrangig ist für China die weitere Verbesserung der Informationsinfrastruktur. Chinas Streitkräfte führen routinemäßig nahe Taiwan Übungen durch, in deren Verlauf chinesische Flugzeuge häufig in die taiwanische Luftverteidigungsidentifikationszone (Air Defence Identification Zone, ADIZ) eindringen. Taiwans Luftverteidigungsidentifikationszone erstreckt sich allerdings über einen Teil des chinesischen Festlandes.²²²

4.3 INTERNATIONALE POSITIONIERUNG TAIWANS

Positionierung im internationalen System

Eine der größten Herausforderungen für Taiwan ist das Herstellen des richtigen Gleichgewichts zwischen der Ausweitung seines internationalen Raumes und der Verbesserung seiner Beziehung zu China.²²³ Denn für Taiwan, China und die USA ist die Taiwan-Frage von höchster politischer Sensibilität.²²⁴ Taiwan weist eine spezifische **regionale Positionierung** auf. Es nutzt seine geostrategische Lage und Bedeutung, setzt auf Kooperationen mit gleichgesinnten Staaten und unterstreicht die Werte von Demokratie und Freiheit.²²⁵

Wirkfaktoren für die Positionierung Taiwans im internationalen System waren stets die eigenen nationalen Kerninteressen sowie jene Chinas und dritter Parteien, insbesondere der USA. Einen spezifischen Einfluss übten die innenpolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen in China und Taiwan aus, die unterschiedlichen Ideologien sowie die diplomatische Isolierung Taiwans.²²⁶ Neben dem fehlenden Rechtsstatus prägen vor allem die politische Realität und die internationale Machtpolitik die internationale Positionierung Taiwans.²²⁷

²²² Farkas 2022; MOD 2021a, 42.

²²³ Fell 2010; Cai 2011a.

²²⁴ Christensen 2002, 12f; Feng 2007.

²²⁵ MOD 2021a.

²²⁶ Wu 2017; Tien 1988; Stockton 2002; Copper 2009.

²²⁷ Tsang 2004a, 4.

Grundsätzliche Unterschiede bestehen zwischen dem Realismus, dem Liberalismus und dem Konstruktivismus. Politische Realisten legen den Fokus auf die Machtressourcen und Machtverhältnisse.²²⁸ Für Liberale steht der interne politische Prozess im Vordergrund, für Konstruktivisten der Interaktionsprozess mit anderen Staaten. Der Machtausgleich kann entweder intern erfolgen, etwa durch den Streitkräfteaufbau, oder extern, etwa durch Allianzenbildung.²²⁹ Auf einen internen Machtausgleich setzte Taiwan beispielsweise in der Geoökonomie mit der Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die traditionelle Theorie des Machtgleichgewichts des politischen Realismus wurde mit der Theorie des Bedrohungs-gleichgewichts modifiziert. Demgemäß ist die wahrgenommene Bedrohung und nicht die eigene Kapazität das Kriterium für das Gleichgewichtsverhalten.²³⁰ Um das Schadenspotenzial eines gegnerischen Bündnisses zu verringern, kann entweder die eigene Stärke aufgebaut werden, etwa durch die Mobilisierung interner Ressourcen oder die Bündelung verbündeter Kräfte. Oder durch Spaltung des gegnerischen Bündnisses (Wedge Strategy), etwa durch Akkommodation oder Drohungen.²³¹

Schwächere Staaten stellen mit ihrem Verhalten häufig nicht die Grundwerte der stärkeren Mächte in Frage (Bandwagoning).²³² Machtausgleich und Bandwagoning sind beide mit Kosten, Bündnisbildung oder dem Verlust der strategischen Unabhängigkeit verbunden. Eine weitere Möglichkeit – die insbesondere für Taiwan zutrifft – ist eine zweigleisige Strategie mit der Kombination aus Engagement, zumeist wirtschaftlich, und Absicherung, zumeist sicherheitspolitisch (**Hedging**). Das Engagement dient der Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen und dem Gewinn kommerzieller Vorteile. Die Absicherung erfolgt über eine Sicherheitsgarantie, etwa ein Bündnis mit einer anderen Großmacht. Eine bedeutende Veränderung war Taiwans Wandel vom Semipartner zum Absicherungspartner der USA. Obwohl die USA die Anerkennung Taiwans Ende der 1970er Jahre beendeten, sagten sie Taiwan die Verteidigung im Falle eines chinesischen An-

²²⁸ Waltz 1979.

²²⁹ Jervis 2017; Colby 2021.

²³⁰ Walt 1987.

²³¹ Crawford 2021.

²³² Schweller 1994.

griffs zu. Unter Ma Ying-jeou begann die wirtschaftliche Vernetzung zwischen Taiwan und China. In der Folge versicherte Taiwan die Beibehaltung seiner grundlegenden Haltung und die Fortführung der strategischen Ausrichtung an den USA. Insbesondere das Zusammentreffen von vier strukturellen Faktoren machte Taiwan zum Absicherungspartner der USA: der Status einer geteilten Nation, die Machtasymmetrie, die Wirtschaftsintegration und die taiwanesishe Identität. Der größere Kontext ist die wettbewerbsorientierte Demokratie Taiwans und die Grenzen, welche die USA und auch China setzten. Die unabsehbaren Kosten für Taiwan im Falle einer ernsthaften Störung des Status quo trugen letztlich ebenso zu dessen Erhalt bei wie die Präferenz der USA.²³³

Die unterschiedlichen **Phasen der Außenpolitik** waren stets stark vom jeweiligen Präsidenten geprägt. Lee Teng-huis (1988 bis 2000) Ziel war die Verbesserung des internationalen Status. Mit einer flexiblen Außenpolitik kam er China entgegen. Chen Shui-bians (2000 bis 2008) provokante Vorgangsweise belastete hingegen die Beziehung sowohl zu China, als auch zu den USA. Ma Ying-jeou (2008 bis 2016) strebte mit Pragmatismus und Anpassungsfähigkeit regional und international nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Tsai Ing-wen (seit 2016) setzte, etwa mit der freiwilligen Einhaltung internationaler Standards, eigene Schwerpunkte. Auch ohne formelle Mitgliedschaft trägt Taiwan zur Realisierung der Ziele internationaler Organisationen bei und präsentiert sich als verantwortlicher Akteur.

Außenpolitischer Entscheidungsfindungsprozess

Den stärksten **Einfluss** auf den außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess entfaltete das internationale System, die Demokratisierung, die Institutionen und die Akteure, insbesondere der Präsident. Die chinesische politische Kultur wies zumeist ein personalisiertes Herrschaftsmuster und eine idiosynkratische Führungspersönlichkeit auf. Die höchste Autorität leitete sich in erster Linie von der Macht und den Überzeugungen einzelner politischer Entscheidungsträger ab, die in der Folge eine prägende Rolle

²³³ Wu 2017.

übernahmen.²³⁴ Dies trifft insbesondere auf Chiang Kai-shek und Chiang Ching-kuo zu. Ideell prägten die taiwanesischen Identität als eher emotionaler Faktor und die Unabhängigkeitsfrage als eher rationaler Faktor die Außenpolitik. Bedeutung und Einflussstärke variierten im Verlauf der Zeit.²³⁵

Grundsätzlich prägen **Institutionen** durch eine vorhersehbare, aber dennoch flexible Struktur die Kooperation, Präferenzen und Entscheidungen. Sie üben auf die politische Entscheidungsfindung, die wirtschaftlichen Aktivitäten sowie das soziale und kulturelle Leben einen tiefgreifenden Einfluss aus und sind Träger der strategischen Kultur.²³⁶ Veränderungen können grundsätzlich sichtbar oder nicht sichtbar erfolgen. Sie können innerhalb des Systems passieren. Dann bestehen sie entweder aus der Anpassung von Politiken oder von politischen Instrumenten, ohne jedoch die Hierarchie der übergeordneten Zielsetzungen und der zugrunde liegenden Prinzipien neu zu ordnen. Möglich ist jedoch auch ein politischer Paradigmenwechsel, etwa durch strukturelle Veränderungen, der zu einer teilweisen Umgestaltung des bestehenden institutionellen Rahmens führt.²³⁷ Unterschiede zeigen sich in Bezug auf die Hauptakteure, den Hauptinhalt und die Ergebnisse des politischen Lernens. Im Allgemeinen führt der Lernprozess der politischen Führung aufgrund der Output- und Prozessbezogenheit zu einem Wandel, insbesondere als Reaktion auf formell oder informell vorgebrachte Forderungen durch Interessensgruppen.²³⁸

Die wichtigsten Institutionen für Taiwans pragmatische China-Politik waren stets der Nationale Sicherheitsrat, das Nationale Sicherheitsbüro, der Rat für Festlandangelegenheiten und die Regierungspartei. Eine generell geringere Bedeutung hatten etwa das Parlament, der Premierminister oder die Oppositionsparteien. Der Nationale Sicherheitsrat spielte unter Chiang Kai-shek und Chiang Ching-kuo kaum oder gar keine politische Rolle. Lee Teng-hui baute seinen eigenen Einfluss und jenen des Nationalen Sicherheitsrats enorm aus und vernachlässigte weitgehend den Rat und den Dissens anderer Institutionen.

²³⁴ Siehe bspw. Whitehead 2014; Feng 2007; Yan 2019.

²³⁵ Su 2004; Vranken Hickey 2007.

²³⁶ Zheng/Weng 2016; Mühlhahn 2019; Jacob/Anh 2020; Scobell 2020.

²³⁷ Hall 1993.

²³⁸ Noesselt 2018.

Die Macht des **Nationalen Sicherheitsrats** resultierte aus seinem Zugang zum Präsidenten und zu einem Geheimfonds in beachtlicher Höhe. Er handelte auf Anweisung seines Generalsekretärs oder des Präsidenten und war nicht öffentlich rechenschaftspflichtig. Dies ermöglichte Geheimhaltung und völlige Kontrolle. Die Aufgaben des Nationalen Sicherheitsrats lagen im Sammeln, Verarbeiten und Verbreiten von Informationen über die Welt, insbesondere China und Taiwan.

Die Macht des **Rats für Festlandangelegenheiten** (Mainland Affairs Council, MAC) entstammte seiner zentralen Stellung in der Bürokratie. Er implementierte die Anweisungen des Nationalen Sicherheitsrats und überwachte die Strait Exchange Foundation (SEF). Diese führte als halboffizielle Organisation technische und geschäftliche Verhandlungen mit dem Pendant der Volksrepublik China, der Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS). Die SEF wurde 1990 gegründet, die ARATS 1991. Der Rat für Festlandangelegenheiten verantwortete auf der horizontalen Ebene die Koordinierung mit Ministerien und Behörden. Er vertrat die Regierung nach außen, etwa gegenüber dem Parlament, der Opposition oder Medien. In Krisenzeiten mutierte er zum unverzichtbaren Blitzableiter.²³⁹

Taiwan: Land ohne politische Souveränität

Die Entstehung Taiwans als „zufälliger Inselstaat“²⁴⁰ entstammt einzigartigen historischen Umständen. Die spezifischen Faktoren umfassen den chinesischen Bürgerkrieg, das geostrategische Interesse der Weltmächte, fraktionsinterne Differenzen, ad hoc Entscheidungen sowie Handlungen, aber auch Untätigkeit.

Ein für Taiwan entscheidender Unterschied besteht zwischen den Konzepten einer Nation oder eines Landes. Taiwan ist ein nicht eigenständiges Land ohne politische Souveränität. Das zeigt sich etwa an den Debatten über die korrekte Landesbezeichnung „Taiwan“ oder „Republik China auf

²³⁹ Cai 2011a; Cai 2011b; Wang V. 2011.

²⁴⁰ Lin 2016, 299.

Taiwan“. Bei einer Umfrage in Taiwan 2013 empfand die Mehrheit von 82,5 % beide Bezeichnungen als gleichwertig.²⁴¹ Der Begriff *Nation* bezeichnet ein Kollektiv von Menschen mit gemeinsamen Merkmalen, etwa Sprache oder Tradition. Der *Staat* besteht aus politischen Institutionen zur Durchsetzung und zum Erhalt der Ordnung in einem abgegrenzten Territorium. Die Identifikation mit dem *Land* bezieht sich auf die Anerkennung der politischen Einheiten durch die Individuen.²⁴²

Aus Sicht der USA wurde die Insel Taiwan nie formell an die Kuomintang abgetreten. Als der Koreakrieg im Juni 1950 ausbrach, erklärte Präsident Harry Truman, dass der offizielle Status Taiwans in Zukunft festgelegt werden würde. Die USA verfolgen mit ihrer Position gegenüber Taiwan andere Ziele mit entsprechenden politischen Konsequenzen als China. Für China ist die kompromisslose Fortführung der internationalen Isolation Taiwans eine Frage des Prinzips und Mittel zum Zweck der Wiedervereinigung. Die USA sehen im unbestimmten Status Taiwans eine Kompromisslösung zur Aufrechterhaltung ihrer Beziehung zu beiden Ländern.²⁴³

Bei der **länderübergreifenden Identifikation** werden auch Menschen außerhalb eines bestimmten Territoriums als zur selben, größeren Nation zugehörig betrachtet. Dies kann auf Basis des gut etablierten Konzeptes der ethnischen – und in Taiwan insbesondere der subethnischen – Identifikation erfolgen. Diese pan-chinesische Identifikation ist vor allem vor dem Hintergrund der nationalistischen Politik im Rahmen des Raumes „Greater China“ bedeutend. Greater China umfasst neben China, Hongkong, Macau und Taiwan auch andere Regionen mit einem großen Bevölkerungsanteil von kulturellen und ethnischen Han-Chinesen, insbesondere in Südostasien. Die pan-chinesische Identität ist eng mit der nationalen Identität verknüpft. Die nationale Zugehörigkeit hängt davon ab, wie man die Nation begreift, wer dazugehört und wer nicht. Beispielsweise definierten sich bei einer Umfrage in Taiwan 2013 51,2 % als Taiwanesen, 5,7 % als Chinesen und 42,2 % als beides.²⁴⁴ Bis 2016 stieg die Zustimmung zur Identifi-

²⁴¹ Liu/Lee 2013, 1123f.

²⁴² Gellner 1983.

²⁴³ Goldstein 2016.

²⁴⁴ Liu/Lee 2013, 1123f.

kation als Taiwanese auf 59,3 %, jene für die Definition als Chinese sank auf 3 %.²⁴⁵

Lee Teng-hui und Chen Shui-bian instrumentalisieren den taiwanesischen Nationalismus²⁴⁶ bzw. die Taiwanisierung²⁴⁷ zur Erlangung und Aufrechterhaltung der politischen Macht und erhöhten damit zum Teil die Risiken für die nationale Sicherheit. Ma Ying-jeou agierte vorsichtiger. Tsai Ing-wen versprach den Beibehalt des Status quo, lehnte jedoch den Peking Konsens von 1992 ab. Die Bevölkerung bevorzugte gemäß einer Umfrage 2016 zu 86,6 % den Beibehalt des Status quo.²⁴⁸

Beispielhaft für die internationale Positionierung Taiwans ist der **Konflikt zwischen Taiwan und China**, insbesondere die zugrunde liegenden Motive, der langanhaltende Charakter sowie die wechselseitige Anpassung von Identität und Politiken. Die chinesische nationale Identität war für die Glaubwürdigkeit und Legitimität der Kuomintang-Regierung, die sich einer entfremdeten Inselbevölkerung aufdrängte, entscheidend. Die Dynamik der Demokratisierung führte zur Dekonstruktion, jedoch nicht zur völligen Ablehnung des chinesischen Nationalismus. Diese Entkoppelung der Souveränitätsausübung von der Identitätsfrage wies eine internationale Dimension auf, zumal China den chinesischen Nationalismus als legitimierende Alternative zu einem nicht mehr existierenden marxistischen Dogma nutzte. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses schuf die taiwanesische Regierung eine stärker nach innen gerichtete neue Legitimationsgrundlage. Sie passte ihre nationale Identität und ihre Interessen mit historisch begründeten, populären Auffassungen an. Die neuen Muster der internationalen Beziehungen wirkten sich in Kombination mit den innenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen wiederum auf die weitere Entwicklung der nationalen Identität aus. Lee Teng-hui war zunehmend mit Forderungen nach einer Klärung der Beziehung zwischen dem Staat auf Taiwan, der Bevölkerung und der chinesischen Nation konfrontiert. Daraus resultierten Wechselwirkungen zwischen den Reformen, den Zwängen des Ein-China-Prinzips, erforderlichen neuen Initiativen in der Festland-

²⁴⁵ Goldstein 2016.

²⁴⁶ Bush/Hass 2021.

²⁴⁷ Jacobs 2005.

²⁴⁸ Goldstein 2016.

und Außenpolitik sowie der Suche nach einer Neudefinition der Beziehung zwischen der chinesischen Identität und dem Staat in Taiwan.²⁴⁹

Taiwans limitierter internationaler Raum

Der internationale Status Taiwans war stets problematisch, insbesondere nach dem Verlust des Sitzes bei den Vereinten Nationen 1971 und dem Verlust der internationalen Anerkennung durch die USA am 01.01.1979. Taiwan suchte eine internationale Position, die eine Aufrechterhaltung der politischen Existenz ermöglicht, ohne einen bewaffneten Konflikt mit China auszulösen, der im geringsten Fall die Wirtschaftstätigkeit stören würde, die diese Eigenständigkeit untermauert.²⁵⁰ Ein definierendes Element der strategischen Kultur Taiwans ist das Gefühl mangelnder Unterstützung im internationalen System. Der empfundene „Waisenstatus“²⁵¹ prägte die sicherheitspolitischen Strategien. Die USA ähneln China mit der Ablehnung einer Teilnahme Taiwans in internationalen Organisationen, deren Mitgliedschaft eine Staatlichkeit voraussetzt.²⁵² Im Gegensatz zu China befürworteten die USA jedoch einen Gast- oder Beobachterstatus Taiwans und forderten auch die US-Verbündeten zu dessen Akzeptanz auf. Zudem unterstützten die USA Taiwan mit stabilen Handelsbeziehungen, Technologietransfer und wachsenden gegenseitigen Direktinvestitionen bei der wirtschaftlichen Diversifizierung und der Stärkung des internationalen Profils.²⁵³ Die grundsätzlich große und nicht zu unterschätzende Bedeutung von Anerkennung und Status in den internationalen Beziehungen hebt beispielsweise Mukherjee hervor.²⁵⁴

China befürchtet, dass Taiwan seinen internationalen Raum stetig ausweitet, in erster Linie mit quasi-diplomatischen Beziehungen, um letztlich eine de jure Unabhängigkeit anzustreben. China formulierte zwei Bedingungen für Taiwans internationale Mitgliedschaften. Erstens Vorabgespräche mit China und Konsensbildung zwischen Taiwan, China und der entsprechen-

²⁴⁹ Horowitz/Heo/Tan 2007; Hughes 1997; Moody 2007.

²⁵⁰ Tien 1988, 247f; Hughes 1997; Lynch 2004.

²⁵¹ Goldstein 2016.

²⁵² Yates 1999; Tsai 2011, 128.

²⁵³ Glaser 2013.

²⁵⁴ Mukherjee 2022.

den Organisation. Möglich ist die Unterstützung durch weitere Parteien hinsichtlich einer Mitgliedschaft und innerhalb der Organisation, beispielsweise durch Südkorea bei Taiwans APEC-Beitritt. Japan, Kanada und die Europäische Union unterstützten 2009 Taiwans Teilnahme an der Weltgesundheitsversammlung, dem Entscheidungsgremium der Weltgesundheitsorganisation. Von der Weltgesundheitsorganisation ist Taiwan ausgeschlossen. Taiwan leistet etwa auch Entwicklungshilfe, ist jedoch kein Mitglied der internationalen Organisationen. Als zweite Bedingung darf eine fallbasierte Teilnahme Taiwans nicht in der Schaffung von zwei Chinas oder einem China und einem Taiwan resultieren.²⁵⁵

4.4 IDENTITÄT

Die nationale Identität prägt die Definition der nationalen Interessen und damit die Positionierung im globalen System. Die Identität ist daher eine wesentliche analytisch-kulturelle Dimension des politischen und strategischen Handelns.²⁵⁶ Die Debatte über die nationale Identität ist in Taiwan abgeschlossen, jene über die kulturelle Identität jedoch nicht.²⁵⁷ Die nationale Identität ist nicht nur eine innere Angelegenheit, sondern betrifft ebenso die Beziehung zu China und den USA. Die Bildung der taiwanesischen Identität war untrennbar mit der Demokratisierung und dem Monopol Chinas auf die chinesische Identität in der internationalen Gemeinschaft verbunden.²⁵⁸

Identität beschreibt, wie wir über uns selbst und wie andere über uns denken. Die Identitätsbildung basiert grundsätzlich auf sozialen Erfahrungen, die über die individuelle Erfahrung des Einzelnen hinausgeht. Die Gruppenidentität setzt ähnliche Erfahrungen aller Gruppenmitglieder voraus.²⁵⁹ Es entwickelten sich insbesondere zwei unterschiedliche, eng miteinander verbundene Stränge der Identitätstheorie. Die eine konzentriert sich auf die Verknüpfung von sozialen Strukturen und Identitäten, die andere auf den internen Prozess der Selbstverifizierung. Beide Theorien stellen einen Kon-

²⁵⁵ Chang 2011; Glaser 2013.

²⁵⁶ Kim 2009; Jones 2012.

²⁵⁷ Winckler 2018; Stockton 2002, 177; Cabestan 2017.

²⁵⁸ Lin 2021; Chen 2017, 62-64; Wu 2017; Horowitz/Tan 2007.

²⁵⁹ Brown 2004; Lin 2021.

text für die jeweils andere dar. Die Beziehung zwischen sozialen Strukturen und Identitäten beeinflusst den Prozess der Selbstverifizierung, während der Prozess der Selbstverifizierung soziale Strukturen schafft und erhält.²⁶⁰ Im Falle Taiwans zeigt sich zudem, dass die chinesische Identität nur unter der Voraussetzung des persönlichen Einvernehmens wirkt. Wann und wie dies erfolgt ist eine politische Frage.²⁶¹

Unter **kultureller Identität** versteht man das Zugehörigkeitsgefühl eines Individuums oder einer sozialen Gruppe zu einem bestimmten kulturellen Kollektiv.²⁶² 69,7 % definierten bei einer Umfrage in Taiwan 2013 ihre Kultur als authentische chinesische Kultur, 21 % widersprachen dieser Aussage.²⁶³

Taiwan entwickelte eine spezifische eigene Identität. Die nach 1949 eingewanderten Festlandchinesen förderten im Rahmen einer konstruierten Identität das chinesische Erbe und die Verbindung zum Festland, mit der Demokratisierung begann die Taiwanisierung bzw. Lokalisierung.²⁶⁴ Zwischen der nationalen Identität Taiwans und demokratischen Institutionen besteht eine einander gegenseitig verstärkende Beziehung. Eine ausgereifte nationale Identität begünstigt eine umfassendere Demokratisierung und demokratische Institutionen ermöglichen den Weg zu einer ausgereiften Identität.²⁶⁵ Taiwans nationale Identität steht im Kontext einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte, dem damit verbundenen Anstieg des Wohlstands sowie einer weitreichenden sozialen Eingliederung.²⁶⁶ Die zunehmende Gefahr durch China und die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums veränderte zuletzt die regionale Dynamik. Als Gegenreaktion auf den progressiven Aktivismus in zahlreichen Bereichen erlebten konservative religiöse Bewegungen in den vergangenen Jahrzehnten in Taiwan kurzfristig einen Aufschwung.²⁶⁷

²⁶⁰ Brenner/Stets/Serpe 2021; Stryker/Burke 2000.

²⁶¹ Ang 2001; Brown 2004, 211.

²⁶² Zur kulturellen Identität Taiwans siehe bspw. Chang 2015; Davison/Reed 1998; Copper 2009.

²⁶³ Liu/Lee 2013, 1123f.

²⁶⁴ Cheng/Wang/Tötösy 2009; Copper 2009; Goldstein 2016.

²⁶⁵ Rozman 2021, 5; Lin 2021; Hughes 1997.

²⁶⁶ Chiavacci/Grano 2020.

²⁶⁷ Ho 2010; Ho/Broadbent 2011; Chiavacci/Grano 2020, 20.

In der politischen Theorie hat die **nationale Identität** zwei Bedeutungen. Einerseits die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft, andererseits die politische Selbstidentität als Mitglied eines bestimmten Staates. In Bezug auf den Nationalstaat werden beide Elemente kombiniert. Generell muss die kulturelle Identität jedoch nicht mit der politischen Identität übereinstimmen. In Taiwan ist die Situation besonders komplex und inkludiert insbesondere divergierende Ansichten zu Einheit bzw. Unabhängigkeit und zur chinesischen bzw. taiwanesischen Identität. Daraus ergeben sich wichtige Informationen über das kollektive Bewusstsein, aber nicht unbedingt über die politische Identität.²⁶⁸ In den 1990er Jahren akzeptierte die taiwanesishe Regierung die neue taiwanesishe Identität als echten Bestandteil der politischen Landschaft. Im Jahr 1999 begann sie schließlich, über diese Identität in Begriffen zu sprechen, die der sozialen und politischen Erfahrung ihrer Wähler entsprachen.²⁶⁹ Ein Großteil der Taiwanesen beansprucht für sich eine doppelte Identität als Taiwanese und als Chinese. Diese zweifache Identität ist mit Parteinahme und einer persönlichen Perspektive auf den Staat verbunden. Dabei vermischt sich die Nationalität mit der politischen Orientierung.²⁷⁰ Erschwert wird die nationale Identität durch das bipolare Parteiensystem.

Grundlage der taiwanesischen Identität

Die **Bevölkerung** Taiwans setzt sich aus den Ureinwohnern, den Gruppen der Hoklo und der Hakka sowie den nach 1945 angekommenen Festlandchinesen zusammen. Die Ureinwohner sind ethnische Malaien, deren Vorfahren vor Jahrtausenden aus Südostasien zugewandert waren. In den vergangenen fünfhundert Jahren migrierten vor allem Chinesen nach Taiwan. Die Mehrheit bildeten ab Beginn des 17. Jahrhunderts die Bevölkerungsgruppen der Hoklo und der Hakka. Sie verdrängten die Ureinwohner in die Bergregionen.²⁷¹ Die Hoklo wanderten aus der südchinesischen Provinz Fujian zu. Auch die Hakka sind ethnische Han-Chinesen, doch ihre besondere Kultur und Sprache machten sie zu Außenseitern in der chinesischen

²⁶⁸ Jiang 2017; Chang 2009; Liu/Lee 2013; Lin 2021; Clough 1998, 71; Lynch 2004.

²⁶⁹ Liu/Lee 2013; Brown 2004, 248.

²⁷⁰ Liu/Lee 2013, 1127.

²⁷¹ Shepherd 1993.

Gesellschaft. Ursprünglich stammten sie aus Nordchina, siedelten sich jedoch im Laufe der Jahrhunderte im gebirgigen Grenzland zwischen den Provinzen Guangdong und Fujian an. Viele Hakka wurden zu Seenomaden und gründeten die ersten chinesischen Außenposten auf Taiwan. Die Haupteinwanderer nach 1945 waren gemischter chinesischer Herkunft. Ein Großteil kam aus den beiden letzten Außenposten der Kuomintang-Regierung, nämlich aus Schanghai an der chinesischen Ostküste und aus der südchinesischen Provinz Guangdong.²⁷² Heute sind 96 % der Taiwanesen Han-Chinesen, die geringe Minderheit gehört malaiisch-polynesischen Völkern an. Taiwanesisch (Hokkien) und Mandarin sind Landessprachen. 35 % der Taiwanesen sind Buddhisten, 33 % Daoisten.²⁷³

Identitätswandel

Wirkfaktoren für Identitätsveränderungen sind politische Institutionen, der strukturelle Hintergrund und situative Determinanten. Die strukturellen Merkmale unterscheiden die nationalen Kerngruppen von den umliegenden Gruppen und verändern sich nur langsam. Im Allgemeinen sind die nationalen Kerngruppen gemäß des Primordialismus großteils ethnisch kohärent. Sie definieren sich auf Basis der kulturellen Identität als kollektive Einheiten mit politischer Selbstbestimmung in einem bestimmten Territorium. Die situativen Determinanten sind aktuelle, die Wahrnehmung formende Ereignisse. Sie stehen bei den Instrumentalisten im Mittelpunkt. Die größten Bedrohungen gehen generell von anderen Staaten und internen ethnischen Minderheiten aus.²⁷⁴

In Taiwan wurden die Identitätsveränderungen insbesondere durch Regierungswechsel und politische Veränderungen sowie die Migration mit lokalen Eheschließungen bewirkt. Taiwan ist beispielhaft dafür, dass die Identitätsveränderungen in einer Demokratie potentiell größer sind, wenn zuvor ein Übergang vom Autoritarismus stattfand und wenn die Regierung nach dem Übergang vergleichsweise konservativ blieb. Die Kombination des externen China-Konflikts mit dem staatlichen Erfolg beim Aufbau einer

²⁷² Manthorpe 2005.

²⁷³ Index Mundi 2020.

²⁷⁴ Horowitz/Heo/Tan 2007.

modernen Wirtschaft und Gesellschaft veranlasste die Regierung zu einer Anpassung ihrer Ziele und Methoden sowie zu einer schärferen Abgrenzung zu einem stärkeren China.²⁷⁵

Politische Veränderungen als Wirkfaktoren für den Identitätswandel

Die japanische Kolonialregierung institutionalisierte beispielsweise den Sittenwandel. Sie erzwang ähnliche Bräuche und in der Folge gemeinsame gesellschaftspolitische Erfahrungen und kulturelle Ideen für die gesamte Bevölkerung. Beispielhaft ist das Verbot des Fußbindens aus wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Japan sah es als Hindernis für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität an und verbot es als barbarisch. Die Hoklo betrachteten das Fußbinden ebenso wie die Han-Chinesen als ehrwürdige Tradition zur Hebung des sozialen Status, die Hakka lehnten es seit jeher ab. Das Verbot ermöglichte den unterschiedlichen chinesischen Bevölkerungsgruppen schließlich die Annahme einer gemeinsamen Han-Identität.²⁷⁶

Die Kuomintang-Regierung verordnete 1949 kurzfristig Mandarin statt Japanisch als taiwanesisches Landessprache. Der Unmut der Taiwanesen über die überhebliche Behandlung durch die Festlandchinesen und der Ruf nach mehr Autonomie gipfelte bereits 1947 im folgenschweren **Zwischenfall vom 28. Februar**. Ein kleiner Zusammenstoß in der Hauptstadt Taipeh am 27.02.1947 weitete sich am Folgetag zu einer inselweiten Rebellion gegen die Kuomintang-Regierung aus. Die Niederschlagung mit exzessiver und willkürlicher Gewalt durch Truppen vom chinesischen Festland unterdrückte zwar die unmittelbare politische Herausforderung für die Kuomintang, festigte jedoch eine ethnische Identität, welche die Taiwanesen Jahrzehnte lang prägte. Die politischen Kräfte, die schließlich den Weg zur Demokratisierung ebneten, leiteten sich aus der taiwanesischen Reaktion auf den Zwischenfall vom 28. Februar 1947 ab.²⁷⁷ Die Demokratisierung löste einen Identitätswandel aus, und zwar die Entwicklung einer neu-

²⁷⁵ Clark 2007; Horowitz/Heo/Tan 2007.

²⁷⁶ Brown 2004, 232.

²⁷⁷ Ho/Broadbent 2011; Goldstein 2016; Alagappa 2004; Davison 2003.

en, integrativen und taiwanzentrierten Identität aller Bevölkerungsgruppen.²⁷⁸

Zur Schaffung einer eigenen taiwanesischen Identität trug auch die **Regierungspolitik Chinas** bei. Beispielhaft sind die insbesondere vor den Präsidentschaftswahlen ausgesprochenen Drohungen, etwa im März 1996 oder im Februar 2000. Ein anderes Beispiel ist die Besuchspolitik für Taiwanesen in China. Ab 1987 erlaubte die taiwanesishe Regierung zunächst den Festlandbewohnern Taiwans und dann allen Taiwanern die Reise auf das Festland. China behandelte alle Bevölkerungsgruppen mit der gleichen Kombination aus Misstrauen und Entgegenkommen als „taiwanische Landsleute“ (taiwan tongbao).²⁷⁹

Zuwanderung als Wirkfaktor für den Identitätswandel

Migrationen können eine Anpassung der lokalen sozialen Hierarchie bewirken. Dies war insbesondere beim Einmarsch der Truppen von Zheng Chenggong in Taiwan 1661 der Fall, bei der Ausweitung der direkten bürokratischen Verwaltung der chinesischen Qing-Dynastie auf Taiwan und bei der Ankunft der Kuomintang 1949. Vor allem das Migrationsausmaß von zwei Millionen Festlandchinesen, darunter viele alleinstehende Männer, hatte 1949 das Potential, die Viabilität der Abstammung zu unterbrechen.

Mischehen dienten in Taiwan als wichtiger Mechanismus des kulturellen Wandels, da sie Einwanderern mit anderen kulturellen Vorstellungen die zumindest teilweise Weitergabe ihrer Kultur an die Nachkommen ermöglichten. Auf diese Weise brachten die Festlandchinesen Aspekte der Han-Kultur in die lokalen Kulturmodelle. Zugleich bestanden auch Elemente der Nicht-Han-Kultur fort. Die lokale Bevölkerung erlangte die Han-Identität auf der Grundlage der patrilinearen Abstammung. Daher galt die Verschmelzung von Han- und Nicht-Han-Kultur zumindest lokal als Han-Kultur, unabhängig von einer Übereinstimmung mit konfuzianischen Standards oder mit der Han-Kultur in anderen Regionen.

²⁷⁸ Lin 2021; Brown 2004.

²⁷⁹ Brown 2004, 240.

Die häufige **Beanspruchung der Han-Identität** entstammte insbesondere Herrschaftswechseln und Veränderungen in der sozialen Machthierarchie. Beispielsweise machten im 17. Jahrhundert Regierungswechsel die unmittelbare Han-Identität aus steuerlichen Gründen wünschenswert. Generell beanspruchte und verhandelte eine gemischte Bevölkerung die Han-Identität erst nach einem Herrschaftswechsel, etwa von der niederländischen Kolonialherrschaft (1624 bis 1661) zur Zheng-Herrschaft (1661 bis 1683) und von der Zheng- zur Qing-Herrschaft (1684 bis 1895).²⁸⁰

Die Migranten jeder nachfolgenden Einwanderungswelle stuften die zuvor Eingewanderten als „Einheimische“ ein. Dies führte zu regional unterschiedlichen Han-chinesischen Kulturmodellen. Heute sind 70 % der taiwanesischen Bevölkerung Nachkommen der vor Jahrhunderten zugewanderten Südchinesen. Sie betrachten sich als ethnische Taiwanesen. Der restliche Bevölkerungsanteil entstammt den vorwiegend aus Zentral- und Nordchina stammenden Migranten nach 1949. Diese gelten als spezifische ethnische Bevölkerungsgruppe, und zwar als „Festlandbewohner“. Zwischen den ethnischen Taiwanesen und den Festlandbewohner bestehen die stärksten innenpolitischen Spannungen. Sie gelten heute beide als ethnische Han-Chinesen, im Gegensatz zu den Ureinwohnern.²⁸¹

Die ersten Mischehen erfolgten nach 1949 in der unteren sozialen Hierarchie. Das waren einfache Fußsoldaten vom Festland, die ärmsten taiwanesischen Frauen, jedoch in großer Zahl weibliche Berg-Ureinwohner. Das zeigt den Unterschied zwischen der Gruppe der Han-Taiwanesen und der Berg-Ureinwohner. Mit der Zeit nahmen die Mischehen mit Festlandbewohnern generell zu.²⁸²

²⁸⁰ Shepherd 1993; Brown 2004; Davison 2003.

²⁸¹ Jacobs 2005; Pye 1985, 228; Shepherd 1993.

²⁸² Brown 2004.

4.5 TAIWANISIERUNG & NATIONALISMUS

Taiwanisierung

Der **strategische Wert** der Taiwanisierung lag im Imageaufbau als umkämpfte Nation, die nicht nur um ihre individuelle Freiheit kämpft, sondern um ihre spezifische nationale Identität. Dies gewann die Loyalität der USA und auch die Unterstützung anderer, etwa Japans.²⁸³

Die **Taiwanisierung** wird auch als Lokalisierung oder Nativismus (*bentuhua*) bezeichnet. Die politische Taiwanisierung bezieht sich auf den Prozess, in dem die Einheimischen (*benshengren*) seit den 1970er Jahren die vollständige zivile und politische Teilhabe fordern. Die später erfolgte kulturelle Taiwanisierung²⁸⁴ bezeichnet den Zugang, dass die taiwanesischen Geschichte, Kultur und Gesellschaft aus dem Blickwinkel der Taiwanesen selbst interpretiert werden müssen.²⁸⁵

Die konzeptionellen Grundlagen des Nativismus unterscheiden sich trotz der engen historischen Verbindung vom Nationalismus. Als implizit relationaler Begriff, der einen Anspruch auf das Lokale erhebt, grenzt sich der Nativismus nicht gegenüber dem als ebenbürtig betrachteten Fremden ab. Zwischen Taiwan und China war die heikle Frage der nationalen Identität und Repräsentation stets ein wesentliches Thema. Es ließ der nativistischen Oppositionspolitik breiten Spielraum. Besonders kompliziert wurde die Unklarheit der nationalen Identität Taiwans nach der internationalen Anerkennung Chinas als legitime chinesische Regierung 1971. Die irreduzible Trennung zwischen dem Einheimischen und der Nation zeigte sich beispielsweise im Heimatort-Nationalismus. Er stellte die Nation und die soziale Hierarchie einander gegenüber. Denn er war zwischen einem traditionsgeprägten chinesischen Nationalismus einerseits und einer klassenbasierten Identifikation mit den real Marginalisierten andererseits gespalten.

²⁸³ Horowitz/Tan 2007.

²⁸⁴ Siehe bspw. Chang 2015.

²⁸⁵ Makeham 2005; Jacobs 2005; Lai 2008; Stockton 2002, 172; Copper 2009; Cole 2017, 127; Davison 2003; Horowitz/Tan 2007.

In Bezug auf die staatliche Entwicklung entstanden der Nativismus und der Nationalismus in der historischen Zeitphase der wirtschaftlichen Globalisierung, als die Werte, die Vision und die Bedeutung der kapitalistischen Moderne noch nicht in das eigene Wertesystem und den nationalen Kontext normiert worden waren. Die lokal-national-globale Dynamik wurde durch die Delegitimierung in der internationalen politischen Ordnung, die historischen Besonderheiten und die Konflikte innerhalb der gesellschaftlichen bzw. identitätsstiftenden Formationen bestimmt. Die aktive Integration in die globale kapitalistische Produktion brachte der Region ein phänomenales Wirtschaftswachstum. In kultureller Hinsicht erneuerte der Wirtschaftserfolg auch transnationale Interessen sowie das lokale Vertrauen in die ostasiatischen Traditionen und die „asiatischen Werte“.²⁸⁶

Das politische Kernthema der oppositionellen Tangwais bezog sich gemäß Jacobs jedoch nicht auf die Taiwanisierung oder auf einen taiwanesischen Nationalismus, sondern vielmehr auf die Demokratisierung. Beispielhaft ist die Politik von Lee Teng-hui oder Chen Shui-bian. Erst der Demokratisierungsprozess bereitete das politische Klima für die Taiwanisierung auf.²⁸⁷ Bush/Hass hingegen erkennen in der Politik Lee Teng-huis und Chen Shui-bians in erster Linie nationalistische Charakteristiken.²⁸⁸ Hsiao legt in diesem Sinne den Hintergrund der vier großen ethnischen Gruppen – Ureinwohner, Hoklos, Hakkas und Festlandbewohner – dar. Der Prozess der Essenzialisierung der Identitäten resultiert aus dem Bestreben, die Dominanz der taiwanesischen Hoklo-Herkunft in der Demokratischen Fortschrittspartei herunterzuspielen und die Unterstützung anderer ethnischer Gruppen zu gewinnen. Als Alternative zur vorherrschenden Dichotomie von Taiwanesen und Festlandbewohnern wurde das Konzept der vier ethnischen Gruppen betont, bis es sich in der Gesellschaft als Bezugsrahmen für ethnische oder nationalistische Fragen durchsetzte. Die Ethnisierung der taiwanesischen Politik war allerdings kaum aufzuhalten. Dies zeigte sich etwa in den zunehmenden politischen Stimmen der taiwanesischen Ureinwohner und der Hakka.²⁸⁹ Die Probleme im Zuge der Taiwanisierung sind

²⁸⁶ Lai 2008, 5-8.

²⁸⁷ Jacobs 2005.

²⁸⁸ Bush/Hass 2021.

²⁸⁹ Hsiao 2005a.

typisch für postkoloniale Gesellschaften, die versuchen, ihre politische und kulturelle Identität zu rekonstruieren.²⁹⁰

In den späten 1990er Jahren begann China der Taiwanisierung Aufmerksamkeit zu schenken und war etwa besonders kritisch gegenüber der positiven Darstellungsweise der japanischen Kolonisierung im Indigenisierungsprozess. Insbesondere nach dem Zwischenfall vom 28. Februar 1947 entwickelten sich die Erinnerungen an den japanischen Kolonialismus, wenn auch nicht durchwegs positiv, zu Elementen einer besonderen taiwanesischen Identität. Dies stand im Gegensatz zu antijapanischen Ressentiments in der Nachkriegszeit in China.²⁹¹

Der kulturelle Nativismus bzw. Nationalismus stellte in Taiwan nicht die Grundlage des politischen Nationalismus dar, sondern folgte diesem erst später nach.²⁹² Damit entspricht die historische Entwicklung in Taiwan nicht den vorherrschenden Geschichtskonzepten, wie sie etwa von Hrochs Theorie der drei grundlegenden Stadien einer nationalistischen Bewegung vertreten werden. Hroch zufolge liegt die Initiative bei patriotischen Einzelpersonen, danach folgt das Bewusstsein der Massen und schließlich die Organisation der nationalistischen Bewegung.²⁹³ Der Anfang der 1980er Jahre entstandenen taiwanesischen nationalistischen Bewegung ging keine bedeutende historisch-kulturelle und nationalistisches politisches Handeln stimulierende Wiederbelebung voraus.

Nationalismus

Vielmehr wirkte der **Kaohsiung-Zwischenfall von 1979** und die darauf folgende politische Verfolgung von Oppositionellen als Katalysator für die radikale nationalistische Herausforderung der Kuomintang-Herrschaft. Erst in der Folge entwickelte sich in den 1980er Jahren der kulturelle Nationalismus.²⁹⁴ Der Kaohsiung-Zwischenfall bezeichnet die Verhaftung praktisch

²⁹⁰ Hsiau 2005b, 266.

²⁹¹ Hsiau 2005b.

²⁹² Hsiau 2012; Hsiau 2000.

²⁹³ Hroch 1985, 22f.

²⁹⁴ Hsiau 2000, 178f.

aller oppositioneller Tangwai-Politiker als Konsequenz einer prodemokratischen Protestkundgebung am 10.12.1979.

Das moderne Konzept des Nationalstaates besteht aus der kollektiven Identität, dem Staat als Ausdruck politischer Unabhängigkeit und dem Territorium.²⁹⁵ Die politische Opposition konzentrierte sich auf den Ersatz der Republik China durch einen neuen Staat, der dem Territorium Taiwans entsprach. Die Artikulation einer taiwanesischen kollektiven Identität wurde in erster Linie den humanistischen Intellektuellen überlassen, die für die Unabhängigkeit eintraten und auf den kulturellen Nationalismus setzten, etwa durch die Schaffung kollektiver Symbole, die Wiederbelebung der Hoklo-Sprache oder die Umschreibung der taiwanesischen Geschichte.²⁹⁶ Bis zum Kaohsiung-Zwischenfall verfolgte die politische Opposition in Taiwan das Konzept der Demokratisierung und drängten auf eine grundlegende Reform des politischen Systems. Das maßgebliche Ziel war die Herstellung der ethnischen Gleichheit zwischen Festlandtaiwanesen und Taiwanesen. Nach dem Kaohsiung-Zwischenfall begann die aufstrebende Tangwai-Gruppe ein nationalistisches Projekt der politischen Umstrukturierung. Dies erforderte eine erhebliche Diskursveränderung, und zwar vom Beharren auf der gleichen Staatsbürgerschaft auf der Grundlage ethnischer Unterschiede hin zum Beharren auf der Neugründung eines Staates auf der Grundlage einer einzigartigen nationalen Kultur. Die politisch inspirierte Konstruktion einer besonderen taiwanesischen Nationalkultur stützte sich in hohem Maße auf die Bemühungen der humanistischen Intellektuellen.²⁹⁷ Im Mittelpunkt standen beispielsweise taiwanesishe Schulbücher und traditionelle Lehrpläne, die in der Folge der politischen Reformen und sozialen Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre, die die taiwanesishe Bildungsreform auslösten, im Verdacht standen, die dominante nationale chinesische kulturelle Identität zu stärken.²⁹⁸

²⁹⁵ Woolf 2003, 1f.

²⁹⁶ Hsiau 2012; Hsiau 2000.

²⁹⁷ Hsiau 2000.

²⁹⁸ Su 2006.

Sonnenblumen-Bewegung

Die Sonnenblumen-Bewegung 2014 war Symbol und Beitrag zu einer neuen Form des Nationalismus, die sich allmählich konsolidierte und auf eine bereits bestehende Struktur und Organisation aufbaute. Sie resultierte aus der Spannung zwischen den Bemühungen um die Konsolidierung der taiwanesischen und von China bedrohten Identität und der Auffassung, dass China Taiwan helfen kann, der Falle der hohen Einkommen zu entkommen. Dies hatte weitreichende politische Konsequenzen. Der Auslöser der Sonnenblumen-Bewegung war Ma Ying-jeous Politik, die sich auf die Beziehung zu China konzentrierte. Er vernachlässigte andere lokalpolitische Themen und stützte sich zur Dissensbekämpfung zunehmend auf die Strafverfolgungsbehörden. Dies schuf die Voraussetzung dafür, dass die Zivilgesellschaft Eskalationsstrategien anwendete. Studenten protestierten 2014 gegen ein bilaterales Dienstleistungsabkommen mit China. Sie argumentierten, dass eine zu starke wirtschaftliche Vernetzung zu einer politischen Integration führt, die sie ablehnten. Die Konsequenzen der Sonnenblumen-Bewegung war eine stärkere Kontrolle über die Regierung, eine aktivere Teilnahme an der Politik und internationale Aufmerksamkeit durch die mediale Berichterstattung. In den Mittelpunkt rückte die Notwendigkeit der Vorsicht bei der Integration mit China. Diese bildete den Hintergrund für Tsai Ing-wens Kandidatur und ihr Versprechen, den Status quo beizubehalten. Im Wahlkampf setzte sie sich vor allem für den Schutz der taiwanesischen Demokratie ein. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2016 errang sie mit der Demokratischen Fortschrittspartei einen deutlichen Sieg. Die Erwartung war groß, dass die Demokratische Fortschrittspartei die Werte Taiwans besser schützen, die Wirtschaft beleben und der Falle der hohen Einkommen entkommen würde. Tsai Ing-wen verfolgte diese Agenda, etwa mit der Diversifizierung des Handels und der Investitionen.²⁹⁹

4.6 DEMOKRATISIERUNG

Taiwan ist heute eine liberale, resiliente und ausgereifte Demokratie, nicht etwa nur eine elektorale Demokratie als Minimalvariante. Die mehrmaligen

²⁹⁹ Lin 2020; Wong 2019; Cole 2017, 105-124; Bush/Hass 2021.

Wechsel der Regierungsparteien durch Wahlen gehen über den Test der demokratischen Konsolidierung hinaus, den Huntington mit zwei Wechseln definierte.³⁰⁰ Die Phasen der demokratischen Entwicklung können in den Soft Autoritarismus von 1980 bis 1986, die Liberalisierung bis 1992, den Demokratisierungsprozess bis 1999 und die erste Regierung der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei ab 2000 eingeteilt werden.³⁰¹

Lee Teng-hui unternahm wichtige Schritte, um Taiwan in Richtung einer halbpräsidentialen Demokratie zu führen. Er baute den fest verankerten Kriegsrechtsapparat ab, mobilisierte die öffentliche Unterstützung für Verfassungsreformen³⁰² und kämpfte zugleich gegen fortdauernde parteiinterne Konflikte. Außenpolitisch betrieb er die schrittweise Öffnung zu China und internationalen Aktivismus. 1996 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen statt. Unter Chen Shui-bian entwickelte sich allmählich eine unabhängige nationale Identität und Taiwanisierung. Die Handelsbeziehungen nahmen ebenso zu wie das gegenseitige Misstrauen zu China. Für Ma Ying-jeou stand die Aussöhnung mit China im Mittelpunkt, etwa durch ein Rahmenabkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder die Aufnahme direkter Flug- und Schiffsverbindungen.³⁰³

Wirkfaktoren

Grundsätzlich können sich Eliten zur Schaffung von Demokratie gezwungen sehen, wenn die Kosten der Unterdrückung hoch und die Zusagen von Zugeständnissen nicht glaubwürdig sind. Wenn der Anreiz zum Sturz der Demokratie für die Eliten gering ist, konsolidiert sich die Demokratie. Dieser Prozess beruht etwa auf der Struktur der politischen Institutionen, weil die Institutionen die künftige Verteilung der politischen Macht beeinflussen. Weitere Entscheidungsfaktoren sind die Art der politischen und wirtschaftlichen Krisen, das Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit, die

³⁰⁰ Huntington 1991.

³⁰¹ Hsiao 2019; Ho 2011, 311; Zhang 2003; Chu/Chang 2018; Wong 2019, 199f.; Rigger 2005; Zhou/Rigger/White 2014; Chu 2016, Fung/Drakeley 2014; Winckler 1984; O'Donnell/Schmitter 1986, 7f; Chen 2017; Lo 2014; Wu/Dai 2014; Cheng 1989; Tien 1988; Rigger 2002.

³⁰² Taiwan Documents Project 2002d.

³⁰³ Fell 2018.

Wirtschaftsstruktur, die Stärke der Zivilgesellschaft sowie Form und Ausmaß der Globalisierung.³⁰⁴ Für die Konzeptualisierung der Demokratie sind generell der politische, kulturelle und wirtschaftliche Kontext maßgeblich. Eine Rolle spielen kurzfristige Entwicklungen, etwa die Wirtschaftslage, mittelfristige Entwicklungen, etwa die demokratische Praxis, und langfristige Dynamiken, etwa die politische Kultur.³⁰⁵

Die spezifischen Wirkfaktoren für die Demokratisierung Taiwans waren die politische Kultur, die Art der Regierung, der Anpassungsprozess der Regierung, Legitimationskrisen und die Wirtschaftsentwicklung. Eine grundlegende Schlüsselvariable der Demokratisierung ist das zielgerichtete Handeln der Zivilgesellschaft, etwa die Sonnenblumenbewegung 2014. Struktur und Kohärenz der Zivilgesellschaft entwickelte sich in Taiwan parallel zum Wirtschaftsaufschwung. Der bedeutendste externe Einfluss entstammte den USA. Das größte Hindernis für die Demokratisierung war die nationale Identität.³⁰⁶

Politische Kultur

Zwei Schlüsselfaktoren der chinesischen politischen Kultur, die Hierarchie zwischen dem Staat und dem Individuum sowie die Priorität für kollektive Interessen, sind einer Demokratisierung von unten nach oben nicht förderlich. Allerdings ist in Taiwan das politische Vertrauen stärker von der Regierungsleistung abhängig, in China hingegen mehr von traditionellen Werten. Taiwans Demokratisierung zeigt zudem beispielhaft, dass die Beziehung zwischen tiefgreifenden kulturellen Merkmalen und zeitgenössischen politischen Einstellungen nicht determinierend ist und sich die Einstellungen ändern können.³⁰⁷

³⁰⁴ Acemoglu/Robinson 2006.

³⁰⁵ Shi/Lu 2010, 129; Lu/Chu 2022, 176; Chu 2008, 238; Diamond 2015; Wong 2019; Bell 2015.

³⁰⁶ O'Donnell/Schmitter 1986; Rozman 2021; Zhou/Rigger/White 2014; Rigger 2014b; Winckler 1984; Bush/Hass 2021; Ho/Broadbent 2011.

³⁰⁷ Shi 2015.

Art der Regierung

Führungsfaktoren, insbesondere die politische Führung und das politische Geschick, werden als wichtig für die Entwicklung der Demokratisierung angesehen.³⁰⁸ **Einparteienregierungen** bzw. Regierungen, in denen eine Partei den Zugang zu politischen Ämtern und die politische Kontrolle dominiert, auch wenn Oppositionsparteien legal agieren können, sind grundsätzlich relativ widerstandsfähig und veränderungsresistent.³⁰⁹ Dies traf auf die Kuomintang zu, die mit einem leninistischen Organisationsmodell zudem eine besonders robuste Form des Autoritarismus aufwies. Wirkmächtig war die hohe Organisationsfähigkeit, die dominante Ideologie und die tiefe Durchdringung der Gesellschaft. Bis 1987 waren die Oppositionsparteien zuerst illegal bzw. klein und machtlos. Die meisten Kandidaten waren in der Kuomintang verwurzelt. Für einen Wahlsieg benötigten sie enge Verbindungen zu lokalen Interessen und Unternehmen.³¹⁰ Noch wichtiger als die Rekrutierung zahlreicher Taiwaner für die Partei war der Aufstieg der taiwanesischen Eliten in den Führungszirkel der Kuomintang.³¹¹

Anpassungsprozess der Regierung

In Bezug auf den Anpassungsprozess einer Regierung definierte Huntington drei unterschiedliche Übergangsprozesse: die Transformation, die Substitution und die Umstellung. Die Transformation bezieht sich auf einen Übergang, bei dem die Machteliten die Führung bei der Einführung der Demokratie übernehmen. Bei der Substitution wird die autoritäre Regierung von der Opposition gestürzt. Bei der Umstellung erfolgt die Demokratisierung weitgehend gemeinsam durch Regierungs- und Oppositionsgruppen. Gemäß Huntington verlaufen die Übergänge unter Einparteienregierungen tendenziell von oben nach unten, wobei die staatlichen Akteure eine starke Rolle spielen.³¹² Das wirft die Frage auf, warum unangefochtene Regierungen den Wandel zulassen bzw. einleiten sollten. Ein generell wichtiges Motiv ist die Spaltung innerhalb autoritärer Regierungen.³¹³ In Taiwan

³⁰⁸ Huntington 1991, 38f.

³⁰⁹ Geddes 1999, 121f.

³¹⁰ Cheng 1989; Tien 1988, 136ff; Zhou/Rigger/White 2014; Rigger 2014b.

³¹¹ Wu/Dai 2014.

³¹² Huntington 1991, 114.

³¹³ O'Donnell/Schmitter 1986.

spielte insbesondere die Anpassungsfähigkeit der Kuomintang an ein neues strategisches Umfeld eine große Rolle.

Die **Entscheidung zur Anpassung** beruht auf der Zusammensetzung der Regierung, dem Vorhandensein von sinnvollen Rückkopplungsmechanismen zwischen Staat und Gesellschaft sowie von der Wahrnehmung der Herausforderungen für die Regierung als feindlich oder positiv.³¹⁴ In den ersten beiden Jahrzehnten unterdrückte die Kuomintang jeden Wandel. Danach nahmen die Gelegenheiten für Reformbefürworter zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu.³¹⁵ Die Struktur, die sich die Kuomintang in Taiwan schuf, spiegelt die widersprüchlichen Kernziele wider: die Wiedervereinigung Chinas unter der Kontrolle der Kuomintang und die Verwirklichung von Sun Yat-sens demokratischen Bestrebungen. Die Notstandsbestimmungen erlaubten, die für die Wiedervereinigung erforderlichen autoritären Befugnisse in Institutionen einzufügen, die in Hinblick auf den Demokratisierungsprozess geschaffen wurden. Zum sich verschärfenden Widerspruch zwischen den beiden Zielen kamen der Bedeutungsverlust des Parteistaats, die internationale Einbindung Chinas, der Mangel an politischem Nachwuchs der Kuomintang und die Einflusszunahme der taiwanesischen Geschäftsleute.³¹⁶

Die mobilisierende Systemkomponente für den Anpassungsprozess, insbesondere die Schwächung der autoritären Elemente, war ein sinnvoller **Rückkopplungsmechanismus** zwischen Staat und Gesellschaft. Beispielfhaft sind die Kommunalwahlen, die Lee Teng-hui zur Überholung seiner eigenen politischen Gegner nutzte, indem er sich als Mann des Volkes etablierte. Der Feedback-Mechanismus bei den Wahlen diente in zweierlei Hinsicht dem Übergang. Er gab der Öffentlichkeit die Möglichkeit, ihre Reformfreudigkeit zu zeigen, und er verschaffte Lee Teng-hui einen Vorsprung vor seinen konservativeren Kuomintang-Konkurrenten. In einem Kreislaufprozess der sich vertiefenden Demokratisierung musste Lee Teng-hui zum Erhalt seines Vorsprungs den Reformprozess vorantreiben.³¹⁷

³¹⁴ Rigger 2014b.

³¹⁵ Rigger 2002, 180; Rigger 2001a.

³¹⁶ Derichs/Heberer 2013; Rigger 2011; Rigger 2002, 80; Rigger 2001a.

³¹⁷ Rigger 2002; Rigger 2014b.

Die Wahrnehmung der externen Herausforderungen resultierte in der Erkenntnis, dass eine Demokratisierung die internationale Position Taiwans verbessern würde. Gemäß Slater/Wong ist die Reformbereitschaft der Kuomintang darin zu finden, dass damit nicht unbedingt ein Machtverlust verbunden sein musste.³¹⁸ Die Popularität und der Ressourcenzugang schwanden, sichtbar etwa in der Anfechtung der politischen Legitimität oder dem Verlust internationaler Unterstützung. Daher wandte die Kuomintang die Strategie „concede to thrive“ (zugestehen, um zu gedeihen) an.

Ein Hindernis für die Demokratisierung war die Politisierung des Militärs und des Sicherheitsapparats. 1987 wurde das Kriegsrecht und 1991 die Vorläufigen Bestimmungen der Verfassung aufgehoben. 1992 wurde das Taiwan-Garnisonskommando abgeschafft. Ab 1988 entfernte die Kuomintang ihre Parteiorgane aus dem Militär, die politische Erziehung in den Streitkräften blieb.³¹⁹

Die - großteils strukturellen - **Vorteile für die Kuomintang** lagen zu Beginn des Demokratisierungsprozesses in der Existenz von undemokratischen Elementen, die der Kuomintang erhebliche Vorteile verschafften. Zudem schränkte die Demokratische Fortschrittspartei mit der Betonung von Ideologie und Symbolik ihre Anziehungskraft auf die pragmatische, konservative Mehrheit Taiwans ein. Die Kuomintang profitierte von einer breiten, klassenübergreifenden und über Jahrzehnte aufgebauten sozialen Basis sowie vom politischen Erfolg, etwa die Landreform in den 1950er Jahren. Die finanzielle Grundlage der Kuomintang war enorm. Sie umfasste das aus China mitgebrachte, das von der japanischen Kolonialmacht beschlagnahmte sowie neu geschaffenes Vermögen. 2001 betrug es rund 2,6 Milliarden US-Dollar. Bis 1987 befanden sich alle taiwanesischen Fernsehsender im Besitz von Partei- und Regierungsstellen. Die Herausgeber der großen Zeitungen wurden routinemäßig in das Zentralkomitee der Kuomintang gewählt. Trotz Aufhebung des Kriegsrechts genossen gut etablierte Medienunternehmen weiterhin erhebliche Wettbewerbsvorteile.³²⁰

³¹⁸ Slater/Wong 2012.

³¹⁹ Leng/Lin 1993, 834-838.

³²⁰ Cheng 1989; Tien 1988; Wu/Dai 2014; Rigger 2001a; Rigger 2001b; Rigger 2002.

Die Günstlingswirtschaft in den Medien, die weit verbreitete Korruption und die Voreingenommenheit von Verwaltung und Justiz unter der Kuomintang-Regierung waren die Hauptmotive für den Wahlerfolg der Demokratischen Fortschrittspartei 2000. Hinzu kam der öffentliche Ärger über den üblichen Stimmenkauf oder öffentliche Bauvorhaben. Allerdings musste die Demokratische Fortschrittspartei nicht nur die Vorteile der Kuomintang, sondern auch die Schwächen der eigenen Partei überwinden. Sie musste etwa die klassenübergreifende Einbindung aller Bevölkerungsgruppen nach dem Vorbild der Kuomintang übernehmen. Nach der Durchsetzung der wichtigsten Demokratisierungselemente hatte die Demokratische Fortschrittspartei Schwierigkeiten, neue Themen, Mitglieder und Wähler zu finden sowie die Parteianhänger zu vereinen. Sie setzte auf die ethnische Mobilisierung. Damit festigte sie den Parteikern, vertrieb jedoch pro-demokratische konservative Wähler. Bereits in den frühen Parteiprogrammen formulierte die Demokratische Fortschrittspartei die ethnische Gerechtigkeit und die politische Reform als Ziele. 1991 änderte die Demokratische Fortschrittspartei ihre Parteisatzung zur Forderung eines Unabhängigkeitsreferendums. In der Folge dominierte die Unabhängigkeitsfrage alle anderen Ideologie- und Parteiprogrammelemente.

Die Parteistruktur war mit einem Zentralkomitee, einem Parteitag und anderen leninistischen Merkmalen der Kuomintang nachempfunden. Es fehlte ihr jedoch die starke und effektive zentrale Führung, die seit mehr als fünf Jahrzehnten das wichtigste Organisationsmerkmal der Kuomintang darstellte. Daher bestimmten Fraktionskämpfe die – zumeist reaktive – Entscheidungsfindung. Es fehlten die Ressourcen und die ideologischen Traditionen zur Verwirklichung eines leninistischen Modells. Infolgedessen spielten informelle Machtzentren und eigeninitiativ handelnde Akteure eine wichtigere Rolle als die formelle Machtstruktur.³²¹

Legitimationskrisen

Die Kuomintang rechtfertigte ihr politisches Machtmonopol mit der guten Wirtschaftsleistung, der effektiven Regierungsführung und der Repräsentation der gesamtchinesischen Nation. Zur Durchsetzung dieses Anspruchs bedurfte es der Bestätigung durch die internationale Gemeinschaft. Solange

³²¹ Wu/Dai 2014; Cheng 1989, 477f; Rigger 2001a; Rigger 2001b.

die Vereinten Nationen und die USA Taiwan als rechtmäßige Regierung ganz Chinas anerkannten, war es sinnvoll, die Interessen der Taiwanesen jenen der taiwanesischen Regierung unterzuordnen. Doch diese Logik zerfiel in den 1970er Jahren und führte zu einer doppelten Legitimationskrise. Die fehlende internationale Anerkennung untergrub Taiwans Anspruch auf Gesamtchina. In der Folge war der beharrliche Aufschub der Demokratisierung bis nach der Vereinigung, die nun kein realistisches Ziel mehr darstellte, nicht länger überzeugend. Zudem ermutigte der Verlust der internationalen Anerkennung die politische Opposition.³²²

Externe Faktoren

Externe Kräfte beeinflussen die Demokratisierung durch direkten oder indirekten internationalen Druck sowie durch den Dominoeffekt.³²³ Die globale Norm erfordert zumindest ein Lippenbekenntnis zur Demokratie.³²⁴ In Ost- und Südostasien begann in den 1980er und 1990er Jahren in mehreren Ländern der Demokratisierungsprozess, etwa in Südkorea, Indonesien, Malaysia, Thailand und Japan. Taiwan stand zudem insbesondere unter dem Druck der USA. Im Kalten Krieg war Taiwan fester Bestandteil des antikommunistischen Asien-Pazifik Netzwerks der USA und profitierte anfangs von der Toleranz gegenüber „vorgetäuschten“ Demokratien.³²⁵

Zivilgesellschaft

Frühe Studien über Taiwans Wandel betonten vor allem den konsequenten Gradualismus und den Reformwillen der Kuomintang, spätere Studien insbesondere die Rolle der Zivilgesellschaft.³²⁶ Die Entwicklung der sozialen Bewegungen während des Übergangs vom Autoritarismus zur Demokratie teilt sich in die Zeitphase der Entstehung (1980 bis 1986), des Aufschwungs (1987 bis 1992), der Institutionalisierung (1993 bis 1999), der Einbindung (2000 bis 2007) und des Wiederauflebens (2008 bis 2010). Sozialbewegungen sind ein bewusster und organisierter Versuch, die Gesellschaft zu verändern. Sie sind eine „politische Gelegenheitsstruktur“, weil

³²² Davison 2003; Rigger 2014b.

³²³ Huntington 1991, 100f.

³²⁴ Rigger 2014b.

³²⁵ Phillips 2015; Davison 2003; Rigger 2014b.

³²⁶ Huntington 1991, 124-142; Ho 2011, 283.

ihr kollektives Handeln durch sich wandelnde externe Einflüsse eingeschränkt oder erleichtert wird.³²⁷ Die entsprechenden staatsbezogenen Variablen, welche die Kosten des Handelns verringern oder erhöhen, betreffen beispielsweise die staatliche Autonomie. Sie definiert die Fähigkeit, mit der etablierte Parteien unabhängig von dominanten Sektoren oder Klassen agieren können. Die Machtübernahme durch die Demokratische Fortschrittspartei 2000 schwächte etwa die staatliche Autonomie. Weitere Wirkfaktoren sind die Polizeiüberwachung, die politische Einbindung und politische Verbündete.³²⁸

Die **Gründe** für die Herausbildung echter Sozialbewegungen aus den zuvor unorganisierten Wellen des Selbsthilfeaktivismus waren die neuen sozialen Unzufriedenheiten, die mit der raschen Industrialisierung einhergingen, etwa die wirtschaftliche Ausbeutung, die ländliche Verarmung und die Umweltzerstörung. Noch galt das Kriegsrecht, ein Verbot für nicht genehmigte öffentliche Versammlungen und ein Zensursystem. Als Ergebnis der wirtschaftlichen Modernisierung war die neue Mittelschicht maßgeblich an der Gründung von Pionierorganisationen beteiligt, wobei sich die Klassenzugehörigkeit auf die jeweilige Agenda auswirkte. Häufig übernahmen sie die Rolle von Fürsprechern des öffentlichen Interesses und betonten ihr Image der Unparteilichkeit und Professionalität. Beispielhaft ist die Gründung der Vereinigung für den Rechtsbeistand von Arbeitern oder der Vereinigung für die Förderung der Rechte der Ureinwohner.

Die Aufhebung des Kriegsrechts am 15.07.1987 war im Wesentlichen ein politisches Kalkül zur Vermeidung eines Worst-Case-Szenarios aufgrund der eskalierenden Herausforderung durch die Oppositionspartei und die Sozialbewegungen.³²⁹ Die politische Liberalisierung führte zu einer raschen Zunahme der Sozialbewegungen, besonders 1987. Die offizielle oder indirekte Unterstützung von Sozialprotesten stellte für die Oppositionsparteien eine Möglichkeit dar, die Hegemonie der Kuomintang in Frage zu stellen und Wählerstimmen zu gewinnen. Eine starke Politisierung erfuhr etwa die Umweltschutzbewegung.³³⁰ Die Zunahme der konservativen Strömung

³²⁷ Ho 2011; Ho 2010.

³²⁸ Ho 2011; Rigger 2001b, 948.

³²⁹ O'Donnell/Schmitter 1986.

³³⁰ Ho 2011, 285.

innerhalb der Kuomintang führte etwa im März 1990 zu einem organisierten Studentenprotest und der Forderung nach sofortigen demokratischen Reformen.

Die **Institutionalisierung** als Prozess, durch den die Sozialbewegungen zu einer dauerhaften, routinemäßigen und legitimen Funktion wurden, spiegelte sich in der zunehmenden öffentlichen Akzeptanz wider. Vorteilhaft war die inzwischen günstige politische Atmosphäre. Teilweise übernahm auch die Kuomintang soziale Forderungen, um ihre Reformorientierung zu belegen. Beispielhaft ist ihr Eintreten für eine Bildungsreform während des Wahlkampfes 1996. Die verfahrenstechnische Einbindung beschleunigte sich vor den Präsidentenwahlen 2000, jedoch noch ohne strukturelle Veränderungen. Beispielsweise etablierte die Demokratische Fortschrittspartei den Rat für Hakka-Angelegenheiten. Nach seinem Wahlerfolg betraute Chen Shui-bian altgediente Aktivisten etwa mit der Leitung der Umweltschutzbehörde, des Bildungsministeriums oder der Nationalen Jugendkommission. Mit dem überwältigenden Wahlsieg durch Ma Ying-jeou 2008 lebte die Sozialbewegungen erneut auf. Diesmal erhielten sie jedoch von der Oppositionspartei keine Ressourcen zur Verfügung gestellt und agierten aggressiver.³³¹

Charakteristiken der Demokratisierung

Zu den Charakteristiken der politischen Transformation Taiwans zählen Stabilität, Innovation und Anpassungsfähigkeit. Die Transformation wurde durch eine schrittweise (etwa im Gegensatz zu Südkorea), verhandelte und konsensuale Reform der bestehenden politischen Institutionen erreicht, und nicht etwa durch eine revolutionäre Umwälzung. Die Parteien wurden institutionalisiert, das Parteiensystem war stabil. Trotz der starken Polarisierung der Parteien näherten sich diese als Antwort auf die gemäßigte öffentliche Meinung der Mitte an. Sie gingen einen stillschweigenden Konsens über den Schutz der taiwanesischen Souveränität, Identität und des internationalen Raumes ein. Die Demokratie trug dazu bei, radikalere nationalistische Lösungen zu marginalisieren. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Hauptakteur war insbesondere in der Zeit Ma Ying-jeous evident. Der Ein-

³³¹ Wu/Dai 2014; Ho 2010; Fell 2010, 195; Ho/Broadbent 2011; Vranken Hickey 2007.

fluss der sozialen Bewegungen auf die Regierung war häufig effektiver als die wichtigste Oppositionspartei.³³²

Die **Widerstandsfähigkeit der Demokratie** resultiert aus der Tatsache, dass die Kuomintang den Transformationsprozess aus einer Position der Stärke heraus einleitete. Zudem lernte sie nicht nur, im Wahlkampf zu bestehen, sondern auch zu verlieren.³³³ Die stete Entspannung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft und die breitere Aufstellung der Elite stand etwa im Gegensatz zu Südkorea. Obwohl Chiang Ching-kuo in erster Linie wegen seines Status als Sohn von Chiang Kai-shek an die Macht kam, konnte er die politische Legitimität seiner Regierung ausbauen. In Südkorea hingegen kämpften die Präsidenten immer wieder mit Legitimitätsproblemen.³³⁴

Spezifisch ist die Art der öffentlichen politischen Debatten. Sie erstrecken sich gleichzeitig auf unterschiedliche Ebenen. Theoretisch unterteilen sich die Debatten in Demokratien auf die drei Ebenen der staatlichen Identität, des politischen Systems und der öffentlichen Politik. Die Identität wird in Taiwan sehr emotional diskutiert, das politische System und die öffentliche Politik berührt vor allem Interessenskonflikte und Machtkämpfe. Es genügt jedoch eine offene Debatte auf einer der drei Ebenen, um eine heftige Parteilichkeit in der Öffentlichkeit zu schüren.³³⁵

Herausforderungen der Demokratisierung

Künftige Herausforderungen bestehen in einer Verfassungsreform des politischen Systems und des Wahlsystems. Die Verfassung stammt von 1947 mit zahlreichen Anpassungen.³³⁶ Beispielsweise ist keine Stichwahl erforderlich, wenn der Spitzenkandidat weniger als 50 % der Stimmen erhält.³³⁷ Dies führte bei der Präsidentenwahl im Jahr 2000 zum Sieg Chen Shui-

³³² Chu/Chang 2018; Bush/Hass 2021; Fell 2018; Fell 2010, 196; Fell 2005; Rigger 2014b; Alagappa 2004.

³³³ Tien 1988, 64f; Wong 2019, 199f; Shi/Lu 2010; Rigger 2014b.

³³⁴ Pye 1985, 228; Alagappa 2004.

³³⁵ Su 2004.

³³⁶ Taiwan Documents Project 2002c.

³³⁷ Reuters 2020; Su 2004.

bians mit nur 39 % der Stimmen. Die innenpolitische Legitimität seiner ersten Amtsperiode war dadurch limitiert. Häufige parlamentarische Pattstellungen entstanden zudem durch die Abschaffung des Parlamentsvotums für den Premierminister. In der Folge konnte der Präsident den Premierminister ohne Einverständnis des Parlaments ernennen. Zudem bestehen Ungleichheiten bei den Bezirksgrößen und eine Unverhältnismäßigkeit des Parlamentswahlsystems. So konnte die Kuomintang 2008 drei Viertel der Parlamentssitze mit nur 50 % der Stimmen gewinnen. Eine Diversifizierung der politischen Gesellschaft ist schwierig, weil die zwei Großparteien stark institutionalisiert und programmatisch sind.³³⁸

Weil der politische Wandel paktiert war, blieben einige autoritäre Elemente bestehen. Sie sorgten zwar für Stabilität, schränkten jedoch die Legitimität des politischen Systems ein. Ein zentrales Merkmal der Zeit des Kriegsrechts war der Parteienstaat der Kuomintang, in dem die Grenzen zwischen den Funktionen, dem Vermögen und der Autorität von Partei und Regierung verschwommen. Am schwierigsten zu lösen war das Problem des Parteivermögens, das einen enormen Vorteil gegenüber der Opposition darstellte. Ab 2016 wurden Gesetze zum Umgang mit den umstrittenen Vermögenswerten verabschiedet. Auf der symbolischen Ebene beinhaltet die Nationalflagge Taiwans seit jeher das Parteilogo der Kuomintang.

Eine weitere Herausforderung ist die Fortführung des politischen Konsens, insbesondere in Bezug auf die Unabhängigkeit Taiwans.³³⁹ Als einer der größten Erfolge seiner Amtszeit setzte Lee Teng-hui schrittweise und konsensual fortschrittliche und radikale politische Reformen um. Beispielhaft sind die Verfassungskonvente 1990 und 1996, die den Grundstein für die Verfassungsreformen³⁴⁰ legten. Ein großes Problem war stets die politische Korruption, insbesondere der Stimmenkauf. Sie verzeichnete in den vergangenen Jahren einen deutlichen Rückgang. Vor allem die Wahl von Ma Ying-jeou 2008 auf der Grundlage einer Anti-Korruptionskampagne brachte Zuversicht auf einen Wendepunkt im Umgang mit Korruption, insbesondere die Verurteilung seines Amtsvorgängers Chen Shui-bian. Ma Ying-

³³⁸ Leng/Lin 1993; Fell 2018; Wong 2019.

³³⁹ Garrett/Adams/Kramer 2006; Fell 2018; Bush/Hass 2021.

³⁴⁰ Taiwan Documents Project 2002d.

jeou selbst war nicht in Korruption verwickelt, seine Kuomintang-Parteikollegen jedoch sehr öffentlichkeitswirksam schon.

Einstellung zur Demokratie

Als multidimensionales Phänomen zeigt sich die Demokratie in den Werten, den Normen und den Institutionen. Die Orientierung an der Demokratie kann affektiv sein, wenn die Demokratie als Ideal gilt, oder evaluativ in der demokratischen Praxis.³⁴¹ Als allgemeines Prinzip wird die Demokratie häufiger befürwortet, die konkrete Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie im eigenen Land ist hingegen zumeist geringer.³⁴² Bei der Abwägung zwischen demokratischen Grundprinzipien und instrumentellen Vorteilen tendieren konfuzianische politische Kulturen zu den Vorteilen. Dies entstammt dem Wert der paternalistischen Meritokratie in konfuzianischen Gesellschaften, der durch kulturelle Traditionen und politische Sozialisation aufrechterhalten wurde.³⁴³

Das Schwanken der **öffentlichen Zufriedenheit** mit dem Funktionieren der Demokratie steht in Taiwan in engem Bezug zu polarisierenden politischen Konflikten, politischen Skandalen oder Wirtschaftskrisen. Nach dem ersten Machtwechsel 2000 von der Kuomintang zur Demokratischen Fortschrittspartei sank beispielsweise die Wertschätzung der Demokratie als universeller Wert. In dieser Zeit waren die Folgen der Finanzkrise 1997 deutlich spürbar. Dies belegt die Feststellung, dass die objektive wirtschaftliche Leistung auf Systemebene der wichtigste Faktor für die Systemunterstützung ist.³⁴⁴ Zudem wurde 2005 ein Korruptionsskandal aufgedeckt, der zu Amtsenthebungsversuchen von Chen Shui-bian führte. Ma Ying-jeou zeichnete sich etwa besonders durch seinen Antikorruptionskampf aus und den Versuch, die Korruptionsfälle aus der vorigen Legislaturperiode aufzuarbeiten, insbesondere den Fall Chen Shui-bians.³⁴⁵

³⁴¹ Fell 2010, 190.

³⁴² Shi/Lu 2010, 123.

³⁴³ Lu/Chu 2022, 176; Chu 2008, 238; Diamond 2015; Wong 2019; Bell 2015.

³⁴⁴ Kotzian 2010.

³⁴⁵ Wu/Dai 2014; Fell 2010, 190.

Die Leistung der repräsentativen Institutionen, insbesondere der Regierung und der politischen Parteien, wurde am häufigsten als unbefriedigend empfunden. Die strukturellen Mängel stellen die größte Herausforderung für die taiwanesischen Demokratie dar. Im Rahmen der Verfassungsreform 2005 etablierte Taiwan etwa ein neues Wahlsystem, halbierte die Anzahl der Abgeordneten auf 113 und ersetzte das alte System der Mehrpersonenwahlkreise durch Einpersonenwahlkreise.³⁴⁶ Allerdings stand in Taiwan die soziale Komponente der Demokratie, insbesondere der Wohlfahrtsstaat, stets stärker im Mittelpunkt der öffentlichen Erwartungen als die politische Konzeption der Demokratie. Die öffentliche Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit und die Rechenschaftspflicht war relativ hoch, jene für die begrenzte Regierungsgewalt und für sozialen Pluralismus war geringer. Diese spezifische Erwartungshaltung prägte in der Folge die Beurteilung. Andererseits riefen die Wahlkampagnen unrealistische Erwartungen hervor. Beispielhaft ist Ma Ying-jeous „6-3-3“ Wahlversprechen mit 6 % Wirtschaftswachstum, 3 % Arbeitslosigkeit und 30.000 US-Dollar Einkommen pro Kopf. Insbesondere wegen der Finanzkrise 2008 erlebte Taiwan ein negatives Wirtschaftswachstum, ein enormes Wohlstandsgefälle und eine Rekordarbeitslosigkeit.

Ein weiteres Beurteilungskriterium war die Handhabung von politischen Protesten. Besonders deutlich wurde dies bei der gewaltsamen Handhabung der Proteste gegen den chinesischen Gesandten Chen Yun-lin im November 2008. Die Regierung Ma Ying-jeous wollte ihren chinesischen Gast nicht verärgern. Die Polizei konfiszierte etwa taiwanische Flaggen der Demonstranten. Die Legitimität der grundlegenden demokratischen Institutionen stand jedenfalls nie zur Debatte. Nicht-demokratische Alternativen finden großteils keinen Anklang.³⁴⁷

Zusammenspiel von Macht und Ethnie

Macht und ethnische Zugehörigkeit spielten in Taiwan auf mehreren Ebenen zusammen. In den Anfangsjahren unterdrückte die Kuomintang jedes politische Bewusstsein der als untergeordnet betrachteten Taiwanesen. Die

³⁴⁶ Fell 2010, 195.

³⁴⁷ Park/Chu 2014; Bush 2014; Fell 2010, 192f.

Annahme, dass die Taiwanesen generell japanische Kollaborateure seien, veranschaulicht die konfuzianische Haltung gegenüber Außenstehenden.³⁴⁸

Die Probleme der Kuomintang lagen in der demütigenden Niederlage gegen die vermeintlich unterlegene kommunistische Armee und in der Notwendigkeit, insbesondere gegenüber den USA, das Gesicht zu wahren. Die **Landreform** war das wichtigste Instrument für die Neugestaltung des Landes, etwa durch Zwangsverkäufe von Großgrundbesitzern, durch Pachtreduktion und den Verkauf von öffentlichem Grund. Die USA unterstützten Taiwan und insbesondere die Landreform über die U.S. Military Assistance and Advisory Group mit nichtmilitärischer Entwicklungshilfe. Über Organisationen wie die Joint Commission on Rural Reconstruction (Gemeinsame Kommission für den Wiederaufbau des ländlichen Raumes) und die U.S. Military Assistance and Advisory Group (US-Militärhilfe- und Beratungsgruppe) überwachten und kanalisiert die USA die Mittelzuteilung.³⁴⁹ Die massive Übertragung von Landbesitz erwies sich mangels Opposition und wegen der Besitzverhältnisse als politisch einfach. Einige große Ländereien gehörten den besiegten Japanern, andere Taiwanesen. Letztere wurden mit Staatsanleihen entschädigt. Die (landwirtschaftliche) Infrastruktur wurde von der Gemeinsamen Kommission für den Wiederaufbau des ländlichen Raumes, die sich aus Kuomintang-Beamten und Vertretern der USA zusammensetzte, errichtet. Die ehemaligen taiwanesischen Grundbesitzer entwickelten sich in der Zwischenzeit zu einer tatkräftigen Unternehmerklasse, die ihre Anleihen als Kapital für die ersten Phasen des taiwanesischen Wirtschaftswunders nutzte.

In den 1960er und 1970er Jahren kam es zu einer **Umkehrung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse**, die in der traditionellen chinesischen politischen Kultur unvorstellbar war. Die politische Elite hatte einen niedrigeren Lebensstandard als die nicht mit der Regierung Verbundenen. Die zwei Millionen Festlandbewohner, die mit dem besiegten Chiang Kai-shek nach Taiwan kamen, waren mehrheitlich einfache Soldaten oder aber Beamte. Die Soldaten gründeten mit taiwanesischen Frauen Familien. Die Minderheit der Beamten und Angestellten war auf bürokratische Gehaltsjobs festgelegt. Weil die Kuomintang weithin als kor-

³⁴⁸ Pye 1985, 228-236.

³⁴⁹ Phillips 2015; Davison 2003.

rupt bekannt war, mussten die Beamten ihre Ehrlichkeit beweisen, indem sie nur von ihren Gehältern lebten. Dies öffnete den Privatsektor für die taiwanesischen Wirtschaftsakteure. Die rund 16 Mio. Taiwanesen dominierte rasch die (Export-) Wirtschaft.

Als Chiang Ching-kuo 1975 die Nachfolge seines Vaters antrat, schien er alle Elemente zu beherrschen, die in der chinesischen politischen Kultur mit traditioneller Autorität verbunden waren. Er konnte sich mit Sun Yatsens Drei Volksprinzipien auf die einzige anerkannte Ideologie berufen und verfügte über massive militärische und polizeiliche Macht. Die Bürokratie war diszipliniert und frei von Korruption. Doch die spezifische Situation, welche die grundlegende sozioökonomische Logik der traditionellen chinesischen politischen Kultur umkehrte, veranlasste Chiang Ching-kuo zu Maßnahmen zum Abbau der Spannungen zwischen den Taiwanesen und den Festlandchinesen. Er beendete das politische Monopol der Festlandchinesen und versuchte dabei, den Gedanken an eine taiwanesishe Unabhängigkeit nicht zu fördern. Zu den Faktoren, die die Einbindung der Taiwanesen in die etablierte Politik begünstigten, zählte die Zusammensetzung der Kuomintang, die zu Beginn der 1980er Jahre beinahe jener der Bevölkerung entsprach. Die Mehrheit der Kuomintang-Kandidaten waren Taiwanesen. Mit der Idee einer politischen Opposition konnte sich die Kuomintang nicht anfreunden und akzeptierte nur zwei „offizielle“ Oppositionsparteien, eine davon war die Chinesische Jugendpartei. Aus diesem Grund mussten die Oppositionspolitiker „unabhängige“ Persönlichkeiten werden (*tangwai*, außerhalb der Partei). Gerade das Untersagen, als organisierte Partei tätig zu werden, verlieh den vergleichsweise gemäßigten Tangwai Vitalität. In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren bevorzugten die Taiwanesen zu 70 % die Kuomintang gegenüber einem 30 %-Anteil für die Tangwais. Die Kuomintang musste daher zumindest den Anschein eines Konsens und der moralischen Rechtfertigung wahren.³⁵⁰

Ein Erfolgsfaktor für die politische Einbindung der Taiwanesen war der Anspruch, dass Taiwan die legitime Regierung von ganz China sei. Während der ersten zwei Jahrzehnte der Kuomintang-Herrschaft in Taiwan wurde diese Behauptung zur Rechtfertigung der Herrschaft der Festlandchinesen über die einheimischen Taiwanesen herangezogen. In den 1970er

³⁵⁰ Davison 2003.

Jahren fand eine allmähliche Umkehrung statt und der Mythos diente nun dem entgegengesetzten Zweck. Auf subtile Weise war der Test für die politische Beteiligung der Tangwais die Akzeptanz des Prinzips der „**Souveränität**“ Taiwans. China sollte nicht provoziert werden und die Taiwanesen akzeptierten die taiwanesischen Festlandchinesen als gleichberechtigte Bürger. Zudem unterdrückte der Mythos der Souveränität über Gesamtchina die Idee einer taiwanesischen Unabhängigkeit, ohne die taiwanesische Beteiligung an der Politik zu mindern. Er stellte sicher, dass die wachsende taiwanesische Macht nicht zu einer taiwanesisch orientierten Unabhängigkeitsbewegung führt, sondern eher zu einer chinesisch orientierten taiwanesischen Autonomie und damit zur Aufrechterhaltung des Status quo. Die Selbstbestimmung wurde umschrieben, beispielsweise mit „die Zukunft Taiwans sollte vom taiwanesischen Volk bestimmt werden“.³⁵¹

Wandel der Einstellung zu Autorität

Die Integration der Taiwanesen in den politischen Prozess erforderte insbesondere eine Herabstufung der Autorität und eine Toleranz gegenüber anderen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens. Die Kuomintang musste akzeptieren, dass ihre ursprünglich überlegene politische Position ihr nicht den traditionellen konfuzianischen Anspruch auf Autorität in allen Lebensbereichen verlieh. Der Wandel der chinesischen politischen Kultur, insbesondere der Bruch mit der konfuzianischen Einstellung zu Autorität, war in Taiwan grundlegend und die Ursachen vielfältig.³⁵² Das heutige semi-präsidentiale Regierungssystem zeigt eine gewisse Wertschätzung der Effizienz und Effektivität des Autoritarismus.³⁵³

Einer der Wirkfaktoren war die **Geringfügigkeit der sozialen Distanz** zwischen Festlandchinesen und Taiwanesen. Im Gegensatz zu Taiwan sind die sozialen Unterschiede in den meisten ethnisch geteilten Gesellschaften grundlegend und die Politik dient der Überbrückung der ethnischen Trennung. In Taiwan war jedoch das einzige Spannungsfeld die Politik. Daher

³⁵¹ Pye 1985, 228-236.

³⁵² Fell 2018; Pye 1985, 232f; Rigger 2011.

³⁵³ Chu/Chang 2018.

wirkten sich die Maßnahmen zur Verringerung der politischen Spannungen bei der Integration der Gesellschaft stark aus.

Ein weiterer Wirkfaktor war das schwerwiegende Problem der Kuomintang mit dem **politischen Nachwuchs**. Die älteste Generation im Alter über 70 Jahre war gut ausgebildet und welterfahren. Die für die politische Nachfolge vorgesehene nächstjüngere Generation zeichnete sich durch Parteiloyalität aus, nicht jedoch durch politisches Geschick oder technische Fähigkeiten. Zudem messen sowohl die Taiwanesen, als auch die Festlandchinesen der Bildung einen traditionellen chinesischen Wert bei. Daher wurde die dritte, gut ausgebildete und pluralistisch denkende Generation gebraucht, um die komplexe und moderne Gesellschaft Taiwans zu regieren. Damit ist Taiwan ein gutes Beispiel für die Theorie, dass der wirtschaftliche Fortschritt Pluralismus und Demokratie mit sich bringen kann, die mit der Zeit den in Entwicklungsländern üblichen Autoritarismus untergraben. Bis zu den 1980er Jahren holte die politische und soziale Entwicklung Taiwans die wirtschaftliche Modernisierung ein. Politik und Regierung verloren die zentrale Bedeutung, die sie für die konfuzianische Elite noch dargestellt hatten.

Die Herabstufung der traditionellen konfuzianischen Autorität erfolgte zudem wegen der wirtschaftlichen Misserfolge der Kuomintang in den 1970er Jahren, insbesondere der Unterlegenheit der Staatsbetriebe gegenüber dem Privatsektor. Außenpolitisch wurde Taiwan durch die Annäherung der USA an China isoliert. Nach der Demütigung durch die Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg kam nun der Verlust des Selbstvertrauens hinzu.³⁵⁴

4.7 TAIWANS BEZIEHUNG ZU CHINA

Wirkfaktoren für die Beziehung Taiwans zu China bzw. zu den USA (und damit indirekt für das Verhältnis zwischen China und den USA) waren der fragile internationale Status Taiwans, die Demokratisierung Taiwans, die Konsolidierung der taiwanesischen Identität, die wirtschaftliche Interde-

³⁵⁴ Pye 1985, 228-236.

pendenz zwischen Taiwan und China, die jeweiligen Innenpolitiken sowie die militärische Modernisierung Chinas.³⁵⁵

Die **Beziehungsdynamik** wird insbesondere von den Souveränitäts- und Sicherheitsfragen, den Entscheidungsfindungsprozessen, dem Wettbewerbsstreben und der Rolle der USA beeinflusst. Die relative Inaktivität des politischen Systems Taiwans in Bezug auf den Taiwan-Konflikt entstammt den strukturellen Problemen, der politischen Parität, den verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Wahldynamik und der nationalen Identität.³⁵⁶

Die **Konfliktstruktur** ist von der geographischen Nähe, der kulturellen und sozialen Ähnlichkeit sowie den komplementären Wirtschaftsstrukturen geprägt.³⁵⁷ Der anhaltende Konflikt zwischen China und Taiwan ist ein Erbe des Kalten Krieges³⁵⁸ und einer der besorgniserregendsten Krisenherde der Welt.³⁵⁹ Trotz der zeitweisen Verschärfung der Konflikte, etwa 1995/96, konnten China und Taiwan Jahrzehnte lang einen Krieg verhindern. Aus unterschiedlichen Gründen ist der Status quo jedoch zunehmend schwieriger aufrechtzuerhalten.³⁶⁰ Die Wahlen in Taiwan versuchte China immer wieder mit, insbesondere militärischen, Drohgebärden zu beeinflussen.³⁶¹ Potenzielle **Zukunftsszenarien** umfassen den weiteren Beibehalt des Status quo, die politische Annäherung Taiwans an China, die Unabhängigkeit Taiwans sowie eine Invasion durch China zwecks Eroberung oder um Taiwan eine Lektion zu erteilen. Möglich wäre auch eine „Finnlandisierung“, bei der China als stärkere Macht die politische Flexibilität Taiwans einschränkt, insbesondere durch die wirtschaftliche Vernetzung, Taiwan jedoch seine politische Autonomie beibehält.³⁶²

Für Planung und Koordinierung der bilateralen Beziehung wurden eigens zwei **Institutionen** im Rang eines Ministeriums geschaffen: der Rat für

³⁵⁵ Zhang 2003; Cai 2011a; Cabestan 2011; Tsang 2004b; Swaine/Mulvenon 2001.

³⁵⁶ Cao 2022; Bush R. 2005, 171; Cai 2011b.

³⁵⁷ Bush R. 2005.

³⁵⁸ Tsang 2004a, 4; Horowitz/Heo/Tan 2007.

³⁵⁹ Jiang 2017, 19; Chen 2012, 1; Chu/Chang 2018, 84.

³⁶⁰ Tsang 2004a, 5; Goldstein 2016.

³⁶¹ Lin 2021.

³⁶² Metzler 2017; Jiang 2017.

Festlandangelegenheiten in Taiwan und das Büro für Taiwan-Angelegenheiten in China.

Politische Führungspersönlichkeiten

Generell spielten die chinesischen **Spitzenpolitiker** stets eine entscheidende Rolle im Entscheidungsfindungsprozess der Außen- und insbesondere der Politik gegenüber Taiwan.³⁶³ Die Kernüberzeugungen der zwei konfuzianischen Führungspersönlichkeiten **Lee Teng-hui** und **Jiang Zemin** unterschieden sich deutlich von anderen politischen Entscheidungsträgern. Beide waren kooperativer, etwa in Bezug auf ihre strategische Orientierung, und optimistischer hinsichtlich der Verwirklichung politischer Werte. Lee Teng-hui war in durchschnittlichem Maß von der Kontrolle über die historische Entwicklung überzeugt, Jiang Zemin weniger. Die instrumentellen Überzeugungen beider waren ähnlich. Dies betraf nicht die Risikoorientierung, denn Lee Teng-hui war weniger berechenbar.

Chen Shui-bian und **Hu Jintao** waren ebenso überdurchschnittlich kooperativ wie ihre jeweiligen Amtsvorgänger. Sie agieren ebenso konfuzianisch und zeigen keine Beeinträchtigung ihrer allgemeinen strategische Ausrichtung in Krisensituationen. Chen Shui-bian präsentierte sich in seiner zweiten Amtszeit als stärkere Führungspersönlichkeit, insbesondere in der China-Politik, beispielsweise bei der Durchführung des Verteidigungsreferendums und dem Vorschlag für eine Verfassungsrevision 2004. Hu Jintao konsolidierte seine Macht. Er hielt pragmatisch und selbstbewusst an seinen Grundüberzeugungen fest, musste jedoch zugleich unter Berücksichtigung der USA und weiterer regionaler Interessen Vorbereitungen für den schlimmsten Fall treffen. Dies erklärt sein geringes Vertrauen in die historische Kontrolle über die Zukunft Taiwans. Sein Selbstbewusstsein als aufstrebende Großmacht spiegelte sich im Pragmatismus wider. Die taiwanesischen Wahlen 2000 und 2004 verursachten für Chen Shui-bian und Hu Jintao diplomatische Krisen, doch beide zogen die Einigung einem Konflikt vor und vermuteten diese Präferenz auch vom jeweils anderen.³⁶⁴

³⁶³ Yu 2004, 20.

³⁶⁴ Feng 2007.

Chinas Haltung zu Taiwan

Die **Bedeutung Taiwans für China** ist vielschichtig. Für China zählen der historische Anspruch und historische Ereignisse, insbesondere das Jahrhundert der Demütigung durch die Kolonialmächte und die daraus resultierende Notwendigkeit zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Chinas und seines internationalen Status. Zudem macht die strategische Lage Taiwan zu einer potenziellen Ressource für Chinas strategische Verweigerung bzw. zum Durchbrechen der ersten Inselkette. Taiwan soll schließlich nicht als Präzedenzfall für andere Regionen wirken, die ebenfalls spät eingegliedert wurden und überdies ethnische Unterschiede zu den Han-Chinesen aufweisen, beispielsweise Tibet oder Xinjiang.³⁶⁵

China veränderte seine **Taiwan-Politik** schrittweise und situativ. Die erste Zeitspanne des „politischen Kalten Krieges“ von 1979 bis 1987 brachte Entspannung und insbesondere eine Reduktion der militärischen Konfrontationen. Die Ursache lag in den veränderten innenpolitischen und äußeren Umständen. Zum einen erfolgte der Wechsel vom Klassenkampf unter Mao Zedong zur Reform- und Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping mit dem Fokus auf der Wirtschaftsentwicklung, die einer vorteilhaften strategischen Umgebung bedurfte. Zum anderen näherten sich China und die USA an. Die zweite Zeitspanne des friedlichen Austauschs von 1987 bis 2000 führte zur Etablierung von halboffiziellen Kontakten und Institutionen sowie zur Erlaubnis für erste Festlandbesuche für Taiwanesen. Die dritte Zeitspanne von 2000 bis 2008 war von Spannungen und einer Pattstellung geprägt. Die Ursache lag im Wahlerfolg der Demokratischen Fortschrittspartei und ihrem Unabhängigkeitsstreben. China verabschiedete am 14.05.2005 das Anti-Abspaltungsgesetz. Die zugrunde liegende Intention war nicht so sehr die Einschüchterung Taiwans. Vielmehr wollte sich Hu Jintao von internem politischen Widerstand befreien und Zeit für einen neuen Zugang in der Taiwanpolitik gewinnen. Die vierte Zeitspanne der friedlichen Entwicklung schloss 2008 mit der Institutionalisierung der bilateralen Beziehung und der Wirtschaftsintegration an. Seit dem Amtsantritt

³⁶⁵ Rigger 2011, 113-117; Wachmann 2007; Cabestan 2011.

von Tsai Ing-wen 2016 verstärkte China wieder seinen Druck auf Taiwan.³⁶⁶

Die tief verwurzelte **Haltung Chinas zu Taiwan** reicht bis zum Jahrhundert der Demütigung während der Kolonialherrschaft zurück. Das Taiwan-Problem ist eng mit dem Eintritt Chinas in die internationale Gesellschaft verbunden. Der Gesamtkontext umfasst insbesondere die staatliche Legitimität und die nationale Souveränität. Von zentraler Bedeutung war die Theorie, dass die staatliche Legitimität auf der Kongruenz zwischen der nationalen und der politischen Einheit beruht. Aufgrund der Verbindung zwischen der politischen Legitimität und der Integrität der nationalen Einheit wurden Anfang des 20. Jahrhunderts in China die Theorien der Demokratie und der Selbstbestimmung unter das Gebot der nationalen Einheit subsumiert. Dies rechtfertigte in Zeiten der nationalen Spaltung die Parteidiktatur, in Taiwan bis zum Beginn des Demokratisierungsprozesses 1986. Die nationale Einheit wurde anhand wechselnder historischer, territorialer und ethnischer Kriterien debattiert. Sie erstreckte sich zeitweise auf alle Gebiete des ehemaligen Qing-Kaiserreiches. Erst unter der Qing-Kaiserdynastie wurde das zuvor von China mitverwaltete Taiwan enger an China gebunden.

Einen herausragenden Platz als Teil dieser chinesischen Identität erhielt Taiwan, als der Zweite Weltkrieg den chinesischen Nationalisten die internationale Unterstützung für ihre Gebietsansprüche gegen Japan verschaffte. Mit der Eingliederung in die chinesische Nation wurde Taiwan zu einem Kriterium für die nationalistische Glaubwürdigkeit der politischen Parteien. Nach dem Rückzug der chinesischen Nationalisten unter Chiang Kai-shek nach Taiwan 1949 und der Intervention der USA in der Taiwanstraße 1950 wurden Taiwan und die Ein-China-Politik aufgrund der nationalen Teilung zu einem zentralen politischen Kriterium der staatlichen Legitimität Chinas. Mit dem Beginn seiner Öffnungs- und Reformpolitik in den 1980er Jahren änderte China seinen Ton gegenüber Taiwan. Aus den Drohungen, Taiwan

³⁶⁶ Tsai 2011; Xinhua 2005; Yan 2011; Garrett/Adams/Kramer 2006; Ding/Huang 2011, 46.

zu befreien, wurden Appelle zur friedlichen Wiedervereinigung unter Ausschluss militärische Gewalt.³⁶⁷

Wirtschaftsintegration trotz politischer Divergenz

Der wirtschaftliche Einfluss Taiwans auf China überwog den politischen Einfluss. Die Gleichzeitigkeit von intensiver politischer Rivalität und existenzieller Bedrohung einerseits und der Vertiefung der Wirtschaftsintegration andererseits ist seit einigen Jahrzehnten ein bestimmender Wirkfaktor in der Beziehung zwischen Taiwan und China. Je nach politischer Orientierung verfolgte Taiwan einen Kurs zwischen Einbindung und Absicherung. Die bilaterale Beziehung begann gleichzeitig mit der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung Taiwans.³⁶⁸

Die asymmetrische wirtschaftliche Vernetzung ist eher das Resultat eines **organischen Prozesses** und weniger einer bewusst geplanten Politik. Die grundlegenden Ziele waren die strukturelle Wirtschaftstransformation Taiwans und die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Chinas, verstärkt von einer bewussten Politik Chinas im Hinblick auf die Wiedervereinigung.³⁶⁹ Die Komplexität der bilateralen Wirtschaftspolitik sollte nicht auf eine Dichotomie von Öffnung oder Abschottung reduziert werden, denn ausschlaggebend war das effektive Management der Handelsbeziehung und weniger eine proaktive Liberalisierung.³⁷⁰ Die Integration zeigt sich in der komplementären und funktionalen Verbindung der Wirtschaften, in der verschiedene Stufen des Produktionsprozesses in beiden Ländern stattfinden und damit über einen einfachen Warenaustausch hinausgehen.³⁷¹ In besonderer Weise wirkte die Soft Power Taiwans, etwa über den Konfuzianismus, den Buddhismus oder die Gegenwartskultur.³⁷² Taiwan ist Vorbild

³⁶⁷ Xinhua 2022; Ye 2011, 223-256; Carpenter 2005; Hughes 1997; Moody 2007; Wachmann 2007.

³⁶⁸ Cai 2011a; Cabestan 2011; Lin 2020, 157; Tian 2006; Chu 2014; Bush 2014; Chen 2017; Bush R. 2005; Bernkopf Tucker 2005; Sun 2011; Garrett/Adams/Kramer 2006; Liou 2011.

³⁶⁹ Yang 2011; Sun 2011.

³⁷⁰ Garrett/Adams/Kramer 2006.

³⁷¹ Clark 2007.

³⁷² Yan 2017; Rigger/Schubert 2017; Laliberté 2017; Cheng 2005.

für die erfolgreiche Verschmelzung von Modernität und der traditionellen chinesischen Kultur.³⁷³

Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehung mit China entstammte insbesondere der **informellen Struktur Taiwans**. Die Dynamik des komplexen wirtschaftlichen Interaktionsprozesses resultiert aus der wirtschaftlichen und strategischen Beziehung zwischen den beiden Regierungen. Zudem spielten die Konflikte zwischen den politischen und wirtschaftlichen Zielen einerseits und den privatwirtschaftlichen Interessen andererseits eine große Rolle. Bedeutend waren dabei die institutionellen Grundlagen, die Marktkräfte und die organisatorischen Merkmale des Privatsektors, vor allem der Klein- und Mittelunternehmen Taiwans. Hinzu kam die sozioökonomische Entwicklung sowie die Identitätspolitik Taiwans, die hauptsächlich durch die taiwanesischen Innenpolitik bestimmt wurde und auf die Nationsbildung abzielte.³⁷⁴

Die bilaterale Handelsbeziehung und die taiwanesischen Investitionen in China unterlagen unterschiedlichen **Zielsetzungen**. Unabhängigkeitsbefürworter sehen eine tiefere Wirtschaftsintegration als Bedrohung der politischen Autonomie. Der taiwanische Präsident Chen Shui-bian etwa reduzierte den bilateralen Austausch. Die taiwanische Regierung verfolgte daher zumeist eine Politik der Einschränkung. China zielte hingegen auf eine Ausweitung, um die separatistischen Tendenzen Taiwans einzudämmen. Die liberal-institutionalistische Theorieschule sieht in der Interdependenz durch die Veränderung der staatlichen Präferenzen und der Orientierung an internationalen institutionellen Normen einen wertvollen Mechanismus zur Konfliktvermeidung bzw. zur Konfliktverringering.³⁷⁵ Die Realisten hingegen sehen in der Interdependenz eine größere Konfliktwahrscheinlichkeit. Dies resultiert aus der Abhängigkeit, der Verwundbarkeit und den Veränderungen des staatlichen Machtgleichgewichts als Ergebnis asymmetrischer wirtschaftlicher Beziehungen.³⁷⁶

³⁷³ Tsang 2017, 261; Lin 2017; Rigger/Schubert 2017.

³⁷⁴ Tian 2006; Pye 1985, 228; Copper 2009; Hughes 1997.

³⁷⁵ Marti 2003, 66.

³⁷⁶ Marti 2003, 63f.

Allerdings spielt die **Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft** eine große Rolle. Die Aktivitäten der Wirtschaftsakteure sind nicht zwangsläufig mit staatlichen Präferenzen verknüpft. Der wirtschaftliche Einfluss in einer asymmetrischen Beziehung mündet nicht automatisch in politischem Einfluss. Entweder versucht der Staat, seine Autonomie bei der Politikgestaltung zu bewahren und sie durch wirtschaftliche Regulierungsmaßnahmen durchzusetzen. Oder der Privatsektor bindet den Staat durch einen Prozess der gegenseitigen Anpassung in eine implizite Verhandlung ein. Grundsätzlich können die kumulativen Auswirkungen privater Unternehmensentscheidungen im Kontext von Staat und Markt die beabsichtigten politischen Konsequenzen abändern oder etwa durch Umgehungsstrategien irrelevant machen. Letztlich kann der Staat zu einer Politikanpassung gezwungen sein, um der veränderten wirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen. Die zunehmenden Klein- und Mittelbetriebe waren in Taiwan schwieriger zu kontrollieren als die relativ geringe Anzahl von Großunternehmen.³⁷⁷

In den Studien zur politischen Ökonomie Ostasiens wird vor allem die Auffassung vertreten, dass die spätere Industrialisierung starke staatliche Institutionen benötigte, insbesondere für die Kapitalakkumulation, zur Förderung des Unternehmertums, zur Berücksichtigung der privatwirtschaftlichen Bedürfnisse und zum gleichzeitigen Schutz der politischen Entscheidungsträger vor gesellschaftlichem Druck. Industrielle Organisationen und die Verhaltensweisen privater Akteure entwickelten sich aus einem Prozess komplexer Interaktionen zwischen öffentlicher Politik, sozialen Institutionen und normativen Regeln. Sie schufen damit das institutionelle Umfeld, das Aktivitäten und Politik im privaten und öffentlichen Bereich prägte. Besonders der Demokratisierungsprozess setzte in Taiwan eine neue Dynamik in der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft in Gang. Die Aufrechterhaltung der bürokratischen Kohärenz und der staatlichen Dominanz über die Gesellschaft und die Wirtschaft wurde immer schwieriger. Dies entstammte der wirtschaftlichen Liberalisierung infolge der Veränderungen der internationalen politischen Ökonomie, aber auch der konkurrierenden Parteipolitik Taiwans. Dies eröffnete den Unternehmen neue Möglichkeiten, ihre Interessen zu verfolgen. Sie übten auf die taiwanesischen Regierung Druck aus, dass sie das Verbot von Direkthandel

³⁷⁷ Tian 2006.

und Investitionen aufhebt und die Unternehmensinteressen schützt. Nicht zuletzt die umfangreiche Verwendung von Schwarzgeld im politischen Prozess machte aus zahlreichen taiwanesischen Abgeordneten Vertreter von Geschäftsinteressen, die für ihre Kunden Geschäfte auf beiden Seiten der Taiwanstraße vermittelten. Zudem mangelte es den staatlichen politischen Initiativen nach der Ankündigung an der wirksamen Umsetzung. Dies trifft etwa auf die Regulierung der Wirtschaftstätigkeit mit China zu.³⁷⁸

4.8 TAIWANS BEZIEHUNG ZU DEN USA

Die USA sind der wichtigste strategische Partner Taiwans.³⁷⁹ Sie haben Taiwans politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung maßgeblich beeinflusst und pflegen entsprechend enge bilaterale Beziehungen.³⁸⁰

USA zwischen Taiwan und China

Die Kernziele der USA in Bezug auf Taiwan und China betreffen die regionale Stabilität, die Wahrung der Glaubwürdigkeit der USA, die Loyalität gegenüber traditionellen Verbündeten, die Förderung der Demokratie und die Integration Chinas in das internationale System.³⁸¹ Die gegenwärtige Grundlage der US-Politik sind die grundsätzliche US-Indopazifik-Strategie,³⁸² die Ein-China-Politik, der Taiwan Relations Act, die drei gemeinsamen Kommuniqués und die Sechs Zusicherungen.³⁸³

Die USA anerkannten die Republik China 1913 weltweit als erstes Land.³⁸⁴ 1954 unterzeichneten die USA mit Taiwan ein Verteidigungsabkommen und beendeten dieses 1980.³⁸⁵ 1972 anerkannten die USA China und hielten

³⁷⁸ Tian 2006.

³⁷⁹ MOD 2021a; Copper 2009, 202.

³⁸⁰ Carpenter 2005, 176; Bush R. 2005; Cai 2011a; Wang 2000; Rigger 2011, 120f; Clough 1998; Chase 2005.

³⁸¹ Bush 2005; Redd 2007.

³⁸² The White House 2022a.

³⁸³ The White House 2022b.

³⁸⁴ Wilson 1913.

³⁸⁵ Taiwan Documents Project 2002f.

dies im Schanghai-Kommuniqué fest.³⁸⁶ 1979 publizierten die USA ein Kommuniqué zu den diplomatischen Beziehungen mit China.³⁸⁷

In den „**Sechs Zusicherungen**“ von 20.08.1982 garantieren die USA Taiwan, dass sie keinen Zeitpunkt für eine Beendigung des Waffenverkaufs an Taiwan festsetzen werden. Sie versichern, dass sie die Bedingungen des Taiwan Relations Act nicht ändern werden und dass sie China nicht konsultieren werden, bevor sie Entscheidungen über US-Waffenverkäufe an Taiwan treffen. Die USA sehen von einer Vermittlung zwischen Taiwan und China ab und werden ihren eigenen Standpunkt bezüglich der Souveränität Taiwans nicht ändern, der besagt, dass diese Frage von Taiwan und China selbst friedlich entschieden werden muss. Sie werden Taiwan nicht unter Druck setzen, in Verhandlungen mit China einzutreten. Zudem werden die USA die chinesische Souveränität über Taiwan nicht formell anerkennen.³⁸⁸

1989 veröffentlichen die USA ein Kommuniqué zu Waffenlieferungen an Taiwan.³⁸⁹ Die USA unter Präsident Bill Clinton bestätigten 1998 China gegenüber ihre „Drei Nein“ in Bezug auf die Unabhängigkeit Taiwans, die Formung von zwei Chinas oder einem China und einem Taiwan sowie die Unterstützung für internationale Mitgliedschaften Taiwans, die eine Staatlichkeit voraussetzt.³⁹⁰

US-Präsident George W. Bush bestätigte 2001 den Taiwan Relations Act inhaltlich erneut mit der Zusicherung, Taiwans Verteidigung im Falle eines Angriffs jedenfalls zu unterstützen. Er fügte jedoch hinzu, dass eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans kein Element der US-amerikanischen Ein-China-Politik ist. Unterlegt wurde das US-Commitment mit der bis dahin umfassendsten Lieferung von Rüstungsgütern. 2003 unterstrichen die USA in der Folge von Chen Shui-bians Antritt des Präsidentenamtes den Beibehalt der „bewussten Unklarheit“ über eine Verteidigung Taiwans.³⁹¹

³⁸⁶ Taiwan Documents Project 2002g.

³⁸⁷ Taiwan Documents Project 2002h.

³⁸⁸ Taiwan Documents Project 2005; Manthorpe 2005, 218.

³⁸⁹ Taiwan Documents Project 2002i.

³⁹⁰ Embassy of China o.D.

³⁹¹ Cole 2006.

Sicherheitspolitik

Die USA verfolgen eine Bündnispolitik³⁹² und eine Verteidigungsstrategie der Verweigerung.³⁹³ Das Kernziel im Rahmen des Machtgleichgewichts ist es, anderen Staaten die Vorherrschaft über globale Schlüsselregionen zu verweigern, um die Sicherheit und den Wohlstand der USA zu bewahren. Für die US-Alliierten ist Taiwan ein Präzedenzfall für die Verlässlichkeit der USA und die Handhabung der komplexen Situation.³⁹⁴

Im Unterschied zum Ein-China-Prinzip verfolgen die USA die **Ein-China-Politik**. Die USA anerkennen Chinas Position, nehmen aber nicht zu deren Gültigkeit Stellung. Die offizielle Politik der USA wurde von den US-Regierungen leicht unterschiedlich interpretiert und besagt, dass der Status Taiwans seit jeher unbestimmt ist. Die friedliche Lösung der Differenzen muss durch die zwei Hauptparteien sowie mit der Zustimmung der taiwanesischen Bevölkerung erfolgen. Eine einseitige Änderung des Status quo lehnen die USA ab. Auf diese Weise halten die USA einerseits eine enge inoffizielle Beziehung zu Taiwan und andererseits offizielle diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufrecht. Auf der politischen Ebene gibt es keine regelmäßigen institutionalisierten Dialogformate, insbesondere nicht in den sensiblen Bereichen der Sicherheits- und Außenpolitik.³⁹⁵ Die USA warnen Taiwan wiederholt vor provokativen Äußerungen und Maßnahmen gegenüber China.³⁹⁶ Tatsächlich beabsichtigte Taiwan mehrmals die Rückeroberung des Festlandes, etwa 1958, 1962 und 1966.³⁹⁷

Das Volumen der **US-Waffenverkäufe** an Taiwan sank von 820 Mio. US-Dollar 1982 auf 580 Mio. US-Dollar Mitte der 1990er Jahre. Zwischen 1996 und 1999 lieferten die USA Verteidigungssysteme im Wert von 7,2 Mrd. US-Dollar, das entspricht der weltweit höchsten US-Verteidigungshilfe in diesem Zeitraum. Zwischen 2000 und 2003 erhielt

³⁹² Siehe bspw. Crawford 2021.

³⁹³ Siehe bspw. Colby 2021.

³⁹⁴ Lin 2020, 157; Lin 2011.

³⁹⁵ U.S.-Taiwan Business Council 2022; Rigger 2011, 120f.

³⁹⁶ Vranken Hickey 2007; Romberg 2004; Tsang 2004a, 11.

³⁹⁷ Tsai 2011, 118.

Taiwan Verteidigungssysteme im Wert von 4,5 Mrd. US-Dollar, das entspricht der weltweit dritthöchsten US-Verteidigungshilfe in diesem Zeitraum.³⁹⁸ Seit 2010 betrug das Volumen der US-Rüstungsgüter an Taiwan 23 Mrd. US-Dollar, darunter eine Bestellung für F-16V Kampfflugzeuge um 8 Mrd. US-Dollar im Oktober 2019.³⁹⁹

Taiwan Relations Act (1979)

Ein wichtiges Rahmenelement für seine Taiwan- und China-Politik ist für die USA der Taiwan Relations Act von 1979.⁴⁰⁰ Die **Zielsetzung** lag in der Gewährleistung der Sicherheit Taiwans, indem die USA den Frieden in der Taiwan-Straße als internationales Interesse definierten. Außerdem wollten die USA einen ausreichenden Rechtsrahmen für die Fortsetzung ihrer Beziehungen zu Taiwan schaffen und die Überwachung durch den US-Kongress formalisieren. Berücksichtigung fanden zudem auch andere Prioritäten des Kongresses, etwa Taiwans Mitgliedschaft in internationalen Organisationen.⁴⁰¹

Bedeutend ist, dass der Taiwan Relations Act zur Anpassung an neue Gegebenheiten in Taiwan nicht geändert werden muss. Denn die skizzierte Politik ist klar genug, um die Interessen der USA zu schützen, und flexibel genug, um den USA substanzielle Beziehungen sowohl zu China, als auch zu Taiwan zu ermöglichen. Da der Taiwan Relations Act im Kern auf die Interessen der US-Politik und nicht auf die Ergebnisse abzielt, würde seine Wirksamkeit durch das Vorhandensein oder Fehlen diplomatischer Beziehungen nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Die Entwicklung Taiwans zur Demokratie erhöht die Bedeutung des Taiwan Relation Acts noch mehr.⁴⁰²

Bisher diente der Taiwan Relations Act den Sicherheits- und Handelsinteressen der USA gut.⁴⁰³ Das sind insbesondere die Abschreckung, die Entwicklung Taiwans zu einer freien Marktwirtschaft und die Wahrung der

³⁹⁸ Cole 2006.

³⁹⁹ DOD 2020, 119f.

⁴⁰⁰ U.S. Congress 1979.

⁴⁰¹ Yates 1999.

⁴⁰² Bernkopf Tucker 2005, 187; Yates 1999.

⁴⁰³ Lin/Roy 2011; Yates 1999.

Flexibilität der USA. Das Gesetz legt die Verpflichtungen der USA gegenüber Taiwan fest, jedoch nicht umgekehrt. Die unscharfen Bestimmungen in Bezug auf die US-Waffenverkäufe und die konkrete Reaktion der USA auf die Bedrohung Taiwans durch China schaffen Spielraum, aber auch Herausforderungen. Beispielhaft sind die von den USA zugesagten notwendigen und angemessenen Waffenlieferungen für die Selbstverteidigung Taiwans, deren Bedarf, Angemessenheit, Quantität und Qualität allerdings nicht näher ausgeführt werden.⁴⁰⁴

China wandte seit Anbeginn ein, dass der Taiwan Relations Act ungerechtfertigt in die inneren Angelegenheiten Chinas eingreift. Indem die USA das Ein-China-Prinzip anerkennen bestätigen sie in der chinesischen Perspektive den innerchinesischen Charakter der Taiwan-Frage. Das 2005 von China verabschiedete Anti-Sezessionsgesetz sollte dem Taiwan Relations Act entgegenwirken.⁴⁰⁵

Strategische Ambiguität

Die fortdauernde US-Politik der strategischen Ambiguität resultiert aus den widersprüchlichen Imperativen der Geschichte, der Geographie, der Innenpolitiken, der Sicherheitsverantwortung sowie der internationalen und regionalen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.⁴⁰⁶ Die strategische Unklarheit ermöglicht den USA umfassende Flexibilität.⁴⁰⁷ Wenn China eine US-Intervention nicht definitiv ausschließen kann, so kann auch Taiwan nicht definitiv damit rechnen.⁴⁰⁸

Der **Ursprung** liegt im Korea-Krieg, als die USA im Juni 1950 als Reaktion auf den Angriff Nordkoreas auf den Süden die 7. US-Flotte in der Taiwanstraße stationierten. Die USA befürchteten gegenseitige Eroberungsversuche von China und Taiwan. Die USA waren knapp davor, Chiang Kai-shek wegen seiner Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg und der Korruption fallen zu lassen, doch der monolithische Charakter des verfestigten kom-

⁴⁰⁴ Yates 1999; Manthorpe 2005, 216f; Rigger 2011; Christensen 2002; Cole 2006, 183; Pasquale 2007; Copper 2009.

⁴⁰⁵ Hu 2011; Xinhua 2005.

⁴⁰⁶ Bernkopf Tucker 2005.

⁴⁰⁷ Kuo 2022; Manthorpe 2005; Cole 2006, 183; Chen 2017, 142-144; Lin 2020, 158.

⁴⁰⁸ Teufel Dreyer 2004.

munistischen Blocks brachten die USA zum Umdenken. Die USA setzten die 7. US-Flotte vorübergehend zur Verhinderung von Operationen ein, die den Krieg über die koreanische Halbinsel hinaus ausweiten würden. Taiwan schlug den USA die Aushandlung eines gegenseitigen Verteidigungsabkommens mit Garantien für die amerikanischen Einrichtungen und Schutz vor, analog zu den damaligen Zusagen an Südkorea, die Philippinen, Australien und Neuseeland. Zur Maximierung ihrer Flexibilität nutzten die USA eine mehrdeutige Formulierung. Gegenüber China verfolgten die USA eine parallele Strategie der Inkonsequenz und des Ausweichens. China wurde im Ungewissen gelassen. Beispielsweise lösten die USA im März 1955 Besorgnis aus, als sie den möglichen Einsatz taktischer Atomwaffen gegen chinesische Städte andeuteten.

Die schrittweisen **Veränderungen und Herausforderungen** der strategischen Ambiguität zeigten sich beispielsweise 1971. Die USA kompromittierten mehrere grundlegende Elemente der Politik, deren Relevanz und Angemessenheit blieb in der Perspektive der USA bestehen. Sie strebten nach der Normalisierung der Beziehung zu China, stuften den Status Taiwans herab und stoppten die Patrouillen der 7. US-Flotte in der Taiwanstraße, ohne von China einen Gewaltverzicht zu fordern. Schließlich akzeptierten die USA die Ein-China-Politik. Mit diesen Zugeständnissen änderte sich das Wesen der strategischen Zweideutigkeit in erheblichem Maße.⁴⁰⁹ Generell setzen die USA die langjährige Politik der strategischen Zweideutigkeit auch heute fort.⁴¹⁰

Wirtschaftskooperation

Eines der Hauptziele der USA in ihrer Rivalität mit China ist die Aufrechterhaltung der eigenen technologischen Überlegenheit. Die USA unterstützten Taiwan beim Aufbau einer innovativen und dynamischen Wirtschaft und förderten **Taiwans Wettbewerbsfähigkeit** und die bilaterale Kooperation, etwa bei der Halbleiterherstellung. Zugleich übten sie Druck auf Taiwan aus, keine Spitzentechnologie an China zu liefern. Die Positionie-

⁴⁰⁹ Bernkopf Tucker 2005.

⁴¹⁰ Wang/Lee 2022a.

rung als fortschrittliche und demokratische Wirtschaft senkte die internationale Marginalisierung Taiwans.⁴¹¹

⁴¹¹ Huang 2011; Romberg 2004; Lin 2020, 137; Tien 1988, 227.

TEIL 3

OPERATIONALISIERUNG DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

ANALYSE UND BEWERTUNG

5) NATIONALE STRATEGIE TAIWANS

Die nationalen Strategien unter **Lee Teng-hui** und **Chen Shui-bian** wiesen bei der Handhabung der asymmetrischen Beziehung zu China trotz ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeit Ähnlichkeiten auf. Lee Teng-hui, Präsident von 1988 bis 2000, war Mitglied der Kuomintang, sein Nachfolger von 2000 bis 2008, Chen Shui-bian, war Mitglied der Demokratischen Fortschrittspartei. Beide wollten – im Gegensatz zu Ma Ying-jeou – dem Wirtschaftsengagement auf dem Festland gewisse Grenzen setzen, um die taiwanische Wirtschaftskraft und das interne soziale Gleichgewicht zu erhalten. Die Wirtschaftstreibenden umgingen die Vorgaben jedoch auf der Basis der informellen Strukturen. Lee Teng-hui und Chen Shui-bian förderten Definitionen des taiwanesischen Rechtsstatus, die China als eine Änderung des Status quo ansah. Nicht gesichert ist das Motiv, etwa die Dynamik des Sicherheitsdilemmas oder politische Gründe.

Die nationale Strategie Taiwans unter **Ma Ying-jeou**, Kuomintang-Mitglied und Präsident Taiwans von 2008 bis 2016, fokussierte sich auf den Aufbau einer institutionalisierten und beidseitig vorteilhaften Beziehung. Auf diese Weise erhöhte er für China die Kosten für potentielle Zwangsmaßnahmen gegen Taiwan. Der Zugang Taiwans entsprach anderen ostasiatischen Ländern und der USA. Er umfasste erstens Engagement und Beruhigung, etwa die Belohnung Chinas für begrenzte Zielsetzungen oder das Vermeiden von Maßnahmen, die China zum Eingehen von Risiken veranlassen könnten. Zweitens setzte Taiwan, wie bereits unter Lee Teng-hui und Chen Shui-bian – sowie auch unter Tsai Ing-wen –, auf einen externen Ausgleich, vor allem vertraute es auf die Unterstützung durch die USA im Bedarfsfall. Zudem versuchte Ma Ying-jeou, die internationale Rolle Taiwans zu stärken und die Marginalisierung seit den 1970er Jahren umzukehren. Dabei enthielt Taiwan China jedoch sein wichtigstes Ziel vor, nämlich Taiwans Zustimmung zur Konfliktbeilegung zu den chinesischen Bedingungen.⁴¹²

⁴¹² Bush 2014.

6) DIE RELEVANZ DER STRATEGISCHEN KULTUR FÜR DIE KERNINTERESSEN TAIWANS

6.1 SICHERHEIT & STABILITÄT

Sicherheitsdilemma

Das grundsätzliche **Sicherheitsdilemma** besteht aus der Sicht der politischen Realisten aufgrund des anarchischen Charakters der internationalen Politik.⁴¹³ Gegenseitiges Misstrauen und Missverständnisse können zu internationalen Konflikten führen. Als Mittel bewährten sich der eigene Machtaufbau und die Bündnisbildung. Ein Bündnis birgt zwei Gefahren. Erstens, dass der Bündnispartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Zweitens die Verstrickung in Konflikte, die zudem möglicherweise den eigenen Interessen zuwiderlaufen. Diese zwei Risiken korrelieren invers. Beispielsweise verringert ein starkes Engagement gegenüber einem Verbündeten den eigenen Einfluss auf ihn. Wirkfaktoren auf das Sicherheitsdilemma, die sich auf diese zwei Risiken des Nichtbeistandes oder der Involvierung in einen Konflikt auswirken, sind die relative Abhängigkeit der Verbündeten voneinander, das gegenseitige strategische Interesse an der Verteidigung des anderen und wie explizit die Bündnisvereinbarung ist. Indikatoren sind das Verhalten in der Vergangenheit und der gegenseitige Umgang miteinander. Beispielweise beruhigt die Entschlossenheit des stärkeren Partners den schwächeren.⁴¹⁴

Neben dem Sicherheitsdilemma gibt es in der internationalen Sicherheitspolitik das **Abschreckungsmodell**. Bedeutend ist die Kenntnis, ob der Gegner ein (potenziell) revisionistischer Staat oder ein defensiver Status quo Staat ist.⁴¹⁵ Im Allgemeinen bezieht sich die Abschreckung auf die Verteidigung der territorialen Souveränität und stellt daher keine Bedrohung der regionalen Stabilität dar. Dies trifft auf Taiwan nur bedingt zu, denn sein Streben von einer de facto Unabhängigkeit zu einer de jure Unabhän-

⁴¹³ Jervis 2017.

⁴¹⁴ Bush/Hass 2021; Bush R. 2005; Christensen 2002.

⁴¹⁵ Jervis 2017.

gigkeit ist ein politisches Problem für China. Zudem können die chinesischen Streitkräfte sowohl der Abschreckung, als auch offensiven Operationen dienen.⁴¹⁶

Das **Sicherheitsdilemma zwischen Taiwan und China** ist nicht nur eine Quelle für Instabilität, sondern auch ein Haupthindernis für die Lösung des Taiwan-Konflikts. Das spezifische Sicherheitsdilemma umfasst die militärische Bedrohung und die Abhängigkeit Taiwans von den maritimen Kommunikationswegen. Beide Seiten sehen ihre grundlegenden Interessen gefährdet und sind sich des Risikos einer potenziellen Ausnützung eines Entgegenkommens bewusst. Beispielsweise ist China nicht zu einem formellen Gewaltverzicht bereit. Taiwan etwa verweigerte mehrmals Chinas Angebot eines Abkommens zur Beendigung der Feindseligkeiten, weil es die Untergrabung der Verhandlungsposition in Bezug auf seine Souveränität befürchtete. Die USA etwa lehnten 2002 Jiang Zemin's Kompromissvorschlag ab. Demnach hätte China seine auf Taiwan gerichteten Raketen im Gegenzug zu einer Reduktion der US-Waffenverkäufe an Taiwan neu gruppiert. Eine wesentliche Neuerung bestand in der von China gezogenen Verbindung zwischen seinen Militäreinsätzen und den US-Waffenlieferungen. Allerdings waren die Raketen mobil und hätten jederzeit erneut in Stellung gebracht werden können. Zudem verfügte China über weitere Militärbedrohungen, darunter Kampfflugzeuge oder U-Boote. Ein weiterer bedeutender Faktor war das Streben Chinas nach einer direkten Beziehung zu den USA, wodurch das Vertrauen Taiwans in seinen Verbündeten geschwächt wurde. Die Verlegung der Raketen hätte zwar die Bedrohungslage Taiwans verringert. Doch die Verwundbarkeit Taiwans wäre wegen der geringeren US-Waffenlieferungen und des potenziellen Rückzugs der USA insgesamt gestiegen.⁴¹⁷

Die Sicherheitsfragen erhielten im Rahmen der Konfliktlösung im Gegensatz zur Souveränität vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Eine Ausnahme war 1981 der chinesische Vorschlag, dass Taiwan seine Streitkräfte auch nach einer Wiedervereinigung beibehalten könne. 1983 wiederholte und präziserte China dieses Versprechen. China würde keine chinesischen Streitkräfte auf Taiwan stationieren und Taiwan würde selbst die Partei-

⁴¹⁶ Christensen 2002; Bush R. 2005, 138.

⁴¹⁷ Bush R. 2005; 107f.

Regierungs- und Militärsysteme verwalten unter der Voraussetzung, dass das taiwanesisches Militär keine Bedrohung für China darstellt.⁴¹⁸

Politischer Charakter des Sicherheitsdilemmas

Entscheidend ist, im Gegensatz zu den meisten Sicherheitsdilemmas, dass die Unsicherheit Chinas politischen und nicht militärischen Ursachen entstammt.⁴¹⁹ Der politische Charakter des Problems wird durch die Abhängigkeit Taiwans von den USA verstärkt. Insbesondere die Waffenlieferungen und die Verteidigungszusage der USA haben Auswirkungen auf das politische Kräftegleichgewicht. Als schwächeren Partner beunruhigt Taiwan jedoch die strategische Ambiguität der USA, die USA wiederum wollen nicht in einen Konflikt mit China hineingezogen werden.

Diese politischen Faktoren lösten beispielsweise die **Taiwan-Krise 1995/96** aus. Im Streben, das internationale Profil Taiwans zu schärfen, ersuchte Lee Teng-hui unter Ausnutzung seines Zugangs zum politischen System der USA um ein US-Visum. Dieses wurde ihm am 22.05.1995 für eine Privatreise und den Besuch seiner Alma Mater, der Cornell Universität in New York, gewährt.⁴²⁰ Als Konsequenz verschlechterte sich die Beziehung zwischen China und Taiwan drastisch. Als China im März 1996 vor den taiwanesischen Präsidentschaftswahlen aggressive Militärübungen durchführte, schickten die USA zwei Flugzeugträger in die Region, um einen Krieg durch Fehlkalkulation oder einen Unfall zu verhindern. Zugleich versuchten die USA, Taiwan von künftigen destabilisierenden Aktionen abzuhalten.⁴²¹

Institutionelle Strukturen

Die institutionellen Strukturen der Entscheidungsfindung trugen sowohl in Taiwan, als auch in China zum Sicherheitsdilemma bei, indem sie gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen und Überreaktionen begünstigen. Die Entscheidungsprozesse sind zentralisiert, besonders in Krisenzeiten.

⁴¹⁸ Bush R. 2005, 137.

⁴¹⁹ Christensen 2002; Bush R. 2005; 107f.

⁴²⁰ Taiwan Communiqué 1995.

⁴²¹ Garrett/Adams/Kramer 2006; Bush R. 2005, 114; Stockton 2007; Bush 2014; Copper 2009; Christensen 2002, 12f.

Taiwans institutionelle Strukturen des Entscheidungsprozesses umfassen eine größere Anzahl an Akteuren als China sowie einen Mangel an Kohärenz und horizontaler bzw. ressortübergreifender Koordination auf allen Ebenen. Ebenso wie das chinesische ist das taiwanische System stark personalisiert. Dies und die institutionelle Schwäche zeigte sich zuweilen in der Formulierung von politischen Ideen durch Präsidenten, insbesondere Lee Teng-hui und Chen Shui-bian, auf Kanälen, die von den regulären Regierungsbehörden getrennt sind. Die Macht hochrangiger Positionen hängt nicht so sehr von ihrer gesetzlich verankerten Autorität ab, sondern von den persönlichen Beziehungen zwischen den Amtsinhabern und dem Präsidenten. Lee Teng-hui neigte dazu, den lückenhaften formellen Prozess durch Ad-hoc-Sitzungen mit einzelnen Untergebenen und Beratern zu ergänzen. Chen Shui-bian erwog die Einführung eines stärker konsultativen Verfahrens, doch auch er bevorzugte die persönliche Entscheidungsfindung.

Zu den sicherheitspolitischen **Hauptakteuren** zählen der Präsident, der Premierminister, der Nationale Sicherheitsrat, das Außenministerium, das Verteidigungsministerium, der Rat für Festlandangelegenheiten, der Generalstab und das Nationale Sicherheitsbüro.

Die nationalen **Sicherheitsziele** sind die Aufrechterhaltung der einheimischen Militärkapazitäten, der ausländischen Militärhilfe und des öffentlichen Vertrauens sowie die Maximierung der internationalen Unterstützung und die Sicherstellung des Zugangs zu den Weltmärkten.⁴²²

Chinas traditionelles politisches System kann in Bezug auf Taiwan in vier miteinander verbundene und funktionell definierte Politikbereiche unterteilt werden: Politikformulierung, Politikimplementierung, Politikkoordination sowie die Forschung und Analyse. In Routinezeiten war der politische Prozess hochgradig reguliert, bürokratisch und konsensorientiert. Mit der zunehmenden Komplexität des Themas und seiner Bedeutung für die Führungsebene erhöhte sich die Anzahl der Akteure und deren Verantwortlichkeiten. Die Entscheidungsfindung war durch umfangreiche horizontale und vertikale Konsultation und Koordination gekennzeichnet. Einheiten

⁴²² Swaine/Mulvenon 2001, 77-90; Wang V. 2011.

jeder Hierarchieebene übermittelten Analysen und Vorschläge an die Führungsgremien. Auf der obersten Ebene des politischen Entscheidungsprozesses wurden die unterschiedlichen Ansichten von Partei, Regierung und Militär durch einen informellen Beratungsprozess zwischen den Führungsgremien abgestimmt.⁴²³

Historische Entwicklung der Sicherheitspolitik Taiwans

Im historischen Ablauf war Taiwan bereits unter Chiang Kai-shek sicherheitspolitisch von den USA abhängig. In den 1970er Jahren sahen die USA in der Annäherung an die Volksrepublik China einen antisowjetischen strategischen Wert. Zu den Vorbedingungen Chinas zählte die Aufkündigung des Vertrags über die gegenseitige Verteidigung zwischen den USA und Taiwan, der Abzug der verbleibenden US-Streitkräfte und die Schließung von US-Militäreinrichtungen auf Taiwan. Dennoch führten die USA die sicherheitspolitische Unterstützung Taiwans mit dem Taiwan Relations Act als unverbindliche Verteidigungsverpflichtung fort, unter anderem mit Waffenlieferungen. In der Hoffnung, dass Taiwan seine zunehmende Verwundbarkeit erkennen und kapitulieren würde, startete China eine politische Offensive für die Wiedervereinigung nach der Formel „Ein Land, zwei Systeme“. Zudem versuchte es, Taiwan militärisch weiter zu schwächen.

1981 nahm Deng Xiaoping die noch ungeklärte Frage der US-Waffenverkäufe an Taiwan wieder auf und forderte deren Ende, insbesondere mit zwei Argumenten. Bei einem fortdauernden Waffenbezug aus den USA hätte Taiwan keinen Anreiz für Verhandlungen mit China. Zudem wäre die Aufrüstung Taiwans einer auch von den USA angestrebten friedlichen Konfliktlösung nicht förderlich.⁴²⁴ Die USA stimmten 1982 in einem Kommuniqué der schrittweisen Qualitäts- und Quantitätslimitierung der Waffenlieferungen an Taiwan zu. Sie ermutigten Taiwan stattdessen zur Eigenproduktion fortschrittlicher Systeme auf der Grundlage des Technologietransfers aus den USA. Chiang Ching-kuo versuchte kurzzeitig durch

⁴²³ Swaine 2001; Cai 2011b; Wang V. 2011

⁴²⁴ Konfliktlösungstheorien auf Basis eines *modus operandi* siehe bspw.: Kuo/Myers 2004; Tsang 2004a, 16.

die Wiederaufnahme des Atomwaffenprogramms die Sicherheitsrisiken abzusichern. Das ursprünglich von Mitte der 1960er Jahre stammende Atomwaffenprogramm musste 1977 und nun erneut 1988 auf Druck der USA eingestellt werden. In den 1990er Jahren verschärfte sich das Sicherheitsdilemma. Im Rahmen des neugestarteten Wettrüstens erwarb China etwa Sukhoi-28 Kampfflugzeuge aus Russland, Taiwan bemühte sich verstärkt um die Beschaffung von F-16 aus den USA und Mirage 2000 aus Frankreich. China kaufte russische U-Boote, Taiwan US-amerikanische. China entwickelte zunehmend Kurz- und Mittelstreckenraketen, Taiwan erwarb das Patriot-Raketenabwehrsystem aus den USA. Zudem versuchte Taiwan, die Verteidigungsbeziehungen zu den USA zu verbessern.⁴²⁵

Innenpolitische Wirkfaktoren Taiwans

Auch die innenpolitischen Konflikte Taiwans hatten Auswirkungen auf die nationale Sicherheitspolitik. Beispielhaft ist das US-Raketenabwehrsystem im Wert von 18 Mrd. US-Dollar. Die USA genehmigten es 2001, 2004 wurde es als Sonderhaushaltsantrag dem taiwanesischen Parlament vorgelegt. Dazwischen lag allerdings der Regierungswechsel von der Kuomintang zur Demokratische Fortschrittspartei unter Chen Shui-bian. Die Kuomintang hatte den Antrag ursprünglich eingebracht. Nun argumentierte sie jedoch als Oppositionspartei gegen einzelne Bestandteile des Waffenpakets. Dabei bezog sie sich auf die Ablehnung der Raketenabwehr im Rahmen des Verteidigungsreferendums 2004 durch die Bevölkerung, auf die hohen Kosten, dringendere Haushaltsprioritäten oder die unnötige Provokation Chinas. Die Demokratische Fortschrittspartei verwies auf die militärische Bedrohung durch China und die Notwendigkeit, den USA gegenüber Entschlossenheit für die eigene Verteidigungsbereitschaft zu zeigen. Zugrunde lag dem innenpolitischen Disput die beiderseitige Überzeugung, dass eine Verteidigung letztlich gar nicht dringlich sei. Die Kuomintang war der Überzeugung, dass China nicht angreifen würde und die Demokratische Fortschrittspartei, dass die USA Taiwan verteidigen würden. Beide sahen in den Rüstungskäufen vielmehr die Sicherstellung der US-Unterstützung im Bedarfsfall.⁴²⁶

⁴²⁵ Tien 1988, 249-253; Bush R. 2005; Bernkopf Tucker 2005.

⁴²⁶ Garrett/Adams/Kramer 2006.

6.2 SOUVERÄNITÄT & TERRITORIALE INTEGRITÄT

Dimensionen der Souveränität

Souveränität bedeutet die Selbstbestimmung eines Staates. Sie definiert den Umgang mit internen und externen Angelegenheiten, beispielsweise durch Kooperation mit anderen Ländern. Dies inkludiert gegebenenfalls auch die freiwillige Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit durch daraus resultierende Verpflichtungen. Souveräne Länder können eigene Strategien entwickeln, spezifische Vorgangsweisen wählen und selbst Entscheidungen treffen. Die Souveränität ist allerdings nicht mit der Fähigkeit eines Staates gleichzusetzen, nach eigenem Ermessen handeln zu können. Ganz im Gegenteil sind die Staaten auf vielfältige Weise in ihrem eigenen Handeln eingeschränkt und von außen beeinflusst, vor allem durch die Auswirkungen der Handlungsweise der anderen Staaten.⁴²⁷

Die Souveränität weist eine **äußere und eine innere Dimension** auf. Nach außen gilt die Souveränität als die grundsätzliche Unabhängigkeit eines Staates von anderen. Beim äußeren Souveränitätsanspruch konkurrieren formell gleichwertige Staaten, wobei das Völkerrecht machtpolitische Grenzen setzt. Nach innen versteht man darunter die staatliche Selbstbestimmtheit hinsichtlich der eigenen staatlichen Gestaltung, basierend auf der Fähigkeit zur staatlichen Selbstorganisation.

Generell bezieht sich die Souveränität auf die rechtliche, die innerstaatliche, die westfälische und die wirtschaftliche Souveränität. Es handelt sich um ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Faktoren, deren Beziehungen zueinander sowohl von Staaten, als auch von anderen Akteuren fortlaufend verhandelt und neu definiert werden. Bedeutend ist das Verhältnis zwischen Autorität und Kontrolle. Die internationale rechtliche Souveränität beispielsweise involviert ebenso wie die westfälische Souveränität Fragen der Autorität und der Legitimität, jedoch nicht der Kontrolle. Die Souverä-

⁴²⁷ Waltz 1979, 95f; Bush 2014.

nitätskonzepte werden immer wieder, mit oder ohne Ausübung von Druck, angefochten. Dies betrifft vor allem das Prinzip der Nichtintervention, das den Menschenrechten gegenübergestellt wird. Verträge und Übereinkommen sind im Gegensatz zu Druck oder Zwang mit der internationalen rechtlichen Souveränität kompatibel, wenn auch nicht unbedingt mit der innerstaatlichen Souveränität.⁴²⁸

Die internationale rechtliche Souveränität umfasst die gegenseitige Anerkennung, üblicherweise zwischen rechtlichen Einheiten mit formaler juristischer Unabhängigkeit. Der jeweilige internationale Status und die Anerkennung erleichtern den Zugang zu Ressourcen oder internationalen Vereinbarungen und damit den eigenen Machterhalt. Die westfälische Souveränität bezieht sich auf die Gleichberechtigung der Staaten und die politische Organisation, wobei externe Akteure von den Machtstrukturen innerhalb eines bestimmten Territoriums ausgeschlossen sind. Innenpolitisch stellt die Souveränität die formale politische Autorität und ihre Kontrollbefugnisse sicher. Die wirtschaftliche Souveränität beschreibt das Recht auf Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb einer territorial definierten Einheit. Sie betrifft die Interdependenz und die staatliche Fähigkeit, den grenzüberschreitenden Austausch zu regulieren, etwa von Informationen, Gütern, Personen, Ideen oder Kapital.⁴²⁹

In ihrer ursprünglichen Formulierung war die Souveränität sowohl hinsichtlich ihres Grundprinzips, als auch der praktischen Vorgangsweise statisch, monolithisch und nicht verhandelbar.⁴³⁰ Tatsächlich wird der Begriff Souveränität jedoch auf unterschiedliche Weise verwendet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Regeln und Normen jedes internationalen institutionellen Systems, das souveräne Staatensystem eingeschlossen, nur einen begrenzten Einfluss ausüben. Zudem bestehen inhärente logische Widersprüche, beispielsweise zwischen der Nichtintervention und der Förderung von Demokratie. Es fehlt eine institutionelle Ordnung für die maßgebliche Konfliktlösung, wie etwa die Definition eines internationalen Systems. Es gibt Machtasymmetrien zwischen den Hauptakteuren und unterschiedliche Anreize für individuelle Machthaber. Die Rechtfertigungen für die Anfech-

⁴²⁸ Krasner 1999, 4f.

⁴²⁹ Ebd.; Carlson 2008.

⁴³⁰ Erie 2004, 7f.

tung spezifischer Normen können sich im Laufe der Zeit verändern, doch die Herausforderungen werden bestehen bleiben.⁴³¹

Die unterschiedlichen **Interpretationen** und Anfechtungen resultieren aus der Vielzahl an internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, darunter beispielsweise aufstrebende Regionalmächte, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaften sowie Minderheiten oder ethnische Separatisten, die Selbstbestimmung fordern. Neue Umstände und Bedingungen fordern das westfälische Konzept von Souveränität ebenso heraus. Dazu zählen erstens neue nichtstaatliche Akteure, etwa Terroristengruppen oder internationale Verbrecherbanden. Diese Herausforderung ist politisch und umfasst auch militärische Auseinandersetzungen. Die zweite Herausforderung ist die Überschreitung traditioneller Territorialgrenzen durch den (globalisierten) Wirtschaftsaustausch, wie etwa durch internationale Finanzinstitutionen oder steuervermeidende multilaterale Unternehmen. Die dritte Herausforderung ist soziokulturell. Ethnische und religiöse Gruppen sowie Sprachgruppen streben nach Selbstbestimmung und territorialer Trennung. Viertens vereinfachen neue Informationstechnologien, beispielsweise das Internet, den intellektuellen Austausch und unterlaufen damit etwaige staatliche Kontrollen des Informationsflusses. Die fünfte Herausforderung basiert auf der Übernahme internationaler Standards.

Taiwans Streben nach rechtlicher Unabhängigkeit

Der Souveränitätsdiskurs in Bezug auf Taiwan betrifft vor allem die Begrenztheit seiner internationalen rechtlichen Souveränität. Die westfälische und die innerstaatliche Souveränität sind hingegen effektiv. Das Fehlen einer formellen Anerkennung hinderte andere Länder jedoch nicht an der Unterhaltung quasi-diplomatischer Beziehungen mit Taiwan. Beispielhaft ist das American Institute oder die Repräsentanz Japans in Taiwan.⁴³²

Die **divergierenden Ansichten** Taiwans und Chinas beziehen sich auf den Ursprung und die Identität des Staates, das Territorium sowie die territoriale Konvergenz mit der staatlichen Souveränität. Auch in Taiwan selbst be-

⁴³¹ Krasner 1999, 4.

⁴³² Krasner 2011, XVf; Manthorpe 2005, 216f; Bush R. 2005, 85; Bush 2014.

steht Unklarheit über die territoriale Zugehörigkeit der in der Taiwanstraße gelegenen Inseln Jinmen, Penghu und Mazu. Dies ist in der Verfassung von 1947 nicht festgelegt. Zudem erhob Taiwan aus komplizierten Gründen auch Anspruch auf die Mongolei. Die inzwischen getroffenen Grenzvereinbarungen der Volksrepublik China, etwa mit den Ländern Zentralasiens, lehnt Taiwan ab und besteht weiterhin auf die ursprünglichen territorialen Ansprüche.⁴³³ Die Frage der Konvergenz des Territoriums mit der staatlichen Identität berührt die Erfüllung der Kriterien der Montevideo-Konvention zu den Rechten und Pflichten eines Staates. Definiert sich Taiwan als Regierung von ganz China, so stimmt sein tatsächliches Territorium nicht mit den Ansprüchen überein.⁴³⁴

Chinas Haltung zur Wiedervereinigung mit Taiwan

Aus der Perspektive Chinas ist die Einschränkung des internationalen Raumes von Taiwan nicht ausreichend. Aus strategischen und ideologischen Gründen ist eine rasche, dauerhafte Lösung der Taiwan-Frage nötig. Denn die Wiedervereinigung würde eine signifikante Machtveränderung in Ostasien bewirken sowie Chinas globale Machtprojektion und politische Legitimität stärken.⁴³⁵ Bisher limitierten die strategischen Imperative der Globalisierung Chinas Optionen gegenüber Taiwan und den USA.⁴³⁶

Die Volksrepublik China stützte sich im Hinblick auf die Wiedervereinigung mit Taiwan auf **unterschiedliche Strategien**. In den ersten drei Jahrzehnten war die Rhetorik der (gewaltsamen) Befreiung vorherrschend. Anfang der 1970er Jahre veranlasste die grundlegende Verschiebung des geopolitischen Gleichgewichts und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen China zu einer Strategie der Isolierung Taiwans. Ab den 1990er Jahren erhöhte China angesichts der Konsolidierung der spezifischen taiwanesischen Identität Qualität und Kapazität seiner Streitkräfte. Chinas Militärreform ist in den internationalen strategischen Kontext eingebettet,

⁴³³ Bush R. 2005.

⁴³⁴ Montevideo Konvention 1933.

⁴³⁵ Brady 2017.

⁴³⁶ Garrett/Adams/Kramer 2006.

insbesondere den Zerfall der Sowjetunion, das Ende des Kalten Krieges und den Supermachtstatus der USA.⁴³⁷

Chinas Konzept „Ein Land, zwei Systeme“

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA verlagerte China 1979 seine politische Zielsetzung mit der „Nachricht an die Landsleute in Taiwan“ (A Message to Compatriots in Taiwan) von der militärischen Befreiung Taiwans zu einer friedlichen Wiedervereinigung. Dies jedoch ohne Zusicherung von ausschließlich friedlichen Mitteln.⁴³⁸

Das Grundkonzept von „Ein Land, zwei Systeme“ umriss **Deng Xiaoping**⁴³⁹ 1983 konkret und systematisch. Die später als „Sechs Konzepte für die friedliche Wiedervereinigung“ bekannt gewordenen Anmerkungen umfassten die Übereinstimmung, dass die Wiedervereinigung ein gemeinsames Ziel der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuomintang ist. Dabei fungiert China als der einzige Repräsentant auf der internationalen Ebene. Eine „absolute Autonomie“ gewährt China nicht, spezielle Privilegien als Sonderverwaltungszone hingegen schon.⁴⁴⁰

„Nach der Wiedervereinigung kann Taiwan als Sonderverwaltungsregion Systeme einführen, die sich von jenen des Festlandes unterscheiden, und Privilegien genießen, die andere Provinzen und autonome Regionen nicht haben dürfen. Die Region kann die Befugnisse einer Legislative, Judikative und Rechtsprechung haben.“⁴⁴¹

Die friedliche Wiedervereinigung bedeutet nicht, dass ein Land das andere „schluckt“. Deng Xiaoping verwies ausdrücklich darauf, dass dies „*unter Taiwans Beibehalt der Drei Volksprinzipien von Sun Yat-sen unpraktisch wäre*“. Stattdessen sind ausschließlich bilaterale Verhandlungen der einzig gangbare Weg.⁴⁴²

⁴³⁷ Wachman 2007; Bush R. 2005; Garrett/Adams/Kramer 2006; Tsai 2011, 117; Yan 2011; Cai 2011b.

⁴³⁸ Yan 2011.

⁴³⁹ Deng Xiaoping regierte China von 1979 bis 1997.

⁴⁴⁰ Zhao 2004; Lin 2020; Bush 2014; Bush R. 2005; Cai 2011a; Yan 2011.

⁴⁴¹ Deng 1983.

⁴⁴² Deng 1983.

Jiang Zemin legte 1995 mit den „Acht Bedingungen“ den Standpunkt Chinas zum Vereinigungsprozess dar.⁴⁴³ Lee Teng-hui wies diese Erklärung zurück und betonte 1999 die Unabhängigkeit Taiwans in seiner „Zwei Staaten-Erklärung“.⁴⁴⁴

Chinas Taiwanpolitik war unter **Hu Jintao** gemäßiger als unter Jiang Zemin und die Rolle des Militärs aus taktischen Gründen weniger offensichtlich. Die anfängliche Härte Chinas gegenüber Taiwan verstärkte insbesondere in den 1990er Jahren die Wahrnehmung Chinas als vielschichtige Bedrohung.⁴⁴⁵ Im Anti-Szessionsgesetz vom 14.03.2005 wiederholte Hu Jintao⁴⁴⁶ das Ein-China-Prinzip. Mit dem Anti-Szessionsgesetz stärkte China seinen Rechtsanspruch auf den Einsatz militärischer Gewalt gegen Taiwan.⁴⁴⁷ Am 31.12.2008 formulierte Hu Jintao mit dem „Sechs-Punkte-Vorschlag“ die Position Chinas auf der Basis des Ein-China-Prinzips erstmals umfassend und systematisch: „Es gibt nur ein China auf der Welt; das Festland und Taiwan gehören beide zu einem China; und Chinas Souveränität und territoriale Integrität sind unteilbar“. Die Stärkung der bilateralen Beziehung sollte gemäß Hu Jintao in einer friedlichen Wiedervereinigung münden. Die taiwanesischen Identität fördere nicht automatisch Separatismus, weil sie auf der chinesischen Kultur beruht. Die existierenden politischen Missverständnisse sollten langfristig, schrittweise und geduldig ausgeräumt werden. Die Publikation des „Sechs-Punkte-Vorschlags“ erfolgte am 30. Jahrestag der „Botschaft an die Landsleute in Taiwan“ von Deng Xiaoping 1979.⁴⁴⁸

Vor der Übergabe des Präsidentenamtes an Xi Jinping betonte Hu Jintao im November 2012 die Bedeutung des Konsens von 1992. Im Gegenzug bekundete Taiwans Präsident Ma Ying-jeou in seiner Neujahrsansprache am 01.01.2013 sein Bestreben zur Kooperation mit China. Er bestätigte den Konsens von 1992 als Grundlage, wobei jede Seite die Existenz von nur einem China anerkennt, jedoch mit unterschiedlicher Interpretation.

⁴⁴³ China Daily 2011; Yan 2011.

⁴⁴⁴ MOFA 2020.

⁴⁴⁵ Ding/Huang 2011, 47; Feng 2007, 100ff; Goldstein 2016.

⁴⁴⁶ Hu Jintao war von 2003 bis 2013 chinesischer Präsident.

⁴⁴⁷ Metzler 2017; Tkacik 2011; Xinhua 2005.

⁴⁴⁸ Wu 2011; U.S.-Taiwan Business Council 2022; Bush 2014; Yan 2011.

Angesichts der innenpolitischen Zwänge in Taiwan sah Ma Ying-jeou von politischen Gesprächen und Friedensgesprächen mit China ab. Xi Jinping wiederum stimmte am 25.02.2013 zu, dass sowohl China, als auch Taiwan ihre Rechts- und Regierungssysteme auf das Ein-China-Prinzip gründen. Die Lösung der historischen Probleme benötige Zeit, Geduld und gemeinsame Anstrengungen. Diese Abfolge ist beispielhaft für die weiteren gegenseitigen Beteuerungen der Anerkennung des Ein-China-Prinzips.

Ebenso wie Hu Jintao verfolgte **Xi Jinping** anfangs eine flexiblere Haltung. China drängte Taiwan, zumindest auf der nichtstaatlichen Ebene politische Gespräche aufzunehmen. Nichtverhandelbar blieb das Ein-China-Prinzip und der Konsens von 1992.⁴⁴⁹ Mit dem politischen Machtverlust der Kuomintang 2016 verhärteten sich die Positionen. China schränkte den internationalen Raum Taiwans zunehmend ein. Es beharrte auf der Möglichkeit der Gewaltanwendung und dem Bedarf an einer schrittweisen, aber finalen Konfliktlösung. In ihrem Wahlkampf 2016 wiederholte Tsai Ing-wen ihre Aufforderung zum Erhalt des Status quo auf der etablierten politischen Basis, lehnte jedoch den Konsens von 1992 ab. Die von ihr definierte „etablierte politische Basis“ reduzierte den Konsens von 1992 auf den damaligen historischen Bedarf an einer gegenseitigen Kenntnisnahme von der Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Zurückstellung von Differenzen. Tsai Ing-wen betonte die Vorrangstellung der taiwanesischen Verfassung und Demokratie, für China stand die Einhaltung des Ein-China-Prinzips im Vordergrund.⁴⁵⁰ Beispielhaft für die Verhärtung der chinesischen Position war Xi Jinpings Aufforderung an Taiwan am 01.01.2019, der Wiedervereinigung analog zu Hongkong auf der Basis des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ zuzustimmen.⁴⁵¹ Mit der Entsendung von See- und Luftstreitkräften in die Taiwanstraße demonstrierte China seine Bereitschaft für einen Gewalteinmarsch. Ein entsprechendes Weißpapier zur nationalen Verteidigung wurde im Juli 2019 veröffentlicht.⁴⁵² Im August 2022 rief China in einem Weißpapier dazu auf, die Taiwan-Frage rasch mit der vollumfänglichen Wiedervereinigung zu lösen.⁴⁵³

⁴⁴⁹ Cao 2022; Chen 2017, 91-97.

⁴⁵⁰ Lin 2020; Chen 2017, 91-97.

⁴⁵¹ China Daily 2019.

⁴⁵² State Council 2019.

⁴⁵³ Xinhua 2022.

Taiwans Positionierung zur Wiedervereinigung

Chiang Kai-shek betonte, dass die Konsolidierung der Machtbasis auf Taiwan für die Umgestaltung des kommunistischen Festlandes entscheidend sei. Mangels militärischer Stärke sollte insbesondere Taiwans Softpower langfristige Wirkung entfalten. Daher legte er einen Schwerpunkt auf die Bewahrung der traditionellen chinesischen Kultur und bewarb die nationalistische Regierung Taiwans als Vorbild und Blaupause für die Zukunft Chinas. Dies entsprach den damaligen Vorstellungen der USA. Eine Woche vor Unterzeichnung des Verteidigungsabkommens zwischen Taiwan und den USA installierte Chiang Kai-shek am 25.11.1954 die Planungskommission für den Wiederaufbau des Festlandes.⁴⁵⁴

Chinas Zielsetzung war seit jeher, eine rechtliche Unabhängigkeit Taiwans unbedingt zu verhindern. Wie ernsthaft die Regierung Taiwans und die Mehrheit der Bevölkerung dieses Ziel jemals in Erwägung zogen, ist umstritten.⁴⁵⁵ Lee Teng-hui etwa sah eine Unabhängigkeitserklärung als obsolet an, weil Taiwan auf Basis der Verfassung von 1947 bereits unabhängig wäre.⁴⁵⁶ Offensichtlich ist hingegen, dass China von Lee Teng-huis Streben nach Unabhängigkeit überzeugt war. Zu dieser Zeit war China bereits in der Weltwirtschaft und in internationalen Organisationen verankert. Die USA unterstützten eine taiwanesishe Unabhängigkeit nicht und drängten zur Zurückhaltung. Denn trotz der damaligen militärischen Schwäche Chinas bestand die Sorge vor einem potentiellen militärischen Zwischenfall durch eine Fehlkalkulation oder einen Unfall.⁴⁵⁷ Lee Teng-hui und Chen Shui-bian versuchten erfolglos, China zur Akzeptanz des taiwanesischen Souveränitätsanspruchs zu bringen, bevor sie selbst zu Verhandlung über Kernfragen bereit waren. China beharrte hingegen auf seiner Position.⁴⁵⁸

Drei Kernprinzipien Lee Teng-huis blieben trotz einiger situationsbezogener Akzentverschiebungen im Laufe der Zeit gleich: im Rahmen eines ge-

⁴⁵⁴ Lin 2016, 294; Copper 2009.

⁴⁵⁵ Siehe bspw. Bush S. 2005, 88; Wang V. 2011; Christensen 2002.

⁴⁵⁶ Bush R. 2005.

⁴⁵⁷ Tsang 2004a, 15; Su 2004; Bush 2014.

⁴⁵⁸ Su 2004, 48f; Goldstein 2016; Feng 2007, 100ff; Wang V. 2011.

einten Chinas würden die Autoritäten über eine gleichwertige Souveränität verfügen, Taiwan hätte das Recht auf eine internationale Rolle und die Weigerung Chinas auf Gewaltverzicht wäre ein Hindernis für die Wiedervereinigung. Vor allem die ersten zwei Prinzipien widersprachen dem „Ein Land, zwei Systeme“-Modell.⁴⁵⁹ Angesichts der Bedeutung der China-Beziehung legten die taiwanesischen Politiker ihre spezifischen Positionen in Manifesten fest.⁴⁶⁰

Der Nationale Vereinigungsrat Taiwans verabschiedete 1991 in Form der „Leitlinien für die nationale Wiedervereinigung“ eine formelle Erklärung seiner China-Politik. Die drei notwendigen Stufen sind Gegenseitigkeit, Vertrauensbildung und Konsultationen. Aufgrund der parteipolitischen Unstimmigkeiten sollte als impliziter Kompromiss der Status quo aufrechterhalten werden. Zudem erklärte Taiwan formell das Ende des Krieges mit China.⁴⁶¹

Peking Konsens 1992 (Lee Teng-hui)

Der Peking Konsens 1992 zwischen Taiwan und China bildete als erster politischer Kompromiss nach Jahrzehnten der militärischen und ideologischen Konflikte die Grundlage für Verhandlungen über politische und sicherheitspolitische Themen mit möglichen Auswirkungen auf Souveränitätsfragen.⁴⁶² Der Peking Konsens wurde zwar nie in einem Dokument schriftlich festgehalten, doch häufige Bezugnahmen fanden sich sowohl im Austausch von Mitteilungen als auch in einseitigen Erklärungen. Ermöglicht wurde er durch einige gemeinsame Positionen, den politischen Willen und grundlegendes gegenseitiges Vertrauen. Taiwan und China stimmten überein, dass es nur ein China gibt, allerdings mit unterschiedlichen Ansichten über die Definition des Begriffs „ein China“. Das Territorium inkludiert jedenfalls das Festland und die Insel Taiwan. China verstand unter „ein China“ die Volksrepublik China, wobei Taiwan nach der Wiedervereinigung eine spezielle Verwaltungsregion sein sollte. Taiwan meinte damit

⁴⁵⁹ Bush S. 2005, 89ff.

⁴⁶⁰ Wu/Dai 2014.

⁴⁶¹ Copper 2009.

⁴⁶² Bush 2014.

hingegen die 1911 gegründete Republik China, deren politische Kontrolle die Inseln Taiwan, Penghu, Jinmen und Mazu umfasst.

Geprägt wurde der Begriff „Peking Konsens 1992“ erst im Jahr 2000 durch den Kuomintang-Politiker Su Chi, dem damaligen Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats von Taiwan. Die Wahl Chen Shui-bians von der Demokratischen Fortschrittspartei, einem Befürworter der taiwanesischen Unabhängigkeit, ließ schwerwiegende Spannungen mit China befürchten. Mit dem Ziel, die gegensätzlichen Standpunkte zwischen Taiwan und China zu überbrücken, brachte Su Chi den Begriff ins Spiel. In der Folge setzte er sich im politischen Sprachgebrauch durch.⁴⁶³

1995 gab Lee Teng-hui seine Sechs-Punkte-Erklärung bekannt. Er forderte die Wiedervereinigung auf der Grundlage der Tatsache, dass das Land getrennt worden war. Er sprach sich für die Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs aus, für einen gemeinsamen Beitritt zu internationalen Organisationen auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit, für die friedliche Wiedervereinigung und für die gemeinsame Anstrengung, den Wohlstand von Hongkong und Macao zu erhalten. Mit der Definition der bilateralen Beziehung als „Besondere Beziehung zwischen zwei Staaten“ kippte Lee Teng-hui 1999 offen die langjährige Ein-China-Politik der Kuomintang.⁴⁶⁴

„Vier Nein“ (Chen Shui-bian)

Chen Sui-bians Wahlsieg 2000 verärgerte China zutiefst und die USA sahen sich zum Krisenmanagement hinter den Kulissen veranlasst. Zur Deeskalation der Spannungen überredeten sie Chen Shui-bian, in seiner Antrittsrede die „Vier Nein“ zu versprechen: keine Unabhängigkeitserklärung, keine offizielle Namensänderung von Taiwan, keine Erwähnung des Begriffs „von Staat zu Staat“ in der Verfassung und kein Referendum über die Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit. Dennoch trieb Chen Shui-bian während seiner Amtszeit die Unabhängigkeit Taiwans voran und näherte sich den roten Linien Chinas, denn dies mobilisierte seine Wählerschaft und lenkte die Aufmerksamkeit von der schwächelnden Wirtschaftslage ab.

⁴⁶³ Taiwan Heute 2011.

⁴⁶⁴ Zhang 2003; Cai 2011a.

Seine Versuche, den „Vier Nein“ zuwider zu handeln, vereitelten die USA. Am 02.08.2005 veröffentlichte Chen Shui-bian etwa seine Vier-Stufen-Theorie. Demnach befand sich Taiwan als Republik China von 1912 bis 1949 auf dem chinesischen Festland. Von 1949 bis 1988 kam die Republik China nach Taiwan. Von 1988 bis 2000 befand sich die Republik China auf Taiwan und ab 2000 war die Republik China mit Taiwan ident.⁴⁶⁵ Zum Ende von Chen Shui-bians Amtszeit hatten die Unabhängigkeitsbefürworter akzeptiert, dass die Unabhängigkeit de jure keine realistische Option war.⁴⁶⁶

„Drei Nein“ (Ma Ying-jeou)

Ma Ying-jeou errang 2008 einen Erdrutschsieg mit dem Ziel, den politischen Dialog mit China wieder aufzunehmen. Damit schlug er einen ganz anderen Weg als sein Vorgänger ein. Er bestand nicht länger auf dem Souveränitätsanspruch unter der Voraussetzung, dass China diesen nicht bestreitet oder zurückweist. Seine Kuomintang-Regierung (2008 bis 2016) hatte großen Einfluss auf die Außenbeziehungen Taiwans, sowohl zu China, als auch auf der internationalen Ebene.

Unter dem Motto „Keine Ablehnung der Vereinigung, keine Unabhängigkeit und kein Krieg“ versuchte Ma Ying-jeou mit den „Drei Nein“ die Kuomintang in das gemäßigte Zentrum der taiwanesischen Politik zu stellen. Dies war jedoch keine vollständige Absage an die Unabhängigkeit Taiwans oder ein Sieg des chinesischen Nationalismus. Die Stärkung der China-Beziehung erfolgte mit einer beidseitigen Haltung der Nichtverweigerung und berührte die Kernfragen nicht. Sie war mit einem Appell an die taiwanesischen Identität und eine Anti-Korruptions-Botschaft verbunden.⁴⁶⁷ Die „Drei Nein“ waren eine umgekehrte Neuauflage des ursprünglichen Manifests von Chiang Ching-kuo: kein Kontakt, kein Kompromiss und keine Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei Chinas. Sie wurden im April 1979, wenige Monate nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA mit Taiwan, aufgestellt.⁴⁶⁸

⁴⁶⁵ Cai 2011a.

⁴⁶⁶ Feng 2007, 100ff; Chu/Chang 2018; Yan 2004; Lin 2011; Bush R. 2005; 90f; Chen 2017; Garrett/Adams/Kramer 2006; Tsai 2011, 123.

⁴⁶⁷ Chu/Chang 2018; Bush 2014; Fell 2010, 191; Tsai 2011, 125.

⁴⁶⁸ Nakai 2011; Roy 2011; Aspinwall 2019; Wu/Dai 2014; Chen 2017.

Nach einer zehnjährigen Unterbrechung nahmen Taiwan und China die halboffiziellen bilateralen Verhandlungen wieder auf, etwa durch die Unterzeichnung eines Freihandelsvertrags (Economic Cooperation Framework Agreement, ECFA) im Juni 2010. Die zwischenstaatlichen Kontakte erfolgten unter Ma direkt. Dies reduzierte die zuvor bedeutende Funktion der Straits Exchange Foundation und der Association for Relations Across the Taiwan Straits auf eine nominelle Bedeutung. Taiwan konnte auf diese Weise die Idee bewahren, eine souveräne Einheit zu sein. Im Rahmen der neuen „flexiblen Diplomatie“ verfolgte Ma Ying-jeou einen wesentlich zurückhaltenderen Ansatz. Taiwan verzichtete etwa auf die Bewerbung um eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen und nahm nur mehr in spezialisierten Gremien teil. Ein Charakteristikum war der inoffizielle „diplomatische Waffenstillstand“ mit China mit der Beendigung des Wettbewerbs um formelle diplomatische Verbündete.⁴⁶⁹

„Vier Muss“ (Tsai Ing-wen)

Den Peking Konsens als Grundlage jeder Beziehung Chinas mit Taiwan lehnte Tsai Ing-wen ebenso ab wie das Ein-China-Prinzip. In ihrer Neujahrsansprache 2019 schlug sie die „Vier Muss“ als Basis für die Verbesserung der bilateralen Beziehung vor. China müsse demnach die Existenz und die Demokratie Taiwans anerkennen, Differenzen gleichberechtigt und friedlich austragen sowie Verhandlungen mit der taiwanesischen Regierung oder von ihr autorisierten Vertretern aufnehmen.⁴⁷⁰ Am 02.01.2019 wiederholte China erneut seinen Vorschlag des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“. Tsai Ing-wen legte am 11.03.2019 Leitlinien zur Verstärkung der nationalen Sicherheitsmaßnahmen und zum Schutz der nationalen Souveränität vor. Das Parlament verabschiedete das Anti-Infiltrationsgesetz, um die Einmischung externer feindlicher Kräfte in die politischen Prozesse des Landes zu verhindern.⁴⁷¹

Die Souveränitätskonflikte und die komplexen Beziehungen zwischen Taiwan, China und auch Hongkong kamen im Zuge der taiwanesischen Präsi-

⁴⁶⁹ Tsai 2011, 127; Fell 2010, 191f; Bush 2014; Chen 2017; Lee 2011.

⁴⁷⁰ Wu/Dai 2014; Aspinwall 2019; Cole 2017, 163; Chen 2017.

⁴⁷¹ MOFA 2022.

dentschafts- und Parlamentswahlen am 11.01.2020 deutlich zum Vorschein. Hongkong erlebte seine schwerste politische Krise seit der Übergabe an China 1997. Die Protestbewegung, die Vorgangsweise Chinas, aber auch die Positionen von Hongkong, Taiwan und den USA beeinflussten wiederum die Parlamentswahlen in Taiwan. Denn die zwei Großparteien Taiwans instrumentalisieren die Unruhen in Hongkong zur Positionierung gegenüber China bzw. den USA. Sowohl die Demokratische Fortschrittspartei von Präsidentin Tsai Ing-wen, als auch die Kuomintang verwiesen auf das Scheitern des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“.⁴⁷² Tsai Ing-wen gewann damit erneut Stimmen, obwohl ihre - letztlich überwältigende - Wiederwahl noch 2018 gar nicht so sicher schien. Rechtzeitig vor der Wahl brachte die Demokratische Fortschrittspartei ein Gesetz ein, um zu verhindern, dass ein potentieller Kuomintang-Präsident bzw. eine einzelne Partei China unumkehrbare politische Zugeständnisse machen kann. Als Voraussetzung für die Aufnahme derartiger Verhandlungen wurde die Zustimmung einer 75%-Parlamentsmehrheit sowie die Durchführung einer Volksabstimmung festgesetzt.⁴⁷³

6.3 MODERNITÄT & WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Die **Einstellung zu Fortschritt** und Modernisierung gilt als bedeutendes Element der politischen Kultur.⁴⁷⁴ Die Modernisierung ist jedoch nicht mit einer Verwestlichung gleichzusetzen. Sie ist ein fortlaufender, nicht linearer Prozess, der kohärente Veränderungen der traditionellen Werte, Institutionen und Verhaltensmuster mit sich bringt. Der Wandel findet mit unterschiedlicher Gewichtung gleichzeitig in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur statt. Der soziokulturelle Wandel ist pfadabhängig, daher ist die Geschichte von großer Bedeutung. Er kann einer Demokratisierung förderlich sein,⁴⁷⁵ wie Taiwan beispielhaft zeigt. Chinesische Historiker gehen von der Perspektive multipler und alternativer Modernitäten aus.⁴⁷⁶

⁴⁷² Zu Hongkongs schrittweisem Souveränitätsverlust: Cole 2017, 89-103.

⁴⁷³ Farkas 2020, 47-52.

⁴⁷⁴ Kim 2009; Moody 1994.

⁴⁷⁵ Tien 1988, 42; Inglehart/Welzel 2009.

⁴⁷⁶ Chang 2014, 148.

Während sich die Modernisierung im Westen über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten erstreckte, wurde sie in Taiwan auf wenige Jahrzehnte komprimiert. In Taiwan ist die Modernisierung eng mit der Globalisierung, dem Demokratisierungsprozess, der Kompetenzentwicklung und der Resilienz des Landes verbunden. Dabei zeigte sich eine starke Interdependenz zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Streben nach wirtschaftlicher, insbesondere technologischer Autonomie ist der strategischen Kultur Taiwans inhärent und für das Überleben Taiwans unabdingbar. Der formelle institutionelle Rahmen wurde 1947 geschaffen, das politische System hingegen weist deutliche Veränderungen auf.⁴⁷⁷ Taiwan führt die von Japan übernommene staatliche Industriepolitik und den historischen Erfolg als Entwicklungsstaat fort und weist damit eine deutliche Kontinuität auf. Grundlegend ist die institutionelle Pfadabhängigkeit aus der Zeit der japanischen Kolonialisierung.⁴⁷⁸ Die Industriestruktur und der Demokratisierungsprozess waren bedeutende Wirkfaktoren. Sie wurden durch die strategischen Kalkulationen der Elite zum Machterhalt geformt. Der Demokratisierungsprozess, angetrieben durch den Aufstieg der Mittelklasse, und die Entstehung von Interessensgruppen verfügten als politische Prozesse über das größte Potenzial zur politischen Einschränkung des Staates auf unterschiedlichen Ebenen.⁴⁷⁹

Der dynamische **globale Kontext** und die internationale Arbeitsteilung sind für die Entwicklung eines Landes, die grundsätzlich über eine rein lokale Transformation hinausgeht, entscheidende Wirkfaktoren.⁴⁸⁰ In Ostasien spiegelt sich die Geopolitik in den vier großen Entwicklungsphasen wider. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dominierte das chinesische Tributsystem im Rahmen des Sinozentrismus. Im Zuge der Opiumkriege in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachten die Kolonialmächte das Nationalstaatskonzept, moderne Institutionen und die Globalisierung nach Asien. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und dem Zerfall des Kolonialsystems wurden die Nationalstaaten zu den Hauptakteuren. Nach dem

⁴⁷⁷ Shan/Zheng 2018, 511.

⁴⁷⁸ Huang/Wu 2018.

⁴⁷⁹ He 2021, 155-206.

⁴⁸⁰ Shan/Zheng 2018.

Ende des Kalten Krieges stiegen die USA zur Weltmacht sowie China und Russland zu Großmächten auf.

Das moderne Taiwan entstammt dem Zusammenspiel und der Übereinstimmung der innenpolitischen Transformation mit der internationalen politischen Ökonomie. Die rasche Wirtschaftsentwicklung unterstützte zu Beginn die autoritäre Regierung, führte jedoch schließlich zu jenen gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Aufrechterhaltung des Autoritarismus zunehmend erschwerten. Denn die Globalisierung beeinflusst nicht nur die Beziehung zwischen dem Staat und den transnationalen Akteuren, sondern insbesondere zwischen dem Staat und den einheimischen Akteuren.⁴⁸¹

Ein **demokratisches Umfeld** schränkt grundsätzlich den Spielraum für staatliche Industriepolitik ein,⁴⁸² etwa die Koordinierungsfähigkeit, kann jedoch auch die staatlichen Entwicklungskapazitäten verbessern.⁴⁸³ In Taiwan zeigte sich zum einen bei beiden Großparteien ein politischer Konsens über die Bedeutung der staatlichen Entwicklungspolitik. Zum anderen trug die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Festland zu einem sehr parteiischen politischen Umfeld bei, sodass der Konsens selbst über grundlegende nationale Wirtschaftspolitiken geschwächt wurde. Mehrere politische Skandale verstärkten den Eindruck, dass zuweilen die Sonderinteressen der politischen Elite die technokratische Entscheidungsfindung der Bürokraten überwogen.⁴⁸⁴ Generell ermöglichten die demokratischen Praktiken in Kombination mit der kulturellen Überzeugung in Taiwan die Aufrechterhaltung der staatlichen Entwicklungsverpflichtungen. Die politisch-ökonomischen Strukturen trugen zu einer beträchtlichen Pfadabhängigkeit bei den verfolgten politischen Zielen bei. Daher wurden neue politische Instrumente eingesetzt, um bei der Verfolgung von Entwicklungszielen mit einem breiteren Spektrum von Wirtschaftsakteuren zusammenzuarbeiten.⁴⁸⁵

⁴⁸¹ Hsiao 2019; Chiavacci/Grano 2020, 12; Tien 1988, 42; Shan/Zheng 2018.

⁴⁸² Siehe bspw. Chu 2016, 119.

⁴⁸³ Siehe bspw. Chiavacci/Grano 2020.

⁴⁸⁴ Kim 2018, 465f.

⁴⁸⁵ Chu 2016.

Der **Autoritarismus** und der damit einhergehende Glaube an die Zentralität des Staates im sozialen Leben (Etatismus bzw. Statismus), welcher die mobilisierende Modernisierung in Taiwan ermöglichte, war nicht rein konfuzianischer Natur. Er stellte vielmehr eine Variante des bürokratischen Autoritarismus dar, der durch die militaristische, autokratische Kolonialherrschaft Japans eingeführt und verstärkt wurde. Während der japanischen Fremdherrschaft entstand eine solide, stark zentralisierte Entwicklungsstruktur mit einem zusammenhängenden Staatsapparat. Diese Entwicklungsstruktur wurde im Laufe der Staatsbildung neu organisiert, umstrukturiert und regelmäßig angepasst.⁴⁸⁶

Taiwans Modell des Entwicklungsstaates

Als Erfolgsmodell für rasches Wachstum und globalen Aufstieg fungierte im ostasiatischen Raum der Entwicklungsstaat. Dabei schufen soziale und politische Institutionen, darunter der Staat, auf nachhaltige Weise einen komparativen Vorteil, indem sie die internationale Spezialisierung prägten. Der komparative Vorteil ist ein Produkt der staatlichen Politik und der relativen Effizienz. Neben höheren Wirtschaftsgewinnen galt die Zielsetzung ebenso der mehrdimensionalen Wertschöpfung, insbesondere der Transformation der mit der Entwicklung verbundenen sozialen und beruflichen Strukturen. Die Voraussetzungen waren eine durchsetzungsstarke politische Führung und internationale Kooperation, im Falle Taiwans mit den USA.⁴⁸⁷

Eingebettete Autonomie

Von besonderer Bedeutung sind die Art und Weise der staatlichen Eingriffe und ihre Effekte. Evans definierte zu diesem Zweck den Begriff der „eingebetteten Autonomie“.⁴⁸⁸ Die übliche Zuschreibung von Adjektiven wie dirigistisch, liberal oder interventionistisch für den staatlichen Einfluss bezieht sich hingegen auf die Abweichung von der idealtypischen Norm. Im Gegensatz zu einem „räuberischen“ Staat handelt der Entwicklungs-

⁴⁸⁶ Wong 2019; Vu 2010; Chu 2016; Copper 2009.

⁴⁸⁷ Leng/Lin 1993; Chu 2016; Chiavacci/Grano 2020; Gilpin 1987; Johnson 1999, 52; Chu 2014; Diamond/Shin 2014; Davison 2003; White 1988; Wade 1988.

⁴⁸⁸ Evans 1995.

staat nicht auf Kosten der Gesellschaft, sondern ermöglicht vielmehr den Fortschritt auf der Basis einer dezentralen privaten Umsetzung. Entwicklungsstaaten agieren als kohärente Akteure mit einer langfristigen Perspektive, stellen öffentliche Güter zur Verfügung und orientieren sich an Projekten, die über die Erfüllung der unmittelbaren Anforderungen der entscheidungsstärksten Wählerschaft hinausgehen. Die Entwicklung hängt aber nicht nur von der politischen Führung, sondern auch von strukturellen Charakteristiken ab, insbesondere der internen Organisation und der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.

Die **interne Organisation** eines Entwicklungsstaates basiert auf der Leistungsorientierung und der Meritokratie. Diese traditionellen konfuzianischen Werte bewirken Engagement, eine gemeinsame Perspektive, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und verleihen dadurch eine Art von Autonomie. Über institutionalisierte Kanäle erfolgt zwischen Staat und Gesellschaft die ständige Aus- und Neuverhandlung von Zielen und Politiken. Auf diese Weise wird die unternehmerische Autonomie sozial eingebettet, vernetzt und bildet eine grundlegende strukturelle Basis für die Entwicklung. Die Einbettung der Autonomie, nicht die Autonomie alleine, verleiht dem Entwicklungsstaat seine Wirksamkeit. Durch die Einbettung können Informationsquellen und Umsetzungsmechanismen genutzt werden, welche die staatliche Kompetenz stärken.⁴⁸⁹ In Taiwan stützte sich der Staat bei der effektiven Umsetzung des Entwicklungsstaates auf den Privatssektor, weil er selbst einen vergleichsweise geringen Zugang zu Privatkapital hatte. In Südkorea und Japan hingegen beruhte die symbiotische Beziehung zwischen Staat und Unternehmen auf der Tatsache, dass der Staat in einem kapitalarmen Umfeld über Zugang zu Kapital verfügte.⁴⁹⁰

Strategisches Wirtschaftswachstum

Japan mobilisierte insbesondere im Zeitraum zwischen 1930 und 1945 alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen seines Kaiserreichs. Im Zuge dessen legte es in Taiwan die institutionelle Grundlage für den starken Planungsstaat, vor allem in Bezug auf makroökonomische Interventionen, und die heutige **Pfadabhängigkeit**. Die unter eine strenge staatliche

⁴⁸⁹ Evans 1995.

⁴⁹⁰ Evans 1995, 51-54.

Kontrolle gestellte Wirtschaft war vollständig auf die Unterstützung der aggressiven Expansionskriege Japans ausgerichtet. Nach Kriegsende galten das Wirtschaftswachstum und die rasche Industrialisierung als wichtigste Priorität der bürokratischen, wirtschaftlichen und politischen Eliten. Angesichts der regionalen Instabilität bot die Kooperation mit den USA nicht nur ein Sicherheitsbündnis, sondern zudem eine entscheidende technologische und wirtschaftliche Unterstützung mit bevorzugtem Zugang zu den US-Märkten.

In den späten 1940er Jahren konzentrierte sich die Strategie für das Wirtschaftswachstum erfolgreich auf die Stabilisierung der Wirtschaft und die Reduktion der Inflation. Eine bedeutende Maßnahme der zielgerichteten staatlichen Wirtschaftsplanung war die **Landreform** 1948. Die Ziele umfassten die Nutzung des Arbeitskräftepotentials als Grundlage der Industrialisierung, die Privatisierung zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Ernährungssicherheit sowie die Steigerung der Sparquote. Ein Vierjahresplan legte 1953 Leitlinien für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung fest. Der Schwerpunkt lag auf der **Importsubstitution**. Dies resultierte aus den bürokratischen Exporthindernissen sowie der Knappheit an Kapital, Technologie und, wegen des Ausschlusses vom japanischen Markt, an Lebensmitteln. Die lokalen Industrien in den Bereichen Textilien, Lebensmittelverarbeitung, Düngemittel und Chemikalien verzeichneten einen raschen Anstieg.⁴⁹¹

Die Importsubstitution war bewusst als zeitlich begrenzte Strategie angelegt und von den USA finanziell und institutionell stark gefördert. Ende der 1950er Jahre ging Taiwan zur höchst erfolgreichen Strategie der **Exportförderung** über. Der kompetitive Vorteil resultierte aus den geringeren Arbeitskosten, insbesondere im Vergleich mit Japan. Zudem war der taiwanische Inlandsmarkt gesättigt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht und die Arbeitskräfte hatten an Qualifikation gewonnen. Exportiert wurden vor allem arbeitsintensive Konsumgüter aus kleinen Produktionsanlagen, etwa Textilien, verarbeitete Lebensmittel sowie Holz-, Leder- und Papierprodukte. Das Wirtschaftswachstum, der Mangel an Arbeitskräften und der Anstieg der Arbeitskosten erforderte in den 1970er Jahren eine erneute Strategieberücksichtigung, in deren Folge Qualität und Preis der Export-

⁴⁹¹ Zhang 2003; Copper 2009.

produkte anstiegen. Die Verfügbarkeit von Kapital ermöglichte die Förderung von kapitalintensiven Industrien, beispielsweise im Bereich der Elektronik, Metallerzeugnisse und Chemikalien. Der Ölpreisschock 1973/1974 traf Taiwan wegen der raschen Diversifizierung und Energiesparmaßnahmen in nur geringem Ausmaß. In den 1980er Jahren entstanden vor allem Computer- und andere wissensintensive Unternehmen. Ende der 1990er Jahre galt Taiwan als Exportweltmeister und Globalisierungsgewinner.⁴⁹²

Trotz der unterschiedlichen politischen Orientierungen blieben während der Regierungswechsel und einiger institutioneller Reorganisationen der politische Wille, die Politikkohärenz und die institutionelle Kapazität in Bezug auf die Entwicklungspolitik großteils konsistent. Die staatlichen Entwicklungsinstitutionen erlebten keine formelle Umstrukturierung, jedoch eine Schwerpunktverlagerung auf die urbane und soziale Entwicklung. Zudem wurde der Großteil der Staatsunternehmen in den 1990er Jahren wegen der politischen Nähe zur Kuomintang privatisiert. Die jeweiligen Entwicklungspolitiken hingen stark von der individuellen Fähigkeit der Präsidenten zur Mobilisierung ihrer sozialen Netzwerke ab. Ein entscheidendes Charakteristikum ist die Fähigkeit von Beamten und Forschern, die Forschung und Entwicklung von potentiellen Konkurrenzunternehmen zu koordinieren und ihnen den Aufstieg in der globalen Wertschöpfungskette zu ermöglichen.⁴⁹³ Die international wettbewerbsfähigen Lieferketten zeigen sich heute beispielsweise in der bewusst gestalteten Computerchipindustrie oder der Verteidigungsindustrie.

Entstehen der Zivilgesellschaft

Im Mittelpunkt stand jedoch nicht nur das Wachstum, sondern das „geteilte Wachstum“ mit Vorteilen für alle Bevölkerungsgruppen. Die zunehmende Kaufkraft und der allgemeine Wohlstand erweiterten die **Mittelschicht** und stärkten Stabilität und Mobilität. Die Mittelschicht wurde urbaner, kosmopolitischer, selbstbewusster und politisch aktiver.⁴⁹⁴ Mit Merkmalen, wie beispielsweise die Urbanisierung, die Professionalisierung oder die Bildung, die gemäß Bell die postindustrielle Gesellschaft charakte-

⁴⁹² Chu 2014; Wu 2018, 482; Zhang 2003; Copper 2009; Davison 2003.

⁴⁹³ Chu 2016.

⁴⁹⁴ Lipset 1960, 45-76; Metzler 2017.

risieren,⁴⁹⁵ erfüllte Taiwan typische Bedingungen der Moderne. Die genannten Merkmale sind zudem von höchster Relevanz für den Konfuzianismus.⁴⁹⁶ Zugleich nahmen die sozialen und politischen Konflikte zu. Die Entstehung der Mittelschicht führte zur Forderung nach politischer Partizipation und institutionellen Reformen. Die Expansion des privaten Wirtschaftssektors schuf privaten Wohlstand und unabhängige Einkommensquellen, die in Aktivitäten außerhalb der Kontrolle von Staat und Partei kanalisiert werden konnten. Dies verringerte die Abhängigkeit von der Patronage des Staates oder der Kuomintang. Zudem nahm der gesellschaftliche Pluralismus zu. Themenorientierte und berufsbezogene Interessensgruppen vermehrten sich, die sozialen Schichten verloren hingegen an Bedeutung. Der soziale Pluralismus legte den Grundstein für den politischen Pluralismus und das rasche Wachstum der Massenmedien. Die Kuomintang musste sich an die sozioökonomischen Veränderungen anpassen und adaptierte ihre Rolle und Parteistruktur.⁴⁹⁷ Die politische Entwicklung Taiwans entspricht damit im Großen und Ganzen der Modernisierungstheorie von Lipset oder von Geddes, wonach die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierung die Demokratie fördern, die durch eine fest verwurzelte Mittelschicht gestärkt wird.⁴⁹⁸

Die Forderung nach einer stärkeren politischen Beteiligung führte in den 1980er Jahren zu den ersten kollektiv organisierten Bewegungen für die politische Liberalisierung, 1986 zur Aufhebung des Kriegsrechts und später zur Demokratisierung.⁴⁹⁹ Doch auch danach blieb noch Jahre lang der Entwicklungsgedanke und das gemeinsame Wachstum der grundlegende Gesellschaftsvertrag.⁵⁰⁰ Die **Zivilgesellschaft** Taiwans definierte Alagappa als legitim, im Gegensatz etwa zur kontrollierten Zivilgesellschaft in Singapur oder Malaysia sowie der kooptierten Zivilgesellschaft in China oder Myanmar.⁵⁰¹ Die zivilgesellschaftliche Dynamik gründete sich auf einer anhaltenden und proaktiven Kraft.⁵⁰² Im Gegensatz etwa zu Thailand be-

⁴⁹⁵ Bell 1999.

⁴⁹⁶ Huang/Wu 2018; Rainey 2010.

⁴⁹⁷ Tien 1988, 249-253; Rubinstein 2015.

⁴⁹⁸ Lipset 1960, 45-76; Geddes 1999, 140.

⁴⁹⁹ Rubinstein 2015; Davison 2003.

⁵⁰⁰ Chiavacci/Grano 2020, 10f.

⁵⁰¹ Alagappa 2004.

⁵⁰² Fan 2004; Hsiao 2014.

stand in Taiwan eine positive trilaterale Verbindungen zwischen der Mittelschicht, der Zivilgesellschaft und der Demokratie.⁵⁰³ Beispielfür den tatsächlichen Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Institutionalisierung der Demokratie war die Stiftung für Justizreform, eine professionelle bürgerliche Organisation. Sie leistete wichtige Beiträge zum rechtsstaatlichen Aspekt der Demokratie. Sie veranschaulicht mit dem starken Aktivismus, jedoch geringer direkter Beteiligung von unten ein Hauptmerkmal der damals aufkeimenden taiwanesischen Zivilgesellschaft.⁵⁰⁴

Produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus

Charakteristischer Bestandteil des taiwanesischen Entwicklungsmodells ist ein produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus, in dem das relativ **schwache Sozialsystem** dem wirtschaftlichen Fortschritt untergeordnet ist. Die soziale Inklusion erfolgt auf der Basis des individuellen Beitrags zum nationalen Wachstum und dem daraus entstehenden gemeinsamen Nutzen und nicht durch Umverteilung zwischen den sozialen Klassen. Die Unterstützung gilt der wirtschaftlichen Stabilität von Unternehmen, der Produktion und den Arbeitsplätzen, jedoch weniger Einzelpersonen. Mit einem entwicklungspolitisch-universalistischen und zugleich einem korporatistischen Zugang fördert Taiwan daher das Wirtschaftswachstum, die Produktivität und die industrielle Entwicklung als grundlegende Ziele strategisch. Dabei spielten das Militär und die Verteidigungsindustrie stets eine bedeutende Rolle. Der Konfuzianismus gilt als bedeutender, aber variabler Wirkfaktor für den produktivistischen Wohlfahrtskapitalismus und wird von der politischen Ideologie überlagert. Prägend für die Ausgestaltung des Wohlfahrtsystems waren die traditionellen kulturellen Werte, insbesondere der familiäre Zusammenhalt und eine strikte Disziplin, die auch von neoliberalen Politikern betont werden. Die daraus resultierende, weiterhin pfadabhängige Sozialpolitik spiegelt daher die ideologischen Präferenzen wider.⁵⁰⁵ Aufgrund des öffentlichen Drucks und trotz des Widerspruchs zur Parteiideologie setzte sich die Kuomintang, um den politischen Wettbewerb mit der Demokratischen Fortschrittspartei für sich zu gewinnen, schrittweise für die Verbesserung des Sozialsystems ein. 1994 wurde etwa die Nationale

⁵⁰³ Hsiao 2019.

⁵⁰⁴ Chang 2019.

⁵⁰⁵ Holliday 2000; Hill/Hwang 2005; Walker/Wong 2005; Lin 2014; Ahn/Lee 2005.

Krankenversicherung etabliert, 1995 die Sozialhilfe für ältere Landwirte und 2007 das nationale Pensionssystem.⁵⁰⁶

Wendepunkte

Taiwan konnte die Nebeneffekte von raschem Wachstum vermeiden, etwa eine hohe Auslandsverschuldung oder Verwerfungen in einigen Wirtschaftssektoren. Die Inflation blieb niedrig, die Preise stabil und die Einkommensunterschiede verringerten sich sogar.⁵⁰⁷ Die **Wendepunkte** des „Wirtschaftswunders“⁵⁰⁸ waren die asiatische Finanzkrise 1997 und die Finanzkrise 2008 mit besonders harten Auswirkungen auf die Exportindustrie. Die Folgen waren Deindustrialisierung und Umstrukturierungen. Das Modell des Entwicklungsstaates wurde nicht nur durch das langsamere Wachstum untergraben, sondern insbesondere durch den gleichzeitigen Diversifizierungsprozess und die Entstehung von neuen sozialen Unsicherheiten. Die Reallöhne stagnierten und die Einkommensungleichheiten nahmen zu.⁵⁰⁹ Es kam zu einer Neukonfiguration der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, vor allem durch den Bedeutungszuwachs von sozialen Bewegungen und politischen Protesten. Bestehende Probleme erhielten eine neue Dynamik, etwa die Umweltverschmutzung. Dies ist insofern bedeutend, weil sich die Umweltbewegung Mitte der 1980er Jahre in Taiwan zu einem wichtigen politischen Akteur entwickelt hatte. Mit ihren Protesten gegen die Naturzerstörung beschleunigte sie den politischen Wandel und die Liberalisierung. Auf der internationalen Ebene veränderte der Aufstieg Chinas das regionale Machtgleichgewicht und trug zu zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten in Taiwan bei. Gleichzeitig profitierte Taiwan von der Transformation Chinas, insbesondere durch taiwanesischen Investitionen in die chinesische Industrie.⁵¹⁰

⁵⁰⁶ Lin 2014.

⁵⁰⁷ Siehe bspw. Copper 2009, 178.

⁵⁰⁸ Siehe bspw. Copper 2009, 178.

⁵⁰⁹ Bush/Hass 2021.

⁵¹⁰ Chiavacci/Grano 2020.

Geoökonomie

Die Geoökonomie veranschaulicht die strategische Interaktion zwischen staatlichen Einrichtungen und unterschiedlichen Wirtschaftssektoren zur Stärkung der staatlichen Machtposition im internationalen System.⁵¹¹ Chinas Aufstieg lenkte die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger und der Wissenschaft auf die wirtschaftliche Staatskunst. Im Mittelpunkt stand dabei zum einen vor allem das Ausmaß der Ausnutzung wirtschaftlicher Asymmetrien für politische Zwecke und zum anderen das Ausmaß des Abschlusses internationaler Übereinkommen, die Nicht-Mitglieder benachteiligen. Diese zwei Aspekte verschärfen die internationalen Spannungen.⁵¹²

Die Wirtschaftskapazität, die technologische Innovationsfähigkeit und die Einbettung in die Weltwirtschaft sind grundlegend für die Bewahrung der Eigenständigkeit Taiwans. Es nutzt daher die Erhöhung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit als Instrument des internen Machtausgleichs, etwa durch die Marktliberalisierung und insbesondere auf der Basis von Innovation.⁵¹³ Heute nimmt Taiwan in der Weltwirtschaft eine Schlüsselposition ein. Über strategische Relevanz nicht nur in den globalen Lieferketten, sondern auch in der Sicherheitspolitik verfügt insbesondere der in der Halbleiterindustrie technologisch führende Konzern TSMC. Die drei strukturell am stärksten auf Taiwan einwirkende Kräfte sind eine potenzielle Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sinkende Finanzressourcen und die Überalterung.⁵¹⁴

Chinas geoökonomische Strategie gegenüber Taiwan zeigt, wie es wirtschaftliche Mittel zur Erreichung umfassenderer geopolitischer Ziele einsetzte. Beispielhaft ist das im Juni 2010 unterzeichnete Rahmenabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit (Economic Cooperation Framework Agreement, ECFA) zur Liberalisierung wichtiger Aspekte der bilateralen Wirtschaftsbeziehung. In der Folge entwickelte sich China zum größten Handelspartner sowie zur wichtigsten Export- und Investitionsdestination

⁵¹¹ Csurgai 2022; Gilpin 1987, 116f.

⁵¹² Skalnes 2022.

⁵¹³ Bush 2014.

⁵¹⁴ Chu/Chang 2018.

Taiwans. 2021 betrug das Handelsvolumen 210 Mrd. US-Dollar. Jährlich besuchen 4 Mio. chinesische Touristen Taiwan.⁵¹⁵ Parallel zur wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung und gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit nutzte China seinen geökonomischen Einfluss zur diplomatischen Isolierung Taiwans, indem es Ländern für den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Taiwan wirtschaftliche Vorteile und Investitionen gewährte. Auf diese Weise versucht China, Taiwan zur politischen Integration mit dem chinesischen Festland zu drängen.⁵¹⁶

Andererseits brach China 2016 den offiziellen Dialog mit Taiwan ab, nachdem trotz der alternierenden Präsidentschaft der zwei Großparteien die Demokratische Fortschrittspartei 2016 erstmals seit 1996 sowohl die Präsidentschaftswahl, als auch die Parlamentswahl für sich gewinnen konnte. Als Konsequenz stärkte Taiwan seine wirtschaftliche Diversifizierung, konnte seine ökonomische Abhängigkeit von China jedoch kaum reduzieren. Bei seinem Streben nach bilateralen und regionalen Handels- und Investitionsabkommen stößt Taiwan auf Schwierigkeiten.⁵¹⁷

China betrachtete die **taiwanesischen Wirtschaftsführungskräfte in China** (taishang) als politische Ressource in Bezug auf die Wiedervereinigung, insbesondere unter Hu Jintao. Institutionalisiert wurde der chinesische Zugang mit den taiwanesischen Wirtschaftsverbänden, die in den 1990er Jahren in China gegründet wurden. Die Führungskräfte standen in Verbindung mit dem Amt für Taiwan-Angelegenheiten des Staatsrats, seinen nachgeordneten Behörden und den örtlichen Partei- und Regierungseinheiten. Die Sekretariate der Verbände wurden von diesen chinesischen Organisationen gestellt. Dennoch konnte China, insbesondere im Gegensatz zu Hongkong, das Potential der taiwanesischen Taishang nicht erfolgreich zur Durchsetzung seiner politischen Ziele in Taiwan nutzen. Der schwache Einfluss der taiwanesischen Führungskräfte beruhte auf ihren unterschiedlichen Geschäftsinteressen und der Schwierigkeit, eine gemeinsame Position zu grundlegenden politischen Fragen zu finden. Ein Konsens bestand eher über die Änderung der geschäftsschädigenden Politik Taiwans. Allerdings fehlten den Geschäftsleuten die institutionellen Kanäle

⁵¹⁵ MOFA 2022.

⁵¹⁶ Csurgai 2022; Bush 2014.

⁵¹⁷ Lin 2020, 134.

zur Durchsetzung ihrer Präferenzen in Taiwan. Manche Taishang fürchteten im Falle der Wiedervereinigung den Verlust der Vorzugsbehandlung durch China. In erster Linie beeinflussten die Taishang den politischen Prozess Taiwans durch ihre Stimmen – allerdings nur als kleine Wählergruppe – und durch Wahlkampfspenden. Die Spenden gingen jedoch an beide Großparteien. Ihre Identitäten veränderten sich zudem nach Kontext. Sie beschäftigten sich etwa mehr mit den Beziehungen zu Lokalregierungen, als mit nationalen Politikentwicklungen.⁵¹⁸

7) WIRKBEREICHE DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

7.1 KOOPERATION & PARTNERSCHAFTEN

Tsai Ing-Wen spezifizierte 2010 ihre Vorgangsweise folgendermaßen:

„Die Demokratische Fortschrittspartei geht auf die Welt zu und geht mit der Welt auf China zu, während die Kuomintang auf China zugeht und mit China auf die Welt zugeht.“

Daher stehe bei ihr die Außenpolitik an erster Stelle und die China-Politik an zweiter Stelle.⁵¹⁹ In seinen Außenbeziehungen strebt Taiwan nach Status und Eigenständigkeit. Politische Bedeutung haben insbesondere die offiziellen Bemühungen um die diplomatische Anerkennung, aber auch inoffizielle Kontakte.

Die Taiwanpolitiken der unterschiedlichen Länder differieren insbesondere in der Sicherheitspolitik, der Außenpolitik und der Außenwirtschaft. Die engsten Kooperationspartner USA und Japan agieren proaktiv, nichtstaatlich und unter Einhaltung der Souveränitätsschwelle. Die meisten Länder im indopazifischen Raum, etwa Südkorea oder Indien, verhalten sich hingegen zurückhaltender und weniger sichtbar. Die Zusammenarbeit Japans, Südkoreas und Singapurs mit Taiwan geht auf die historischen Beziehungen zurück. Südkorea brach seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan als letztes Land Asiens 1992 ab.

⁵¹⁸ Keng/Schubert 2010; Bush 2014.

⁵¹⁹ Fell 2018.

Japan konnte auch nach dem zweiten Weltkrieg seine enge kulturelle und gesellschaftliche Verbindung zu Taiwan aufrechterhalten. Trotz der Anerkennung der Volksrepublik China 1972 und des Abbruchs der offiziellen Kontakte mit Taiwan baute es zahlreiche politische Kanäle für einen Austausch auf Arbeitsebene aus. Der Territorialkonflikt um die Diaoyu / Senkaku-Inseln als größter Konfliktpunkt wurde 2013 mit einem Fischereiabkommen entschärft. Japans Neubewertung der Taiwan-Beziehung in den vergangenen Jahren resultiert aus der aktualisierten Risikobewertung. Chinas militärische Machtprojektion und sein Konflikt mit den USA erhöhen das Eskalationsrisiko. Im Konfliktfall wäre Japan unmittelbar wegen der geographischen Nähe und der US-Militärbasen auf der Insel Okinawa betroffen. Ähnlich den USA legt sich Japan mit strategischer Ambiguität nicht auf eine klare Vorgangsweise im Falle eines militärischen Konflikts fest. Damit erhöht es die Abschreckung und stärkt den Status quo. Denkbar wäre eine logistische Unterstützung der USA durch Japan.⁵²⁰

Tsai Ing-wens **Neue Südpolitik** (New South Bound Policy) ist eine außenpolitische Initiative zur Diversifizierung der Außenbeziehungen mit 18 ausgewählten regionalen Partnern, insbesondere Australien, Neuseeland und Ländern in Südostasien, aber auch in Südasien. Bisher setzten drei taiwanesischen Präsidenten mit unterschiedlicher politischer Orientierung Südpolitiken um, und zwar 1994, 1998 und 2002 unter dem Namen „Go South“. Die von Tsai Ing-wen reaktivierte Initiative dient seit 2016 in erster Linie als Kooperationsplattform für spezifische Wirtschaftsbereiche, vor allem Landwirtschaft, Medizin und öffentliche Gesundheit. Beispielhaft ist das bilaterale Investitionsabkommen mit den Philippinen oder eine multilaterale Krankenhauskooperation mit Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand und den Philippinen. Zudem unterstützt Taiwan die Indopazifikstrategie und die Infrastrukturinitiativen der USA. Zu den Herausforderungen zählen die Nachhaltigkeit der Südpolitik, ihre Ressourcen und die Koordination zwischen den Interessensvertretern. Abzuwarten bleiben die langfristigen innenpolitischen Konsequenzen, etwa in Bezug auf den einheimischen Arbeitsmarkt, und die regionalen Folgen, insbesondere in Bezug auf China.⁵²¹

⁵²⁰ Wang 2000; Feng 2007.

⁵²¹ Parameswaran 2019; Bondaz 2017.

Die Länder **Lateinamerikas** bewegten sich geschickt zwischen dem bereits länger auf dem Kontinent agierenden Taiwan und China, indem sie die diplomatische Anerkennung als Druckmittel einsetzten. Ma Ying-jeou erzielte im Rahmen des Peking Konsens 1992 einen „diplomatischen Waffenstillstand“ mit China. Taiwan stellte daraufhin seine Unterstützung in Lateinamerika von Bargeldzahlungen auf Infrastrukturprojekte um und strebte nach Freihandelsabkommen. Anfang des 21. Jahrhunderts kippte das Gleichgewicht in Richtung China. Nach Tsai Ing-wens Aufgabe des Peking Konsens 2016 startete China den diplomatischen Wettstreit erneut. Innerhalb von fünf Jahren gewann China acht neue Verbündete, vier davon in Lateinamerika. Von den verbliebenen 14 internationalen Verbündeten Taiwans stammen acht aus Lateinamerika.⁵²² Der US-Kongress verabschiedete 2019 den Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative (TAIPEI) Act, der Taiwan insbesondere in Lateinamerika unterstützen soll. Das Gesetz ermächtigt die USA zu Strafmaßnahmen, etwa die Streichung von Auslandshilfen, gegen jene, die sich diplomatisch von Taiwan abwenden.⁵²³

8) LANDESVERTeidIGUNG TAIWANS

Taiwans Sicherheit beruht auf dem politischen Willen und den militärischen Fähigkeiten. Das grundlegende Konzept der Landesverteidigung umfasst die Wahrung der nationalen Souveränität und der Demokratie, die Schaffung eines bedrohungsfreien Umfeldes, den Schutz für das Überleben und die Entwicklung Taiwans sowie die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität.

Die **Herausforderungen** sind die militärische Stärke und die zunehmende Machtprojektion Chinas, Taiwans geographische Nähe zu China, die kleine Landesgröße, die geologische Beschaffenheit Taiwans sowie die Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen aus wenigen Quellen.⁵²⁴ Die histori-

⁵²² Belize, Guatemala, Haiti, Honduras, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen.

⁵²³ U.S. Congress 2020; Wang/Lee 2022b.

⁵²⁴ MOD 2021b; Swaine 2005; Swaine/Mulvenon 2001.

schen Vorteile der technologischen Überlegenheit gegenüber China und der Inselverteidigung erodierte zunehmend. Sie können auch durch neue Konzepte, die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit, die Stärkung der Verteidigungsindustrie und den Aufbau von Kriegsvorräten nur bedingt ausgeglichen werden.⁵²⁵

Die **Bedrohungswahrnehmung** Taiwans wechselte seit den späten 1980er Jahren analog zu den Veränderungen der chinesischen Gesamtpolitik gegenüber Taiwan. Vor 1993, als China die friedliche Wiedervereinigung unter dem Ansatz „Ein Land, zwei Systeme“ betonte und beide Seiten bilaterale Gespräche führten, galt die Gefahr als gering. Mit dem Beginn von chinesischen Militärübungen zur Verhinderung einer potentiellen Unabhängigkeitserklärung Taiwans nach 1993 nahm die Besorgnis Taiwans zu. Nach der Machtübernahme durch Hu Jintao 2002 und einer gemäßigeren Politik gegenüber Taiwan sankt die Bedrohungswahrnehmung wieder, obwohl China die Modernisierung seiner Streitkräfte begann und Raketen gegenüber Taiwan stationierte. Im vergangenen Jahrzehnt nahm die Gefahrenperzeption schrittweise zu.

Als Reaktion auf die Wahrnehmung der von China ausgehenden Bedrohung entwickelte Taiwan seine Streitkräftestruktur und Beschaffungspolitik. Beispielfhaft ist der Wechsel in der Militärstrategie und der operativen Doktrin von „solider Verteidigung und wirksamer Abschreckung“ und „Verteidigung in der Tiefe“ zu „wirksamer Abschreckung und solider Verteidigung“ und „entschlossener Feldzug über das Territorium hinaus“ unter Chen Shui-bian.⁵²⁶

Die **Verfassung Taiwans** befasst sich in zwei Artikeln direkt mit der Rolle des Militärs.⁵²⁷

In Artikel 137 ist festgehalten:

„Ziel der Landesverteidigung der Republik China ist es, die nationale Sicherheit zu gewährleisten und den Weltfrieden zu erhalten. Die Organisation der Landesverteidigung wird durch Gesetze geregelt.“

⁵²⁵ MOD 2019a; Pillsbury 2011.

⁵²⁶ Ding/Huang 2011.

⁵²⁷ Taiwan Documents Project 2002c.

Artikel 138 besagt:

„Die Land-, See- und Luftstreitkräfte der Nation sollen über persönlicher, regionaler und parteipolitischer Zugehörigkeit stehen und dem Staat gegenüber loyal sein und das Volk schützen.“

Dies wird durch das Nationale Verteidigungsgesetz unterstützt. Zur Zielerreichung gelten drei Aufgabenbereiche als **Leitlinien**. Erstens die Verhinderung von Konflikten durch den Aufbau einer nachhaltigen Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit. Zweitens die Stabilitätssicherung in der Taiwanstraße, etwa durch den Austausch von Sicherheitsinformationen. Drittens die Verteidigung des nationalen Territoriums durch militärische Bereitschaft, effektive Abschreckung und entschlossene Verteidigung.⁵²⁸

In seiner **strategischen Haltung** bezieht sich Taiwan auf den Grundsatz, dass es sich *„nur aus eigener Kraft retten kann“*.⁵²⁹ Der Nationale Verteidigungsbericht 2021 betonte zudem den Grundsatz des chinesischen Militärstrategen Sunzi, *„dass man sich nicht darauf verlassen soll, dass der Feind nicht kommt, sondern auf die eigene Fähigkeit, ihm zu begegnen“*.⁵³⁰

Im Rahmen der **Doktrin der „totalen Verteidigung“** (all out defense) soll das Bewusstsein der Bevölkerung für die spezifische Verteidigungskultur sowie die historische Relevanz der Verteidigung und dadurch die nationale Solidarität erhöht werden. Dies erfolgt etwa über das entsprechende Bildungsgesetz *All-out Defence Education Act* von 2005,⁵³¹ zuletzt aktualisiert 2019.⁵³²

Die **Verteidigungsstrategie** stellt den Kräfteaufbau, die Kampfbereitschaft und die Landesverteidigung in den Mittelpunkt. Basierend auf der Entwicklung der Lage in der Taiwanstraße und der generellen Sicherheitsbedrohungen verstärkte Taiwan seine Sicherheitsbemühungen, die sich insbesondere auf asymmetrische Konzepte stützen. Es professionalisiert die Verteidigung, vor allem durch Modernisierung und Reformen. Zudem

⁵²⁸ MOD 2012; Cole 2006.

⁵²⁹ MOD 2021a.

⁵³⁰ MOD 2021a.

⁵³¹ MOD 2005.

⁵³² MOE 2019; Stockton 2007, 66ff; Cole 2006.

strebt Taiwan nach der Verwirklichung einer selbstständigen Verteidigung. Dazu soll die zivil-militärtechnologische Integration vorangetrieben werden, etwa durch Förderungen von Unternehmen und Forschungsprojekten. Außerdem will Taiwan die strategischen Kooperationen ausweiten.

Taiwans **Militärstrategie** ist die „entschlossene Verteidigung und die Mehrbereichsabschreckung“. Der Fokus liegt auf Aufbau und Einsatz der gemeinsamen Fähigkeiten von drei Teilstreitkräften und der Integration ziviler Ressourcen. Als Grundlage dient das Konzept der Gesamtverteidigung.⁵³³

Der Anteil des **Verteidigungsbudgets** am gesamten Staatshaushalt stieg in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich 3 % pro Jahr von 16 % auf 17 %. 2021 betrug das allgemeine Verteidigungsbudget 12,6 Mrd. US-Dollar. Hinzu kommt ein Extrabudget von 9 Mrd. US-Dollar für fünf Jahre, insbesondere für Langstrecken- und Schiffsabwehrwaffen. Das allgemeine Verteidigungsbudget verteilt sich zu 46,9 % auf das Personal, zu 27,4 % auf Betrieb und Unterstützung sowie zu 25,7 % auf Militärintvestitionen.⁵³⁴

Zum Vergleich: **Chinas Verteidigungsbudget** war 2021 mit 208,5 Mrd. US-Dollar weltweit das zweithöchste. Der Anteil am BIP beträgt 1,75 %, das jährliche Wachstum durchschnittlich 7 %. Die Verteidigungsausgaben verteilen sich zu 41 % auf Investitionen, zu 31 % auf das Personal und zu 28 % auf die Instandhaltung.

Alle zwei Jahre veröffentlicht Taiwan einen Nationalen Verteidigungsbericht, zuletzt 2021.⁵³⁵ Ebenfalls 2021 erschien auch die alle vier Jahre publizierte National Defense Review.⁵³⁶ Der Nationale Verteidigungsbericht 2021 legte den Schwerpunkt auf die Resilienz der Streitkräfte. Er unterstrich die Bemühungen in Bezug auf die Verteidigungsreform, den Streitkräfteaufbau, die Entwicklung der Kapazitäten und die Optimierung der strategischen Umsetzung. Mit dem Institut für Nationale Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (Institute for National Defense and Security Re-

⁵³³ MOD 2021a.

⁵³⁴ MOD 2021a, 131; Yeo 2021.

⁵³⁵ MOD 2021a.

⁵³⁶ MOD 2021b.

search, INDSR) verfügt Taiwan über ein Instrument zur Vertiefung der strategischen Kommunikation und des Dialogs mit strategischen Forschungsgemeinschaften. Die Denkfabrik soll Taiwans Bereitschaft zur Beteiligung an der Bewältigung regionaler Sicherheitsfragen zum Ausdruck bringen.

Zielsetzungen der taiwanesischen Landesverteidigung

Im Mittelpunkt der umfassenden Landesverteidigung Taiwans steht die **Zielsetzung**, einen Krieg zu verhindern.⁵³⁷ Denn abgesehen von der generellen Unvorhersehbarkeit eines jeden Krieges würde eine offene militärische Auseinandersetzung zwischen Taiwan und China hohe Kosten für beide Seiten sowie eine grundlegende Veränderung der sicherheitspolitischen und strategischen Umgebung nicht nur in Ostasien, sondern auch auf der globalen Ebene mit sich bringen.⁵³⁸

Die Schaffung einer widerstandsfähigen und - in der langfristigen Planung - autonomen Landesverteidigung dient dem verfassungsmäßigen Schutz des Landes und als Instrument der Abschreckung. Die Streitkräfte sollen zu einer multifunktionalen, mobilen und schnellen Eingreiftruppe aufgebaut werden. Die Prioritäten lagen etwa auf der Erhöhung der asymmetrischen Kapazitäten, der Kampffähigkeit und der Gefechtsbereitschaft. Zur Effizienzsteigerung der Streitkräfte setzt Taiwan auf ein Gefechtsfeldmanagement. Im Rahmen der verbesserten Ausbildung soll das Gefechtsfeld noch realitätsnäher simuliert werden. Wegen der raschen militärtechnologischen Entwicklung spielen die Beschaffung von modernen Rüstungsgütern und die Neuausrichtung der militärischen Organisation eine wichtige Rolle. Auf der Grundlage des Gesetzes zur Entwicklung der Verteidigungsindustrie⁵³⁹ konnte Taiwan die Eigenständigkeit der Streitkräfte in manchen Bereichen verbessern. Ein bedeutendes Projekt ist die Reform der Mobilisierungsmechanismen für die Reserven. Dies bezieht sich etwa auf die Organisation, die Truppenstärke, die Laufbahnverwaltung, die Ausbildung und die Ausrüstung der Reserve. Dazu etablierte Taiwan zu Jahresbeginn 2022 die All-

⁵³⁷ MOD 2021a.

⁵³⁸ Yang 2004.

⁵³⁹ MOD 2019b.

out Defense Mobilization Agency (ADMA) als eigene Mobilisierungsagentur.⁵⁴⁰

Verteidigungsfähigkeit Taiwans

Die bisherigen Fortschritte bei den **Reformbemühungen** beruhen auf der politischen Unterstützung und der allgemeinen gesellschaftlichen Zustimmung zu einigen spezifischen Änderungen, etwa zur Entpolitisierung des Militärs und zur Stärkung der zivilen Kontrolle. Ein weiterer Wirkfaktor ist der große wirtschaftliche Druck zu Kostensenkungen, etwa durch die Verkleinerung des Militärs. Entscheidend ist die relative Leichtigkeit, mit der technische oder ausbildungsbezogene Veränderungen an Militäreinheiten vorgenommen werden können, etwa im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft oder die Nachtkampffähigkeit. Zudem übten die USA stets einen externen Druck zur Umgestaltung aus, insbesondere in Bezug zu Rüstungskäufen, organisatorischen Umstrukturierungen und strategischen Konzeptualisierungen.⁵⁴¹

Nationale Verteidigungsfähigkeit

Die nationalen Verteidigungsfähigkeiten betreffen die hierarchische und die organisatorische Verteidigungsorganisation sowie die Streitkräftestruktur. Taiwan verfügt über ein demokratisches Verteidigungssystem mit ziviler Kontrolle über das Militär und einem einheitlichen Führungs- und Entscheidungsorgan. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist das Staatsoberhaupt und der Verteidigungsminister ist ein Zivilist. Das Verteidigungsministerium verantwortet die Politikgestaltung, die Befehlsgewalt und die Rüstungsaufgaben. Es unterbreitet Vorschläge zur Verteidigungspolitik und formuliert eine entsprechende Militärstrategie. Um wichtige verteidigungspolitische Maßnahmen und Leitlinien zu beschließen, kann der Präsident den nationalen Sicherheitsrat einberufen. Die Formulierung der Verteidigungspolitik, die Konsolidierung der nationalen Stärke und die Kontrolle der untergeordneten Behörden verantwortet der Exekutiv-Yuan. Die Streitkräftestruktur wird für die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und

⁵⁴⁰ MOD 2021a.

⁵⁴¹ Swaine 2005.

Luftwaffe laufend angepasst. Sie resultiert aus der Lagebewertung, dem Truppenaufbaukonzept, den Zeitplänen für die Rüstungsbeschaffung und der Zuteilung von Verteidigungsressourcen. Die Gesamtstärke der Streitkräfte ist auf 215.000 Mann begrenzt.

Die **Kompetenzentwicklung** orientiert sich an einer asymmetrischen Kriegsführung, die gegnerische Schwachstellen ausnutzt, und an defensiven Operationen.⁵⁴² Dabei zählt für Taiwan Innovation mehr als ein Rüstungswettlauf. Der Streitkräfteaufbau orientiert sich an einem Zehn-Jahres-Konzept. Er konzentriert sich auf den Abstandsangriff, die Luftabwehr, die Seekontrolle, die Heimatverteidigung, die Kriegsführung in den Bereichen Information, Elektronik und Cyber sowie die gemeinsame C2ISR (Führung, Kontrolle, Information, Überwachung und Aufklärung; command, control, intelligence, surveillance and reconnaissance). Darauf abgestimmt steuert Taiwan die Entwicklung der Beschaffungs- und Forschungsprogramme.

Zur Optimierung der Effektivität bei der Erfüllung der Aufgaben der Landesverteidigung muss Taiwan die verfügbaren und begrenzten Ressourcen angemessen zuweisen und verwalten. Die **Beschaffung** von Rüstungsgütern stimmt Taiwan mit der langfristigen strategischen Umgebung, der Bewertung der künftigen Bedrohungen, den langfristigen Einsatzszenarien sowie den künftigen strategischen Konzepten und Kompetenzanforderungen ab. Der Erwerb von wichtigen Fähigkeiten soll beschleunigt werden.

Zur **Integration der Fähigkeiten** setzt Taiwan auf die Stärkung der gemeinsamen Führungsmechanismen und Kompetenzen, die Neuausrichtung der Planung der Kompetenzentwicklung, die Verbesserung der Kampffähigkeiten, die Eingliederung der Fähigkeiten zur Informations- und elektronischen Kriegsführung, die militärtechnologische Modernisierung, die Optimierung von Logistik und Wartung, die Erhöhung der geistigen Verteidigungsbereitschaft und nachhaltige Reservekräfte.⁵⁴³

⁵⁴² MOD 2021a; MOD 2019a; MOD 2017; MOD 2015; MOD 2004, 63-68.

⁵⁴³ MOD 2021a, 59.

Autonome Verteidigungsfähigkeit Taiwans

Taiwan strebt nach einer unabhängigen und selbstständigen Verteidigungsfähigkeit. In Artikel 22 des Nationalen Verteidigungsgesetzes Taiwans ist als Grundsatz festgelegt, dass bei der Rüstungsbeschaffung zunächst eigene Produktionsquellen zu erschließen sind. Falls alternativ ein Erwerb aus dem Ausland gewählt wird, muss auf einen Technologietransfer bestanden werden.⁵⁴⁴ Als Rechtsgrundlage für die Entwicklung der **Verteidigungsindustrie** dient der Defense Industry Development Act. Dieses Gesetz wurde am 19.06.2019 veröffentlicht und trat zwei Jahre später in Kraft. Es erleichtert etwa staatliche Beteiligungen oder technologische Lizenzierungen und ermöglicht die Finanzierung oder den Erwerb zu Vorzugskonditionen.⁵⁴⁵

Taiwan beschleunigte die einheimische Forschung, Entwicklung und Produktion von zukunftsweisenden Verteidigungs- und Dual-Use-Technologien. Ausgereifte Verteidigungstechnologien werden proaktiv für zivile Anwendungen freigegeben und vom privaten Industriesektor genutzt. Dies förderte die gegenseitige Unterstützung zwischen der Landesverteidigung und der Industrie, insbesondere die industrielle Effizienz, die Patentanmeldungen und Investitionen. Beispielsweise initiierte das Verteidigungsministerium von 2019 bis 2020 drei Programme für die Forschung und Entwicklung von Dual-use-Technologien. Sie bezogen sich auf die Verbesserung der Schlüsseltechnologie für die Leistungselektronik und die integrierte Anwendung und Entwicklung für die Kommunikationsindustrie und die grüne Energieindustrie. Taiwan schuf spezifische Lieferketten und beherrscht Schlüsseltechnologien, etwa für Flugzeuge und Schiffe. Zudem unterstützt Taiwan die Verteidigungsindustrie beim Eintritt in die internationalen Lieferketten. Als Konsequenz ist die lokale Verteidigungsindustrie ein strategisch bedeutender Sektor und Arbeitgeber. Das Verteidigungsministerium kann Allzweckartikel für Forschung und Entwicklung, Produktion, Wartung, Kampftraining und administrative Tätigkeiten an zivile Unternehmen auslagern und ihnen dadurch die Möglichkeit geben, ihr technisches Niveau zu verbessern und Kapazitätslücken zu schließen. Das

⁵⁴⁴ MOD 2012.

⁵⁴⁵ MOD 2019b.

Outsourcing betrifft neben der Kategorie der Allzweckartikel auch den Erwerb und die Instandhaltung von Rüstungsgütern.⁵⁴⁶

Verteidigungspartnerschaften

Die engste und umfangreichste Verteidigungskooperation unterhält Taiwan mit den **USA**. Die Grundlage bildet der Taiwan Relations Act, die Sechs Zusicherungen von 1982 und der Taiwan Assurance Act von 2019.⁵⁴⁷ Der Taiwan Assurance Act wurde zum 40. Jahrestag des Taiwan Relations Act in Kraft gesetzt. Er stellt die Bedeutung Taiwans als wichtiger Bestandteil der regionalen US-Strategie fest und fordert die USA zu regelmäßigen Rüstungstransfers auf, um Taiwans Selbstverteidigungsfähigkeiten zu verbessern. Gemäß der dreistufigen Hierarchie nationale Sicherheit, Verteidigungsstrategie und Militäroperationen gliedert Taiwan die militärischen Austauschprogramme mit den USA in zehn Kategorien. Diese Kategorien sind der politische Dialog, die Verwaltung von ausländischen Rüstungsgütern und kommerziellen Verkäufen, die Rüstungsforschung und -entwicklung, die Verteidigungsevaluierung, die Verteidigungsprofessionalisierung, die Ausbildung und Schulung, der nachrichtendienstliche Austausch, die Kampfbereitschaft, die Logistik und Wartung sowie die Kommunikation, Führung, Kontrolle und Information (communications, command, control and information, C3I). Zwischen September 2019 und 2021 fanden insgesamt 384 Austauschprogramme mit 2.800 Personen statt. Der Schwerpunkt lag auf der Forschung und Entwicklung, der Cybersicherheit, der Gefechtserfahrung und den Verteidigungskapazitäten, insbesondere Information, Überwachung und Aufklärung (intelligence, surveillance and reconnaissance, ISR), Präzisionsschlägen sowie Führung und Kontrolle im Gefechtsfeld. Verstärkte Aufmerksamkeit richtet sich auf die Bedrohung durch das Streben Chinas nach Informationsdominanz.⁵⁴⁸

⁵⁴⁶ MOD 2021a.

⁵⁴⁷ U.S. Congress 2019.

⁵⁴⁸ MOD 2021a.

Historische Entwicklung der Verteidigungspolitik Taiwans

Die Streitkräfte der ersten chinesischen Republik wurden Anfang der 1920er Jahre als Revolutionsarmee gegründet, um China gegen die Kolonialmächte zu verteidigen. Im chinesischen Bürgerkrieg unterlagen die nationalistischen Streitkräfte Chiang Kai-sheks trotz der Unterstützung durch die USA der Roten Armee Mao Zedongs. Die vielfältigen Ursachen umfassen die Korruption, den Verlust der Unterstützung durch die Bevölkerung, mangelnde Führung und Kriegsmüdigkeit. Als besiegte und schlecht geführte Streitmacht kam sie Ende der 1940er nach Taiwan. Der Koreakrieg 1950 bis 1953 führte zu einer erneuten Unterstützung durch die USA. Diese zeigte sich in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten insbesondere bei der Entwicklung von Doktrinen, der Reorganisation, der Lieferung von moderner Ausrüstung und der Ausbildung. Obwohl die USA den gesamten Verteidigungsapparat berücksichtigten, blieb die Armee vorherrschend. Der Vorteil für die USA lag in den 1950er und 1960er Jahren in nachrichtendienstlichen Informationen über China durch Taiwan. Vor allem bis 1972 – der Annäherung der USA an China – diente Taiwan den US-Streitkräften als wichtiger Stützpunkt im Vietnamkrieg. Für die USA stellte die Aufrechterhaltung eines nationalistischen Regimes auf Taiwan eine Kampagne im Krieg gegen den internationalen Kommunismus dar. Für Taiwan ging es stets um das Überleben der Nation.

Somit ist die Bilanz des taiwanesischen Militärs für den Zeitraum des Kalten Krieges gemischt. Es entwickelte sich bis 1989 zu einer kompetenten und modernen Streitmacht. Doch die **militärische Kernstrategie Taiwans** basierte auf der Rückkehr auf das chinesische Festland, während die USA mit einer grundlegend anderen strategischen Sichtweise dieses Ziel für unerreichbar hielten. Denn Taiwans Militärkapazitäten waren zu schwach und die USA nicht für eine größere militärische Auseinandersetzung auf dem chinesischen Festland bereit. Zudem war ungewiss, ob die Festlandbevölkerung die Rückkehr der Nationalisten an die Macht gutheißen würde. Schon vor 1972 zeichnete sich ein grundlegender Wandel in den Beziehungen der USA zu Taiwan ab, der sich von der US-Unterstützung für militärische Operationen wegbewegte. Beispielsweise beendeten die USA

die US-Marinepatrouillen in der Taiwanstraße und zogen, aus anderen geopolitischen Überlegungen, ihre Streitkräfte aus der Region ab.⁵⁴⁹

Lee Teng-hui (1988 bis 2000) initiierte eine Militärdoktrin mit stark defensivem Charakter und effektiver Abschreckung. Die Militärstrategie galt der Verteidigung in der Tiefe, die auf die Verzögerung eines gegnerischen Vormarsches und den Zeitgewinn abzielte. In dieser Zeit verfügten die operativen Fähigkeiten Taiwans über einen gewissen Vorsprung gegenüber China, hätte jedoch einen Zermübungskrieg nicht lange durchgehalten. Doch trotz der langfristigen Militärbedrohung durch China überzog in Taiwan die Einschätzung, dass die Lage relativ stabil sei, weil die USA zur Aufrechterhaltung ihrer Position als führende Macht im indopazifischen Raum entschlossen waren. Beispielhaft war die Intervention der USA während der Taiwankrise 1995/96 vor der taiwanesischen Präsidentenwahl. Zudem intensivierten sich die Geschäftsbeziehungen zwischen Taiwan und China zunehmend. In der Folge beurteilten taiwanesischen Analysten die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts als abnehmend.⁵⁵⁰

Die unter **Chen Shui-bian** (2000 bis 2008) entwickelte Verteidigungspolitik war die erste umfassende Reaktion auf die Modernisierung des chinesischen Militärs. Die traditionelle Militärstrategie wurde von „solide Verteidigung, wirksame Abschreckung“ auf „wirksame Abschreckung, solide Verteidigung“ umgedreht. Dies spiegelte eine neue Auffassung vom Wert des Raumes in der Taiwanstraße. Denn die solide Verteidigung betrifft die traditionellen Konzepte der Bodenkriegsführung, während sich die wirksame Abschreckung auf Luft-, See- und Informationsoperationen bezieht. Bedeutsam war die Umkehrung der Prioritäten für die Ressourcenzuteilung und führte insbesondere zu einem Bedeutungsverlust der Armee.

Die neue operative Doktrin wurde von Chen Shui-bian am 16.06.2000 verkündet. Sie legte fest, dass „der entscheidende Feldzug jenseits der Grenze geführt werden soll“. Für den Fall, dass ein Angriff unmittelbar bevorzuzustehen schien, sollten „präventive Maßnahmen zur Neutralisierung feindlicher militärischer Ziele außerhalb des Territoriums“ getroffen werden. Die Zielsetzungen für die Fähigkeiten umfassten die Frühwarnung, Hochpräzi-

⁵⁴⁹ Swaine 2005; Cole 2006.

⁵⁵⁰ Ding/Huang 2011.

sionsschläge und die nachrichtendienstliche Überlegenheit. Im Mittelpunkt stand der Erwerb von US-amerikanischen Raketenabwehrsystemen und die Entwicklung einer einheimischen Rüstungsindustrie. Der Nationale Verteidigungsbericht 2002 betonte die Stärkung der Gegenschlagkapazitäten als Ziel, jener von 2004 die aktive Verteidigung unter dem Ausschluss von Präemptivschlägen. Die Übungsszenarien waren auf ein mögliches Vorgehen der chinesischen Streitkräfte und die Bekämpfung ihrer neuen Fähigkeiten ausgerichtet.⁵⁵¹

Ma Ying-jeou (2008 bis 2016) kehrte wieder zu Lee Teng-huis defensiver Militärstrategie der entschlossenen Verteidigung und effektiven Abschreckung zurück. Im Rahmen seiner „drei Verteidigungslinien“ platzierte er die Landesverteidigung erst an dritter Stelle. Vorgereiht waren die Entwicklung institutionalisierter Mechanismen für den Umgang mit China sowie die Präsentation der nationalen Stärke und Soft Power Taiwans auf der internationalen Ebene. Dabei bezog sich Ma Ying-jeou auf Sunzis Argument, dass die beste Verteidigung die Strategie ist. Als vorrangig für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit galt die Maximierung der gemeinsamen operativen Fähigkeiten, die Stärkung der asymmetrischen Kapazitäten und der Einbezug aller Verteidigungsfähigkeiten, insbesondere die Luftüberlegenheit und Seeblockadepkapazitäten.⁵⁵² Vor den Wahlen 2016 veröffentlichte die Denkfabrik New Frontier Foundation, die der Demokratischen Fortschrittspartei nahesteht, eine Reihe von Blaupapieren zur Verteidigung.⁵⁵³ Blaupapiere listen technische Spezifikationen auf und richten sich an Unternehmen. Weißbücher hingegen bereiten komplexe Themen prägnant auf. Beispielhaft ist etwa das Blaubuch zu den Militärkapazitäten Taiwans 2025⁵⁵⁴ oder zum Aufbau einer einheimischen Rüstungsindustrie.⁵⁵⁵

Entpolitisierung der Streitkräfte

Zu den historischen Schwächen zählt die Korruption, die Unterfinanzierung des Militärs sowie der Mangel an Kapazität und militärischer Bereit-

⁵⁵¹ MOD 2004, 65; MOD 2005; Ding/Huang 2011, 47; Goldstein 2016.

⁵⁵² Ding/Huang 2011, 47; Goldstein 2016.

⁵⁵³ New Frontier Foundation 2015a; New Frontier Foundation 2015b; New Frontier Foundation 2014; New Frontier Foundation 2013.

⁵⁵⁴ New Frontier Foundation 2015a.

⁵⁵⁵ New Frontier Foundation 2015b.

schaft. Nicht nur auf der strategischen und operativen Ebene, sondern auch in der Verwaltung und Politikgestaltung mangelte es an einer effektiven zivil-militärischen Zusammenarbeit. Die taiwanische Militärkultur war als Konsequenz der spezifischen historischen Bedingungen und des langen Bestehens der Militärdiktatur konservativ und lange Zeit veränderungsresistent. In den Demokratisierungsprozess waren die Streitkräfte, die über Jahrzehnte als Parteiarmee fungierten, direkt eingebunden, blieben jedoch bis in die späten 1990er Jahre der Kuomintang loyal verbunden. Mit der Professionalisierung übernahmen die Streitkräfte eine führende Rolle bei der Etablierung des westlichen Modells der zivil-militärischen Zusammenarbeit und damit der zivilen Kontrolle über die Landesverteidigung.

Die Herausforderungen lagen in den spezifischen organisatorischen Besonderheiten des zivil-militärischen Führungssystems und im beinahe vollständigen Mangel an zivilem Fachwissen in militärischen Angelegenheiten. Das bestehende Beinahe-Monopol der Streitkräfte auf militärisches Fachwissen stärkte tendenziell die Vorrechte der Berufsmilitärs und den Widerstand gegen die Einführung einer wirksamen zivilen Aufsicht. In diesem System war die formale Position des Verteidigungsministers vergleichsweise unbedeutend und sein Einfluss beruhte weitgehend auf seinem Prestige.⁵⁵⁶

Der Prozess der Entpolitisierung begann unter Chiang Ching-kuo. Er übernahm 1978, drei Jahre nach dem Tod seines Vaters Chiang Kai-shek, das Präsidentenamt. Das Gesetz zur Landesverteidigung und das Gesetz zur Reorganisation der Verteidigung gaben 2000 die Richtlinien vor.⁵⁵⁷ Die drei Zielsetzungen waren erstens die Entpolitisierung des Militärs. Zweitens die Etablierung einer einzigen zivilen Führungskette unter dem Präsidenten, dem Premierminister und dem Verteidigungsminister mit der gleichzeitigen Aufwertung der Autorität des Verteidigungsministers. Und drittens die Schaffung von umfangreicher ziviler Expertise innerhalb des Verteidigungsministeriums. Zudem wurden die Einheiten innerhalb des Ministeriums durch die Kategorisierung in Politik, Rüstung und Militäroperationen spezialisiert. Die wichtigen Entscheidungen über die strategische Planung,

⁵⁵⁶ Swaine 2005.

⁵⁵⁷ MOD 2021c; Chen 2009; Cole 2006, 149f; Swaine 2005.

Rüstungskäufe oder die Budgetierung verlagerte sich auf das Verteidigungsministerium.⁵⁵⁸

Herausforderungen der Landesverteidigung Taiwans

Der politische Wille Taiwans und die strategische Ambiguität der USA sind zwei bedeutende Schwachstellen in der Verteidigungsfähigkeit Taiwans. In der Überzeugung, dass China Taiwan letztlich nicht militärisch angreift, fehlte Taiwan lange Zeit der konsequente politische Wille zur Stärkung seiner Landesverteidigung. Hinzu kam die Überzeugung Taiwans, dass es im militärischen Konfliktfall gegen China auf die Unterstützung der USA zählen kann.⁵⁵⁹ Beispielhaft war die Entsendung zweier US-Flugzeugträger-Kampfgruppen in die Region anlässlich der China-Taiwan-Krise 1995/1996.

China nutzt diese zwei Schwachstellen. Es versucht, den politischen Willen Taiwans zu schwächen und ein militärisches Eingreifen der USA gegebenenfalls zu verzögern. Seine umfassende militärische Modernisierung und Aufrüstung konzentrierte China in den vergangenen Jahren auf alle Fähigkeiten, die seine Position in allen Szenarien, die Taiwan betreffen könnten, verbessern. Das militärische Gleichgewicht zwischen China und Taiwan steht häufig im Mittelpunkt von Debatten, wobei die Frage vielmehr lautet, wie lange Taiwan einem chinesischen Angriff standhalten könnte. Als Wendepunkt für das militärische Gleichgewicht gilt 2005, insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle des Luftraums über der Taiwanstraße.⁵⁶⁰ Möglich wäre eine Luft- oder Seeblockade oder eine limitierte Militäraktion, mit der China Taiwan eine Lehre erteilen möchte.⁵⁶¹ Ähnlich ging China 1962 gegen Indien oder 1979 gegen Vietnam vor. Eine amphibische Invasion Taiwans wäre aufgrund der Komplexität die schwierigste Variante.⁵⁶²

Von einer **Gewaltanwendung** sieht China ab, solange es langfristig einen möglichen Verhandlungserfolg sieht oder die Konfliktkosten den Vorteil übertreffen. Rote Linien sind die formelle Unabhängigkeitserklärung durch

⁵⁵⁸ Wu/Dai 2014; Cole 2006; Swaine 2005.

⁵⁵⁹ Cole 2006, 182f.

⁵⁶⁰ Cole 2017; Cole 2006.

⁵⁶¹ DOD 2020, 112-114; U.S. State Department 2020; Shambaugh 2000, 119; Cole 2006.

⁵⁶² Cole 2006, 169ff.

Taiwan, unbestimmte Schritte in Richtung Unabhängigkeit Taiwans, interne Unruhen in Taiwan, der Erwerb von Nuklearwaffen durch Taiwan, Verzögerungen auf unbestimmte Zeit bei der Wiederaufnahme des bilateralen Dialogs über die Wiedervereinigung, ausländische Interventionen in interne Angelegenheiten Taiwans und die Stationierung ausländischer Militärkräfte in Taiwan. Details dazu finden sich insbesondere in Artikel 8 des chinesischen Anti-Sezessionsgesetzes von 2005.⁵⁶³

Zu den Faktoren, die China von einem Militäreinsatz gegen Taiwan abschrecken könnten, zählen die Interessen Dritter, insbesondere der USA und Japans. Fraglich ist die tatsächliche Militärkapazität Chinas, vor allem im Falle einer Intervention durch die USA. Den chinesischen Streitkräften fehlt Kampferfahrung, zudem ist eine amphibische Invasion eine der schwierigsten Militäroperationen. Ein militärischer Konflikt würde die Wirtschaftsentwicklung Chinas in Mitleidenschaft ziehen, nicht zuletzt wegen der engen wirtschaftlichen Vernetzung mit Taiwan, und wahrscheinlich zu internationalen Sanktionen führen.⁵⁶⁴

⁵⁶³ Xinhua 2005; DOD 2020, 112-114.

⁵⁶⁴ Pillsbury 2011, 237f.

TEIL 4

MUSTER DER STRATEGISCHEN KULTUR TAIWANS

RESÜMEE

Zusammenfassung

Der Taiwan-Konflikt beruht auf dem (geo-) strategischen Wert Taiwans und dem geopolitischen Kontext. Seit 1949 zählt er zu den besorgniserregendsten globalen Brennpunkten und ist vor allem für Taiwan, China und die USA von höchster politischer Sensibilität. Er prägt Taiwans nationale Sicherheit auf allen Ebenen, die historisch belastete Beziehung zu China sowie die Politik der USA, dem Hauptsicherheitsgaranten Taiwans. Jede Veränderung der Situation in der Taiwanstraße wirkt sich auf die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung der Region aus. Die strategische Lage Ostasiens umfasst zudem den Antagonismus zwischen China, Japan und Südkorea, die Instabilität auf der koreanischen Halbinsel sowie die Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen und im Ostchinesischen Meer.

Mögliche Zukunftsszenarien umfassen den weiteren Beibehalt des Status quo, die politische Annäherung Taiwans an China, die Unabhängigkeit Taiwans sowie eine Invasion durch China zwecks Eroberung oder um Taiwan abzuschrecken. Möglich wäre auch eine „Finnlandisierung“, bei der China als stärkere Macht die politische Flexibilität Taiwans einschränkt, insbesondere auf Basis seiner Wirtschaftskraft, Taiwan jedoch seine politische Autonomie beibehält.

Die **USA** betrachten die geographische Lage Taiwans als essenziell für ihre Sicherheitsstrategie im indopazifischen Raum und insbesondere im globalen Systemwettbewerb mit China. Den seit 1979 bestehenden Taiwan Relations Act bestätigten die USA erneut 2020 mit dem Taiwan Assurance Act. Mit dem Taiwan Relations Act definierten die USA die Stabilität in der Taiwanstraße als internationales Interesse. Die US-Interessen liegen in der regionalen Abschreckung und der freien Marktwirtschaft Taiwans. Zur situativen Anpassung bedarf es keiner Änderungen, denn die skizzierte US-Politik ist klar genug zum Schutz der US-Interessen (und nicht der Ergebnisse der US-Politik) und elastisch genug, um den USA sowohl zu China, als auch zu Taiwan substantielle Beziehungen zu ermöglichen. Beispielhaft sind die von den USA im Taiwan Relations Act zugesagten Waffenlieferungen für die Selbstverteidigung Taiwans, deren Bedarf, Angemessenheit, Quantität und Qualität nicht näher ausgeführt werden.

Die strategische Ambiguität der USA entstammt dem Korea-Krieg Anfang der 1950er Jahre und ermöglicht den USA größtmögliche Flexibilität. Sie resultiert aus den widersprüchlichen Imperativen der Geschichte, der Geographie, der Innenpolitiken, der Sicherheitsverantwortung sowie der internationalen und regionalen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungsdynamiken. Einerseits deuten die USA eine mögliche Intervention zugunsten Taiwans an, lassen jedoch zugleich erkennen, dass sie eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Taiwans nicht unterstützen. Im Unterschied zum Ein-China-Prinzip Chinas verfolgen die USA die Ein-China-Politik. Die USA anerkennen Chinas Position, nehmen jedoch nicht zu deren Gültigkeit Stellung. Für die USA ist der Status Taiwans seit jeher unbestimmt und muss konsensual zwischen China und Taiwan gelöst werden.

Die **Volksrepublik China** sieht in Taiwan einen integralen historischen Bestandteil Chinas und einen bedeutenden Knotenpunkt der ersten Inselkette für die maritime strategische Tiefe im Vorfeld des Festlandes. Im Südchinesischen Meer konzentriert sich China auf die Entwicklung einer modernen Marine- und Weltraumstrategie. Die Ansichten Taiwans und Chinas divergieren in Bezug auf den Ursprung und die Identität Taiwans, das Territorium sowie die territoriale Konvergenz mit der staatlichen Souveränität. Auch in Taiwan selbst besteht Unklarheit über die territoriale Zugehörigkeit der in der Taiwanstraße gelegenen Inseln Jinmen, Penghu und Mazu. Dies ist in der von 1947 stammenden Verfassung Taiwans nicht festgelegt. Zudem erhob Taiwan aus komplizierten Gründen temporär auch Anspruch auf die Mongolei. Die inzwischen getroffenen Grenzvereinbarungen der Volksrepublik China, etwa mit den Ländern Zentralasiens, lehnt Taiwan ab und besteht weiterhin auf die ursprünglichen territorialen Ansprüche. Die Frage der Konvergenz des Territoriums mit der staatlichen Identität berührt die Erfüllung der Kriterien der Montevideo-Konvention zu den Rechten und Pflichten eines Staates. Taiwan definierte sich aus Gründen der politischen Legitimität als Regierung von ganz China (und umgekehrt), doch als Konsequenz stimmt sein tatsächliches Territorium nicht mit den Ansprüchen überein.

Die regionale und internationale **Positionierung Taiwans** resultiert vor allem aus seinem strategischen Wert, der politischen Realität und der internationalen Machtpolitik sowie seinem Rechtsstatus und der Legitimität. Die drei Hauptkräfte waren der Militarismus, die Industrialisierung und die

Demokratisierung. Wichtige Wendepunkte, insbesondere für die Sicherheitspolitik, die Innenpolitik und die bilaterale Beziehung mit China, waren etwa die diplomatische Isolierung 1979 und die Aufhebung des Kriegsrechts 1987.

Sicherheitspolitische Bedenken hegt Taiwan gegenüber China insbesondere in Bezug auf die militärische Modernisierung, die steigende Wahrscheinlichkeit für einen militärischen Gewalteinsatz sowie einen Strategiewechsel von der Abschreckung zu Zwangsmaßnahmen, etwa betreffend den Widerstandswillen der Bevölkerung. Seine Absichten legt China seit Jahrzehnten eindeutig dar, indem es die Umstände für einen Gewalteinsatz definierte, darunter insbesondere die Unabhängigkeitserklärung Taiwans und der Atomwaffenerwerb. Neben diesen Handlungen zählen jedoch in unklarem Maß auch Nichthandlungen, etwa im Rahmen der Konfliktlösung. Die relative Inaktivität des politischen Systems Taiwans in Bezug auf den Konflikt mit China entstammt den strukturellen Problemen, der politischen Parität, den verfassungsrechtlichen Anforderungen und der Wahldynamik. In Folge der spezifischen institutionellen Strukturen Taiwans und Chinas ist das **Sicherheitsdilemma** anders als üblich beschaffen. China stellt für Taiwan in erster Linie durch seine multisektorielle Einflusszunahme und die militärische Machtprojektion eine Gefahr dar. Die von Taiwan für China ausgehende Bedrohung ist jedoch nicht militärischer, sondern politischer Natur.

Weitere Wirkfaktoren für die Beziehung Taiwans zu China bzw. zu den USA (und damit indirekt für das Verhältnis zwischen China und den USA) waren stets der fragile internationale Status Taiwans, die Demokratisierung Taiwans mit der Konsolidierung der taiwanesischen Identität, die Innenpolitik sowie die zunehmende wirtschaftliche Interdependenz zwischen Taiwan und China. Trotz des politischen Dissens entwickelte sich aus strukturellen Gründen, insbesondere Taiwans informeller Wirtschaftsstruktur, in einem organischen Prozess eine enge, asymmetrische **Wirtschaftsintegration**. Die ökonomische Verbindung ist komplementär und funktional. Heute stellt China, gefolgt von den USA, mit 210 Mrd. US-Dollar den größten Export- und Importmarkt Taiwans dar. Die kumulierten taiwanesischen Investitionen in China betragen 2021 198 Mrd. US-Dollar. Der wirtschaftliche Fortschritt ermöglicht ein gewisses Maß an internationalem Engagement und Schutz vor der politischen Isolierung. Das Streben nach

wirtschaftlicher, insbesondere technologischer Autonomie ist der strategischen Kultur Taiwans inhärent und für das Überleben Taiwans unabdingbar. Die Wirtschaftskapazität, die technologische Innovationsfähigkeit und die Einbettung in die Weltwirtschaft sind grundlegend für die Bewahrung der Eigenständigkeit Taiwans. Aus diesem Grund stützt Taiwan seine nationale Sicherheit auf die wirtschaftlich-technologische Weltmarktführerschaft in strategischen Bereichen, etwa Mikrochips. Das Zusammenspiel der internationalen politischen Ökonomie mit der innenpolitischen Transformation brachte das moderne Taiwan hervor. Die rasche Wirtschaftsentwicklung unterstützte zwar zu Beginn die autoritäre Regierung, führte jedoch schließlich zu jenen gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Aufrechterhaltung des Autoritarismus zunehmend erschwerten. Denn die Globalisierung beeinflusst nicht nur die Beziehung zwischen dem Staat und den transnationalen Akteuren, sondern insbesondere zwischen dem Staat und den einheimischen Akteuren.

Die Wirkfaktoren für die **Demokratisierung** Taiwans waren die Art der Regierung, der Anpassungsprozess der Regierung, Legitimationskrisen, die politische Kultur, die Wirtschaftsentwicklung und die Zivilgesellschaft. Der bedeutendste externe Einfluss entstammte den USA. Das größte Hindernis für die Demokratisierung war die nationale Identität

In den Mittelpunkt seiner **Landesverteidigung** stellt Taiwan das Ziel der Kriegsvermeidung. Die Herausforderungen Taiwans sind, neben Chinas militärischer Stärke, die geographische Nähe von 160 km zu China, die kleine Landesgröße, die geologische Beschaffenheit und die Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen aus wenigen Quellen. Die historischen Vorteile der technologischen Überlegenheit gegenüber China und der Inselverteidigung erodierten zunehmend. Sie können auch durch neue Konzepte, die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit, die Stärkung der Verteidigungsindustrie und den Aufbau von Kriegsvorräten nur bedingt ausgeglichen werden. In seiner strategischen Haltung bezieht sich Taiwan auf den Grundsatz, dass es sich „nur aus eigener Kraft retten kann“. Es gilt eine Doktrin der totalen Verteidigung (all out defense) und eine Militärstrategie der entschlossenen Verteidigung und der Mehrbereichsabschreckung. Die Kompetenzentwicklung orientiert sich an einer asymmetrischen Kriegsführung und an defensiven Operationen auf der Basis von Innovationen. Taiwan strebt nach einer unabhängigen und selbstständigen Verteidigungsfä-

higkeit. Die Grundlage bildet die intensiv geförderte zivil-militärtechnologische Integration, strategische Kooperationen und Technologietransfers. Mittels Outsourcings schuf Taiwan spezifische Lieferketten und beherrscht heute Schlüsseltechnologien. Der Anteil des Verteidigungsbudgets am gesamten Staatshaushalt stieg in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich 3 % pro Jahr auf 17 %. 2021 betrug das allgemeine Verteidigungsbudget 12,6 Mrd. US-Dollar. Dieses entfällt zur Hälfte auf das Personal und zu 26 % auf Investitionen. Hinzu kommt ein Extrabudget von 9 Mrd. US-Dollar für fünf Jahre, insbesondere für Langstrecken- und Schiffsabwehrwaffen.

Muster der strategischen Kultur Taiwans

- Taiwans Zielsetzung ist das **Überleben** als de facto souveräne Einheit.
- Streben nach Erhalt bzw. Ausweitung des **internationalen strategischen Raumes**
- **Eigenständigkeit** auf der Grundlage von Wirtschaftskapazität, technologischer Innovationsfähigkeit und Einbettung in die Weltwirtschaft
- Die zwei bedeutendsten Wirkfaktoren waren stets der (geo-) strategische Wert und der geopolitische Kontext.
Prägend ist der Einfluss der Geographie, der Innenpolitiken, der Sicherheitsverantwortung sowie der internationalen und regionalen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungsdynamiken.
- Daraus resultiert Taiwans Perspektive aus einer schwachen Position gegenüber einem übermächtigen Gegner.
- Bewusstsein über die Notwendigkeit von **strategischen Partnerschaften**, insbesondere mit den USA und zunehmend Japan.
- Bewusstsein über die Notwendigkeit von **Technologietransfer**.
- Strategische Ambiguität der USA führt zu Unsicherheit über eine tatsächliche Unterstützung im Falle eines militärischen Konflikts zwischen Taiwan und China.
- Das Sicherheitsdilemma ist komplex. China bedroht Taiwan durch multisektorielle Einflusszunahme und militärische Machtprojektion. Taiwan stellt für China eine politische Gefahr dar.
- Die relative Inaktivität des politischen Systems in Bezug auf den Konflikt mit China entstammt den strukturellen Problemen, der politischen Parität, den verfassungsrechtlichen Anforderungen und der Wahldynamik.

- **Enge asymmetrische Wirtschaftsintegration mit China** trotz des politischen Dissens aus strukturellen Gründen, insbesondere der informellen Wirtschaftsstruktur Taiwans, und als Resultat eines organischen Prozesses.
- **Innovation** als Basis der Kompetenzentwicklung und des Machtgleichs.

Zum einen für eine unabhängige und selbstständige Verteidigungsfähigkeit.

Zum anderen für eine wirtschaftlich-technologische Marktführerschaft in strategischen Schlüsseltechnologien, etwa der intensiv geförderten zivil-militärtechnologischen Integration oder der Computerchips. Zugleich stellt die freie Marktwirtschaft Taiwans neben der als internationales Interesse definierten regionalen Stabilität das Hauptinteresse der USA dar.

- Strategische Haltung „Retten aus eigener Kraft“
- Doktrin der totalen Verteidigung (all out defense)
- Militärstrategie der entschlossenen Verteidigung und der Mehrbereichsabschreckung

ANHANG: Chronologie des Taiwan-Konflikts

1978

Juni 1978 China etablierte auf höchster Ebene ein Büro für Taiwan-Angelegenheiten.

1979

1979 - 1987 Politischer Kalter Krieg zwischen Taiwan und China.

01.01.1979 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA.

Chinas politische Zielsetzung verlagert sich von der militärischen Befreiung Taiwans zu einer friedlichen Wiedervereinigung, jedoch ohne Zusicherung friedlicher Mittel („Nachricht an die Landsleute in Taiwan“).

30.01.1979 Deng Xiaoping verleiht während seines USA-Besuchs seiner Hoffnung auf eine friedliche Lösung Ausdruck.

04.04.1979 Chiang Ching-kuos „Drei Nein“.

10.04.1979 Taiwan Relations Act der USA.

1981

30.09.1981 Chinas „Neun-Punkte-Vorschlag“ zur Taiwan-Beziehung.

1982

11.01.1982 Deng Xiaopings Konzept „Ein Land, zwei Systeme“.

02.04.1982 Taiwans Resolution „Prinzipien der drei Völker“.

17.08.1982 China und die USA vereinbarten die Limitierung der US-Waffenverkäufe an Taiwan.

20.08.1982 „Sechs Zusicherungen an Taiwan“ durch die USA.

1983

- April 1983 Vorzugsregelung für taiwanesishe Investitionen in den chinesischen Sonderwirtschaftszonen.
- 25.06.1983 Deng Xiaopings „Sechs Konzepte“.

1984

- Mai 1984 Chinas erstmalige formelle Verwendung der Bezeichnung „ein Land, zwei Systeme“.

1986

- 28.09.1986 Gründung der taiwanesischen Demokratischen Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP).

1987

1987 - 2000 Friedlicher Austausch zwischen Taiwan und China.

- 15.07.1987 Taiwans Aufhebung des Kriegsrechts.
- 14.10.1987 Taiwans Erlaubnis für Familienbesuche von Taiwanern in der VR China.
- 16.10.1987 Chinas Maßnahmen für den Familienbesuch von Taiwanern in der VR China.

1988

- 13.01.1988 Chiang Ching-kuo verstirbt.
Lee Teng-hui wird Präsident Taiwans und Vorsitzender der Kuomintang.
- Mai 1988 Taiwans drei grundlegende Prinzipien für die China-Beziehung:
Erstens die Sicherstellung der nationalen Sicherheit.

Zweitens die Fortführung der „Drei Nein“ mit einer schrittweisen Öffnung für inoffizielle Beziehungen.

Drittens die Einschränkung der bilateralen Beziehung auf einseitige und indirekte Ströme.

07.07.1988 China ermuntert Taiwan zu Investitionen.

22.09.1988 China etabliert den Rat zur Förderung der friedlichen nationalen Wiedervereinigung.

Okt. 1988 China gründet das Büro des Staatsrats für Taiwan-Angelegenheiten.

1989

20.01.1989 Die Demokratische Fortschrittspartei Taiwans erhält, wie auch andere neue politische Parteien, einen legalen Status.

Mai 1989 Chinas Genehmigung von taiwanesischen Investitionszonen in der südchinesischen Provinz Fujian (in Fuzhou und Xiamen).

1990

07.10.1990 Taiwans Gründung des Rats zur nationalen Wiedervereinigung.

21.11.1990 Taiwans Gründung der Stiftung für den bilateralen Austausch (The Straits Exchange Foundation, SEF).

1991

30.01.1991 Taiwans Gründung des Rats für Festland-Angelegenheiten.

23.02.1991 Taiwans Richtlinienerstellung für die Wiedervereinigung.

01.05.1991 Taiwans offizielle Beendigung der „Zeitperiode der nationalen Mobilisierung zur Unterdrückung des kommunistischen Aufstandes“.

16.12.1991 Chinas Etablierung der Gesellschaft für die Beziehungen über die Taiwan-Straße (Association for Relations Across the Taiwan Straits, ARATS).

1992

28. - 30.10.1992 Gespräche zwischen China und Taiwan in Hongkong zur Abstimmung des Peking Konsens. Der Begriff wurde erst 2000 geprägt.

1993

21.01.1993 Taiwans Weißbuch zur Außenpolitik mit dem Konzept „Ein Land, zwei Einheiten“ und der zwischenzeitlichen Gleichstellung.

März/Apr. 1993 Taiwan beginnt die stufenweise Regulierung für taiwanesischen Investitionen in China, die bilaterale technische Kooperation und den Handel.

27. - 29.04.1993 Vier China-Taiwan Abkommen als Resultat von Verhandlungen in Singapur.

31.08.1993 Taiwan und China publizieren ein Weißbuch bezüglich der Taiwan-Frage und der Wiedervereinigung von China.

1994

05.07.1994 Taiwans Weißbuch zur China-Beziehung.

1995

30.01.1995 Jiang Zemin's „Acht-Punkte-Vorschlag“.

21.02.1995 Taiwans Premierminister Lien Chan antwortet mit der Aufforderung, der Realität ins Auge zu sehen, den Austausch zu verstärken, einander zu respektieren und die Wiedervereinigung anzustreben.

- 08.04.1995 Taiwans „Sechs-Punkte-Vorschlag“ zur Normalisierung der Beziehung.
- 22.06.1995 Chinas „Sieben Prinzipien“ zur Beziehung Hongkongs mit Taiwan nach 1997.
- 07.07.1995 China kündigt für 21. - 28.07.1995 Raketentests im Ostchinesischen Meer an. Taiwan protestiert.
- 21.07. - 26.07.1995 Erste Raketentests Chinas nahe Taiwan.
- 23.07. - 06.08.1995 Chinas staatliche Presseagenturen verurteilen in mehreren Kommentaren die China-Politik Taiwans.
- 10.08.1995 China kündigt für 15. - 25.08.1995 Übungen mit scharfer Munition, Lenkraketen und Kanonen im Ostchinesischen Meer an. Taiwan protestiert gegen das unverantwortliche Vorgehen Chinas.
- 11.08.1995 Taiwan bestätigt die unveränderte Haltung gegen eine taiwanesishe Unabhängigkeit.
- 15.08. - 25.08.1995 Zweite Phase der Raketenabschüsse Chinas im Ostchinesischen Meer nahe Taiwan inklusive Übungen mit scharfer Munition.
- 09.09.1995 Taiwan betont, dass es die Inseln Taiwan, Penghu, Jinmen und Mazu als zugehörig betrachtet. Es unterstreicht seine Ablehnung des Konzepts „Ein Land, zwei Systeme“ und die Voraussetzung von Demokratie, Freiheit und gleichem Wohlstand für eine Wiedervereinigung.
- 21.10.1995 Chinas Vizevorsitzender der Zentralen Militärkommission verweist auf Chinas Rückgriff auf Gewalt im Falle einer taiwanesischen Unabhängigkeitserklärung.
- 24.10.1995 Gipfeltreffen zwischen China und den USA. Übereinkommen zur Handhabung der Taiwan-Frage auf Basis der drei Kommuniqués zwischen China und den USA.
- 24.11.1995 China betont die Zugehörigkeit von Taiwan zur VR China.
- 19.12.1995 Die USA senden die USS Nimitz und andere Marineschiffe in die Taiwan-Straße.

30.12.1995 Inkrafttreten der Vereinbarung zwischen Taiwan und Hongkong bezüglich der bilateralen Flugrechte.

1996

24.01.1996 Taiwan fordert China erneut zu bilateralen Gesprächen auf.

30.01.1996 China feiert den Jahrestag von Jiang Zemin's „Acht-Punkte Vorschlag“.

Chinas Premierminister Li Peng unterstreicht als Voraussetzung für die Normalisierung der bilateralen Beziehung, dass Taiwan von seinen Konzepten „zwei China“ oder „ein China, ein Taiwan“ abgehen muss.

05.03.1996 China kündigt für 08. - 15.03.1996 Abschussübungen von Boden-Boden-Raketen nahe Taiwan an (in einer Entfernung von ca. 55 km von Kaohsiung und Keelung). Einschlag von Lenkraketen z.B. im Hafen von Kaohsiung.

08.03.1996 Beginn der chinesischen Militärübungen nördlich und südlich von Taiwan.

12.03.1996 Beginn der See- und Luftmanöver Chinas mit scharfer Munition entlang der Küsten der chinesischen Provinzen Fujian und Guangdong.

15.03.1996 Chinas Seemanöver nahe der Provinz Fujian.

19.03.1996 Chinas Landemanöver auf einer kleinen Insel.

21.03.1996 Chinas Luftangriffsübung.

23.03.1996 Lee Teng-hui gewinnt die erste demokratische Präsidentenwahl Taiwans.

29.04.1996 Taiwans Vorschlag zur Wiederaufnahme der institutionalisierten bilateralen Verhandlungen.

30.04.1996 China lehnt Gespräche ab.

20.05.1996 Lee Teng-hui unterstreicht in seiner Antrittsrede, dass China und Taiwan verschiedenen Rechtssystemen angehören

sowie das gemeinsame Ziel der nationalen Wiedervereinigung.

26.06.1996 Chinas Präsident Jiang Zemin betont seine Bereitschaft für Gespräche auf Basis des Ein-China-Prinzips.

19.08.1996 China erlässt Regelungen bezüglich des bilateralen Schiffsverkehrs.

1997

19.02.1997 Deng Xiaoping verstirbt.

09.03.1997 China verabschiedet das Gesetz zur nationalen Landesverteidigung.

1998

25.06. - 03.07.1998 Gipfeltreffen zwischen China und den USA während des China-Besuchs von US-Präsident Clinton.

Die USA bekräftigen die Politik der „Drei Nein“. Das heißt, die USA bieten keine Unterstützung erstens für die Unabhängigkeit Taiwans und zweitens für die Konzepte „zwei China“ oder „ein China, ein Taiwan“. Drittens lehnen die USA eine Teilnahme Taiwans in internationalen Organisationen ab.

22.07.1998 Taiwan stellt eine Wiedervereinigung auf demokratischer Basis in Aussicht und betont seine Bereitschaft für Friedensverhandlungen.

27.07.1998 China verabschiedet erstmals ein Weißbuch zur Landesverteidigung. Es inkludiert das Streben nach einer friedlichen Lösung auf Basis des Konzepts „ein China, zwei Systeme“. Eine Zusage, bei Souveränitätsfragen von der Gewaltanwendung abzusehen, lehnt China ab.

01.10.1998 Die USA überprüfen die Durchführbarkeit des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems im Asiatisch-Pazifischen

Raum zum Schutz der US-Verbündeten, darunter Taiwan, Japan und Südkorea.

- 15.10.1998 „Vier-Punkte-Konsens“ zwischen Taiwan und China.
31.12.1998 Chinas Präsident Jiang Zemin unterstreicht in seiner Neujahrsansprache das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“.

1999

- 01.01.1999 China erneuert seine Verhandlungsbereitschaft.
15.01.1999 Chinas „Sieben Prinzipien“ für die Beziehung zwischen Macao und Taiwan nach 1999.
18.07.1999 China bezeichnet Taiwans „zwei Staaten“-Theorie als gefährlich für das international anerkannte Ein-China-Prinzip. Die USA bestätigen ihre unveränderte Ein-China-Politik.
Aug. - Sept. 1999 Sukzessive Verschlechterung der bilateralen Beziehung wegen Taiwans „Zwei Staaten-Theorie“.
30.11.1999 Taiwans Weißbuch zu seiner China-Politik im 21. Jahrhundert mit der Betonung seiner Unabhängigkeit.
20.12.1999 Macaos Souveränität geht von Portugal auf China über.

2000

2000 - 2008 **Spannungen und Pattsituation zwischen Taiwan und China.**

- 01.01.2000 China unterstreicht das Ein-China-Prinzip.
Taiwan betont die besondere zwischenstaatliche Beziehung.
06.01.2000 China drängt auf einen Zeitplan zur Lösung der Taiwan-Frage, v.a. wegen Taiwans bevorstehender Präsidentenwahl.
01.02.2000 Die USA veröffentlichen den Taiwan Security Enhancement Act.

- China verweist auf die Bedrohung der Stabilität in der Asia-tisch-Pazifischen Region und der chinesisch-amerikanischen Beziehung.
- 02.02.2000 Inkrafttreten des Taiwan Security Enhancement Act der USA.
- 21.02.2000 Chinas Weißbuch zu Taiwan, dem Ein-China-Prinzip und der Taiwan-Frage. China behält sich drei Gründe für eine Gewaltanwendung vor: bei einer Entfremdung Taiwans, einem Angriff auf Taiwan und bei einem Verhandlungsaufschub für die Wiedervereinigung auf unbestimmte Zeit.
- 18.03.2000 Chen Shui-bian von der Demokratischen Fortschrittspartei gewinnt die Präsidentenwahl in Taiwan.
- 01.04.2000 China fordert von Taiwan die Anerkennung des Ein-China-Prinzips.
- 18.04.2000 China beschließt seine Taiwan-Politik.
- 02.05.2000 China unterstreicht, dass die Verhandlungen mit Taiwan auf gleicher Augenhöhe stattfinden (und nicht zwischen Zentral- und Lokalregierung).
- 20.05.2000 Chen Shui-bians Amtsantritt als Taiwans Präsident.
- 20.06.2000 Chen Shui-bian lädt Chinas Präsidenten zu einem Friedensgipfel, dieser verweist auf das Ein-China-Prinzip als Grundbedingung für ein Gespräch.
- ab Juli 2000 Weitere Verschlechterung der bilateralen Beziehung.
- 14.08.2000 Taiwan etabliert eine Task Force für die China-Beziehung.
- 16.10.2000 Chinas Weißbuch zur nationalen Landesverteidigung prangert die separatistischen Bewegungen in Taiwan an.
China unterstreicht das Ein-China-Prinzip bei einem Treffen mit US-Präsident Clinton.
- 29.12.2000 China reguliert den Handel mit Taiwan.

2001

- 01.01.2001 Offizielle Eröffnung von drei direkten Transportverbindungen zwischen China und den taiwanesischen Inseln Jinmen und Mazu.
- 06.01.2001 Erste kommerzielle Schiffsverbindung zwischen China und Taiwan.
- 08.02.2001 China lehnt ein föderales System in Bezug auf Taiwan ab.
- 24.04.2001 Die USA genehmigen die größte Waffenlieferung an Taiwan in einem Jahrzehnt.
- 07.11.2001 Aufhebung des taiwanesischen Verbots von direktem Handel und Investitionen in China nach 50 Jahren.
- 11.12.2001 Beitritt der VR China zur Welthandelsorganisation.

2002

- 01.01.2002 Beitritt Taiwans zur Welthandelsorganisation als „Getrenntes Zollgebiet von Taiwan, Penghu, Jinmen und Mazu (Chinesisch-Taipeh)“.
- 02.01.2002 Taiwan erlaubt chinesische Investitionen in ausgewählten Industriebereichen und plant Importerleichterungen für Waren aus China.
- 15.01.2002 China lehnt die Absicht Taiwans zur Aufnahme der Bezeichnung „Taiwan“ in die Reisepässe als „schleichende Unabhängigkeit“ ab.
- 03.08.2002 Chen Shui-bian unterstreicht Taiwans Unabhängigkeit in einer öffentlichen Rede.
- 05.08.2002 China kritisiert Chen Shui-bian erstmals namentlich.
- 08.11.2002 Chinas Präsident Jiang Zemin erwähnt erstmals eine neue Drei-Stufen-Theorie des Ein-China-Prinzips.
- 09.12.2002 China publiziert ein Verteidigungs-Weißbuch. Es wiederholt die Bereitschaft und Kapazität der chinesischen Streitkräfte zur Handhabung separatistischer Bewegungen.

2003

- 26.01.2003 Als historischer Meilenstein sind zum chinesischen Neujahr erstmals Direktflüge möglich.
- 08.05.2003 China lehnt Taiwans Bewerbung als Beobachter bei der Weltgesundheitsorganisation ab.
- 19.05.2003 Die Weltgesundheitsorganisation lehnt Taiwans Bewerbung als Beobachter ab.
- 27.11.2003 Taiwan limitiert die Themen für Referenden, nicht jedoch in Bezug auf die Verteidigung im Falle einer äußeren Bedrohung der nationalen Souveränität.
- 30.11.2003 Taiwans Präsident Chen Shui-bian kündigt ein Defensivreferendum für 20.03.2004 an. Dieses lehnt China als provokativ ab.
- 09.12.2003 Die USA lehnen jede unilaterale Entscheidung zur Änderung des Status quo sowohl von China, als auch von Taiwan ab.

2004

- 06.01.2004 Vertiefung der drei Direktverbindungen zwischen China und Taiwan.
- 20.03.2004 Chen Shui-bian wird in einer kontroversiellen Wahl als Präsident Taiwans wieder gewählt.
China lehnt das öffentliche Verteidigungsreferendum Taiwans ab.
- 17.05.2004 China fokussiert sich auf die Ablehnung der Unabhängigkeit Taiwans und die Förderung der bilateralen Beziehung.
- 10.10.2004 Taiwans Präsident unterstreicht die Unabhängigkeit Taiwans.

27.12.2004 China publiziert ein Verteidigungs-Weißbuch mit der Erwähnung, dass es Chinas Pflicht ist, gegen die Unabhängigkeit Taiwans vorzugehen.

2005

15.01.2005 Detaillierte Verhandlungen zu den Direktverbindungen anlässlich des chinesischen Neujahrs.

04.03.2005 Chinas Präsident Hu Jintao bezieht sich in einer Rede hinsichtlich Taiwans auf vier Punkte.

14.03.2005 China verabschiedet das Anti-Abspaltungs-Gesetz.

16.03.2005 Taiwan publiziert eine diesbezügliche Stellungnahme mit sechs Punkten.

29.04.2005 China und Taiwan vereinbaren die Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen, die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen, Gespräche bezüglich der internationalen Teilnahme Taiwans und der Etablierung eines Kommunikationsmechanismus auf regelmäßiger Basis.

12.05.2005 Verhandlungen und Gespräche.

12.07.2005 Verhandlungen und Gespräche.

02.08.2005 Taiwans Präsident Chen Shui-bian veröffentlicht seine Vier-Stufen-Theorie.

06.08.2005 Taiwans Präsident Chen Shui-bian betont den Schutz der taiwanesischen Souveränität, die Fortführung der demokratischen Reform, die eigene Identität und die Modernisierung. Er lehnt das Ein-China-Prinzip ebenso ab wie das Konzept „ein Land, zwei Systeme“, den Peking-Konsens 1992, alle Vorschläge, die für die Zukunft Taiwans auf der Wiedervereinigung beruhen sowie das Anti-Abspaltungsgesetz Chinas.

2006

- 01.01.2006 Chinas Präsident betont in seiner Neujahrsansprache das Ein-China-Prinzip, der Präsident Taiwans die eigene Identität und die Bedrohung durch China.
- 27.02.2006 Taiwans Präsident löst den am 07.10.1990 gegründeten Rat zur nationalen Wiedervereinigung auf.
- 28.02.2006 China bezeichnet die Auflösung des taiwanesischen Rats zur nationalen Wiedervereinigung als Provokation und deutliches Zeichen für Taiwans Unabhängigkeitsstreben.
- 01.03.2006 Die taiwanesische Kuomintang veröffentlicht ein Positionspapier zum Erhalt des Status quo.
- 23.03.2006 Die Kuomintang bestätigt ihre Position zum Erhalt des Status quo.
- 03.04.2006 Innenpolitische Absprache zwischen dem Präsidenten Taiwans und dem Vorsitzenden der Kuomintang bezüglich des Peking Konsens 1992, den China-Beziehungen und Waffenbeschaffungen.
- 15.04.2006 China verkündet Fördermaßnahmen für die bilaterale Beziehung.
- 16.04.2006 Spitzenpolitiker Chinas und Taiwans bestätigen das Ein-China-Prinzip.
- 20.04.2006 Taiwan beginnt die jährliche Militärübung Han Kuang mit der Annahme einer chinesischen Invasion 2008.
- 21.04.2006 Erster formeller Besuch von Chinas Präsident Hu Jintao in den USA mit der Zusage einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage.
- 04.05. - 12.05.2006 Die USA lehnen einen Zwischenstopp Chen Shui-bians auf seinen Flügen nach und von Lateinamerika in den USA ab, vermutlich wegen Chens zunehmendem Drängen nach Unabhängigkeit bzw. der Druckausübung von Seiten Chinas. Die von den USA stattdessen angebotenen Betankungsstopps lehnt Chen Shui-bian ab.

- 10.05.2006 Der stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick warnt vor einer Involvierung der USA im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans.
- 18.05.2006 Taiwan publiziert einen Nationalen Sicherheitsbericht.
- 22.06.2006 Erste offizielle Verhandlungen seit Ende 2001 im Rahmen der Welthandelsorganisation zwischen China und Taiwan bezüglich Importerleichterungen für chinesische Produkte.
- 19.07.2006 Taiwans wichtigste Fluglinie, China Airlines, startet den ersten direkten Frachtflug nach China seit 1949.
- 03.11.2006 Taiwans Präsident Chen Shui-bian erwägt in einem Interview das Konzept einer „zweiten Republik“ mit einer neuen Verfassung.
- 29.12.2006 China veröffentlicht ein Verteidigungs-Weißbuch mit einem entgegenkommenderen Ansatz gegenüber Taiwan als die Weißbücher 2000 und 2004.

2007

- 01.01.2007 Taiwans Präsident wiederholt in seiner Neujahrsrede seine Haltung zu Taiwans Souveränität und Identität.
- 02.02.2007 In den Firmennamen von Staatsunternehmen entfernt Taiwan weiterhin die Bezeichnung „China“. Zudem schlägt die Demokratische Fortschrittspartei die Bezeichnung „Taiwan“ als Ersatz für die bisherige Benennung „Provinz Taiwan“ vor.
- 02.03.2007 Die USA erwägen Waffenverkäufe an Taiwan im Wert von 400 Mio. US-Dollar, darunter Luft-Luft-Raketen und Luft-Boden-Raketen.
- 04.03.2007 Taiwans Präsident Chen Shui-bian hält in einer Rede die „Fünf Ja“ bzw. „Fünf Wünsche“ fest. Das ist die Unabhängigkeit, die Berichtigung des Namens von Taiwan, eine neue Verfassung, Fortschritt sowie keine Ungleichheit zwischen rechts und links, sondern zwischen Wiedervereinigung und Unabhängigkeit.

- 13.04.2007 Taiwan bewirbt sich um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation unter dem Namen „Taiwan“.
- 17.04. - 22.04.2007 Jährliche taiwanische Militärübung Han Kuang.
- April 2007 Diverse Treffen von Spitzenpolitikern Taiwans und Chinas in Peking anlässlich des bilateralen Wirtschafts- und Handelsforums.
- 12.09.2007 Das US-Verteidigungsministerium informiert den US-Kongress über geplante Waffenverkäufe an Taiwan in der Höhe von mehr als 2,2 Mrd. US-Dollar.
- 10.10.2007 Taiwans Präsident Chen Shui-bian wiederholt in seiner Rede zum Nationalfeiertag seine Entschlossenheit im Hinblick auf die Mitgliedschaft Taiwans bei den Vereinten Nationen.
- 15.10.2007 Chinas Präsident Hu Jintao fordert Taiwan in seiner Rede am 17. Parteikongress zu Gesprächen für eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage auf.
- 09.11.2007 Das US-Verteidigungsministerium informiert den US-Kongress über geplante Waffenverkäufe an Taiwan in der Höhe von 1 Mrd. US-Dollar.

2008

2008 - 2016 **Friedliche Entwicklung zwischen Taiwan und China.**

- 12.01.2008 Die Kuomintang gewinnt die Parlamentswahl mit überwältigender Mehrheit.
- 22.03.2008 Wahl von Ma Ying-jeou zum Präsidenten Taiwans.
Das von der Demokratischen Fortschrittspartei initiierte Referendum zum Beitritt zu den Vereinten Nationen scheitert aufgrund der geringen Wahlbeteiligung von unter 50 %.
- 26.03.2008 China bestätigt gegenüber den USA seine Bereitschaft für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Taiwan auf Basis des Peking Konsens 1992. Dies impliziert die Anerkennung, dass es nur ein China gibt, jedoch mit unterschiedlichen Definitionen.

- 17.04.2008 Taiwans Präsident Chen Shui-bian reicht eine weitere Bewerbung für die Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation unter dem Namen „Taiwan“ ein.
- 12.05.2008 Tödliches Erdbeben in der chinesischen Provinz Sichuan. Taiwan unterstützt die Hilfsmaßnahmen.
- 20.05.2008 Ma Ying-jeou tritt das Präsidentenamt Taiwans an.
- 26.05.2008 Restrukturierung der zwischenzeitlich aufgelösten taiwanesischen Stiftung für den bilateralen Austausch (SEF).
11. - 14.06.2008 Erstmalige Wiederaufnahme der offiziellen bilateralen Gespräche zur Taiwan-Frage nach neun Jahren.
- 04.07.2008 Formeller Start der bilateralen Wochenend-Charterflüge.
- Aug. - Nov. 2008 Diverse bilaterale Gespräche.
- 31.12.2008 Hu Jintaos Sechs-Punkte Vorschlag zur friedlichen bilateralen Entwicklung.

2009

- 01.01.2009 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou stellt fest, dass die zunehmend vernetzten Wirtschaftsbeziehungen zu China sowohl Chancen, als auch Herausforderungen bergen. Er unterstreicht, dass Taiwan seine globale Wirtschaftskraft stärken und zugleich seine Souveränität aufrechterhalten soll.
- Chinas Präsident Hu Jintao unterstreicht Chinas Streben nach einer Vertiefung der bilateralen Beziehung sowie die fortgeführte Gültigkeit der Leitlinien für eine friedliche Wiedervereinigung, des Acht-Punkte-Vorschlags und des Konzepts „ein Land, zwei Systeme“.
- 08.01.2009 Der Fokus von Taiwan und China liegt auf den wirtschaftspolitischen Verhandlungen und der Vertrauensbildung.
- 17.01.2009 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou bestätigt die Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen nach einer zehnjährigen Unterbrechung.

- 02.02.2009 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou erklärt, dass das Streben nach einem beiderseitigen Vorteil auch die Bereiche der nationalen Verteidigung und der Diplomatie umfasst.
- 20.03.2009 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou unterstreicht, dass Taiwan die Teilnahme an internationalen Organisationen als Teil der Delegation der VR China ablehnt, da es der Souveränität Taiwans widerspricht. Die Präferenz für die Bezeichnung liegt auf „Republik China“, falls dies nicht möglich ist, auf „Taiwan“ oder auch auf „Chinesisch Taipeh“.
- 24.04.2009 Taiwan erlässt Vorschriften für chinesische Privatinvestitionen, die per 01.05.2009 in Kraft treten.
- 26.04.2009 Unterzeichnung von gemeinsamen Abkommen zur Verbrechensbekämpfung und zur Rechtshilfe, zur Finanzkooperation sowie zum Luftverkehr.
- 30.04.2009 Einladung der Weltgesundheitsorganisation an Taiwan zur Teilnahme als Beobachter an der Weltgesundheitsversammlung.
- 09.05.2009 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou erklärt den Vorrang der bilateralen Wirtschaftsangelegenheiten vor den politischen Fragen. Im Falle seiner Wiederwahl 2012 und wenn die Notwendigkeit gegeben ist, würde er Verhandlungen zu den politischen Fragen nicht ausschließen.
- 17.05.2009 Anlässlich des ersten Forums der Taiwan-Straße kündigt China acht spezifische Pläne an.
- 20.05.2009 Zum ersten Jahrestag seiner Administration wiederholt Taiwans Präsident Ma Ying-jeou, dass China eine Bedrohung und eine Chance darstellt. Er strebt eine gegenseitige Nicht-Ablehnung und einen diplomatischen Waffenstillstand an. Die internationale Teilnahme unter der Bezeichnung „Chinesisch Taipeh“ ist ein Kompromiss im Hinblick auf übergeordnete Ziele und zum Wohl der gesamten Region.
- 26.05.2009 Chinas Präsident Hu Jintao verlautbart sechs Vorschläge zur Stärkung des politischen Vertrauens.

- ab Juni 2009 Überarbeitung der Vorschriften zur Erleichterung der bilateralen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.
- 11.11.2009 Verhandlungsabschluss zu einem Rahmenvertrag zur bilateralen Wirtschaftskooperation (Cross-Straits Economic Cooperation Framework Agreement, ECFA).
- 15.11. - 18.11.2009 Besuch des US-Präsidenten Barack Obama in China mit der Zusage, Chinas Souveränität, territoriale Integrität und Kerninteressen zu respektieren.

2010

- 01.01.2010 Taiwans Präsident Ma Ying-jeou drängt auf die Unterzeichnung des Rahmenvertrags zur bilateralen Wirtschaftskooperation ECFA zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Taiwans im Exportsektor. Zugleich sagt er den negativ betroffenen Unternehmen Unterstützung zu.
- 29.01.2010 Die USA verlautbaren eine Waffenlieferung an Taiwan in der Höhe von 6 Mrd. US-Dollar.
- Juni 2010 Unterzeichnung des Freihandelsabkommens ECFA.

2016

ab 2016 Zunahme der Spannung zwischen Taiwan und China.

- 16.01.2016 Die Kuomintang verlor erstmals die Mehrheit im Parlament.

2019

- 01.01.2019 Tsai Ing-wens „Drei Nein“ und Ablehnung des Peking Konsens 1992.
- 19.06.2019 Taiwans Gesetz zur Entwicklung der Verteidigungsindustrie.

2020

- 26.03.2020 Die USA setzen den Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative (TAIPEI) Act in Kraft.
- 27.12.2020 Die USA bestätigen mit dem Taiwan Assurance Act den Taiwan Relations Act 1979.

2022

- 01.01.2022 Taiwan implementiert die All-out Defense Mobilization Agency (ADMA) als eigene Mobilisierungsagentur.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron/Robinson, James A. (2006);** Economic Origins of Dictatorship and Democracy, Cambridge University Press, Cambridge 2006.
- Ahn, Sang-hoon/Lee, So-chung (2005);** The development of the South Korean welfare regime. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization, Policy Press, Bristol 2005, 165-186.
- Alagappa, Mutiah (Hrsg.) (2004);** Civil Society and Political Change in Asia. Expanding and Contracting Democratic Space, Stanford University Press, Stanford 2004.
- Alexander, Jeffrey C. u.a. (Hrsg.) (2011);** Interpreting Clifford Geertz. Cultural Investigation in the Social Sciences, Palgrave Macmillan, London 2011.
- Ang, Ien (2001);** On Not Speaking Chinese. Living Between Asia and the West, Routledge, London und New York 2001.
- Armstrong, Charles K. u.a. (Hrsg.) (2006);** Korea at the Center. Dynamics of Regionalism in Northeast Asia, M.E. Sharpe, New York 2006.
- Aspinwall, Nick (2019);** Tsai Ing-wen Puts Forth 'Four Musts' for Positive Cross-Strait Relations. In: The News Lens, Taipeh 02.01.2019. Auch online verfügbar unter: <https://international.thenewslens.com/article/111215> (zuletzt eingesehen am: 16.02.2022).
- Ayson, Robert/Ball, Desmond (2006);** Strategy and Security in the Asia-Pacific, Allen & Unwin, Crows Nest 2006.
- Ball, Desmond u.a. (2021);** Asia's New Geopolitics. Military Power and Regional Order, The International Institute for Strategic Studies (IISS), Routledge, Oxon und New York 2021.

- Barnett, Michael N. (1996);** Identity and Alliances in the Middle East. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 327-364.
- Bell, Daniel (1999);** *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*, Special Anniversary Edition, Basic Books, New York 1999.
- Bell, Daniel (2015);** *The China Model. Political Meritocracy and the Limits of Democracy*, Princeton University Press, Princeton 2015.
- Bernkopf Tucker, Nancy (2005);** Strategic Ambiguity or Strategic Clarity?. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); *Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis*, Columbia University Press, New York 2005, 186-211.
- Blondel, Jean/Inoguchi, Takashi (2006);** *Political Cultures in Asia and Europe. Citizens, states and societal values*, Routledge, London und New York 2006.
- Bloom, William (1993);** *Personal Identity, National Identity, and International Relations*, First paperback edition, Cambridge University Press, Cambridge 1993.
- Bloomfield, Alan (2012);** Time to Move On. Reconceptualizing the Strategic Culture Debate. In: *Contemporary Security Policy* 3/2012, 33. Jg., 437-461. Auch online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/263308937_Time_to_Move_On_Reconceptualizing_the_Strategic_Culture_Debate (zuletzt eingesehen am: 17.12.2021).
- Bondaz, Antoine (2017);** Tsai Ing-wen's New Southbound Policy. The view from the mainland. In: *ECFR China Analysis; Taiwan between Xi and Trump*, Berlin 2017.

- Brady, Anne-Marie (2017)**; How “China” Frames “Taiwan”. In: Tsang, Steve (Hrsg.); *Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs*, Palgrave Macmillan, Cham 2017, 21-48.
- Brenner, Philip S./Stets, Jan E./Serpe, Richard T. (Hrsg.) (2021)**; *Identities in Action. Developments in Identity Theory*, Springer Verlag, Cham 2021.
- Broadbent, Jeffrey (2011)**; Introduction: East Asian Social Movements. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); *East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region*, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 1-29.
- Brodie, Bernard (2008)**; Strategy as a science. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); *Strategic Studies. A Reader*, Routledge, New York 2008, 8-21.
- Brown, Melissa J. (2004)**; *Is Taiwan Chinese? The Impact of Culture, Power, and Migration on Changing Identities*, University of California Press, Berkeley, Los Angeles und London 2004.
- Bush, Richard C. (2005)**; *Untying the Knot. Making Peace in the Taiwan Strait*, Brookings Institution Press, Washington DC 2005.
- Bush, Richard C. (2014)**; China's Rise and Other Global Trends. Implications for Taiwan Democracy. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 340-364.
- Bush, Richard C./Hass, Ryan (2021)**; *Taiwan's democracy and the China challenge*, Policy Brief, Brookings Institution, Washington DC 2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/taiwans-democracy-and-the-china-challenge/> (zuletzt eingesehen am: 28.01.2022).

- Bush, Steven (2005)**; Lee Teng-hui and “Separatism”. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); *Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis*, Columbia University Press, New York 2005, 70-92.
- Cabestan, Jean-Pierre (2011)**; Taiwan’s Political Development and U.S.-China Relations. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011, 13-28.
- Cabestan, Jean-Pierre (2017)**; Changing Identities in Taiwan under Ma Ying-jeou. In: Dittmer, Lowell (Hrsg.); *Taiwan and China. Fitful Embrace*, University of California Press, Oakland 2017, 42-60.
- Cai, Kevin G. (2011a)**; Introduction. Cross-Taiwan Straits Relations Since 1979. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); *Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits*, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 1-18.
- Cai, Kevin G. (2011b)**; The Evolution of the Institutional Structure of Beijing’s Taiwan Policy Making Since the Late 1970s. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); *Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits*, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 219-245.
- Carlson, Allen (2008)**; Chinese Views of Sovereignty and Methods of Access Control, Testimony before the U.S.-China Economic and Security Review Commission, 27.02.2020, Washington DC. Auch online verfügbar unter: https://www.uscc.gov/sites/default/files/08_02_27_carlson_statement.pdf (zuletzt eingesehen am: 13.06.2021).
- Carpenter, Ted Galen (2005)**; *Americas Coming War With China. A Collision Course over Taiwan*, Palgrave Macmillan, New York 2005.
- Cao, Qun (2022)**; 中美台海博弈的风险变数和危机管控 (Risikovariablen und Krisenmanagement im „Taiwan Strait Game“ zwischen China und den Vereinigten Staaten). In: *亚太安全与海洋研究 (Asia-Pacific Security and Maritime Affairs)* 3/2022.

- Chang, Bi-yu (2009)**; Taiwanese Identity Shift and the Struggle for Cultural Hegemony in the 1990s. In: Cheng, Chin-Chuan/Wang, I-Chun/Tötösy de Zepetnek, Steven (Hrsg.); *Cultural Discourse in Taiwan*, National Sun Yat-sen University, Kaohsiung 2009, 30-51.
- Chang, Jaw-ling Joanne (2011)**; Taiwan's Participation in the World Health Organization. The U.S. "Facilitator" Role. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011, 167-187.
- Chang, Lung-chih (2014)**; Colonialism and Modernity in Taiwan. Reflections on Contemporary Taiwanese Historiography. In: Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (Hrsg.); *Broken Narratives. Post-Cold War History and Identity in Europe and East Asia*, Leiden Series in Comparative Historiography, Volume 8, Brill, Leiden und Boston 2014, 133-164.
- Chang, Mau Kuei (2019)**; Democracy and institution building through civil society activism in Taiwan. The case of the Judicial Reform Foundation. In: Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.); *Middle Class, Civil Society and Democracy in Asia*, Routledge, London und New York 2019, 39-60.
- Chang, Sung-sheng Yonne (2015)**; Literature in Post-1949 Taiwan, 1950 - 1980s. In: Rubinstein, Murray A. (Hrsg.); *Taiwan. A new history*, Expanded Edition, Routledge, London und New York 2015, 403-418.
- Chase, Michael S. (2005)**; U.S.–Taiwan Security Cooperation: Enhancing an Unofficial Relationship. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); *Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis*, Columbia University Press, New York 2005, 162-185.
- Chen, Ching-Pu (2009)**; The Concepts and Design of ROC Defense Reorganization. In: *Information & Security* 2/2009, 23. Jg., 149-162.
- Chen, Dean P. (2012)**; *US Taiwan Strait Policy. The Origins of Strategic Ambiguity*, First Forum Press, Boulder 2012.

- Chen, Dean P. (2017)**; US-China Rivalry and Taiwan's Mainland Policy. Security, Nationalism, and the 1992 Consensus, Palgrave Macmillan, Cham 2017.
- Cheng, Chin-Chuan/Wang, I-Chun/Tötösy de Zepetnek, Steven (Hrsg.) (2009)**; Cultural Discourse in Taiwan, National Sun Yat-sen University, Kaohsiung 2009.
- Cheng, Tun-jen (1989)**; Democratizing the quasi-Leninist regime in Taiwan. In: World Politics 4/1989, 41. Jg., 471–499.
- Cheng, Tun-jen (2005)**; China-Taiwan Economic Linkage. Between Insulation and Superconductivity. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis, Columbia University Press, New York 2005, 93-130.
- Cheng, Tun-jen/Chou, T. C. (2000)**; Informal Politics in Taiwan. In: Dittmer, Lowell/Fukui, Haruhiro/Lee, Peter N. S. (Hrsg.); Informal Politics in East Asia, Cambridge University Press, Cambridge 2000, 42-65.
- Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.) (2018)**; Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018.
- Chiavacci, David/Grano, Simona A. (2020)**; A New Era of Civil Society and State in East Asian Democracies. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 9-30.
- China Daily (2011)**; Jan 30,1995: President Jiang Zemin puts forward eight propositions on development of relations between two sides of Taiwan Straits, Peking 20.01.2011. Auch online verfügbar unter: https://www.chinadaily.com.cn/china/19thcpcnationalcongress/2011-01/30/content_29715090.htm (zuletzt eingesehen am: 30.05.2022).

- China Daily (2019)**; Highlights of Xi's speech at Taiwan message anniversary event, Peking 02.01.2019. Auch online verfügbar unter: https://www.chinadaily.com.cn/a/201901/02/WS5c2c1ad2a310d91214052069_3.html (zuletzt eingesehen am: 31.03.2022).
- Christensen, Thomas J. (2002)**; The Contemporary Security Dilemma. Deterring a Taiwan Conflict. In: *The Washington Quarterly* 4/2002, 25. Jg., 7-21.
- Chu, Wan-wen (2014)**; Challenges for the Maturing Taiwan Economy. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 216-249.
- Chu, Yin-wah (2016)**; Democratization, Emergence of the Knowledge-Based Economy, and the Changing Developmental Alliances in South Korea and Taiwan. In: Chu, Yin-wah (Hrsg.); *The Asian Developmental State. Reexaminations and New Departures*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2016, 117-138.
- Chu, Yun-han u.a. (Hrsg.) (2008)**; *How East Asians View Democracy*, Columbia University Press, New York 2008.
- Chu, Yun-han/Chang, Yu-tzung (2018)**; Taiwan's challenged democracy in the twenty-first century. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); *Routledge Handbook of Democratization in East Asia*, Routledge, London 2018, 69-85.
- Chung, Tommy Yin Kwan/Fell, Dafydd (2020)**; The Relationship between Mainstream and Movement Parties in Taiwan. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); *Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth*, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 167-185.

- Clark, Cal (2007)**; Economic Integration between China and Taiwan. No Spillover into the Identity and Security Realms. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 71-90.
- Clough, Ralph N. (1998)**; Cooperation or Conflict in the Taiwan Strait, Rowman & Littlefield, Lanham 1998.
- Colby, Elbridge A. (2021)**; The Strategy of Denial. American Defense in an Age of Great Power Conflict, Yale University Press, New Haven und London 2021.
- Cole, Bernard D. (2006)**; Taiwan's Security. History and Prospects, Routledge, New York 2006.
- Cole, Michael J. (2017)**; Convergence or Conflict in the Taiwan Strait. The illusion of peace?, Routledge, London und New York 2017.
- Copper, John F. (2009)**; Taiwan. Nation-State or Province?, 5th Edition, Westview Press, Boston 2009.
- Crawford, Timothy W. (2021)**; The Power to Divide. Wedge Strategies in Great Power Competition, Cornell University Press, Ithaca und London 2021.
- Creel, Herrlee G. (1953)**; Chinese Thought from Confucius to Mao Tse-tung, University of Chicago Press, London 1953.
- Cridler, Kimberly A. (1999)**; Strategic Implications of Culture. Historical Analysis of China's Culture and Implications for United States Policy, U.S. Air Command and Staff College, Maxwell Air Force Base, Alabama 1999.
- Csurgai, Gyula (2022)**; The Increasing Importance of Geoeconomics in Power Rivalries. From the Past to the Present. In: Crikemans, David (Hrsg.); Geopolitics and International Relations. Grounding World Politics Anew, Brill Nijhoff, Leiden und Boston 2022, 244-257.

- Davison, Gary Marvin (2003)**; A short History of Taiwan. The Case for Independence, Praeger, Westport und London 2003.
- Davison, Gary Marvin/Reed, Barbara E. (1998)**; Culture and Customs of Taiwan, Greenwood Press, London 1998.
- Deng, Xiaoping (1983)**; Deng Xiaoping's Six Conceptions for the Peaceful Reunification (26.06.1983). In: Website von Embassy of the People's Republic of China in Latvia, 08.05.2006: <https://www.fmprc.gov.cn/ce/celv/eng/zt/twwt/t251058.htm> (zuletzt eingesehen am: 27.01.2022).
- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2013)**; Grundlagen der Komparatistik. In: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.); Die politischen Systeme Ostasiens. Eine Einführung, Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Springer Verlag, Wiesbaden 2013, 5-37.
- Desch, Michael C. (2005)**; Culture Versus Structure in Post-9/11 Security Studies. In: Strategic Insights 10/2005, 4. Jg., Center for Contemporary Conflict at the Naval Postgraduate School, Monterey 2005. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=457642> (zuletzt eingesehen am: 11.11.2021).
- Diamond, Larry (2015)**; Facing Up to the Democratic Recession. In: Journal of Democracy 1/2015, 26. Jg., 141-155. Auch online verfügbar unter: <https://www.journalofdemocracy.org/articles/facing-up-to-the-democratic-recession/> (zuletzt eingesehen am: 26.01.2022).
- Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (2014)**; Introduction – Korea and Taiwan. New Challenges for Maturing Democracies. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan, Stanford University Press, Stanford 2014, 1-23.
- Ding, Arthur S./Huang, Paul A. (2011)**; Taiwan's Paradoxical Perceptions of the Chinese Military. More Capable but Less Threatening?. In: China Perspectives 4/2011, 43-51.
- Dittmer, Lowell (1977)**; Political Culture and Political Symbolism. Toward a Theoretical Synthesis. In: World Politics 4/1977, 29. Jg., 552-583.

- Dittmer**, Lowell/**Fukui**, Haruhiro/**Lee**, Peter N. S. (Hrsg.) (2000); *Informal Politics in East Asia*, Cambridge University Press, Cambridge 2000.
- DOD** (U.S. Department of Defense) (2020); *Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2020*, Annual Report to Congress, Washington DC 2020. Auch online verfügbar unter: <https://media.defense.gov/2020/Sep/01/2002488689/-1/-1/1/2020-DOD-CHINA-MILITARY-POWER-REPORT-FINAL.PDF> (zuletzt eingesehen am: 19.10.2021).
- DOD** (U.S. Department of Defense) (2021), *Dictionary of Military and Associated Terms*, November 2021. In: Website des DOD: <https://www.jcs.mil/Portals/36/Documents/Doctrine/pubs/dictionary.pdf> (zuletzt eingesehen am: 11.11.2021).
- Dorff**, Robert H. (2001a); *A Primer in Strategy Development*. In: Cerami, Joseph R./Holcomb, James F. Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2001, 10-18.
- Dorff**, Robert H. (2001b); *Some basic Concepts and Approaches to the Study of International Politics*. In: Cerami, Joseph R./Holcomb, James F. Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2001, 31-41.
- Duara**, Prasenjit (1995); *Rescuing History from the Nation. Questioning Modern Narratives of Modern China*, University of Chicago Press, Chicago und London 1995.
- Durham**, Susan E. (1997); *Chaos Theory for the Practical Military Mind*, U.S. Air Command and Staff College, Maxwell Air Force Base, Alabama 1997.
- Easton**, David (1965); *Systems Analysis of Political Life*, Wiley & Sons, Hoboken 1965.
- Elkins**, David J./**Simeon**, Richard E.B. (1979); *A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain?*. In: *Comparative Politics* 2/1979, 11. Jg., 127-145.

- Embassy of China** (Embassy of the People's Republic of China in the United States of America) (**o.D.**), Clinton Publicly Reiterates U.S. "Three No's" Principles on Taiwan (30.06.1998). In: Website von Embassy of the People's Republic of China in The United States of America, o.D.: <https://www.mfa.gov.cn/ce/ceus//eng/zmgx/zysj/kldfh/t36241.htm> (zuletzt eingesehen am: 27.05.2022).
- Erie, Matthew S. (2004)**; Sovereignty, Internationalism, and the Chinese In-Between. In: East-West Center Working Papers 2/2004, 4. Jg.
- Evans, Peter (1995)**; Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation, Princeton University Press, Princeton 1995.
- Eyre, Dana P./Suchman, Mark C. (1996)**; Status, Norms, and the Proliferation of Chemical Weapons. An Institutional Theory Approach., Identity and Alliances in the Middle East. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, Columbia University Press, New York 1996, 71-98.
- Fan, Ruiping (Hrsg.) (2011)**; The Renaissance of Confucianism in Contemporary China, Springer, Heidelberg 2011.
- Fan, Yun (2004)**; Taiwan. No Civil Society, No Democracy. In: Alagappa, Mutiah (Hrsg.); Civil Society and Political Change in Asia. Expanding and Contracting Democratic Space, Stanford University Press, Stanford 2004, 164-190.
- Farkas, Barbara (2020)**; Der indopazifische Raum. In: Jedlaucnik, Herwig (Hrsg.); Zur Strategischen Lage, ISS Aktuell 1/2020, Heeresdruck Wien 2020, 46-56. Auch online verfügbar unter: https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/iss_aktuell_2020_01_version3_3_web.pdf (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).
- Farkas, Barbara (2022)**; Der indopazifische Raum. In: Jedlaucnik, Herwig (Hrsg.); Zur Strategischen Lage, ISS Aktuell 2/2022, Heeresdruck Wien 2020, 74-83.

- Farrell, Theo (2001);** Transnational Norms and Military Development. Constructing Ireland's Professional Army. In: *European Journal of International Relations* 1/2001, 7. Jg., 63-102. Auch online verfügbar unter: <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.453.7778&rep=rep1&type=pdf> (zuletzt eingesehen am: 23.11.2021).
- Fell, Dafydd J. (2005);** *Party Politics in Taiwan. Party change and the democratic evolution of Taiwan, 1991–2004*, Routledge, London 2005.
- Fell, Dafydd J. (2010);** Taiwan's Democracy. Towards a Liberal Democracy or Authoritarianism?. In: *Journal of Current Chinese Affairs* 2/2010, 39. Jg., 187-201.
- Fell, Dafydd J. (2018);** *Government and Politics in Taiwan, Second Edition*, Routledge, London und New York 2018.
- Feng, Huiyun (2007);** *Chinese Strategic Culture and Foreign Policy Decisionmaking. Confucianism, Leadership and War*, Routledge, New York 2007.
- Finnemore, Martha (1996);** Constructing Norms of Humanitarian Intervention. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 130-154.
- Freedman, Lawrence (2008);** Strategic studies and the problem of power. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); *Strategic Studies. A Reader*, Routledge, New York 2008, 22-33.
- Fung, Edmund S. K./Drakeley, Steven (Hrsg.) (2014);** *Democracy in Eastern Asia. Issues, problems and challenges in a region of diversity*, Routledge, London und New York 2014.
- Garrett, Banning/Adams, Jonathan M./Kramer, Franklin (2006);** *Taiwan in Search of a Strategic Consensus*, Atlantic Council of the United States, Washington DC 2006.

- Geddes, Barbara (1999)**; What Do We Know About Democratization After Twenty Years?. In: Annual Review of Political Science 2/1999, 115-144. Auch online verfügbar unter: <https://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev.polisci.2.1.115> (zuletzt eingesehen am: 26.01.2022).
- Gellner, Ernest (1983)**; Nations and Nationalism, Blackwell, Oxford 1983.
- Gilpin, Robert (1987)**; The Political Economy of International Relations, Princeton University Press, Princeton 1987.
- Glaser, Bonnie S. (2013)**; Taiwan's Quest for Greater Participation in the International Community, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington DC 2013. Auch online verfügbar unter: <https://www.csis.org/analysis/taiwan%E2%80%99s-quest-greater-participation-international-community> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- Gohain Baruah, Atmaja (2020)**; Between security and insecurity. Resource politics in North-East Asia. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 242-252.
- Gold, Thomas B. (2018)**; Civil Society and Taiwan's Quest for Identity. In: Harrell, Stevan/Huang, Chün-chieh (Hrsg.); Cultural Change in Postwar Taiwan, Zweite Ausgabe, Routledge, London und New York 2018, 47-68.
- Goldstein, Steven M. (2016)**; Taiwan: Asia's Orphan, NBR Special Report Nr. 62, The National Bureau of Asian Research, Washington DC 2016.
- Granet, Marcel (1985)**; Das chinesische Denken. Inhalt, Form, Charakter, Suhrkamp, Berlin 1985.
- Gray, Colin S. (1991)**; Geography and Grand Strategy (1991). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); Strategy and History. Essays on theory and practice, Routledge, London und New York 2006, 137-150.

- Gray, Colin S. (1999);** *Modern Strategy*, Oxford University Press, Oxford 1999.
- Gray, Colin S. (2006a);** Strategic culture as context. The first generation of theory strikes back (1999). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); *Strategy and History. Essays on theory and practice*, Routledge, London und New York 2006, 151-169.
- Gray, Colin S. (2006b);** From Principles of Warfare to Principles of War. A Clausewitzian solution (2006). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); *Strategy and History. Essays on theory and practice*, Routledge, London und New York 2006, 81-87.
- Gray, Colin S. (2007);** *Fighting Talk. Forty maxims on war, peace, and strategy*, Praeger Security International, Westport und London 2007.
- Gray, Colin S. (2008);** Why strategy is difficult. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); *Strategic Studies: A Reader*, Routledge, New York 2008, 391-397.
- Gray, Colin S. (2009);** Out of the Wilderness. Prime Time for Strategic Culture. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, London 2009, 221-242.
- Haglund, David G. (2009);** What Good Is Strategic Culture?. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, 2009, 15-32.
- Hall, Peter A. (1993);** Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 3/1993, 25. Jg., 275-296.

- Hanagan**, Deborah L. (2021); International Order. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy, U.S. War College, Carlisle 2012, 123-136.
- Harrell**, Peter/**Rosenberg**, Elizabeth/**Saravalle**, Edoardo (2018); China's use of coercive economic measures, CNAS Center for a New American Society, Washington DC 2018. Auch online verfügbar unter: <https://www.cnas.org/publications/reports/chinas-use-of-coercive-economic-measures> (zuletzt eingesehen am: 30.07.2021).
- He**, Tian (2021); The Political Economy of Developmental States in East Asia. South Korea, Singapore and Taiwan, Palgrave Macmillan, Cham 2021.
- Heuser**, Beatrice (2009); Foreword. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking, Palgrave Macmillan, London 2009.
- Hill**, Michael/**Hwang**, Yuan-shie (2005); Taiwan: what kind of social policy regime?. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization, Policy Press, Bristol 2005, 145-164.
- Ho**, Ming-sho (2010); Understanding the Trajectory of Social Movements in Taiwan (1980-2010). In: Journal of Current Chinese Affairs 3/2010, 39. Jg., 3-22.
- Ho**, Ming-sho (2011); Environmental Movement in Democratizing Taiwan (1980–2004). A Political Opportunity Structure Perspective. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 283-314.

- Ho, Ming-sho/Broadbent, Jeffrey (2011)**; Introduction to Taiwanese Society, Culture, and Politics. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 231-235.
- Hofstede, Geert (1991)**; Cultures and Organizations. Software of the Mind, McGraw Hill, London 1991.
- Hofstede, Geert H. (2001)**; Culture's Consequences. Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations Across Nations, Second Edition, Sage Publications, Thousand Oaks, London und Neu-Delhi 2001.
- Holliday, Ian (2000)**; Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: Political Studies 4/2000, 48. Jg., 706-723.
- Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (2007)**; Democratization and National Identity in the China-Taiwan and Korean Conflicts. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 1-26.
- Horowitz, Shale/Tan, Alexander C. (2007)**; Rising China versus Estranged Taiwan. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 115-130.
- Howlett, Darryl (2006)**; The Future of Strategic Culture. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project, Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, 2006, 189-207.
- Hroch, Miroslav (1985)**; Social Preconditions of National Revival in Europe. A Comparative Analysis of the Social Composition of Patriotic Groups among the Smaller European Nations, Cambridge University Press, London u.a. 1985.

- Hsiao, Hsin-Huang Michael (2019)**; The tripartite links of middle class, civil society and democracy in Taiwan, 1980 - 2016. In: Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.); *Middle Class, Civil Society and Democracy in Asia*, Routledge, London und New York 2019, 23-38.
- Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.) (2014)**; *Democracy or Alternative Political Systems in Asia. After the Strongmen*, Routledge, New York 2014.
- Hsiao, A-Chin (2000)**; *Contemporary Taiwanese Cultural Nationalism*, Routledge, London und New York 2000.
- Hsiao, A-Chin (2005a)**; The Indigenization of Taiwanese Literature. Historical Narrative, Strategic Essentialism, and State Violence. In: Makeham, John/Hsiao, A-Chin (Hrsg.); *Cultural, Ethnic, and Political Nationalism in Contemporary Taiwan*, Palgrave Macmillan, New York 2005, 125-155.
- Hsiao, A-Chin (2005b)**; Bentuhua - An Endeavor for Normalizing a Would-Be Nation-State?. In: Makeham, John/Hsiao, A-Chin (Hrsg.); *Cultural, Ethnic, and Political Nationalism in Contemporary Taiwan*, Palgrave Macmillan, New York 2005, 261-276.
- Hsiao, A-Chin (2012)**; 重構台灣：當代民族主義的文化政治 (Reconstructing Taiwan. The cultural politics of contemporary nationalism), 聯經出版事業股份有限公司 (Lianjing chuban shiye gufen youxian gongsi), Taipeh 2012.
- Hu, Richard W. (2011)**; The TRA, Cross-Strait Relations, and Sino-U.S. Relations. Searching for Cross-Strait Stability. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011, 53-69.
- Huang, Chün-chieh/Wu, Kuang-ming (2018)**; Taiwan and the Confucian Aspiration. Toward the Twenty-first century. In: Harrell, Stevan/Huang, Chün-chieh (Hrsg.); *Cultural Change in Postwar Taiwan*, Zweite Ausgabe, Routledge, London und New York 2018, 69-87.

- Huang**, David W. F. (2011); Lobbying for a “U.S.-Taiwan FTA” in the U.S. Congress. Which “Fast Track”? What Target?. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011, 101-120.
- Hughes**, Christopher R. (1997); *Taiwan and Chinese nationalism. National identity and status in international society*, Routledge, London und New York 1997.
- Huntington**, Samuel P. (1991); *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, University of Oklahoma Press, Norman und London 1991.
- Index Mundi** (2020); Taiwan. In: Website von Index Mundi, o.O. 22.07.2020: <https://www.indexmundi.com/taiwan/> (zuletzt eingesehen am: 22.04.2022).
- Inglehart**, Ronald/**Welzel**, Christian (2009); How Development Leads to Democracy – What We Know About Modernization. In: *Foreign Affairs* 2/2009, 88. Jg., 33-48.
- Jacob**, Jabin T./**Anh**, Hoang The (Hrsg.) (2020); *China’s Search for ‘National Rejuvenation’. Domestic and Foreign Policies under Xi Jinping*, Palgrave Macmillan, Singapur 2020.
- Jacobs**, Bruce J. (2005); “Taiwanization” in Taiwan’s Politics. In: Makeham, John/Hsiau, A-Chin (Hrsg.); *Cultural, Ethnic, and Political Nationalism in Contemporary Taiwan*, Palgrave Macmillan, New York 2005, 17-54.

Jedlaucnik, Herwig (2019); Strategische Kultur – Theorie und Praxis. Gesamtstaatliche und parteipolitische Wertvorstellungen als Grundlage für internationale Streitkräfteeinsätze Österreichs. In: Pankratz, Thomas/Hensellek, Benedikt (Hrsg.); Strategische Kultur als unterschätzter Faktor von Strategie und Sicherheit, Symposium der Landesverteidigungsakademie 2018, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 17/2019, Heeresdruck, Wien 2019, 117-139. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/publikation.php?id=1000> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Jedlaucnik, Herwig/Schmidl, Erwin A. (2015); Theoretische und strategische Aspekte von Kooperationen. In: Jedlaucnik, Herwig/Hensellek, Benedikt (Hrsg.); Möglichkeiten und Grenzen sicherheitspolitischer Kooperationen Österreichs, Symposium der Landesverteidigungsakademie 2014, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 4/2015, Heeresdruck, Wien 2015, 11-54. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/publikation.php?id=921> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Jervis, Robert (1997); Complex Systems. The Role of Interactions. In: Alberts, David S./Czerwinski, Thomas J. (Hrsg.); Complexity, Global Politics, and National Security, National Defense University, Washington DC 1997, 20-31.

Jervis, Robert (2017); Perception and Misperception in International Politics, New paperback edition, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2017.

Jiang, Yi-huah (2017); Taiwan's National Identity and Cross-Strait Relations. In: Dittmer, Lowell (Hrsg.); Taiwan and China. Fitful Embrace, University of California Press, Oakland 2017, 19-41.

Johnson, Chalmers (1999); The Developmental State. Odyssey of a Concept. In: Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.); The Developmental State, Cornell University Press, Ithaca und London 1999, 32-60.

- Johnson, Jeannie L. (2009);** Conclusion. Toward a Standard Methodological Approach. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, London 2009, 243-257.
- Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (2009);** Introduction. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, London 2009, 3-14.
- Johnson, Kenneth D. (2009);** China's Strategic Culture. A Perspective for the United States, U.S. Army War College, Carlisle 2009. Auch online verfügbar unter: <https://publications.armywarcollege.edu/pubs/2014.pdf> (zuletzt eingesehen am: 12.10.2021).
- Johnston, Alastair Iain (1995);** Thinking About Strategic Culture. In: *International Security* 4/1995, 19. Jg., 32-64. Auch online verfügbar unter: <https://www.fb03.uni-frankfurt.de/45431264/Johnston-1995-Thinking-about-Strategic-Culture.pdf> (zuletzt eingesehen am: 22.11.2021).
- Johnston, Alastair Iain (1996);** Cultural Realism and Strategy in Maoist China. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 178-221.
- Johnston, Alastair Iain (1998);** *Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*, Third printing, and first paperback printing, Princeton University Press, Princeton 1998.
- Jones, Frank L. (2012);** Strategic Thinking and Culture. A Framework for Analysis. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2012, 287-304.

- Kang, David C. (2003a);** Getting Asia Wrong. The Need for New Analytic Frameworks. In: *International Security* 4/2003, 27. Jg., 57–85.
- Kang, David C. (2003b);** Hierarchy and Stability in Asian International Relations: In: Ikenberry, G. John/Mastanduno, Michael; *International Relations Theory and the Search for Regional Stability*, Columbia University Press, New York 2003, 163-190. Auch online verfügbar unter: https://www.cia.gov/library/abbottabad-com-pound/61/61056C72483AE646E1A9830DAC4CEAA3_FULLTEXT.PDF (zuletzt eingesehen am: 20.10.2021).
- Kang, David C. (2004);** Hierarchy, Balancing, and Empirical Puzzles in Asian International Relations. In: *International Security* 3/2004, 28. Jg., 165-180. Auch online verfügbar unter: <https://www.belfercenter.org/sites/default/files/legacy/files/kang.pdf> (zuletzt eingesehen am: 12.11.2021).
- Kang, David C. (2009);** The security of the Korean peninsula. In: Ganguly, Sumit/Scobell, Andrew/Liow, Joseph Chinyong (Hrsg.); *The Routledge Handbook of Asian Security Studies*, Taylor & Francis e-Library, London und New York 2009, 35-47.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg) (1996);** *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996.
- Keng, Shu/Schubert, Gunter (2010);** Agents of China–Taiwan Unification? The Political Role of Taiwan Business People in the Process of Cross-Strait Integration. In: *Asian Survey* 2/2010, 50. Jg., 287-310.
- Keohane, Robert O. (1984);** *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press, Princeton 1984.

- Kim, Jiyul (2009)**; Cultural Dimensions of Strategy and Policy, U.S. Army War College, Carlisle 2009. Auch online verfügbar unter: <https://permanent.access.gpo.gov/LPS113542/LPS113542/www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB919.pdf> (zuletzt eingesehen am: 19.12.2021).
- Kim, Sung-Young (2018)**; Wither Developmentalism after Democratisation?. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 457-470.
- Klein, Bradley S. (1988)**; Hegemony and Strategic Culture. American Power Projection and Alliance Defence Politics. In: Review of International Studies 2/1988, 14. Jg., 133-148.
- Kotzian, Peter (2010)**; Public support for liberal democracy. In: International Political Science Review 1/2010, 32. Jg., 23-41.
- Krasner, Stephen D. (1999)**; Sovereignty. Organized Hypocrisy, Princeton University Press, New Jersey 1999.
- Krasner, Stephen D. (2011)**; Foreword. Varieties of Sovereignty. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, vii-xvii.
- Kuo, Raymond (2022)**; Strategic Clarity and the Future of U.S.-Taiwan Foreign Relations, National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle und Washington DC 2022. Auch online verfügbar unter: <https://www.nbr.org/publication/strategic-clarity-and-the-future-of-u-s-taiwan-foreign-relations/> (zuletzt eingesehen am: 18.02.2022).
- Kuo, Tai-chun/Myers, Ramon H. (2004)**; Peace Proposal One. The China Commonwealth Model. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 189-194.
- Lai, Ming-yan (2008)**; Nativism and Modernity. Cultural Contestations in China and Taiwan under Global Capitalism, State University of New York Press, Albany 2008.

- Laliberté, André (2017)**; The Pluralization of the Religious Field in Taiwan and Its Impact on China. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs, Palgrave Macmillan, Cham 2017, 203-232.
- Lamley, Harry (2015)**; Taiwan under Japanese Rule, 1895–1945. The Vicissitudes of Colonialism. In: Rubinstein, Murray A. (Hrsg.); Taiwan. A new history, Expanded Edition, Routledge, London und New York 2015, 201-260.
- Lantis, Jeffrey S. (2006)**; Strategic Culture. From Clausewitz to Constructivism. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project. Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, 31.10.2006, 90-120. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=716438> (zuletzt eingesehen am: 21.12.2021).
- Lantis, Jeffrey S. (2014)**; Strategic Cultures and Security Policies in the Asia-Pacific. In: Contemporary Security Policy 2/2014, 35 Jg., 166-186. Auch online verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13523260.2014.927676?scroll=top&needAccess=true> (zuletzt eingesehen am: 17.12.2021).
- Lau, Richard R. (2003)**; Models of Decision-Making. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003, 19-59.
- Lee, Bradford A./Walling, Karl F. (2003)**; Introduction. In: Lee, Bradford A./Walling, Karl F. (Hrsg.); Strategic Logic and Political Rationality. Essays in Honor of Michael I. Handel, US Naval War College, Newport 2003, 1-24.
- Lee, Ming (2011)**; Cross-Taiwan Straits Relations and Ma Ying-jeou's Policy of Diplomatic Truce. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 187-215.

- Lee, Nae Young/Han, Sung Min (2018)**; Politics of Party Polarization in East Asia. A comparison of South Korea, Taiwan, and Japan. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 193-208.
- Legro, Jeffrey W. (1996)**; Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step. In: The American Political Science Review 1/1996, 90. Jg., 118-137.
- Leng, Shao-chuan/Lin, Cheng-yi (1993)**; Political Change on Taiwan. Transition to Democracy?. In: The China Quarterly, 136/1993, 805-839.
- Levy, Jack S. (2003)**; Political Psychology and Foreign Policy. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003, 253-284.
- Li, Jijun (1997)**; Traditional Military Thinking and the Defense Strategy of China, U.S. Army War College, Strategic Studies Institute, Carlisle 1997. Auch online verfügbar unter: <https://www.globalsecurity.org/military/library/report/1997/china-li.pdf> (zuletzt eingesehen am: 02.11.2021).
- Li, Xiaokun (2013)**; China sails through 'first island chain'. In: China Daily, Peking 02.08.2013. Auch online verfügbar unter: https://usa.chinadaily.com.cn/china/2013-08/02/content_16863855.htm (zuletzt eingesehen am: 19.02.2022).
- Li, Zhuoyao (2020)**; Political Liberalism, Confucianism, and the Future of Democracy in East Asia, Springer, Cham 2020.
- Liao, Ping-hui/Wang, David Der-wei (Hrsg.) (2006)**; Taiwan under Japanese Colonial rule, 1895 – 1945. History, Culture, Memory, Columbia University Press, New York 2006.
- Lin, Cheng-yi (2011)**; A Status Quo with Different Interpretations. Taiwan, China, the United States, and Security in the Taiwan Strait. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 71-100.

- Lin, Cheng-yi/Roy, Denny (Hrsg.) (2011);** *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011.
- Lin, Gang (2017);** *Taiwan's Developmental Experience for the Chinese Mainland. The Perspective of Chinese Intellectuals*. In: Tsang, Steve (Hrsg.); *Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs*, Palgrave Macmillan, Cham 2017, 49-67.
- Lin, Hsiao-ting (2016);** *Accidental State. Chiang Kai-Shek, The United States, and the Making of Taiwan*, Harvard University Press, Cambridge und London 2016.
- Lin, Syaru Shirley (2020);** *Taiwan. How Taiwan's High-Income Trap Shapes Its Options in the U.S.-China Competition*. In: Tellis, Ashley J./Szalwinski, Alison/Wills, Michael (Hrsg.); *Strategic Asia 2020. U.S.-China Competition for Global Influence*, The National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle und Washington DC 2020.
- Lin, Syaru Shirley (2021);** *Analyzing the Relationship between Identity and Democratization in Taiwan and Hong Kong in the Shadow of China*. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); *Democratization, National Identity and Foreign Policy in Asia*, Routledge, Oxon und New York 2021, 119-138.
- Lin, Wan-I (2014);** *The Aging Society and Social Policy in Taiwan*. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 284-316.
- Liou, To-hai (2011);** *Cross-Taiwan Straits Economic Relations and the ECFA*. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); *Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits*, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 155-185.
- Lipset, Seymour Martin (1960);** *Political Man. The Social Bases of Politics*, Doubleday, New York 1960.

- Liu, Frank C.S./Lee, Francis L.F. (2013)**; Country, National, and Pan-national Identification in Taiwan and Hong Kong. Standing Together as Chinese?. In: *Asian Survey* 6/2013, 53. Jg., 1112-1134.
- Lo, Chih-cheng (2014)**; Taiwan's democratization after the strongmen. Leadership matters. In: Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.); *Democracy or Alternative Political Systems in Asia. After the Strongmen*, Routledge, New York 2014, 43-57.
- Lu, Jie/Chu, Yun-han (2022)**; *Understandings of Democracy. Origins and Consequences beyond Western Democracies*, Oxford University Press, Oxford 2022.
- Luft, Gal (2017)**; Silk Road 2.0. US Strategy toward China's Belt and Road Initiative, Atlantic Council Strategy Paper 11/2017. Auch online verfügbar unter: http://www.atlanticcouncil.org/images/AC_StrategyPapers_No11_FINAL_web3.pdf (zuletzt eingesehen am: 22.09.2021).
- Lynch, Daniel (2004)**; Taiwan's Self-Conscious Nation-Building Project. In: *Asian Survey* 4/2004, 44. Jg., 513-533.
- Mackinder, Halford John (1904)**; The geographical pivot of history (1904). In: *The Geographical Journal* 4/1904, 23. Jg.
- Magee, Roderick R. II (Hrsg.) (1998)**; *Strategic Leadership Primer*, U.S. Army War College, Carlisle 1998.
- Mahan, Alfred Thayer (1965)**; *The Influence of SEA POWER upon History 1660- 1783*, Methuen & Co, London 1965.
- Makeham, John (2005)**; Indigenization Discourse in Taiwanese Confucian Revivalism. In: Makeham, John/Hsiao, A-Chin (Hrsg.); *Cultural, Ethnic, and Political Nationalism in Contemporary Taiwan*, Palgrave Macmillan, New York 2005, 187-220.
- Manthorpe, Jonathan (2005)**; *Forbidden Nation. A History of Taiwan*, Palgrave MacMillan 2005.

- Marti, Urs (2003)**; Theorien der Internationalen Beziehungen. In: Kohler, G./Marti, U.; Konturen der neuen Welt(un)ordnung. Beiträge zu einer Theorie der normativen Prinzipien internationaler Politik, De Gruyter, Berlin und New York 2003, 62-79. Auch online verfügbar unter: https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/54557/1/UM_Theorien_der_IB.pdf (zuletzt eingesehen am: 11.08.2020).
- Metzler, John J. (2017)**; Taiwan's Transformation. 1895 to the Present, Palgrave Macmillan, New York 2017.
- MOD (Ministry of National Defense ROC) (2004)**; 2004 National Defense Report, Taipeh 2004. Auch online verfügbar unter: <https://china.usc.edu/republic-china-taiwan-national-defense-report-2004> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- MOD (Ministry of National Defense ROC) (2005)**; All-out Defense Education Act, Taipeh 2005. Auch online verfügbar unter: <https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?pcode=F0080014> (zuletzt eingesehen am: 23.03.2022).
- MOD (Ministry of National Defense ROC) (2012)**; National Defense Act, Taipeh 2012. Auch online verfügbar unter: <https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?media=print&pcode=F0010030> (zuletzt eingesehen am: 25.03.2022).
- MOD (Ministry of National Defense ROC) (2015)**; 2015 National Defense Report, Taipeh 2015. Auch online verfügbar unter: <https://china.usc.edu/republic-china-taiwan-national-defense-report-2015> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- MOD (Ministry of National Defense ROC) (2017)**; 2017 National Defense Report, Taipeh 2017. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/taiwan-ministry-of-national-defense-reports/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

MOD (Ministry of National Defense ROC) (2019a); 2019 National Defense Report, Taipeh 2019. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/taiwan-ministry-of-national-defense-reports/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

MOD (Ministry of National Defense ROC) (2019b); Defense Industry Development Act, Taipeh 2019. Auch online verfügbar unter: <https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?media=print&pcode=F0110024> (zuletzt eingesehen am: 25.03.2022).

MOD (Ministry of National Defense ROC) (2021a); 2021 National Defense Report, Taipeh 2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/taiwan-ministry-of-national-defense-reports/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

MOD (Ministry of National Defense ROC) (2021b); 2021 Quadrennial Defense Review, Taipeh 2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/taiwan-ministry-of-national-defense-reports/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

MOD (Ministry of National Defense ROC) (2021c); Organization Act of the Ministry of National Defense, Taipeh 2021. Auch online verfügbar unter: <https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?pcode=F0000001> (zuletzt eingesehen am: 28.03.2022).

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2021); Defense of Japan 2021. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/en/publ/w_paper/index.html (zuletzt eingesehen am: 03.03.2022).

MOE (Ministry of Education) (2019); Current Condition and Measures of the MOE's All-Out Defense Education, Taipeh 2019. Auch online verfügbar unter: <https://english.moe.gov.tw/cp-13-19196-01f5e-1.html> (zuletzt eingesehen am: 25.03.2022).

- MOEA** (Ministry of Economic Affairs) (2022); Cross-Straits Economic Relations, Taipeh 2022. Auch online verfügbar unter: https://www.trade.gov.tw/english/Pages/Detail.aspx?nodeID=2910&pid=652155&dl_DateRange=all&txt_SD=&txt_ED=&txt_Keyword=&Pageid=1 (zuletzt eingesehen am: 25.05.2022).
- MOFA** (Ministry of Foreign Affairs) (2020); 'Two-state' theory considered Lee Teng-hui's main political legacy. In: Website von Taiwan, Taipei Representative Office, Bratislava: https://www.roc-taiwan.org/sk_en/post/2331.html (zuletzt eingesehen am: 23.05.2022).
- MOFA** (Ministry of Foreign Affairs) (2022); Cross-Strait Relations. In: Website von Government Portal of the Republic of China (Taiwan): https://www.taiwan.gov.tw/content_6.php (zuletzt eingesehen am: 23.04.2022).
- Montevideo Konvention** (1933); Montevideo Convention on the Rights and Duties of States, Montevideo 26.12.1933.
- Moody**, Peter R. Jr. (1994); Trends in the Study of Chinese Political Culture. In: *The China Quarterly* 139/1994, 35. Jg., 731-740.
- Moody**, Peter R. Jr. (2007); The Evolution of China's National Interest. Implications for Taiwan. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); *Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas*, Palgrave Macmillan, New York 2007, 27-48.
- Morgenthau**, Hans (1948); *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, Alfred A. Knopf, New York 1948.
- Mott**, William H. IV/**Kim**, Jae Chang (2006); *The Philosophy of Chinese Military Culture*, Palgrave Macmillan, London 2006.
- Mühlhahn**, Klaus (2019); *Making China Modern. From the Great Qing to Xi Jinping*, Belknap Press, Cambridge und London 2019.

- Mukherjee, Rohan (2022)**; *Ascending Order. Rising Powers and the Politics of Status in International Institutions*, Cambridge University Press, New York u.a. 2022.
- Nakai, Joshifumi (2011)**; *Japan's Perspective on U.S.-China-Taiwan Relations*. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); *The Future of United States, China, and Taiwan Relations*, Palgrave Macmillan, New York 2011, 189-208.
- New Frontier Foundation (2013)**; *New Chapter for Taiwan-U.S. Defense Partnership*, DPP Defense Policy Blue Paper 4, Taipeh 2013. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/tags/information-2/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- New Frontier Foundation (2014)**; *China's Military Threats against Taiwan in 2025*, DPP Defense Policy Blue Paper 5, Taipeh 2014. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/tags/information-2/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- New Frontier Foundation (2015a)**; *Taiwan's Military Capacities in 2025*, DPP Defense Policy Blue Paper 9, Taipeh 2015. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/tags/information-2/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- New Frontier Foundation (2015b)**; *Preparing the Development of Indigenous Defense Industry*, DPP Defense Policy Blue Paper 12, Taipeh 2015. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/tags/information-2/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- Niquet, Valérie (2008)**; *Culture stratégique et politique de défense en Chine*, Réseau Asie – IIIe Congrès 26-27-28 septembre 2007, Centre Asie Ifri, Paris 20.02.2008. Auch online verfügbar unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/SEM_niquet.pdf (zuletzt eingesehen am: 25.10.2021).

- Noesselt, Nele (2018)**; Governance Innovation and Policy Change. In: Noesselt, Nele (Hrsg.); Governance Innovation and Policy Change. Re-calibrations of Chinese Politics under Xi Jinping, Lexington Books, Lanham u.a. 2018.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe (1986)**; Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Johns Hopkins University Press, Baltimore 1986.
- Oyserman, Daphna/Coon, Heather M./Kimmelmeier, Markus (2002)**; Rethinking Individualism and Collectivism. Evaluation of Theoretical Assumptions and Meta-Analyses. In: Psychological Bulletin 1/2002, 128. Jg., 3-72. Auch online verfügbar unter: <https://dornsife.usc.edu/assets/sites/782/docs/oysermancoonkimmelmeier2002.pdf> (zuletzt eingesehen am: 28.12.2021).
- Panda, Jagannath P. (2020)**; Introduction. The Korean Peninsula and Indo-Pacific power politics. Status security at stake. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 1-17.
- Parameswaran, Prashanth (2019)**; Assessing Taiwan's New Southbound Policy. A closer look at the current status and future prospects of one of Taiwan's flagship foreign policy initiatives. In: The Diplomat, Tokio 23.04.2019.
- Park, Chong-min/Chu, Yun-han (2014)**; Trends in Attitudes Toward Democracy in Korea and Taiwan. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan, Stanford University Press, Stanford 2014, 27-67.
- Pasquale, Charles D. (2007)**; Pivotal Deterrence and United States Security Policy in the Taiwan Strait, Dissertation, Old Dominion University, Norfolk 2007.

- Phillips, Steven (2005)**; Building a Taiwanese Republic. The Independence Movement, 1945 – present. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis, Columbia University Press, New York 2005, 44-69.
- Phillips, Steven (2015)**; Between Assimilation and Independence. Taiwanese Political Aspirations under Nationalist Chinese Rule, 1945–1948. In: Rubinstein, Murray A. (Hrsg.); Taiwan. A new history, Expanded Edition, Routledge, London und New York 2015, 275-319.
- Pillsbury, Michael (2011)**; U.S. Debates About Taiwan’s Security, 1979 – 2009. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 209-242.
- Putnam, Robert (1988)**; Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-level Game. In: International Organization 2/1988, 42. Jg., 427-460.
- Pye, Lucian W. (1985)**; Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority, Harvard University Press, Cambridge und London 1985.
- Qing, Jiang (2013)**; A Confucian Constitutional Order. How China’s Ancient Past Can shape its Political future, Princeton University Press, Princeton 2013.
- Rainey, Lee Dian (2010)**; Confucius & Confucianism. The Essentials, Wiley-Blackwell, Chichester 2010.
- Raska, Michael (2018)**; Cross-Domain Coercion. Contours of East Asia’s Future Conflicts. In: RSIS Commentary 071/2018, 22. Jg., NTU Universität, Singapore 24.04.2018. Auch online verfügbar unter: <https://www.rsis.edu.sg/wp-content/uploads/2018/04/CO18071.pdf> (zuletzt eingesehen am: 19.12.2021).

- Redd, Cal (2007)**; Explaining U.S. Policy toward China and Taiwan. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 91-114.
- Reuters (2020)**; Factbox. How does a Taiwan election work?. In: Website von Reuters, 07.01.2020: <https://www.reuters.com/article/us-taiwan-election-factbox-idUSKBN1Z62L7> (zuletzt eingesehen am: 27.04.2022).
- Rigger, Shelley (2001a)**; From Opposition to Power. Taiwan's Democratic Progressive Party, Lynn Rienner, Boulder und London 2001.
- Rigger, Shelley (2001b)**; The Democratic Progressive Party in 2000. Obstacle and Opportunities. In: China Quarterly 168/2001, 944-959.
- Rigger, Shelley (2002)**; Politics in Taiwan. Voting for democracy, Taylor & Francis e-Library, London 2002.
- Rigger, Shelley (2005)**; The Unfinished Business of Taiwan's Democratization. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis, Columbia University Press, New York 2005, 16-43.
- Rigger, Shelley (2011)**; Why Taiwan Matters. Small Island, Global Powerhouse, Rowman & Littlefield Publishers, Lanham u. a. 2011.
- Rigger, Shelley (2014a)**; Political Parties and Identity Politics in Taiwan. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan, Stanford University Press, Stanford 2014, 106-132.
- Rigger, Shelley (2014b)**; Taiwan's democratization and mainland China's future. In: Zhou, Kate Xiao/Rigger, Shelley/White, Lynn T. (Hrsg.); Democratization in China, Korea and Southeast Asia?, Routledge, London und New York 2014, 36-50.

- Rigger, Shelley/Schubert, Gunter (2017)**; Taiwan's Contribution to China's Economic Rise and Its Implications for Cross-Strait Integration. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs, Palgrave Macmillan, Cham 2017, 95-123.
- Romberg, Alan D. (2004)**; The Role of the United States in Seeking a Peaceful Solution. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 111-143.
- Rosenau, James N. (1997)**; Many Damn Things Simultaneously. Complexity Theory and World Affairs. In: Alberts, David S./Czerwinski, Thomas J. (Hrsg.); Complexity, Global Politics, and National Security, National Defense University, Washington DC 1997, 32-43.
- Roy, Denny (2011)**; The U.S.-China-Taiwan Relationship. New Circumstances, Persistent Challenges. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 149-165.
- Rozman, Gilbert (2010)**; Chinese Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2010.
- Rozman, Gilbert (Hrsg.) (2021)**; Democratization, National Identity and Foreign Policy in Asia, Routledge, Oxon und New York 2021.
- Rubinstein, Murray A. (2015)**; Taiwan's Socioeconomic Modernization, 1971 - 1996. In: Rubinstein, Murray A. (Hrsg.); Taiwan. A new history, Expanded Edition, Routledge, London und New York 2015, 366-402.
- Schweller, Randall L. (1994)**; Bandwagoning for Profit. Bringing the Revisionist State Back In. In: International Security 1/1994, 19. Jg., 72-107.
- Scobell, Andrew (2002)**; China and Strategic Culture, U.S. Army War College, Carlisle 2002. Auch online verfügbar unter: https://www.globalsecurity.org/military/library/report/2002/ssi_scobell.pdf (zuletzt eingesehen am: 21.12.2021).

- Scobell**, Andrew (2005); Strategic Culture and China. IR Theory Versus the Fortune Cookie?. In: Strategic Insights 10/2005, 4. Jg. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=457653> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2021).
- Scobell**, Andrew u.a. (2020); China's Grand Strategy. Trends, Trajectories, and Long-Term Competition, Rand Corporation, Santa Monica 2020.
- Scobell**, Andrew/**Wortzel**, Larry M. (2005); Chinese National Security Decisionmaking under Stress, U.S. Army War College, Carlisle 2005.
- Sears**, David O./**Huddy**, Leonie/**Jervis**, Robert (Hrsg.) (2003); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003.
- Shambaugh**, David (2000); A Matter of Time. Taiwan's Eroding Military Advantage. In: The Washington Quarterly 2/2000, 23. Jg., 119-133.
- Shan**, Wei/**Zheng**, Yongnian (2018); Geopolitics and Democratization in East Asia. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 509-527.
- Sheperd**, Thomas (2012); Navigating the Linkage between Culture and Strategy: A Guide to Understanding the Analytical Cultural Framework for Strategy and Policy. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy, U.S. War College, Carlisle 2012, 275-285.
- Shepherd**, John Robert (1993); Statecraft and Political Economy on the Taiwan Frontier 1600-1800, Stanford University Press, Stanford 1993.
- Shi**, Tianjian (2015); The Cultural Logic of Politics in Mainland China and Taiwan, Cambridge University Press, New York 2015.
- Shi**, Tianjian/**Lu**, Jie (2010); The Shadow of Confucianism. In: Journal of Democracy 4/2010, 21 Jg., 123-130.

- Shin, Doh Chull (2012)**; Cultural Origins of Diffuse Regime Support among East Asians. Exploring an Alternative to the Theory of Critical Citizens, Globalbarometer, Working Paper Series Nr. 63, University of California, Berkeley 2012. Auch online verfügbar unter: <http://asianbarometer.org/publications//132adfc4c54a1e555e7605332a5852d5.pdf> (zuletzt eingesehen am: 28.11.2021).
- Shin, Doh Chull (2018)**; The Asian Values Debate. A reassessment from the perspective of democratization. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 327-340.
- Skalnes, Lars S. (2022)**; The Political Economy of Peaceful Change. In: Paul, T.V. u.a. (Hrsg.); The Oxford Handbook of Peaceful Change in International Relations, Oxford University Press, Oxford 2022, 319-336.
- Slater, Dan/Wong, Joseph (2012)**; Conceding and Thriving. Strong-State Democratization in Asia. In: Comparative Democratization 2/2012, 10. Jg., 12–15.
- Snyder, Jack L. (1977)**; The Soviet Strategic Culture. Implications for Limited Nuclear Operations, RAND Corporation, Santa Monica 1977. Auch online verfügbar unter: <https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/reports/2005/R2154.pdf> (zuletzt eingesehen am: 10.11.2021).
- Snyder, Jack L. (2002)**; Anarchy and Culture. Insights from the Anthropology of War. In: International Organization 1/2002, 56. Jg., 7-45.
- State Council** (The State Council Information Office of the People's Republic of China) (2019); China's National Defense in the New Era, Peking 24.07.2019. Auch online verfügbar unter: http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201907/24/content_WS5d3941ddc6d08408f502283d.html (zuletzt eingesehen am: 14.03.2022).

- Stockton, Hans (2002)**; National Identity on Taiwan. Causes and Consequences for Political Reunification. In: *American Journal of Chinese Studies* 2/2002, 9. Jg., 155-178.
- Stockton, Hans (2007)**; Taiwan. Political and National Security of Becoming “Taiwanese”. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); *Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas*, Palgrave Macmillan, New York 2007, 49-70.
- Stolberg, Alan G. (2012)**; The International System in the 21st Century. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2012, 137-150.
- Stone, Elizabeth (2006)**; Comparative Strategic Cultures Literature Review (Part 1). In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Comparative Strategic Cultures Curriculum Project. Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors*, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, Washington DC 2006, 31-39.
- Strachan, Hew (2008)**; The lost meaning of strategy. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); *Strategic Studies. A Reader*, Routledge, New York 2008, 421-436.
- Stryker, Sheldon /Burke, Peter J. (2000)**; The Past, Present, and Future of an Identity Theory. In: *Social Psychology Quarterly* 4/2000, 63. Jg., Special Millenium Issue on the State of Sociological Social, 284-297.
- Su, Chi (2004)**; Driving Forces Behind Taipei’s Mainland Policy. In: Tsang, Steve (Hrsg.); *Peace and Security Across the Taiwan Strait*, Palgrave Macmillan, London 2004, 45-76.
- Su, Ya-Chen (2006)**; Political Ideology and Taiwanese School Curricula. In: *Asia Pacific Education Review* 1/2006, 7. Jg., 41-50.

- Sun, Shengliang (2011);** Economic Relations Across the Taiwan Straits and Beijing's Policy Adjustment. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 51-86.
- Swaine, Michael D. (2001);** Chinese Decision-Making Regarding Taiwan, 1979–2000. In: Lampton, David M. (Hrsg.); The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform, 1978-2000, Stanford University Press, Stanford 2001, 289–336.
- Swaine, Michael D. (2005);** Taiwan's Defense Reforms and Military Modernization Program. Objectives, Achievements, and Obstacles. In: Bernkopf Tucker, Nancy (Hrsg.); Dangerous Strait. The U.S. – Taiwan – China Crisis, Columbia University Press, New York 2005, 131-161.
- Swaine, Michael D./Mulvenon, James C. (2001);** Taiwan's Foreign and Defense Policies. Features and Determinants, Rand Corporation, Santa Monica 2001.
- Taiwan Communiqué (1995);** Lee Teng-hui now welcome to the USA, but needs to improve democracy in Taiwan. In: Taiwan Communiqué 1995, 66. Jg., International Edition.
- Taiwan Documents Project (2002a);** Treaty of Shimonoseki, Shimonoseki 1895. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/shimonoseki01.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).
- Taiwan Documents Project (2002b);** Treaty of Peace with Japan, San Francisco 1951. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/sanfrancisco01.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).
- Taiwan Documents Project (2002c);** The Constitution of the Republic of China, 1947. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/constitution01.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Taiwan Documents Project (2002d); History of Constitutional Revisions in the Republic of China. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/constitution07.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Taiwan Documents Project (2002e); Cairo Conference, 1943. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/cairo.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Taiwan Documents Project (2002f); Mutual Defense Treaty between the United States of America and the Republic of China, 1954. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/mutual01.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.05.2022).

Taiwan Documents Project (2002g); Shanghai Communiqué, 1972. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/communique01.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.05.2022).

Taiwan Documents Project (2002h); Joint Communiqué on the Establishment of Diplomatic Relations, 1979. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/communique02.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.05.2022).

Taiwan Documents Project (2002i); Joint Communiqué on Arms Sales to Taiwan, 1989. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/communique03.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.05.2022).

Taiwan Documents Project (2005); The "Six Assurances" to Taiwan, o.O. 1982. Auch online verfügbar unter: <http://www.taiwandocuments.org/assurances.htm> (zuletzt eingesehen am: 28.03.2022).

Taiwan Heute (2011); Der „Konsens von 1992“. Schlüssel zur Versöhnung über die Taiwanstraße, Teipeh 01.11.2022. Auch online verfügbar unter: <https://taiwanheute.tw/news.php?post=108652&unit=387> (zuletzt eingesehen am: 09.05.2022).

- Tang, Shiping (2010)**; A Theory of Security Strategy for Our Time. Defensive Realism, Palgrave Macmillan, New York 2010.
- Tarapore, Arzan (2018)**; The Geopolitics of the Quad, The National Bureau of Asian Research (NBR), 16.11.2018. Auch online verfügbar unter: <https://www.nbr.org/publication/the-geopolitics-of-the-quad/> (zuletzt eingesehen am: 05.10.2021).
- Teufel Dreyer, June (2004)**; China's Ability To Take a Military Option and Its Calculations. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 144-167.
- The White House (2022a)**; Indo-Pacific Strategy of the United States, Washington DC 2022.
- The White House (2022b)**; National Security Strategy, Washington DC 2022.
- Tian, John Q. (2006)**; Government, Business, and the Politics of Interdependence and Conflict across the Taiwan Strait, First Edition, Palgrave Macmillan, New York 2006.
- Tien, Hung-Mao (1988)**; The Great Transition. Political and Social Change in the Republic of China; Hoover Institution Press, Stanford 1988.
- Tkacik, John J. (2011)**; The "ASL" as the "Anti-TRA". The Impact of China's Anti-Secession Law on U.S. Relations with Taiwan. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 29-52.
- Trondman, Mats (2011)**; To locate in the tenor of their setting the sources of their spell. Clifford Geertz and the "Strong" Program in Cultural Sociology. In: Alexander, Jeffrey C./Smith, Philip/Norton, Matthew (Hrsg.); Interpreting Clifford Geertz. Cultural Investigation in the Social Sciences, Palgrave Macmillan, London 2011.

- Tsai**, George W. (2011); Cross-Taiwan Straits Relations. Policy Adjustment and Prospects. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 115-154.
- Tsang**, Steve (2004a); War or Peace Across the Taiwan Strait. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 1-18.
- Tsang**, Steve (2004b); Peace Proposal Two. The Chinese Union Model. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 195-208.
- Tsang**, Steve (Hrsg.) (2017); Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs, Palgrave Macmillan, Cham 2017.
- Twomey**, Christopher P. (2006); Chinese Strategic Cultures. Survey and Critique. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project, Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, Washington DC 2006, 255-273. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=716438> (zuletzt eingesehen am: 21.12.2021).
- UN** (United Nations) (1971); Restoration of the lawful rights of the People's Republic of China in the United Nations, A/RES/2758(XXVI), 25.10.1971. Auch online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/192054> (zuletzt eingesehen am: 06.04.2022).
- U.S. Congress** (1979); Taiwan Relations Act, Washington DC 1979. Auch online verfügbar unter: <https://www.congress.gov/bill/96th-congress/house-bill/2479/all-info> (zuletzt eingesehen am: 14.02.2022).

- U.S. Congress (2019)**; Taiwan Assurance Act, Washington DC 2019. Auch online verfügbar unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/2002/text> (zuletzt eingesehen am: 28.03.2022).
- U.S. Congress (2020)**; Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative (TAIPEI) Act of 2019, Washington DC 2019. Auch online verfügbar unter: <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-bill/1678> (zuletzt eingesehen am: 25.05.2022).
- U.S. State Department (2020)**; The Elements of the China Challenge, Washington DC 2020. Auch online verfügbar unter: <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/11/20-02832-Elements-of-China-Challenge-508.pdf> (zuletzt eingesehen am: 10.01.2021).
- U.S.-Taiwan Business Council (2022)**; The United States *One China Policy* is NOT the Same as the PRC *One China Principle*. In: Website des U.S.-Taiwan Business Council: <https://www.us-taiwan.org/resources/faq-the-united-states-one-china-policy-is-not-the-same-as-the-prc-one-china-principle/> (zuletzt eingesehen am: 04.05.2022).
- Valle, Vicente Jr. (2000)**; Chaos, Complexity and Deterrence, Student Paper, U.S. War College, Carlisle 2000. Auch online verfügbar unter: <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/ndu/valle.pdf> (zuletzt eingesehen am: 19.11.2021).
- Vranken Hickey, Dennis (2007)**; Foreign Policy Making in Taiwan. From principle to pragmatism, Routledge, London und New York 2007.
- Vu, Tuong (2010)**; Paths to development in Asia. South Korea, Vietnam, China, and Indonesia, Cambridge University Press, Cambridge u.a. 2010.
- Wachman, Alan M. (2007)**; Why Taiwan? Geostrategic Rationales for China's Territorial Integrity, Stanford University Press, Stanford 2007.
- Wade, Robert (1988)**; State Intervention in 'Outward-looking' Development. Neoclassical Theory and Taiwanese Practice. In: White, Gordon

- (Hrsg.); *Developmental States in East Asia*, Palgrave Macmillan, London 1988, 30-67.
- Walker**, Alan/**Wong**, Chack-kie (Hrsg.) (2005); *East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization*, Policy Press, Bristol 2005.
- Walt**, Stephen M. (1987); *The Origins of Alliances*, Ithaca, Cornell University Press, New York 1987.
- Walt**, Stephen M. (2006); *International relations. One world, many theories*. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); *Perspectives on World Politics*, Routledge, London und New York 2006, 424-433.
- Waltz**, Kenneth N. (1979); *Theory of International Politics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading 1979.
- Waltz**, Kenneth N. (2006); *Structural realism after the Cold War*. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); *Perspectives on World Politics*, Routledge, London und New York 2006, 101-110.
- Wan**, Mengjia (2016); *Behind the official Narrative. China's Strategic Culture in Perspective*, The National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle and Washington DC 2016. Auch online verfügbar unter: <https://www.nbr.org/publication/behind-the-official-narrative-chinas-strategic-culture-in-perspective/> (zuletzt eingesehen am: 21.11.2021).
- Wang**, Jisi (2011); *China's Search for a Grand Strategy. A Rising Power Finds Its Way*. In: *Foreign Affairs* 2/2011, 90. Jg., 68-79.
- Wang**, Linbin/**Lee**, Jonghyuk (2022a); *A Taipei Moment Next?*. In: IDSS Paper 005/2022, Nanyang Technological University, Singapore 2022.
- Wang**, Linbin/**Lee**, Jonghyuk (2022b); *Latin America. Extended Arena of Cross-Strait Rivalry*. In: IDSS Paper 028/2022, Nanyang Technological University, Singapore 2022.
- Wang**, Qingxin Ken (2000); *Japan's Balancing Act in the Taiwan Strait*. In: *Security Dialogue* 3/2000, 31. Jg., 337-342.

- Wang, Vincent Wei-cheng (2011);** The Evolution of the Institutional Structure of Taipei's Mainland Policy Making Since the 1980s. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 247-277.
- Weber, Max (2008);** Max Weber's Complete Writings on Academic and Political Vocations, Algora Publishing, New York 2008.
- Wei, Julie Lee/Myers, Ramon H./Gillin, Donald G. (Hrsg.) (1994);** Prescriptions For Saving China. Selected Writings Of Sun Yat Sen, Hoover Institution Press, Stanford 1994.
- Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (2014);** Introduction. Writing History into Broken Narratives. In: Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (Hrsg.); Broken Narratives. Post-Cold War History and Identity in Europe and East Asia, Leiden Series in Comparative Historiography, Volume 8, Brill, Leiden und Boston 2014, 1-18.
- Weller, Robert Paul (2001);** Alternate Civilities. Democracy and Culture in China and Taiwan, Westview Press, Boston 2001.
- Wells, Audrey (2001);** The Political Thought of Sun Yat-sen. Development and Impact, Palgrave Macmillan, London und New York 2001.
- Wendt, Alexander (2006);** Four sociologies of international politics. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); Perspectives on World Politics, Routledge, London und New York 2006, 446-456.
- White, Gordon (Hrsg.) (1988);** Developmental States in East Asia, Palgrave Macmillan, London 1988.
- Whitehead, Laurence (2014);** Personalist leadership styles and legacies. A comparative survey of East and Southeast Asian nations. In: Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.); Democracy or Alternative Political Systems in Asia. After the Strongmen, Routledge, New York 2014, 18-39.
- Wilson, Woodrow (1913);** Repudiation of "Dollar Diplomacy". In: American Journal of International Law, VII/1913, 338-339.

- Winckler**, Edwin A. (1984); Institutionalization and participation on Taiwan: from hard to soft authoritarianism?. In: *China Quarterly* 99/1984, 481–499.
- Winckler**, Edwin A. (2018); Cultural Policy on Postwar Taiwan. In: Harrell, Stevan/Huang, Chün-chieh (Hrsg.); *Cultural Change in Postwar Taiwan*, Zweite Ausgabe, Routledge, London und New York 2018, 22-46.
- Winter**, David G. (2003); Personality and Political Behaviour. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); *Oxford Handbook of Political Psychology*, Oxford University Press, Oxford 2003, 110-145.
- Womack**, Brantly (1991); In search of democracy. Public authority and popular power in China. In: Womack, Brantly (Hrsg.); *Contemporary Chinese Politics in historical Perspective*, Cambridge University Press, Cambridge u.a. 1991, 53-89.
- Wong**, Joseph (2019); Democratic Resilience in South Korea and Taiwan. In: Beek, Ursula van (Hrsg.); *Democracy under Threat. A Crisis of Legitimacy?*, Palgrave Macmillan, Cham 2019, 199-220.
- Woolf**, Stuart (Hrsg.) (2003); *Nationalism in Europe, 1815 to the Present. A Reader*, Zweite Auflage, Taylor & Francis e-Library 2003.
- Wu**, Chin-en (2018); Globalization, Growth Models, and Democracy in East Asia. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); *Routledge Handbook of Democratization in East Asia*, Routledge, London 2018, 471-486.
- Wu**, Chung-li, /**Dai**, Shih-chan (2014); From regime transition to liberal democracy. The case of Taiwan. In: Fung, Edmund S. K./Drakeley, Steven (Hrsg.); *Democracy in Eastern Asia. Issues, problems and challenges in a region of diversity*, Routledge, London und New York 2014, 60-79.

- Wu, Jaushieh Joseph (2011)**; The United States as a Balancer in Cross-Strait Relations, 2000 – 2008. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 121-147.
- Wu, Yu-Shan (2017)**; Pivot, Hedger, or Partner. Strategies of Lesser Powers Caught between Hegemons. In: Dittmer, Lowell (Hrsg.); Taiwan and China. Fitful Embrace, University of California Press, Oakland 2017, 197-220.
- Xinhua (2005)**; Anti-Secession Law adopted by NPC, Peking 14.03.2005. Auch online verfügbar unter: <https://www.mfa.gov.cn/ce/cegv/eng/zt/twwt/t187208.htm> (zuletzt eingesehen am: 16.02.2022).
- Xinhua (2022)**; The Taiwan Question and China's Reunification in the New Era, Peking 10.08.2022. Auch online verfügbar unter: <https://english.news.cn/20220810/df9d3b8702154b34bbf1d451b99bf64a/c.html> (zuletzt eingesehen am: 31.08.2022).
- Yan, Anlin (2011)**; Cross-Taiwan Straits Relations and Beijing's Taiwan Policy Adjustment Since 1979. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 21-50.
- Yan, Jiann-fa (2004)**; Taiwan's Bottom Line. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 99-110.
- Yan, Xuetong (2019)**; Leadership and the Rise of Great Powers, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2019.
- Yan, Yunxiang (2017)**; Civility, Taiwanese Civility, and the Taiwanese Civility Reconstructed by Mainland Chinese. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Taiwan's Impact on China. Why Soft Power Matters More than Economic or Political Inputs, Palgrave Macmillan, Cham 2017, 233-257.

- Yang, Andrew Nien-Dzu (2004);** The Alternative to Peace. War Scenarios. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 168-188.
- Yang, Jian (2011);** Non-governmental Exchanges Across the Taiwan Straits and Beijing's Policy Since the 1980s. In: Cai, Kevin G. (Hrsg.); Cross-Taiwan Straits Relations since 1979. Policy Adjustment and Institutional Change Across the Straits, World Scientific, New Jersey u.a. 2011, 87-112.
- Yarger, Harry R. (2006);** Strategic Theory for the 21st Century. The little book on big strategy, U.S. Army War College, Carlisle 2006.
- Yates, Stephen J. (1999);** The Taiwan Relations Act After 20 Years: Keys to Past and Future Success, The Heritage Foundation, Washington DC 1999. Auch online verfügbar unter: <https://www.heritage.org/asia/report/executive-summary-the-taiwan-relations-act-after-20-years-keys-past-and-future-success> (zuletzt eingesehen am: 14.02.2022).
- Ye, Zicheng (2011);** Inside China's Grand Strategy. The Perspective from the People's Republic, The University Press of Kentucky, Lexington 2011.
- Yeo, Mike (2021);** Taiwan is spending an extra \$9B on its defense. Here's what the money will buy. In: Defense News, Tysons 07.10.2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.defensenews.com/global/asia-pacific/2021/10/07/taiwan-is-spending-an-extra-9b-on-its-defense-heres-what-the-money-will-buy/> (zuletzt eingesehen am: 15.02.2022).
- Yu, Bin (2004);** Structure and Process Behind Beijing's Policy Towards Taiwan. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 19-44.
- Zhang, Enyu (2006);** Chinese Decision-Making in Response to Foreign Policy Crises, 1949-1996. A Poliheuristic Analysis, Dissertation, University of Missouri, Columbia 2006.

- Zhang, Fenzhi (2015);** Xi Jinping. How To Read Confucius And Other Chinese Classical Thinkers, CN Times Books, New York 2015.
- Zhang, Weibin (2003);** Taiwan's Modernization. Americanization and Modernizing Confucian Manifestations, World Scientific, New Jersey u.a. 2003.
- Zhao, Suisheng (2004);** China's Bottom Line and Incentives for a Peaceful Solution. In: Tsang, Steve (Hrsg.); Peace and Security Across the Taiwan Strait, Palgrave Macmillan, London 2004, 77-98.
- Zheng, Yongnian/Weng, Cuifen (2016);** The Development of China's Formal Political Structures. In: Ross, Robert S./Bekkevold, Jo Inge (Hrsg.); China in the Era of Xi Jinping. Domestic and Foreign Policy Challenges, Georgetown University Press, Washington DC 2016, 63-104.
- Zhou, Kate Xiao/Rigger, Shelley/White, Lynn T. (Hrsg.) (2014);** Democratization in China, Korea and Southeast Asia?, Routledge, London und New York 2014.
- Zielinski, Jakub (2002);** Translating Social Cleavages into Party Systems. The Significance of New Democracies. In: World Politics 54/2002, 184-211.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Machtwechsel zwischen konservativen und progressiven Regierungen.....	29
Abbildung 2:	Inselketten.....	79
Abbildung 3:	Taiwans Luftverteidigungsidentifikationszone (ADIZ) als Projektionsfläche des chinesisch-taiwanesischen Konflikts	86

Tabelle: Barbara Farkas

Karten: Barbara Farkas / Herwig Jedlaucnik

Graphische Gestaltung Karten: Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Daten: zahlreiche Quellen

Taiwan steht im Brennpunkt eines Konflikts mit China sowie eines Systemkonflikts zwischen China und den USA. Eine potenzielle Zuspitzung würde globale Auswirkungen mit sich bringen. Um die strategische Positionierung Taiwans, seine Handlungsoptionen und seine Bereitschaft zum Einsatz staatlicher Machtmittel zur Durchsetzung seiner Kerninteressen zu verstehen, ist das Wissen über die spezifischen Denkmuster wesentlich. Der vorliegende Band widmet sich daher, mit Berücksichtigung des internationalen strategischen Umfeldes, dem Blickwinkel und den grundlegenden Überzeugungen Taiwans.

ISBN: 978-3-903359-67-3

